

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Studie Nr. 12

Jochen Steinhilber

Die französische Europadebatte der achtziger und neunziger Jahre

**Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung
und Europäischer Integration**





Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Studien
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Nr. 12

Jochen Steinhilber

**Die französische Europadebatte
der achtziger und neunziger Jahre**

**Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung
und Europäischer Integration**

Marburg 1998

ISBN 3-8185-0273-0

Redaktionelle Bearbeitung: Stefan Tidow

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	9
1 FRANKREICH - ZWISCHEN NATIONALSTAATLICHER KONSOLIDIERUNG UND EUROPÄISCHER INTEGRATION	13
2 DIE FARBEN EINER ROSE - DAS "SOZIALISTISCHE EXPERIMENT"	21
2.1 NEOLIBERALE ANSÄTZE.....	21
2.2 KEYNESIANISCHES INTERMEZZO - DIE PHASE DER "RELANCE"	22
2.3 DIE PHASE DER "RIGEUR"	26
3 ÜBERGREIFENDER MODERNISIERUNGSKONSENS UND DIE FORMIERUNG EINES "EUROLIBERALEN BLOCKS"	29
3.1 DIE GEWERKSCHAFTEN.....	30
3.2 DIE INTELLEKTUELLEN ODER: "WHERE HAVE ALL THE SARTRES GONE?"	31
3.3 DIE UNTERNEHMER.....	34
4 ZWANG UND OPTION - DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION	38
4.1 INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNG	38
4.2 AUßENPOLITISCHE VORAUSSETZUNGEN.....	40
4.3 EU-RESTRIKTIONEN UND AUTONOMIE - DER FRANZÖSISCHE FALL	44
4.3.1 <i>Geldpolitische Zwänge</i>	46
4.3.2 <i>Industriepolitische Zwänge</i>	48
5 DIE POLITIK DER "RIGEUR" UND IHRE FOLGEN	52
5.1 STABILITÄTSPOLITISCHE ERFOLGE UND GERINGES WACHSTUM.....	52
5.2 DIE SOZIALE KATASTROPHE.....	55
6 DAS ENDE DES KONSENSSES - DER MAASTRICHTER VERTRAG	60
6.1 NEUE BEDINGUNGEN FÜR DIE FRANZÖSISCHE EUROPAPOLITIK	61
6.2 DIE VERFASSUNGSDEBATTE	62
6.3 DAS REFERENDUM.....	63
6.3.1 <i>Die "EG-Europäer"</i>	65
6.3.2 <i>Die "Konföderalen"</i>	68
6.4 DER AUSGANG DES REFERENDUMS	72
6.5 DIE BEWERTUNG DES ERGEBNISSES	75
6.6 POLITISCHE NACHBEBEN.....	78

7 NEOLIBERALE ZUSPITZUNG IM ZEICHEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION	80
7.1 DER ABBAU DES SOZIALSTAATS.....	83
7.1.1 <i>Bildung und Ausbildung</i>	83
7.1.2 <i>Der öffentliche Dienst</i>	85
7.1.3 <i>Die Sozialversicherung</i>	85
7.2 "PENSÉE UNIQUE" UND "AUTRE POLITIQUE" - DIE IDEOLOGISCHEN FRONTLINIEN.....	87
7.3 DER "PLAN MINC"	89
8 SOZIALER KONFLIKT UND EUROPÄISCHE INTEGRATION	94
8.1 DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL 1995	95
8.2 "ARISTOKRATISCHE ABWEHRKÄMPFE" ODER "REVOLTE GEGEN DEN NEOLIBERALISMUS" - DIE STREIKS IM ÖFFENTLICHEN DIENST 1995/96.....	99
8.2.1 <i>Der Konflikt der Interpretationen</i>	102
8.2.2 <i>Die Streiks und die Europäische Integration</i>	105
9 "WER VON POLITIK NICHT REDEN WILL, SOLL VOM EURO SCHWEIGEN" - DIE KRITISCHEN EUROPA-INTERVENTIONEN DER FRANZÖSISCHEN INTELLEKTUELLEN.....	110
9.1 FUNDAMENTALE EUROPAKRITIK	110
9.2 KRITISCHE EUROPÄER	116
10 DEUTSCH-FRANZÖSISCHE DISKONTINUITÄTEN	122
10.1 "ET PUIS IL Y A L'EUROPE...."	122
10.2 DAS "TANDEM"	125
10.3 DER EURO – MIT WEM? - DIE AUSLEGUNG DER KONVERGENZKRITERIEN.....	127
10.4 DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK - DER EINSAME SOUVERÄN?.....	127
10.5 DER STABILITÄTSPAKT	129
11 FIN-DE-SIÈCLE IN FRANKREICH.....	134
12 LITERATUR	143

FRANZÖSISCHE ABKÜRZUNGEN

CFDT	Confédération Française Démocratique du Travail
CGT	Confédération Général du Travail
CNPF	Confédération Nationale du Patronat Français
FO	Force Ouvrière
EDF	Electricité de France
GDF	Gaz de France
PCF	Parti Communiste Français
PME	Petites et moyennes entreprises
PS	Parti Socialiste
RPR	Rassemblement pour la République
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
SMIC	Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance
SNCF	Société Nationale des Chemins de Fer
UDF	Union pour la Démocratie Française

Einleitung¹

Das "Ende der Gewißheiten", das Ingo Kolboom (1993a) Anfang der neunziger Jahre konstatierte, hat sich zu einer tiefen gesellschaftlichen und politischen Krise in Frankreich ausgeweitet. Innen- wie außenpolitisch werden die Reste der "Grande Nation" zur Disposition gestellt. Massenarbeitslosigkeit, neue Armut, soziale Desintegration und ethnische Konflikte zerreißen die sozialen Bande der französischen Republik, deren traditionelles Integrationsmodell zunehmend erodiert. Der Bürgerkrieg in Algerien stellt Frankreich vor außen- und innenpolitische Probleme. Zur Krise der "französischen Identität" und dem oft zitierten Ende der "exception française" als Folge der ökonomischen und kulturellen Globalisierung gesellt sich eine Repräsentationskrise des politischen Systems. Die Franzosen und Französinen vertrauen immer weniger der politischen Klasse und längst hat sich neben der sozialen Spaltung ("fracture sociale") auch eine Spaltung zwischen Bevölkerung und Eliten herausgebildet ("fracture politique").

Gleichzeitig trifft die facettenreiche "französische Malaise" auf ein "Europa", das zunehmend beunruhigt. Denn anders als in den achtziger Jahren, als die französischen Intellektuellen optimistische Visionen von einem friedlichen, demokratischen und sozialen Europa entwickelten, steht heute die Realität der Europäischen Integration für wirtschaftliche Stagnation und soziale Desintegration. Der herrschende Integrationspfad, dessen sichtbarstes Signum die Wirtschafts- und Währungsunion ist, wird von weiten Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt. Sie sehen in der Vertiefung der monetären Integration keine Lösung ihrer Probleme. Im Gegenteil: Sie wird als zusätzliche Beschleunigung der neoliberalen Logik aufgefaßt, die schließlich auch die letzten verbliebenen nationalen Handlungsspielräume annulliert.

Die widersprüchliche Verknüpfung von europäischer (ökonomischer) Integration und nationalstaatlicher (sozialer) Konsolidierung ist der Hintergrund der französischen Europadebatte. Denn während der ökonomische Integrationsprozeß voranschritt, mußten die Nationalstaaten weiterhin die sozialen Kosten der Anpassung tragen. Doch mit der Vertiefung der ökonomischen Integration reduzierten sich nicht nur die wirtschaftspolitischen Interventionsmöglichkeiten des Nationalstaats, sondern auch seine sozialregulativen Kompetenzen. Der "Häutungsprozeß" (Ziebur) des erodierenden Nationalstaats vollzog sich, ohne daß dafür eine neue supranationale "Haut" nachgewachsen wäre.

Im ersten Abschnitt dieser Arbeit wird ein theoretischer Rahmen skizziert, der diesen konfliktorischen Prozeß beschreiben kann. Ihm liegt die These zugrunde, daß die Härte des Konflikts zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration maßgeblich durch die Verschränkung von nationalen und transnationalen

¹ Die Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) bedankt sich bei der Noies-Schrittweis-Stiftung (Marburg/Diemelsee), die die Erstellung und den Druck dieser Studie finanziell unterstützte.

Kräftekonstellationen bestimmt ist. Mit der Regulationstheorie und der Transnationalen Politischen Ökonomie stehen zwei Theorien zur Verfügung, die zusammen sowohl die innergesellschaftlichen als auch die transnationalen Kräftekonstellationen und ihre jeweiligen Rückwirkungen auf die nationalstaatliche bzw. supranationale Ebene berücksichtigen.

Die Arbeit geht davon aus, daß bereits in den achtziger Jahren die entscheidenden ökonomischen und sozialpolitischen Weichen für die Spannungen zwischen der ökonomischen Integration und der nationalen sozialen Konsolidierung gestellt wurden (EWS, Binnenmarkt). Der radikale politische Umschwung 1983 markierte dabei den endgültigen Einstieg in den neoliberalen mainstream der westlichen kapitalistischen Länder (Abschnitt zwei). Der wachsende ökonomische Anpassungsdruck durch den Verbleib im EWS konnte nun, so die These, in einen neoliberalen ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozeß umgesetzt werden, da sich innerhalb Frankreichs auch gleichzeitig das Kräfteverhältnis zugunsten eines "euroliberalen Blocks" verschoben hatte. Dieser stützte sich in erster Linie auf einen modernisierten PS, die transnationalen französischen Kapitalfraktionen, die neue Mittelklasse und ein verändertes intellektuelles Klima. Gleichzeitig verlor das traditionelle "peuple de gauche" - allen voran die Gewerkschaften - empfindlich an Einfluß (Abschnitt drei).

Auch in der Folgezeit ließ sich die französische Europapolitik im Spannungsfeld zwischen Option und Zwang verorten. Nachdem das sozialistische Projekt gescheitert war, spielte die "europäische Option" im Konzept Mitterrands eine zentrale Rolle. Sie war der Kern einer Strategie, die sowohl den politischen (Weltgeltung, Sicherheitspolitik, etc.) als auch den ökonomischen Fortschritt (Modernisierung) Frankreichs sichern sollte. Gleichzeitig versuchte Frankreich sich über ein "französisches" Europa die Spielräume zurückzuholen, die es auf nationalstaatlicher Ebene verloren hatte. Am Beispiel der Geld- und der Industriepolitik lassen sich die Auswirkungen dieser Doppelstrategie zeigen, die letztlich nicht nur zu einer Verengung der wirtschaftspolitischen, sondern auch der sozialregulativen Kompetenzen des Nationalstaats geführt haben (Abschnitt vier). "The decision to pursue a strong franc and create the conditions for monetary coordination and eventually monetary union was clearly a decision in favor of a specific vision of France's economic future, coordinated monetary policy among member states of the European Community would provide them all with a more stable, predictable environment for economic policy-making. At the same time, however, there is no doubt that this was also first and foremost a political decision about France's future role in shaping the Europe. (...) The decline of France as a major power could only be compensated for through a major role as an architect of Europe, the precondition for which was an ability to lay the economic game as well, and on the same terms as Germany" (Flynn 1995, 8).

Die Widersprüchlichkeit der französischen Politik kann am deutlichsten anhand der ambivalenten innenpolitischen Ergebnisse dargestellt werden. Zwar konnte Frankreich bis Anfang der neunziger Jahre durch die Modernisierungsstrategie eine Reihe

makroökonomischer Erfolge aufweisen. Gleichzeitig verschärfte sich jedoch die soziale Krise und die Zahl der Arbeitslosen stieg dramatisch an. In Frankreich zeigte sich deutlicher als in anderen Ländern der EU, daß Wachstum und Beschäftigung der monetären Stabilität geopfert wurden (Abschnitt fünf).

Je mehr sich die soziale Krise ausweitete und sich die Hoffnungen, die mit der "Idee Europa" verbunden wurden, verflüchtigten, desto brüchiger wurde der "permissive Konsens" ("consensus mou") innerhalb der Bevölkerung, der die Europäische Integration getragen hatte. Gleichzeitig spalteten sich Teile des herrschenden Blocks ab und begannen eine Debatte über die Zukunft Europas und die Rolle Frankreichs auszulösen. Vor dem Hintergrund einer veränderten geostrategischen Lage (deutsche Wiedervereinigung) erschien ihnen der Maastrichter Vertrag als ein weiterer Schritt in Richtung eines Europas, das von Deutschland dominiert wird und in dem die französischen Interessen immer weniger zur Geltung gebracht werden können. Der knappe Ausgang des Referendums zeigte, daß insbesondere die sog. "Modernisierungsverlierer" in der Vertiefung der Europäischen Integration eine zusätzliche Gefahr sahen. Im weiteren Verlauf der Arbeit soll gezeigt werden, daß es dem "euroliberalen" Block in Frankreich ab Anfang der neunziger Jahre immer weniger gelang, den von der europäischen Ebene ausgehenden Zwang, innenpolitisch durchzusetzen und abzusichern (Abschnitt sechs).

Der wachsende Anpassungsdruck führte dazu, daß nun auch gesellschaftliche Bereiche betroffen waren, die lange von den Umbaumaßnahmen verschont geblieben waren: der öffentliche Dienst, der Bildungsbereich und die Sozialversicherungen. Gleichzeitig akzentuierten sich die ideologischen Frontlinien, und der Druck auf den euroliberalen Block wurde größer. Der politische Umschwung unter Chirac im Oktober 1995, der ebenfalls im Zeichen der Europäischen Integration stand, löste die größten sozialen Konflikte seit 1968 aus (Abschnitt sieben).

Die sozialen Auseinandersetzungen 1995/96 markierten eine neue Etappe in der Europadebatte (Abschnitt acht). Zum einen kam zum Ausdruck, daß ein Großteil der französischen Bevölkerung einen Zusammenhang zwischen der eigenen sozialen und materiellen Situation und dem herrschenden Integrationspfad sah. Zum anderen verschoben sich die Akzente der Europadebatte. Die innenpolitischen Probleme wurden wichtiger und die Rede von der "Grande Nation" immer häufiger in den Dienst der innenpolitischen "Beschwichtigung" gestellt.

In dieser Phase, als die innenpolitische Fundierung der Europapolitik eine immer zentralere Rolle für die Legitimität französischer Regierungspolitik einnahm, haben die sozialen Kämpfe zugenommen und die Auseinandersetzungen über linke und rechte politische Alternativen gewannen an Intensität. Insbesondere die französischen Intellektuellen entdeckten die "europäische Frage" wieder für sich - nun allerdings aus einer kritischen Perspektive. Die Europadebatte wurde in Frankreich nun nicht nur breiter geführt, sondern hatte auch an Substanz gewonnen hatte. Denn Abseits von der traditionellen Dichotomie "Nationalstaatlichkeit versus Supranationa-

lität" versuchten einige Intellektuelle, die Europäische Integration als wichtige Dimension einer alternativen Politik zu bestimmen (Abschnitt neun).

Die enge Verschränkung von Europa-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie die kritische Haltung der Bevölkerung und maßgeblicher sozialer Akteure gegenüber dem eingeschlagenen Integrationspfad führte dazu, daß nicht mehr "nur" das Vertrauen in Europa, sondern auch die Legitimität der nationalstaatlichen politischen Eliten in Frage gestellt wurde. Die Auseinandersetzungen über die Auswirkungen der Europäischen Integration auf die soziale, ökonomische und politische Verfaßtheit Frankreichs wurden zur politischen Überlebensfrage der Regierungen. Damit sahen sich diese gezwungen, so die These, die Konflikte, die nationalstaatlich nicht mehr verhandelt werden konnten, auf die europäische Ebene zu heben. Die Ausgangsfrage nach der kohärenten Verbindung von Europäischer Integration und nationalstaatlicher Konsolidierung war damit nicht mehr länger nur ein innerfranzösisches Problem. Frankreichs Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell mußte sich aufgrund des innenpolitischen Drucks auch auf einen Kurswechsel auf der europäischen Ebene konzentrieren. Die Auseinandersetzungen um die WWU und die Konflikte mit Deutschland markierten diese neue Etappe der Europadebatte. Dies galt besonders seit dem innenpolitischen Kurswechsel Jospins, als eine eigenständige französische Position auf europäischer Ebene nicht mehr nur symbolischen Wert hatte, sondern für das Überleben des Politikprojektes der Linksregierung zwingend notwendig wurde. Anhand von drei exemplarischen Feldern, die alle der WWU zuzurechnen sind, soll dieser Konflikt illustriert werden, der auch mit der Einführung des Euro nicht beendet sein wird (Abschnitt zehn). Deshalb werden im Abschlußkapitel drei Szenarien skizziert, die das zukünftige Verhältnis zwischen Frankreich und Europa charakterisieren könnten (Abschnitt elf).

1 Frankreich - zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration

Die französische Regulationstheorie und die neueren Ansätze einer Transnationalen Politischen Ökonomie versuchen, die relative Stabilität und Dynamik kapitalistischer Formationen zu erklären. Während sich die Regulationstheorie auf die fordistische Phase und deren Krise konzentriert, richten die Ansätze einer - neo-gramscianisch inspirierten - Transnationalen Politischen Ökonomie ihr Augenmerk auf die globale kapitalistische Expansion und die Auswirkungen auf die nationalen und transnationalen Vergesellschaftungszusammenhänge (vgl. als Überblick Röttger 1997).

Die Regulationstheorie versteht sich als ein heuristisches Konzept, das die Fragen nach den Widersprüchen, Entwicklungen und der Anpassungsfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften ins Zentrum der Analyse historischer Krisenprozesse stellt (vgl. Lipietz 1985; Hirsch 1990, 16f; Jessop 1997). Das von ihr entwickelte begriffliche Instrumentarium versucht, das Zusammenspiel von Politik, Ökonomie und Gesellschaft bzw. von Akkumulation und Regulation insbesondere in den industriekapitalistischen Nachkriegsgesellschaften zu erklären. Der Begriff des "Akkumulationsregimes" umfaßt dabei einen "Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den veränderten Bedingungen des Endverbrauches (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben) herstellt" (Lipietz 1985, 120). Das technologische Paradigma, auf dem jedes Akkumulationsregime fußt, beschreibt die allgemeinen Regeln der Arbeitsorganisation und des Technologieeinsatzes.

Während also das Akkumulationsregime im weitesten Sinne die Sphäre der Allokation und Distribution von Ressourcen sowie der Produktionsnormen bezeichnet, beschreibt die Regulationsweise den Prozeß der ökonomisch-gesellschaftlichen Regulierung, der die Reproduktions- und Bestandsfähigkeit des Akkumulationsregimes garantiert. "A mode of regulation thus includes the implicit or explicit norms, institutions, compensatory mechanism, and methods for circulating information that serve as the permanent mechanisms adapting individual behaviour and anticipation to the broader logic of the accumulation regime, mechanisms that work, in particular, on wage formation, modes of competition between firms, and methods for creating money and credit. A mode of regulation serves practically as a 'map' to guide individual agents so that the deeper preconditions for balanced accumulation and reproduction can persist" (Lipietz 1991, 19).

Beide zusammen bilden ungeachtet kleinerer oder konjunktureller Krisenerscheinungen für einen historischen Abschnitt eine relativ stabile und kohärente gesellschaftliche Formation, den sog. "historischen Block" (vgl. Hirsch 1990, 17f).

Akkumulationsregime und Regulationsweise stehen in einem "Artikulationsverhältnis". Im Gegensatz zum traditionellen Verständnis des Marxschen Basis-Überbau-Modells läßt sich die Regulationsweise nicht funktional aus den ökonomischen Bedingungen ableiten, beide sind vielmehr widersprüchlich miteinander verbunden (vgl. Hirsch 1990, 19).

Die spezifische gesellschaftliche Formation wird von einem "sozialen Block" getragen, der durch eine breite und stabile Struktur von Herrschaftsbeziehungen, Allianzen und Kompromissen zwischen unterschiedlichen sozialen Akteuren charakterisiert ist. Ein *hegemonialer* Block entsteht, wenn es den herrschenden sozialen Kräften gelingt, auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen ein gesellschaftliches Entwicklungsprojekt zu formulieren, über das sie einen "spontanen Konsens" mit den größten Teilen der Bevölkerung herstellen können. Zu großen oder "säkularen" Krisen einer Gesellschaftsformation kommt es, wenn die Dynamik des Akkumulationsregimes die Widersprüche gegenüber der Regulationsweise vertieft und diese nicht mehr in der Lage ist, die Legitimität des Projektes auch in der Zivilgesellschaft sicherzustellen. Die alten Strukturen werden überwunden, wenn ein neuer historischer Block entsteht, d.h. wenn es sozialen und politischen Kräften gelingt, ein neues ökonomisches Paradigma mit neuen Werten und Leitbildern zu einem hegemonialen Projekt zu verknüpfen. Das Ergebnis der Kämpfe um dieses Projekt ist jedoch nicht vorauszusehen. Lipietz spricht daher von einer gesellschaftlichen Formation als "historischer Fundsache" (vgl. Lipietz 1985).

Da die Regulationstheorie die fordistische Konstellation mit ihrer etatistischen Ökonomie und ihren nationalstaatlich vermittelten Klassenbündnissen zum Analysegegenstand hat, konzentriert sie sich im wesentlichen auf den Nationalstaat. Aber je mehr die (nationalstaatlichen) Strukturen, auf denen die Theorie der Regulation aufbaute, sich im Zuge der Transnationalisierung der Märkte auflösten und veränderten, desto weniger war sie in der Lage, einen adäquaten Begriff gesellschaftlicher Krisenprozesse zu entwickeln. Diese Binnenfixierung der regulationstheoretischen Analyse wird neben der schwach entwickelten institutionellen und staatstheoretischen Fundierung der Theorie sowie der Kritik an ihrem abstrakten Klassenbegriff ("soziologische Lücke") als das größte Defizit angesehen (vgl. Esser/Görg/Hirsch 1994, Mahnkopf 1988; Hübner 1989). Da im Rahmen dieser Arbeit auch gezeigt werden soll, wie sich neue transnationale Hegemoniekonstellationen zu den nationalen französischen Strukturen verhalten, ist es erforderlich, den Analyserahmen um Theorieansätze zu erweitern, die versuchen, die Vermittlung zwischen nationalen und transnationalen Akkumulationsregimes und Regulationsweisen genauer zu bestimmen und die "Nationalstaat-Weltmarkt-Dichotomie" (vgl. Bieling/Deppe 1996) auch theoretisch zu überwinden.

Ähnlich wie die Regulationstheorie betrachtet auch die neogramscianisch inspirierte transnationale Politische Ökonomie die Bereiche von Politik, Ökonomie und Gesellschaft nicht als getrennte Sphären, sondern analysiert vielmehr ihre komplexe Ver-

netzung in der transnationalen Perspektive, um damit ökonomische, soziale und kulturelle Hegemoniekonstellationen auch über den nationalstaatlichen Kontext hinaus identifizieren zu können. Im Unterschied zu neorealistischen Hegemoniekonzeptionen wird hier Hegemonie "nicht als Dominanz eines ökonomisch und militärisch mächtigen Nationalstaats verstanden, sondern als ein konsensual abgestützter Modus transnationaler Vergesellschaftung, einschließlich der Klassenbeziehungen, ideologischen Verhältnisse sowie Herrschafts- und Konsensstrukturen (...) Auch die Strukturen internationaler Hegemonie basieren damit letztlich auf gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnissen einschließlich ihrer sozialen und ideologischen Reproduktion" (Bieling/Deppe 1996, 730/731). Damit bot sich die Chance, mit der auf Antonio Gramsci zurückgehenden Hegemoniekonzeption, die bisher nur auf Konstellationen innerhalb nationalstaatlicher Grenzen bezogen wurde, transnationale Machtblöcke zu identifizieren. Internationale Hegemonie ist demnach, so Cox (1983, 172f), "not only an order among states. It is an order within a world economy with a dominant mode of production which penetrates into all countries and links into other subordinate modes of production. It is also an complex of international social relationships which connect the social classes of the different countries. World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure; and it cannot be simply one of these things but must be all three. World economy, furthermore is expressed in universal norms, institutions and mechanisms which lay down general rules of behaviour for states and for those forces of civil society that cross national boundaries - rules which support the dominant mode of production".

Als Ansatzpunkt für die Vermittlung von sozialen Interessen und der globalisierten Ökonomie dient der von Gramsci so bezeichnete "erweiterte" oder "integrale" Staat. Er umfaßt neben der politischen Gesellschaft (die klassischen Staatsapparate) auch die Zivilgesellschaft (die ökonomischen und sozio-kulturellen Strukturen). Auch im transnationalen Maßstab ist es das Ziel der dominierenden sozialen Kräfte, auf der Basis gemeinsamer sozio-politischer Werte und Überzeugungen einen möglichst kohärenten Block zusammenschweißen, der ihre Interessen, Normen und Regeln durchsetzt, sie universalisiert und zum Maßstab ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Handelns macht.

Während Robert Cox davon ausgeht, daß sich ein internationaler Block auf der Grundlage eines hegemonialen Staats konstituiert, der seine Interessen, Produktionsweisen und Werte universalisiert (vgl. Cox 1987, 7), wird von einigen Autoren zurecht eingewendet, daß im Zeitalter der "post-hegemonialen Ära" und unter den neuen Prämissen der globalen kapitalistischen Restrukturierungsprozesse die Vorstellung eines hegemonialen Nationalstaats in eine "forschungsstrategische Sackgasse" führt (Röttger 1995, 10; vgl. Bieling/Deppe 1996, 732; Gill 1991, 70). Stephen Gill und der Amsterdamer Ansatz stützen sich auf die transnationalen *sozialen* Kräfte, die als Resultat und Bedingung der neoliberalen Verallgemeinerung zu sehen

sind (vgl. Gill 1990; Holman/van der Pijl 1992). Gill spricht - ähnlich wie Cox - in diesem Zusammenhang von der Herausbildung einer transnationalen Managerklasse, die die Interessen des Finanzkapitals und der großen Konzerne trägt. Van der Pijl betont ebenfalls die Bedeutung der globalen Kooperation und Organisation politischer und ökonomischer Eliten für die transnationale Expansion neoliberaler Orientierungen. Über diese Netzwerke werden sowohl transnational tätige Organisationen als auch nationalstaatliche Eliten in die neoliberale Hegemonie eingebunden.

Diesen Ansätzen wird vorgeworfen, daß sie theoretisch eine Homogenität der transnationalen Bourgeoisie voraussetzen, die die faktischen heterogenen und teilweise widersprüchlichen Interessenkonstellationen des transnationalen Bündnisses überdeckt. Insbesondere die Durchsetzung neoliberaler Orientierungen vor dem Hintergrund der Europäischen Integration gründet demnach auf einer Synthese zwar kompatibler, aber durchaus unterschiedlicher Interessenlagen. Die unterschiedlichen Interessen, die z.B. Deutschland, Frankreich und die transnationalen Konzerne mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) verknüpften, sind dafür anschauliche Beispiele. Der Begriff einer "transnationalen Herrschaftssynthese" scheint deshalb geeigneter zu sein, um die Interessenverschränkung zwischen politischen und ökonomischen Kräften auf europäischer Ebene zu beschreiben, da er die Annahme einer homogenen transnationalen Kapitalfraktion vermeidet und den Blick sowohl auf die externe (globale) als auch die interne (nationalstaatliche) Stabilität der Integrationsprojekte lenkt (vgl. Röttger 1997, 120f).

Hegemonie stützt sich auch im transnationalen Kontext auf konsensuale und disziplinierende/repressive Elemente. Seit Ende der siebziger Jahre hielten neoliberale Orientierungen ausstrahlungsfähige Alternativen zum Keynesianismus bereit, die mehr Wachstum und Beschäftigung versprachen. Gleichzeitig boten sie für einige Länder - darunter Frankreich - eine komplette Agenda für die notwendige Modernisierung der Binnenökonomie. Auch aufgrund der konzeptiven und organisatorischen Schwäche traditioneller linker Kräfte drangen neoliberale Orientierungen schnell in die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas vor. Der Modernisierungskurs der Sozialistischen Partei Frankreichs ist hierfür ein drastisches Beispiel. Gleichzeitig wurde bereits Anfang der achtziger Jahre die nationalstaatliche wirtschaftspolitische Souveränität empfindlich durch die Dynamik des Welthandels und durch das europäische Integrationsprojekt des Europäischen Währungssystems (EWS) gestört. Die Linksregierung in Frankreich bekam 1981/82 zu spüren, daß der Erfolg einer expansiven Konjunkturpolitik entscheidend von den Strategien der anderen Länder, insbesondere Deutschlands, abhängt.

Anfang der neunziger Jahre ließ sich in der Balance zwischen Konsens und Zwang eine Verschiebung erkennen. Die neoliberalen Orientierungen verloren ihre Ausstrahlungskraft in dem Maße, wie die negativen ökonomischen und vor allem sozialen Folgen dieser Politik deutlicher hervortraten. Hegemonie konnte nun nicht mehr

primär über einen "spontanen Konsens" zwischen den (trans)nationalen Kapitalfraktionen, den Regierungen und der Bevölkerung aufrechterhalten werden. Statt dessen wurde der Konsens teilweise durch einen "disciplinary neoliberalism" (Gill 1995) abgelöst, der über ein Netz von supranationalen Organisationen und Regimes (IWF, OECD, Weltbank, G7, EWU) die neoliberalen Zwänge institutionalisierte und die öffentlichen Institutionen disziplinierte. Diese Vorgaben verengten noch einmal die politischen und ökonomischen Handlungsspielräume der nationalstaatlichen Akteure und strukturierten ihr Handlungsfeld vor. "I call the sum of these elements 'the new constitutionalism', a set of initiatives and processes which reformulate and redefine the public sphere in a range of nations. Here I do not mean that there is a clear and consistent agenda which is being pursued simultaneously, or indeed with the same level of political commitment across the OECD. What I have in mind is the product of a set of socio-political forces and a gradual learning process, involving experimentation and an attempt to move towards some type of international consensus on the essential ingredients, or rules for economic policy..." (Gill 1997a, 215).

Im Rahmen der Europäischen Integration lassen sich nach Gill (1997a; 1997b; 1997c) nun vier Muster ausmachen, wie sich das neoliberale "framework" als institutionalisierter Zwang auf die nationale, regionale und lokale Politikebene auswirkt:

1. Relevante Teilaufgaben der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden quasi gouvernementalen Organisationen übertragen, die allerdings nicht demokratisch legitimiert sind. Das Beispiel par excellence ist die europäische Geldpolitik, die im Zuge des Maastrichter Vertrages zunächst unabhängigen Zentralbanken in den Nationalstaaten überantwortet wurde und nach der Einführung des Euro auf die Europäische Zentralbank (EZB) übergehen soll. Die Institutionen werden unabhängig von der sozio-ökonomischen Entwicklung darauf verpflichtet, die Inflation zu bekämpfen, bzw. als Ziel eine Inflationsrate anzustreben, die gegen null tendiert. Eine niedrige Inflationsrate wird als wichtigstes Anlagekriterium für ausländisches Finanzkapital angesehen.
2. Der restriktiven Geldpolitik entspricht im fiskalpolitischen Bereich die Austeritätspolitik, der sich alle westlichen Länder verschrieben haben. Die Wertpapieremissionen der Staaten (Staatsanleihen, etc.) werden von privaten credit-rating-agencies vor allem auch danach bewertet, ob die Regierungen willens sind, ihre Haushalte drastisch zu konsolidieren, z.B. durch Kürzungen im Sozialhaushalt und durch Privatisierungen. Im Rahmen der Europäischen Integration wurde die restriktive Fiskalpolitik über die Konvergenzkriterien und hier vor allem durch das Defizitkriterium von drei Prozent quasi institutionalisiert. Ähnlich wie die Geldpolitik wird auch die Fiskalpolitik damit aus dem gesamten Politikensemble herausgelöst und weitgehend entpolitisiert.
3. Die Politik der nationalen Regierungen unterliegt einem permanenten "ranking", das supranationale Organisationen wie OECD, IMF und Weltbank auf der Basis neoliberaler Kriterien erstellen. Dieser "new information standard" führt zu weite-

rem Druck auf die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Regierungen, da "Fehlverhalten" (d.h. ein Abweichen von der neoliberalen Doktrin) sofort sanktioniert wird - zunächst nur symbolisch in Länderberichten und öffentlichen Kritiken durch die Institutionen und schließlich materiell durch geringes Anlegerinteresse. Das "credit-rating" privater Finanzmakler und halböffentlicher Institutionen hat damit maßgeblichen Einfluß auf die Refinanzierbarkeit von Staaten auf dem Kapitalmarkt.

4. Schließlich verschiebt sich insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik das Kräftegewicht von demokratisch legitimierten staatlichen Institutionen faktisch zugunsten einer "Technokratie", die von ökonomischen Eliten (Bankmanagern, Finanzmaklern und neoliberalen Ökonomen) dominiert wird. Mit dem Verweis auf den "Sachzwang Weltmarkt" (Altvater 1987) propagieren sie die Strukturanpassungsprogramme und etablieren eine neue Trennung zwischen den Sphären von Ökonomie und Politik. Demokratische Gesellschaftsstrukturen werden durch diesen Prozeß untergraben und der Einfluß solidarisch orientierter Akteure in den Nationalstaaten geschwächt.

"In sum the discourse of new constitutionalism relies for its effectiveness on a combination of both political and economic institutions that can enforce disciplined behaviour on the part of governments and economic agents, and a set of hegemonic ideas concerning efficiency, welfare and democracy - as well as of course, the power of capital in an age of capital mobility. The new forms of institutionalisation imply that the primary basis of political accountability of governments in a more neo-liberal world order is not primarily to the majority of own citizens, but increasingly to a complex of interests associated with large capital, notably dominant players in the financial and asset markets, and especially those in the bond and currency markets - that is, only indirectly to *some* of the citizens" (Gill 1997a, 220).

Diese Verallgemeinerung der neoliberalen Orientierungen kann - trotz der Diskussionen über den schwindenden Einfluß - nicht ohne den Nationalstaat gedacht werden. Denn letztlich sind es die nationalstaatlichen Regierungen, die die Strukturanpassungsprogramme nach innen durchsetzen müssen. Der "nationale Wettbewerbsstaat" (Hirsch 1995) unterstützt die Expansion der neoliberalen Orientierungen, indem er Politik und Gesellschaft "fit" für den Weltmarkt macht. Unter dem Druck der monetären und fiskalpolitischen Konvergenz sowie der internationalen Konkurrenzfähigkeit vollzieht sich ein Funktionswandel des Nationalstaats: Die unterschiedlichen Politikressorts werden neu hierarchisiert und Ökonomie und Gesellschaft im Sinne der "market civilization"² (marktlogisch) durchrationalisiert (vgl. Gill

² Der Begriff "market civilization" verweist zum einen auf die wachsende globale Marktintegration, die vor allem durch das transnationale Kapital getragen wird, umschließt aber auch "patterns of social disintegration and exclusionary and hierarchical patterns of social relations (...). It can be argued that a disturbing feature of market civilization is that it tends to generate a perspective on the world that is ahistorical, economic, materialistic, 'me-oriented', shorttermist, and ecologically myopic" (Gill 1995, 399).

1995, 399). "Marktnahe" Politikbereiche wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch die Außenpolitik im Dienste der Erschließung neuer Märkte, werden gegenüber "marktfernen" Bereichen wie Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik aufgewertet (vgl. Jessop 1995; vgl. Gill 1997b; Cox 1992; Panitch 1994). Von innen erhöht sich der Druck auf die nationalstaatliche Politik durch einen nationalen hegemonialen Block, der durch den "Rückenwind" der transnationalen Hegemonie gestärkt und stabilisiert wird. Aufgabe dieses Blocks ist es, die politischen Arenen der Gesellschaft neoliberal zu durchdringen und zwischen dem transnationalen Kapital, den nationalen Kapitalfraktionen sowie den politischen Eliten und anderen gesellschaftlichen Kräften Bündnisse und Interessenkoalitionen zu schmieden.

Gleichzeitig sehen sich die Nationalstaaten einer neoliberal dynamisierten Europäischen Integration gegenüber, die zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergräbt. Hier bleibt "der Nationalstaat die einzige Instanz, die zumindest die Chance hat, dafür zu sorgen, daß Marktdynamik und notwendiger Strukturwandel nicht auseinanderfallen. Insofern bleibt er *allein* Garant gesellschaftlicher Kontinuität. Er trägt *allein* die Verantwortung, daß das soziale Gewebe nicht zerreißt" (Ziebura 1992, 474). Trotz des gemeinsamen neoliberalen Rahmens wählen dabei die Nationalstaaten aufgrund ihrer unterschiedlichen traditionellen Politikmuster sowie Integrations- und Regulationsformen auch unterschiedliche Anpassungsstrategien (vgl. Bieling/Deppe 1997). Die Reichweite der Kämpfe als Folge dieser neoliberalen Umstrukturierung hängt nun entscheidend davon ab, wie sich das Verhältnis zwischen den transnationalen Projekten und den jeweiligen nationalen Konfigurationen gestaltet. Stößt das transnationale hegemoniale Paradigma in den Nationalstaaten auf Institutionen und Regulationsmechanismen, die mit seinen Vorstellungen kompatibel sind, dann werden sich die gesellschaftlichen Transformationsprozesse durchsetzen, ohne daß das neue Paradigma entscheidend in Frage gestellt wird. Dies trifft vor allem auf nationale Arrangements zu, in denen sich ein neoliberaler Block *originär* herausgebildet hat. Kann sich ein nationaler neoliberaler Block jedoch nur durch den importierten Zwang der transnationalen Strukturen innerhalb eines traditionell starken Nationalstaates etablieren, dann entstehen Konflikte mit jenen sozialen und politischen Kräften, die die alte Regulationsweise verteidigen.

Für Frankreich, das für Ziebura (1992, 475) den "Nationalstaat par excellence" darstellt, gilt dies im besonderen Maße. Der neoliberale Kontext, in dem sich die Europäische Integration vollzieht, fand in Frankreich zunächst nur wenig Anknüpfungspunkte vor. Und gerade für Frankreich, dessen Staat die Nation geprägt hat, ist es angesichts der wachsenden sozialen Fragmentierung der Gesellschaft besonders verhängnisvoll, wenn der theoretisch mit weitreichenden interventionistischen Mitteln ausgestattete Staat seine Handlungsspielräume und seine nationale Souveränität schrumpfen sieht. Bisher ist die EU nicht in der Lage, dieses Vakuum zu füllen: "Daraus ergibt sich ein ungelöstes Problem. Muß sich das Verhältnis

Staat/Markt, Regulation/Akkumulation nicht im Sinne einer beschleunigten Entstaatlichung (Deregulierung) verändern, was bedeuten würde, daß Handlungsspielräume verloren gehen, die aber nötig sind, um mit dem unvermeidlichen Spannungsverhältnis zwischen der Angleichung an das EG-metropolitane Wachstumsmodell und den nationalen Besonderheiten fertig zu werden? Noch präziser gefragt: Wie läßt sich dieser, weitgehend von außen induzierte, Angleichungsprozeß mit den überkommenen Institutionen des Staates und den bestehenden innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen vereinbaren und das alles schließlich in eine konsistente Europapolitik 'übersetzen'?" (Ziebura 1992, 484).

2 Die Farben einer Rose - das "sozialistische Experiment"³

2.1 Neoliberale Ansätze

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1974/75, d.h. sinkenden Gewinnen, geringen Produktivitätsfortschritten und einer wachsenden öffentlichen Verschuldung, wurde auch in Frankreich das alte Wirtschaftsmodell in Frage gestellt. Die etatistische Variante des Fordismus in Frankreich, die auf einem starken Staat als "Speer Spitze" der Modernisierung beruhte und auf einer Arbeiterklasse, die diese Modernisierung akzeptierte und gleichzeitig den Spielraum für Reallohngewinne nutzte, schien sich ökonomisch und ideologisch überlebt zu haben (vgl. Ziebur 1987; Eck 1992). Der ökonomische Internationalisierungsprozeß wurde zu einem Faktor des politischen Wandels, den Frankreich bei seinen nationalen Modernisierungserfordernissen berücksichtigen mußte.

Unter der Führung des liberalen Premierministers und ehemaligen Wirtschaftsprofessors Raymond Barre begann 1976 eine zunächst noch vorsichtige marktbestimmte Anpassung des französischen Wirtschafts- und Sozialmodells (vgl. Cameron 1995, 124f). Sein Wirtschaftsprogramm zeichnete sich bereits durch die angebotspolitischen Elemente aus, die ab 1983 die französische Wirtschaftspolitik immer mehr beherrschten. Barre erklärte die Bekämpfung der Inflation zum obersten Ziel, lockerte die Kapitalverkehrskontrollen, stoppte die Abwertung des Francs und verordnete eine restriktive Lohnpolitik. Der Bruch mit dem traditionellen Wirtschaftssystem war offensichtlich: Geld- und finanzpolitische Stabilität wurde gegenüber der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgewertet; die Abwertungsstrategie, die den französischen Außenhandel jahrelang förderte, wurde zugunsten einer Politik des starken Francs aufgegeben, und das interventionistische, binnenzentrierte Modell sollte der Anpassung an den Weltmarkt weichen. Zeitgleich mit den Politikwechseln in England und den USA verkündete Barre den Aufzug einer neuen Gesellschaft, die sich durch "Freiheit, Kreativität und Verantwortung" auszeichnen sollte (vgl. Barre 1980).

Bis 1981 konnte er jedoch keines seiner wirtschaftspolitischen Ziele verwirklichen: Die Inflation stieg auf 13 Prozent, das Außenhandelsdefizit wuchs, und die Arbeitslosenzahl überschritt die Grenze von zwei Millionen. Darüber hinaus befand sich Frankreich insgesamt in einem schlechten ökonomischen Zustand. Während das binnenorientierte Modell die strukturellen Schwächen bisher eher verborgen hatte, traten sie nun unter dem wachsenden internationalen Konkurrenzdruck zu Tage. Das "problematische Spezialisierungsprofil" (Uterwedde 1988a, 34) der französischen Wirtschaft wies auf der einen Seite staatlich geschützte Industrien wie Stahl, Schiffsbau und Energie sowie staatlich geförderte wettbewerbsfähige Projekte im Hochtechnologiebereich (Rüstungsindustrie, Luft- und Raumfahrttechnik,

³ Vgl. Cameron 1988.

Telekommunikation) auf. Auf der anderen Seite führten die "Lücken" im Bereich der Investitionsgüter (Maschinenbau) zu einer empfindlichen Importabhängigkeit. In Frankreich gab es praktisch keinen autonom agierenden innovativen Mittelstand, der - wie z.B. in Deutschland - diese Lücke schnell hätte schließen können (vgl. Commissariat général du plan 1994b, 13). Eine Folge davon war, daß sich das französische Handelsbilanzdefizit aufgrund der rapide ansteigenden Importquote weiter ausdehnte (vgl. Eck 1992, 27).

Die erste marktliberale Regierung in Frankreich scheiterte auch daran, daß es nach wie vor starke politische und soziale Kräfte gab, die am traditionellen etatistischen Modell festhalten wollten. Dazu zählten nicht nur Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaften, sondern auch eine starke Strömung innerhalb der Gaullisten. Boyer bemerkte richtig, daß Barre mit den ersten austeritätspolitischen Initiativen nur ein altes Politikmodell blockierte, ohne aber ein neues zu präsentieren. Die soziale und politische Basis für den neoliberalen Umschwung war Ende der siebziger Jahre in Frankreich noch nicht vorhanden (vgl. Boyer 1984).

2.2 Keynesianisches Intermezzo - die Phase der "relance"

Der anachronistische Sieg der Linken 1981 verschob noch einmal den Beginn der neoliberalen Wende in Frankreich. Mitterrand, dessen Sieg von weiten Teilen der Bevölkerung mit Euphorie aufgenommen und von großen Hoffnungen begleitet wurde, kündigte den "Bruch mit dem Kapitalismus" an.⁴

Das "projet socialiste" stand jedoch von Anfang an auf tönernen Füßen. Der Wahlsieg beruhte weniger auf einer breiten Bewegung, die von linken Parteien und Gewerkschaften mobilisiert wurde, sondern war ein Ausdruck des Scheiterns der Rechten. Das ökonomische Umfeld hatte sich radikal gewandelt. Der Neoliberalismus konnte in England und den USA erste Erfolge feiern, bevor er auch in den anderen westlichen Industriestaaten Einzug hielt. Als die "soziologische Mehrheit" in Frankreich endlich auch zur politischen Mehrheit wurde (Mitterrand) und die Linke nach mehreren gescheiterten Anläufen zum ersten mal in der V. Republik an die Macht kam, war es für sie ökonomisch und ideologisch zu spät (vgl. Lipietz 1991, 29).

Die Linksregierung verfolgte zunächst das Ziel, die Massenarbeitslosigkeit und die lahrende Konjunktur als Folge des zweiten "Ölschocks" 1979/80 zu bekämpfen, indem sie mit einem binnenmarktorientierten Wachstums- und Beschäftigungsprogramm einen neuen Wachstumszyklus ankurbelte. Um die Nachfrage zu stärken, reizte die Linke die fordistischen Prinzipien bis zum Äußersten aus (vgl. Lipietz 1991,

⁴ Zur Analyse der sozialistischen Politik vgl. A. Lipietz: *L'audace ou l'enlèvement - sur les politiques économiques de la gauche*, Paris, 1984; M. Steinacker/A. Westphal: *Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich*, Berlin, 1985; A. Fontenau/P.-A. Muet: *La Gauche face à la crise*, Paris, 1985; M. Becker (Hrsg.): *Das französische Experiment*, Bonn, 1985.

31). Der Mindestlohn wurde um 16,8 Prozent angehoben, die Löhne im öffentlichen Dienst erhöht und staatliche Zuwendungen - insbesondere Renten und Familienbeihilfen - aufgestockt. Durch eine Steuerreform versuchte die Linkskoalition, soziale Ungleichheiten abzubauen und die Kaufkraft zu stärken. Im Rahmen einer expansiven Beschäftigungspolitik weitete sie die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst aus (180.000), die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 39 Stunden verkürzt und der bezahlte Urlaub um eine Woche auf fünf Wochen ausgedehnt.

Um die strukturellen Veränderungen in der Gesamtwirtschaft durchzusetzen, wurde der öffentliche Sektor durch neue Verstaatlichungen erweitert. Insgesamt wurden 45 Betriebe verstaatlicht, darunter alle Banken und fünf große Industriekonzerne (Compagnie Générale d'Electricité, Saint Gobaint-pont-à Mousson, Péchiney-Ugine-Kuhlmann, Thomson-Brandt, Rhône-Poulenc; dazu kamen Dassault-Bréguet, Matra, die Stahlbetriebe Usinor und Sacilor, Teile der Atomwirtschaft sowie Peugeot und die ausländischen Konzerne Machines Bull, Roussel-Uclaf und I.T.T.-France)⁵. 1982 waren 22 Prozent der Erwerbsbevölkerung in öffentlichen Unternehmen beschäftigt, die 29 Prozent des Umsatzes ausmachten und 52 Prozent der Investitionen tätigten. Der Staat kontrollierte 90 Prozent der Bankeinlagen und 84 Prozent des Kreditvolumens. "Controlling eleven of the sixteen largest enterprises (including, in addition to the five large groups and two steel companies nationalized in 1981-82, Elf-Aquitaine, Compagnie Francaise de Pétrole, Renault, and Aérospatiale), controlling firms that accounted for more than one half of all industrial investment, and controlling virtually all domestic sources of commercial credit, the French government's ownership and control of financial and productive assets was more extensive than that of any other government in the advanced capitalist world" (Cameron 1988, 13). Mit dem erweiterten nationalisierten Sektor im Rücken versuchte die Regierung, die Marktlücken- oder Nischenstrategie - wie sie seit Giscard verfolgt wurde - durch eine Produktkettenstrategie zu ersetzen. Statt ausschließlich die französischen Multis auf Weltmarktspezialisierung zu orientieren, sollte ein Produktionsapparat aufgebaut werden, der von den Rohstoffen bis zum spezialisierten Fertigprodukt reicht. Diese "Rückeroberung des Binnenmarkts" sollte ohne außenwirtschaftlichen Politikwechsel durchgeführt werden.

Obwohl Frankreich mit seinem autonomen nationalen Wachstumsprogramm binnenwirtschaftlich einen im Vergleich zu den anderen Industriestaaten radikal anderen Entwicklungspfad wählte, wollte die Linksregierung die Einbindung Frankreichs in den Weltmarkt und in die Europäische Integration nicht in Frage stellen. Die außenwirtschaftlichen Liberalisierungen der Ära Barre (Lockerungen im Bereich der Investitionsbedingungen für ausländisches Kapital sowie der Kapitalverkehrskontrollen)

⁵ Der Bankensektor wurde nicht nur deshalb verstaatlicht, um Investitionen besser lenken und kontrollieren zu können. Die Erfahrungen der sozialistischen Regierung in Chile zeigten auch, daß die strukturelle Macht des Kapitals, die sich im Bankwesen konzentrierte, eine Gefahr für die Linksregierung darstellte.

wurden nicht rückgängig gemacht und der "aquis communautaire" auf europäischer Ebene sollte erhalten bleiben.

Zwar hoffte die Linke darauf, ihr nationales Programm umsetzen zu können, ohne die außenwirtschaftlichen Zwänge mit einbeziehen zu müssen, doch bereits nach einem Jahr gerieten das außenwirtschaftliche *laisser-faire* und der binnenwirtschaftliche industrielle Voluntarismus miteinander in Konflikt. Die einseitige Wachstumspolitik führte gegenüber den anderen (europäischen) Ländern zu einem Konjunkturfälle. Zwar stieg die Nachfrage der Haushalte um zehn Prozent, doch aufgrund der spezifischen Produktionslücken konnte die französische Wirtschaft diese Nachfrage nicht befriedigen. Es kam zu einem Importsog, der die Handelsbilanz weiter belastete. "Auf einen Generalnenner gebracht, lag die entscheidende Inkohärenz der Politik der ersten Phase darin, aus den bekannten und gerade von der französischen Linken vor 1981 hervorgehobenen Strukturschwächen der französischen Wirtschaft und der sich aus der Internationalisierung und Krise ergebenden 'contrainte extérieure' keine Konsequenzen für ihre Binnenwirtschafts- und Reformpolitik gezogen zu haben" (Uterwedde 1988b, 170).

Die Linksregierung war sich ohne Zweifel der industriellen Rückständigkeit Frankreichs bewußt. Doch während das Konjunkturprogramm kurzfristig griff, waren die strukturpolitischen Maßnahmen mittelfristig angelegt. "High civil servants acted as if expanding research and development spending would create a microprocessor industry to equip a robotics industry that would equip the rest of the French productive apparatus. This was a noble project, but the creation of such a *filiiere* would take a decade - if enough money could be found - during which industry in general might well collapse. Beginning industrial modernization at the point of final production, in contrast, implied massive importation of sophisticated production equipment - an approach that would run counter to the doctrine of 'reconquering the domestic markets'" (Lipietz 1991, 33). Die französische Regierung versuchte deshalb die anderen westeuropäischen Länder zu einem gemeinsamen Konjunkturprogramm zu bewegen. Diese lehnten jedoch ab und profitierten gleichzeitig vom französischen Ausgabenprogramm.

Die Außenhandelsbilanz wies 1983 ein Rekorddefizit von 93,5 Milliarden Francs auf. Durch die steigende Staatsverschuldung und die Auslandsverschuldung, die sich mittlerweile auf 300 Milliarden Francs belief, kam nun auch der Franc unter Druck. Bereits 1981 sowie im Herbst 1982 wurde er um 8,5 bzw. 10 Prozent gegenüber der DM abgewertet. 1982 verließ die Regierung ihren expansiven Kurs und kündigte als Reaktion auf die zweite Abwertung eine strikte Kontrolle der Staatsausgaben sowie einen Lohnstopp im öffentlichen Dienst an. Dies brachte jedoch nur kurzfristig eine Erleichterung, bevor im März 1983 über den Verbleib der französischen Währung im EWS von der Linksregierung endgültig entschieden werden mußte. Zu dieser Zeit kollidierte das französische Wirtschaftsmodell mit *den* beiden europäischen Institutionen, die auf den internationalen Waren- und Finanzmärkten für ein hohes Maß an

Kreditibilität standen - dem EWS und dem gemeinsamen Markt (vgl. Deubner 1986, 11). Dieses Dilemma war nur durch einen radikalen Politikwechsel zu lösen, der Frankreichs Politik faktisch auf den angebotspolitischen Kurs seiner Nachbarländer brachte.

Die Entscheidung, den Franc innerhalb des EWS zu halten und nicht zum freien Floaten überzugehen, war der letzte Schlag gegen das keynesianische Ausgabenprogramm. Innerhalb der sozialistischen Regierung war dieser Schritt jedoch umstritten. Mitterrand neigte bis wenige Tage vor der endgültigen Entscheidung dazu, den Franc aus dem EWS herauszunehmen. "We do not control our policy. In staying in this system we are indeed condemned to the policy of the dog that kills itself swimming against the current. Only to the profit of Germany" (Mitterrand, zit. n. Cameron 1988, 51). Teile der sozialistischen Fraktion plädierten dafür, die binnenwirtschaftliche Reformpolitik durch außenwirtschaftliche Maßnahmen zu ergänzen. Protektionistische Maßnahmen hätten sicherlich dazu geführt, daß Frankreich das EWS hätte verlassen müssen. Letztlich setzte sich aber die Fraktion der "gemäßigten" Ökonomen um Delors und Attali, für die der Ausstieg aus dem EWS nie eine Option war, gegen den linken Flügel um Chevènement (und bis Ende 1982 auch noch Fabius) durch.

Daß sich Mitterrand, dessen Interessen nicht auf dem Gebiet der Ökonomie lagen, bei einer gegenteiligen Entscheidung gegen alle seine engsten *ökonomischen* Berater gestellt hätte, war sicherlich ein Grund für diesen ersten Sieg der Modernisierer innerhalb des PS (vgl. Attali 1993, 406ff). Schließlich schwenkte auch der spätere Premierminister Fabius und frühere glühende Anhänger einer redistributiven Politik auf die Pro-EWS-Linie um. Der Bericht des damaligen *directeurs du Trésor*, Michele Camdessus, schilderte noch einmal den Druck der internationalen Finanzmärkte auf den Franc und beschrieb die Konsequenzen eines Austritts aus dem EWS. Danach wären insbesondere die Devisenreserven aufgebraucht worden und die Verschuldung weiter angestiegen. Der Franc wäre gegenüber den anderen Währungen um zwei Prozent abgewertet worden, was als unmittelbare Folge einen Anstieg der Auslandsschulden bedeutet hätte, die sich ohnehin bereits auf 330 Milliarden Francs beliefen. Gleichzeitig wäre es unwahrscheinlich gewesen, daß der Franc weiterhin durch die EWS-Länder gestützt worden wäre. Frankreich hätte sich damit wahrscheinlich auch die Aussicht auf weitere internationale Kredite verbaut. Dies hätte - ähnlich wie beim britischen Pfund - Zinsraten von 20-21 Prozent zur Folge gehabt (vgl. Bauchard 1986, 144).

Nachdem Mitterrand damit kurzfristig seine Entscheidung revidierte, den Franc aus dem EWS herauszunehmen und Deutschland einer weiteren Aufwertung der D-Mark zustimmte, mußte Frankreich in den Verhandlungen mit Deutschland restriktive fiskalpolitische Vorgaben akzeptieren: eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, die durch die Arbeitnehmer bezahlt wurde und staatliche Ausgabenkürzungen im Umfang von 20 Milliarden FF (vgl. Cameron 1995, 133). Der Verbleib im EWS war

damit verbunden, daß sich Frankreich nicht mehr des Instruments der Abwertung bedienen konnte. Die Anpassungsleistungen wurden nun über die Löhne, Lohnnebenkosten und Sozialleistungen vollzogen. Das Prinzip der "désinflation compétitive", das die Abwertungs politik ablöste, zielte darauf, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern, um damit mittelfristig Arbeitsplätze zu schaffen. Die Sparpolitik - die Politik der "rigueur" - ließ sich offensichtlich nicht mehr abwenden.

Der "Keynesianismus in einem Land" war damit endgültig gescheitert. Statt weiterhin alternative nationale Entwicklungsziele trotz der Einbindung in die globalen Märkte zu verfolgen, stand in der Folgezeit die Anpassung an die Rahmenbedingungen der Weltmärkte im Vordergrund. "In der Tat liegt hier der entscheidende Beitrag der historischen Linken zur Entwicklung der französischen Gesellschaftsformation: Indem sie mit Hilfe einer rigorosen Austeritätspolitik dem Ziel der Währungsstabilität höchsten Rang einräumte, nahm sie nicht nur die Zügel auf, die Raymond Barre während seines Experiments hat schleifen lassen; sie war es, die Frankreich in den Kreis der vom Konservatismus beherrschten westlichen Länder einfügte" (Ziebura 1987, 7).

2.3 Die Phase der "rigueur"

Der folgende Spar- und Stabilisierungsplan im März 1983 - der sog. "Delors-Plan" - war der Einstieg in das austeritätspolitische Paradigma der nächsten 14 Jahre. Die Regierung froh die Gehälter über 250.000 FF ein und verordnete einen Anstieg der anderen Gehälter um acht Prozent. Die reduzierte Binnennachfrage um insgesamt 65 Milliarden Francs - was zwei Prozent des BIP entsprach - bremste das Wachstum und führte bereits bis 1985 die Inflationsrate auf sechs Prozent zurück. Während in den letzten beiden Jahren der Barre-Regierung die Inflationsrate noch 13 Prozent betrug und die Gehälter um 14 Prozent zunahmen, betrug der Anstieg der Löhne in der Privatwirtschaft 1985 nur noch sechs Prozent. Die Arbeitslosenrate war jedoch bereits zweistellig (vgl. Cameron 1988, 21; Uterwedde 1988a, 42).

Der finanzpolitische Schwenk wurde schließlich im Frühjahr 1984 durch einen industriepolitischen Wechsel ergänzt, der zum Austritt der Kommunisten aus der Regierung führte. Neben der Aufgabe staatlicher Lenkungsfunktionen in den nationalisierten Betrieben zugunsten der "Autonomie der Unternehmensführung" und der Rückkehr zur Nischenstrategie kündigte die Regierung an, daß die industrielle Restrukturierung insbesondere in den traditionellen Industrien zu Arbeitsplatzverlusten führen werde. Damit war zum ersten Mal der traditionelle Kern der Industriearbeiterschaft - die soziale Basis des PCF - von den ergriffenen Maßnahmen direkt gefährdet. Anders als bei der Einführung der Sparbeschlüsse kam es nun zu heftigen sozialen Auseinandersetzungen in den besonders betroffenen Regionen und Branchen (Lorraine - Kohle, Stahl, Auto, Werften). Während sich die Gewerkschaft CFDT trotz einer mobilisierten Basis konzessionsbereit zeigte, ging die CGT nach dem Austritt des PCF aus der Regierung auf einen direkten Konfrontationskurs mit den Sozialisten. Es gelang ihr allerdings nicht, genügend Druck zu entfalten, um die

Umstrukturierungspläne zu verhindern. Zwar führte die neue Regierung Fabius (seit Sommer 1984 im Amt) eine vorsichtige Zins- und Steuersenkung durch, doch konnten die geringen Auswirkungen auf die Investitionsfreudigkeit der Unternehmen die massiven Arbeitsplatzverluste als Folge der industriellen Restrukturierung und des Subventionsstops nicht auffangen (insbesondere in der Automobilbranche und bei Kohle und Stahl). Das Wachstum ging auf zwei Prozent zurück, und die Zahl der Arbeitslosen stieg binnen zwei Jahren um 500.000.

Im Kontext eines generellen neoliberalen Politikwechsels konnten die wenigen Innovationen, die sich auf die industriellen Beziehungen und den Staatsinterventionismus beschränkten, jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Endphase der sozialistischen Regierung durch Pragmatismus und ideologische Leere gekennzeichnet war. "Liberal mythology, the cult of 'everyone for himself' and its popular collaries, racism and fear about personal security, rushed into the void. It was these things more than the economic failure - few people believed any longer that the state could do very much economically - that the 'neo-Liberals' that is to say Fordists of the Right from the 1970s after their conversion experience, were able to manipulate in the elections of March 16, 1986" (Lipietz 1991, 36).

Der Sieg der Rechten bei diesen Wahlen öffnete die Tür, um den "liberalen Produktivismus" sowohl ökonomisch als auch ideologisch durchzusetzen. Im Gegensatz zu den Sozialisten, die trotz ihrer liberalen Marschrichtung die gesamtgesellschaftlichen Effekte nicht aus den Augen verlieren wollten, sprachen die Rechten von einem "immer weniger" - bei Steuern, Regulierung und Staat (vgl. Lipietz 1991, 38). Den Auftakt und Kern der Maßnahmen bildete ein umfassendes Privatisierungsvorhaben. Chirac plante, innerhalb von fünf Jahren 65 Unternehmen zu privatisieren. Das Programm umfaßte nicht nur die 47 Unternehmen, die 1982 durch Mitterrand nationalisiert worden waren, sondern auch einige von de Gaulle verstaatlichte Unternehmen. Insgesamt waren von der Restrukturierung ursprünglich 1454 Betriebe mit ca. einer Million Beschäftigten betroffen (vgl. OECD 1987, 35). Der ehemals stärkste öffentliche Sektor in Europa hätte sich dann nur noch auf die im engeren Sinne öffentlichen Dienstleistungen beschränkt. Allerdings konnten die Gaullisten nach anfänglichen Verkaufserfolgen bis 1988 nur die lukrativsten 14 Unternehmensgruppen mit ca. 500.000 Beschäftigten privatisieren (vgl. Uterwedde 1996b, 3). Der "liberale Interventionismus" der Ära Fabius wurde ebenso aufgehoben, wie die zaghafte Versuche einer keynesianischen Arbeitsmarktpolitik. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte wurde weiter vorangetrieben, indem die Arbeitszeitkorridore ausgedehnt, die staatliche Genehmigungspflicht für "Entlassungen aus ökonomischen Gründen" aufgehoben und die Lohnskala weiter nach unten gespreizt wurden. Die neoliberalen Orientierungen hatten sich damit auch in Frankreich durchgesetzt.

Es stellt sich die Frage, warum die sozialistische Regierung nach nur einem Jahr auf eine konservativ-neoliberale Geld-, Fiskal- und Sozialpolitik umgeschwenkt war.

Hierzu sollen im weiteren Verlauf der Arbeit die Faktoren, die zu diesem dauerhaften Politikwechsel geführt haben, näher betrachtet werden. Die These dabei lautet, daß die Gründe in der Verflechtung von innenpolitischen Machtverschiebungen und außenwirtschaftlichen Zwängen zu suchen sind. Die zunehmenden Restriktionen, die insbesondere vom EWS ausgingen, machten Politikentscheidungen erforderlich, die erst jetzt in einem veränderten Kräfteverhältnis durch die notwendige gesellschaftliche Basis legitimiert werden konnten. Der französische Modernisierungskonsens und die Europäische Integration waren die entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß sich ab Mitte der achtziger Jahre in Europa eine transnationale Herrschaftssynthese zwischen einem sozialistischen Präsidenten, einer "modernisierten" sozialistischen Partei, europäisierten französischen Kapitalfraktionen und den zumeist konservativ-liberalen ökonomischen und politischen Kräften in den anderen Ländern herausbilden konnte.

3 Übergreifender Modernisierungskonsens und die Formierung eines "euroliberalen Blocks"

Das Modernisierungsgebot, das zum französischen Grundkonsens der fordistischen Epoche gehörte, resultierte aus der relativen Rückständigkeit Frankreichs gegenüber anderen Ländern am Ende des Zweiten Weltkriegs. Frankreich war quasi noch ein Agrarland, das in den Kreis der hochentwickelten industrialisierten Länder nur dadurch vorstieß, daß es einen staatlich gelenkten Modernisierungsprozeß durchlief (vgl. Ammon 1985; Eberlein 1997). Da der industrielle Privatkapitalismus nur ungenügend ausgebaut war, mußte der Staat kompensierend eingreifen. Das Modernisierungsziel umfaßte dabei sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft. Im Bereich der Ökonomie führte der Staat in Kooperation mit großen Konzernen durch "grands projets" die französische Wirtschaft in zukunftsweisenden Hochtechnologiebranchen an die anderen Industrieländer heran. Doch auch die sozio-ökonomischen Strukturen der französischen Gesellschaft veränderten sich. Innerhalb des bis in die siebziger Jahre dominierenden Gaullismus setzte sich eine moderne Koalition aus den industriellen Kernbelegschaften, den modernen Verwaltungsberufen und der industriellen Bourgeoisie gegen den kleinbürgerlichen traditionellen Mittelstand durch. Große Teile der Arbeiterklasse wurden durch Lohnzuwächse und eine Bildungsoffensive in den republikanischen Konsens eingebunden. Das Scheitern der sozialistischen Regierung 1982/83 läutete das endgültige Ende dieses Konsenses ein.

Der "Modernisierungsdiskurs" erfuhr Anfang der achtziger Jahre eine Renaissance auf neoliberal-konservativer Grundlage. "Modernisierung" wurde nun zur Chiffre für ein technologisch-ökonomisches Paradigma, über das Frankreichs Strukturprobleme bei der Anpassung an den Weltmarkt behoben werden sollten. Dagegen verblaßte "das bisher dominante, humanistisch-republikanische Selbstbild, das die Avantgarderolle Frankreichs immer am Stand der erreichten Demokratisierung und an der Lebendigkeit der sozialen Bewegungen festgemacht hatte..." (Leggewie 1986, 216). Der neue Kompromiß bestand darin, unter dem Druck der Weltmarktöffnung eine wachsende Ungleichheit zwischen der untersten und der obersten Schicht der französischen Gesellschaft zuzulassen. Die Homogenität der wachsenden neuen Mittelklasse, die sich selbst als Profiteur der Öffnung Frankreichs sah, sollte aber weitgehend gewahrt bleiben. "Die Gesellschaft akzeptierte also eine doppelte Spaltung: in eine favorisierte Schicht mit ihren success stories (...) und in eine sozial deklassierte, für die man das Konzept der 'exclusion' erfand" (Le Duigou 1996, 36). Als Austausch dafür, daß zentrale Institutionen wie Bildung, öffentlicher Dienst und Sozialversicherung erhalten wurden, war die Mittelklasse bereit, für die „Verwaltung“ dieser Situation zu bezahlen. Sie akzeptierte die erhöhten Sozialabgaben, weitere Steuerbegünstigungen für die Unternehmen und die immer umfangreicheren Programme zur Unterstützung der Ausgegrenzten ("les exclus"). Dieser Konsens wurde von allen relevanten sozialen und politischen Kräften getragen, mit Ausnahme des PCF und der CGT, die vor allem die Verlierer dieser Kräfteverschiebung repräsen-

tierten. Im Zentrum dieses neuen Modernisierungskonsenses stand eine sozialistische Partei, in der sich die veränderten gesellschaftlichen Kräftekonstellationen widerspiegelten. Mit dem Scheitern des voluntaristischen Politikprojektes wurde auch die traditionelle Linke innerhalb des PS geschwächt. Sie gehörte zusammen mit dem PCF zu den eigentlichen Verlierern der Politik von 1981/82.

Die relativ junge sozialistische Partei (Gründung 1969) unterschied sich von anderen sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien in Westeuropa dadurch, daß sie nicht als politischer Repräsentant *einer* sozialen Klasse gegründet wurde. Nur durch ein breites Bündnis der unterschiedlichen progressiven Kräfte konnte sich die Linke Hoffnungen machen, in Frankreich an die Regierung zu kommen. Zwar hatte der PS weiterhin seine Basis in den traditionellen Hochburgen der SFIO im Norden Frankreichs. Doch der ouvrieristische Kern wurde durch Teile der neuen Mittelklasse ergänzt. Insbesondere die Mittelklasse-Intellektuellen, die in der SFIO keine politische Heimat mehr sahen und sich in zahlreichen linken Clubs organisierten, stießen zum PS (vgl. Cameron 1988, 29; Ross 1996a, 35). Dabei konzentrierten sich die inhaltlichen Prioritäten z.B. der Gruppe um Mitterrand weniger auf die klassischen ökonomischen Fragen als vielmehr auf die damals drängenden republikanischen Herausforderungen (Verfassung, Bürgerrechte, Gerechtigkeit). Der PS war damit von seiner Gründung bereits gegenüber der traditionellen Arbeiterklasse unabhängiger als andere sozialdemokratische Parteien in Europa.

3.1 Die Gewerkschaften

Die "relative ideologische Autonomie" des PS gegenüber den Forderungen aus der Arbeiterklasse nahm nach 1982 noch zu. Durch die anhaltende Krise der Gewerkschaftsbewegung wurde der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung innerhalb des PS schwächer. Zwischen 1981 und 1986 gingen die Mitgliederzahlen aller französischen Gewerkschaften drastisch zurück. Die größte Gewerkschaft CGT verlor zwischen 1980 und 1987 über die Hälfte ihrer Mitglieder (von 1,634 Millionen auf 798.000) (vgl. Groux/Mouriaux 1992, 137f). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad rutschte insgesamt auf unter zehn Prozent. Neben dem Beschäftigungsabbau in den traditionellen Industrien und dem generellen ideologischen Umschwung in der Gesellschaft sind vor allem spezifische Organisationsprobleme für die Legitimationskrise der Gewerkschaften verantwortlich. Die organisatorische Zersplitterung der französischen Arbeiterbewegung und die schwache institutionelle Verankerung in den Betrieben führten in Krisenzeiten immer wieder zu einem stärkeren Rückgang des gewerkschaftlichen Einflusses als in anderen Ländern (vgl. Labbé 1994; Labbé/Croizat 1992, 31ff).

Paradoxerweise schwächten die "Auroux-Gesetze" (1982) die Gewerkschaften zusätzlich. Sie waren darauf ausgerichtet, die betrieblichen und regionalen Tarifstrukturen zu stärken, die in Frankreich nur schwach ausgebildet waren. Die "industriellen Bürgerrechte" sahen unter anderem die Verpflichtung des Managements vor, jährli-

che Lohnverhandlungen mit einer oder mehreren Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene durchzuführen. Gleichzeitig wurden die Informationsrechte der Gewerkschaften gestärkt und ein Mitspracherecht der Beschäftigten eingeführt. Jedoch verfügten die Gesetze auch, daß in bestimmten Fällen Betriebsvereinbarungen die zentral ausgehandelten Tarifverträge unterlaufen konnten (vgl. Howell 1992, 87).

Diese Verschiebung der Tarifbeziehungen zu Lasten der traditionell zentralistisch und mit erheblichem staatlichem Einfluß organisierten Arbeitsbeziehungen hatte für die Gewerkschaften verheerende Folgen. Aufgrund der schwachen gewerkschaftlichen Gegenmachtstrukturen auf betrieblicher Ebene konnten die Arbeitgeber die Gesetze nutzen, um die Flexibilisierungen in den Unternehmen voranzutreiben. Gleichzeitig wurden die Gewerkschaften institutionell weiter geschwächt, da auf der betrieblichen Ebene Interessenvertretungsorgane aufgewertet wurden, die sich von den Gewerkschaften aufgrund der schlechten Verankerung in den Betrieben nur schwer kontrollieren ließen. Als eine Folge der Dezentralisierung sank die Zahl der überregionalen Tarifvereinbarungen um die Hälfte. Bereits 1986 standen die anfangs von den Arbeitgebern heftig bekämpften Gesetze auch unter der konservativen Chirac-Regierung nicht mehr zur Debatte. Das gewerkschaftsfreundliche Instrument hatte sich als ein „trojanisches Pferd“ erwiesen; 66 Prozent der Unternehmensführungen waren mittlerweile der Meinung, daß sich die neue Gesetzgebung günstig auf die Durchsetzung flexibler Arbeits- und Lohnbedingungen in den Betrieben auswirkte (vgl. Howell 1992, 91). Raymond Soubie (1991, 37) bilanzierte die neue Situation der Gewerkschaften: "Die neuen Helden unserer Zeit sind die Unternehmer, und zwar unter ihnen die Kapitaleigentümer mehr noch als die einfachen Manager, jedoch nicht mehr die Gewerkschafter. Die Unternehmen werden gefeiert, das Gewinnstreben als Quelle des Reichtums und der Schaffung von Arbeitsplätzen herausgestellt, und die Organisationen der Arbeitnehmer-Interessenvertretung scheinen ein Schatten ihrer selbst geworden zu sein."

3.2 Die Intellektuellen oder: "Where have all the Sartres gone?"⁶

Nicht zuletzt waren es auch die französischen Intellektuellen, die dem liberalen Modernisierungskonsens Vorschub leisteten. Wie in keinem anderen Land wurde in Frankreich der Großteil der Intellektuellen zum "peuple de gauche" gezählt. Sie spielten eine zentrale Rolle für die Popularisierung linker Konzepte und hatten einen großen Einfluß auf die politische Orientierung der modernen französischen Mittelklasse (vgl. Ross 1988, 20, Khilnani 1995, 15ff). Zwar waren auch die französischen Linksintellektuellen insbesondere über die Haltung zur kommunistischen Partei zerstritten, dennoch teilten sie lange Zeit einen Basiskonsens, der - beeinflusst von der Oktoberrevolution - auf der Vorstellung eines radikalen Politikwechsels beruhte und von der Existenz von Klassenwidersprüchen ausging. Die Krise des (französischen)

⁶ Vgl. Ross (1991b).

Marxismus und der dadurch vollzogene ideologische Wandel unterminierten jedoch die Hegemonie linker und radikaler Politikvorstellungen. Gleichzeitig führte auch die relativ unbewegliche Haltung des PCF 1979-80 zu Fragen des Verhältnisses der Partei zur Sowjetunion, der Stellung des Intellektuellen und der internen Demokratie dazu, daß 1982 die meisten Intellektuellen, die sich an den innerparteilichen Diskussionen beteiligt hatten, ausgeschlossen wurden oder die Partei verließen. "Once a shining star in the French intellectual firmament, the PCF had effectively turned into a black hole" (Hazareesingh 1990, 231).

Der "Gulag-Schock", der durch die französische Publikation von Solschenizyns "Archipel Gulag" 1974 eingeläutet wurde, führte zur unwiderruflichen Trennung zwischen einem Großteil der Intellektuellen und der traditionellen Linken. Diese Spaltung vertiefte sich. Das Ziel der Kritik war schließlich nicht mehr nur das sowjetische Regime sondern der Marxismus und linke Politikentwürfe generell. Den bekanntesten und erfolgreichsten Angriff auf den linken Basiskonsens starteten die "Neuen Philosophen" um André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy, die sich selbst als "anti-sowjetisch", "anti-totalitär" und "anti-etatistisch" bezeichneten. Sie schworen von ihrem vormaligen Linksradikalismus ab und nahmen reaktionäre bis mystifizierende Positionen ein. In ihrer Argumentation, die sie mit Aron, Popper, Arendt und Tocqueville stützten, griffen sie den Marxismus und dessen vermeintliche Realität - den Totalitarismus - an. Denn jede Idee der Revolution und jede Vorstellung von einem radikalen Politikwechsel führte aus ihrer Sicht unweigerlich zu einem freiheitsfeindlichen Totalitarismus. Doch nicht nur die Oktoberrevolution hatte in den Augen vieler Intellektueller ihre Unschuld verloren. Im Zuge dieses Umschwungs wurde wenige Jahre später auch die französische Revolution statt mit demokratischer Emanzipation mit Terror in Verbindung gebracht. François Furet, Historiker und Gründer der Fondation St. Simon⁷, verwarf den "sozialen" Interpretationsansatz der französischen Revolution, wie er z.B. von Soboul vertreten wurde. Die französische Revolution sei, so Furet, keine bourgeoise Revolution gewesen, sondern der Anfang des bis in das zwanzigste Jahrhundert reichenden Kampfes zwischen freiheitlichem Liberalismus und antifreiheitlichem Totalitarismus. Robespierre und Marat hätten mit Terror und Intoleranz das totalitäre Feld bereitet, auf dem später Marx seine Revolutionstheorie und seine Utopie von der klassenlosen Gesellschaft aufbaute. Der Terror wurde somit von den Vertretern dieser sogenannten Zweiten Linken nicht als kontingenter, sondern als integraler Bestandteil des jakobinischen Projektes - wie aller modernen Revolutionen überhaupt - interpretiert.

Die Stoßrichtung dieser Verknüpfung war offensichtlich: Angesichts der historischen Erfahrungen - angefangen mit der französischen Revolution 1789 – führten auch heute soziale Utopien und der Versuch, herrschende Zustände mit Blick auf diese

⁷ Dieser Club ist der bekannteste intellektuelle Zirkel der "Zweiten Linken". Er wurde Mitte der achtziger Jahre gegründet. Zu ihm gehörten Politiker um Michel Rocard sowie Intellektuelle um Alain Minc und François Furet.

sozialen Ziele zu verändern, *unweigerlich* zu Unfreiheit und zur Unterdrückung des Individuums. Marx wurde damit durch Tocqueville ersetzt (vgl. auch Mélonio 1993). "By the end of the 1980s, Marxism was dead along with traditional social democracy. Classes and workers had been surgically removed from intellectual and political discourse (...) In all this French intellectuals had come to play a very important reorienting role in the ideological sphere of French Left politics" (Ross 1991b, 239).⁸

1986 konstatierte Stanley Hoffmann, daß die intellektuelle Szene in Frankreich einer "Wüste" gleiche - ohne Ideen und Qualität. Perry Anderson hielt mit Bezug auf die Intellektuellen fest, daß das ehemals auf die revolutionäre Tradition verpflichtete Paris zur Hauptstadt der "intellektuellen Reaktion" wurde (vgl. Anderson 1983, 32). Nicht wenige Intellektuelle kehrten der Politik ganz den Rücken, andere konzentrierten sich ausschließlich auf humanitäre Fragen (Flüchtlinge, Antirassismus, Menschenrechte). Der Intellektuelle neuen Typs sah sich weitgehend entideologisiert und karitativ engagiert. Er verband den "...Chic des Rive gauche mit dem Eifer des Pfadfinders und dem Abenteuerflair der Paris-Dakar-Rallye" (Christadler 1988, 119). Gesellschaftspolitisches Engagement und Sympathien für sozialistische Werte hatten in einem Klima des "verspäteten französischen McCarthyismus" (Poirot-Delpech) keine Chance mehr. Die utopieskeptischen Töne vom "Ende der großen Erzählungen" schufen ein Vakuum, in das die neue Rechte - allen voran Alain de Benoist und Marc Fumaroli - sowie der Liberalismus vorstoßen konnten. In den intellektuellen Zirkeln der neuen Rechten wie dem "Club de l'Horloge" oder dem GRECE, die immer mehr an Einfluß gewannen, wurde die Rückkehr zu unumstößlichen politischen und kulturellen konservativen Werten propagiert. Der Publizist Guy Sorman verband in seinem Buch über die konservative amerikanische Revolution den - dem Modernisierungskonsens zugrunde liegenden - Glauben an ein ungehindertes Wirtschaftswachstum mit einer konservativen Kulturrevolution, die für ihn die Synthese von "Mikroprozessoren und Moral" bildete (vgl. Sorman 1983). Der Liberalismus verlor so in den Augen vieler sein Stigma der Konkurrenz und mutierte zum Hüter der Freiheitsrechte, die unter den linken Ideologen scheinbar so lange vernachlässigt worden waren. Die "liberale Lösung" betonte den Individualismus und das Privatleben im Namen des Antitotalitarismus gegen die Solidarität. Die globalen Reflexionen französischer Intellektueller wichen einem "neuen Individualismus", der insbesondere durch die immer dominierender werdenden "intellektuellen Ökonomen" propagiert wurde. Nach dem das sozialistische Projekt, dem die "Zweite Linke" bereits von Anfang an skeptisch gegenüberstand, 1982/83 scheiterte, bekamen diese Intellektuellen deutlich größeren Einfluß auf die sozialistische Partei. Der PS bediente sich im "ideologischen Ersatzteillager" (vgl. Ross 1991a; Ross 1988, 21)

⁸ Wie Marieluise Christadler 1988 anmerkte, "...besteht die Gefahr, daß die Allianz von anarcholiberalen Postmodernisten (Typ: Lyotard), ultraliberalen Yuppie-Enarchen (à la Club de l'Horloge) und Rive-gauche-Antitotalitären (Typ: Glucksmann) nichts weiter bewirkt als die intellektuelle Absegnung einer kaschmir-süchtigen Ellbogengesellschaft. 'La France qui gagne' - Frankreich das siegt und verdient - wäre dann nur die modernisierte Version des orleanistischen Slogans: 'Enrichissez-vous!'" (Christadler 1988, 123).

der Zeit, das maßgeblich von Protagonisten dieser "Zweiten Linken" verwaltet wurde: technokratischer Realismus, Wettbewerb, Ausdifferenzierung der Gesellschaft und Individualismus waren die Stichworte dieses Programms.

Neben den Gewerkschaften befand sich mit den Intellektuellen damit eine weitere wichtige Gruppe des "peuple de gauche" in einer ideologischen Krise. Nach dem Ende der alten "Formen der politischen Therapie" (Ziebur) blieb deshalb nur ein geschwächtes linkes Potential übrig, das eine Alternative zu den marktliberalen Angeboten hätte formulieren können. Dies machte die sozialistische Partei besonders anfällig, sich unter dem externen ökonomischen Druck für die neoliberale Variante zu entscheiden.

Gleichzeitig bereiteten die Schwäche der Linken, der ideologische Wandel und die zunehmende Fokussierung auf den Weltmarkt das Feld für die Renaissance und Rehabilitierung des französischen Kapitals. Der PS, der auf dem Kongreß von Valence 1980 noch auf den Betrieb als Zentrum der Klassenkämpfe setzte ("C'est là que la lutte de classe se joue et que la bataille politique sera gagnée"), ließ drei Jahre später durch Premierminister Fabius die "Noblesse des Privatunternehmens" verkünden und rief zur Versöhnung mit den Unternehmen auf. Im Einklang mit einem modernisierten Unternehmertum sollte nun der wirtschaftspolitische Wandel vollzogen werden. "Diese Modernisierung der Produktionsstrukturen wird - und hier liegt eine grundlegende Neuorientierung - in erster Linie als Aufgabe der Unternehmen gesehen, deren Wettbewerbs-, Finanzierungs- und Investitionskraft gestärkt werden müssen; dagegen wird die Rolle des staatlichen Interventionismus gegenüber dem voluntaristischen Ansatz des 'projet socialiste' deutlich eingeschränkt" (Uterwedde 1988b, 217).

3.3 Die Unternehmer

In Frankreich schlug den Unternehmern lange Zeit ein tiefes Mißtrauen entgegen. Die Legitimität und der gesellschaftliche Nutzen des Privatunternehmens wurde von verschiedenen (aristokratischen, katholisch-ländlichen, jakobinischen und sozialistischen) politischen Kräften immer wieder bestritten (vgl. Eberlein 1997; vgl. Schmidt 1996b, 122f). In den achtziger Jahren konnte sich das französische Kapital als maßgeblicher sozialer Akteur jedoch wieder rehabilitieren und die Unternehmerfunktion wurde in einem völlig anderen Licht gesehen. "Les jugements de valeur et les dispositions envers l'initiative privée se sont modifiés plus radicalement que tous les autres aspects de l'environnement des entreprises" (Berger 1988, 240).

Das Bild des Unternehmens von einem Hort patronaler Ausbeutung wandelte sich. Das Privatunternehmen galt nun als die eigentliche Quelle des gesellschaftlichen Reichtums. 1985 attestierten in einer Umfrage 42 Prozent der Befragten den französischen Unternehmern Vertrauenswürdigkeit, während nur 26 Prozent den Gewerkschaften und 13 Prozent den Parteien diese Eigenschaft zusprachen. 62 Prozent er-

achteten es für wichtiger, die Stabilität des Unternehmens zu gewährleisten, als den eigenen Lebensstandard zu erhöhen (vgl. Berger 1988, 240). Zu dieser "business confidence" (Howell 1992, 91) trugen auch die neuen Unternehmensstrategien bei.

Die französische Unternehmerschaft öffnete sich gegenüber der Gesellschaft und ließ innerhalb der Betriebe mehr Partizipation zu. Insbesondere die großen Unternehmen setzten nun darauf, die Arbeiter und Angestellten über eine betriebliche Sozialpolitik und moderne Beteiligungsstrukturen (Qualitätszirkel, Gruppenarbeit) zu integrieren und eine "corporate identity" zu entwickeln, die das "Interesse" für die Probleme des Betriebes wecken sollte. Der Wechsel von der paternalistischen "Herr-im-Hause-Strategie" zu einer modernen Betriebspolitik machte es möglich, den Wandel in der Arbeitsorganisation auch innerhalb des Betriebs zu legitimieren. Gleichzeitig versuchten die Spitzenverbände, durch eine "dialogorientierte Wende" die Unternehmerlogik auch in der Öffentlichkeit zu verankern und die Unternehmer als anerkannte gesellschaftliche Akteure zu etablieren. Der damalige Vorsitzende des CNPF formulierte es so: "Le patron est citoyen et l'entreprise est citoyenne, elle aussi, même si elle ne vote pas. Elle participe en effet étroitement à la vie économique et sociale dont elle est l'acteur principal. Nos entreprises privées font vivre la plus grande partie de la population française et cette seule performance leur confère des droits et des devoirs civiques et nationaux" (Gattaz 1980, 120/121).

Die großen französischen Unternehmen beschränkten ihre Lobbyarbeit aber nicht länger nur auf die nationalstaatlichen Arenen, sondern bildeten im Zuge der Internationalisierung eine "europäische Identität" heraus.⁹ Dies stärkte ihre Autonomie gegenüber dem Staat.¹⁰ Französische Vorzeigeunternehmen wie Saint-Gobain, Lafarge-Coppée und BSN-Danone waren maßgeblich am Aufbau europäischer Lobbyorganisationen wie des "European Roundtable of Industrialists (ERT)" beteiligt. Die Manager dieser Konzerne - Roger Faroux, Oliver Lecerf und Antoine Riboud - verkörperten den Wandel der französischen Kapitalstrategien und wurden als die "Jungtürken" der französischen Manager bezeichnet. "As such they were, in the words of the sociologist Elie Cohen, 'true capitalists' who, even if they went to the same schools, were 'compared to their elders, carriers of a modern capitalism, of movement, conquerors and European'. As capitalists, moreover, whether 'true' or not, they also carried no political ideology (...) into internal management practice" (Schmidt 1996b, 131).

⁹ Zwar waren die deutschen und die französischen Konzerne die wichtigsten Triebkräfte der ökonomischen Umstrukturierung der Europäischen Gemeinschaft. Doch gab es zwischen den deutschen und den französischen Kapitalstrategien große Unterschiede. Während Frankreich versuchte, mit Hilfe der Europäischen Integration "European Champions" aufzubauen, um im Schutze Europas in der Triadekonkurrenz bestehen zu können, hatten die deutschen Konzerne den Weltmarkt im Blick (vgl. Deubner 1986).

¹⁰ Die französischen Konzerne intensivierten ihre Lobbyarbeit in Brüssel, vor allem nachdem Frankreich nach der Einführung der qualifizierten Mehrheit für bestimmte Entscheidungsbereiche der EU seine Vetomöglichkeit verlor (vgl. Schmidt 1996a, 243).

Zur neuen Offenheit gehörte es auch, nach dem Scheitern der Linksregierung ein betont kooperatives Verhältnis zu Mitterrand anzustreben, statt sich Revanchebestrebungen hinzugeben (vgl. Weber 1986, 313). "Des grands dirigeants (...) font remarquer à François Mitterrand et à ses proches conseillers combien la réussite de l'expérience socialiste en France dépend en partie du succès des entreprises françaises sur les marchés mondiaux" (Cowles 1997, 314). Wiederholt nutzten die französischen Unternehmensleitungen sowie der Vorsitzende des ERT Gyllenhammar ihre guten Kontakte zu den ökonomischen und politischen Eliten und insbesondere zu Mitterrand, um sie von einer europäischen Wettbewerbsinitiative zu überzeugen und Hindernisse auf dem Weg zu einem gemeinsamen Binnenmarkt aus dem Weg zu räumen (vgl. Giesbert 1990, 189). 1993 wurde Premierminister Balladur erfolgreich vom ERT aufgefordert, seine Blockadehaltung bei den GATT-Verhandlungen in Uruguay aufzugeben. Gleichzeitig konnten die Unternehmen auf die guten Kontakte zu französischen Top-Funktionären auf europäischer Ebene, wie z.B. Jacques Delors, zurückgreifen.¹¹

Allerdings darf die wichtige Rolle der französischen "European leader" nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur eine geringe Zahl der französischen Unternehmen diese Internationalisierungsstrategie auch umsetzten. Der größte Teil der kleinkapitalistischen Familienbetriebe sah in der Öffnung der Märkte weiterhin eine Bedrohung. Dadurch wurde die Spaltung der Unternehmerschaft in modernes und traditionelles Kapital noch einmal verschärft. Zwar versuchten die großen Konzerne, die innerhalb des Arbeitgeberverbandes CNPF zu den wichtigsten Beitragszahlern gehörten, die französische Unternehmerschaft insgesamt auf einen modernen und europäischen Kurs zu bringen. Dennoch: "Die Positionen des CNPF zur Internationalisierung (...) deuten auf eine Kräftekonstellation innerhalb des Patronats hin, in der die Internationalisierungs-Verlierer wohl in der Minderheit gegenüber den 'Modernisten' sind, gleichzeitig aber stark genug, um Kompromisse im Sinne defensiver Maßnahmen zu erzwingen" (Uterwedde 1988b, 121). Ein Ausdruck dieser ambivalenten Haltung gegenüber dem Internationalisierungsprozeß ist die relativ schwache Lobbyarbeit von offiziellen Verbandsvertretern der französischen Industrie, die im Gegensatz zu den französischen Multis die Bedeutung Brüssels und der Tagesgeschäfte der Kommission für eine effiziente Lobbyarbeit erst spät erkannt haben. Viviane Schmidt (1995, 15) führt an, daß die Delegation von Toyota in Brüssel personell ebenso stark besetzt war wie die gesamte Gruppe der offiziellen französischen Industrievertreter (vgl. auch Cowles 1997).

¹¹ Die Kontakte gehen oft auf die gemeinsame Schul- bzw. Studienzeit zurück. Die ökonomischen *und* politischen Eliten werden in denselben Hochschulen ausgebildet (ENA, Polytechnique). Außerdem ist es üblich, daß die meisten Abgänger zuerst in den Staatsdienst gehen, bevor sie mit durchschnittlich 40 Jahren in einen (öffentlichen) Betrieb eintreten.

Der im Vergleich zu den Nachbarländern verspätete neoliberale "Modernisierungskonsens" konnte sich sowohl innerhalb der großen Parteien, unter den Intellektuellen als auch in der Bevölkerung auf eine breite Basis stützen. Mit den neoliberalen Prinzipien wurde in den achtziger Jahren die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, mehr Arbeitsplätze und höhere Produktivität verbunden. Gleichwohl war der sich herausbildende nationale hegemoniale Block heterogener und brüchiger als in anderen Ländern. Dies lag zum einen daran, daß die oppositionellen Kräfte, d.h. die Kräfte, die der Internationalisierung der Ökonomie und der "Ökonomisierung" skeptisch gegenüberstanden, in Frankreich wesentlich manifester waren als in anderen Ländern. Sie wurden durch die oben beschriebenen Entwicklungen zwar zurückgedrängt, verschwanden aber nicht. Zum anderen verknüpfte insbesondere Mitterrand seine Modernisierungsvorstellungen mit einem *durch Frankreich* wirtschaftlich und politisch geprägten europäischen Modell.

Die oben beschriebene Konstituierung eines neoliberalen Blocks spielte sich also nicht bloß vor dem Hintergrund der Europäischen Integration ab. Die "europäische Option" (vgl. Ross 1996a, 39) bildete den wichtigsten Bestandteil des Modernisierungsprojekts. Im Gegensatz zum dezidiert nationalen Programm von 1981 war nun die Gestaltung der Europäischen Integration im Sinne Frankreichs das neue sozialistische Projekt. Mit Blick auf seine Wiederwahl 1988 hoffte Mitterrand, ein breites Bündnis aus Modernisierungs- bzw. Internationalisierungsgewinnern und jenen republikanischen Kräften zu schmieden, die in einem europäischen Weg die einzige Möglichkeit sahen, den Einfluß Frankreichs wieder zu stärken.¹²

¹² Als symbolische Aufwertung der Europapolitik kurz nach dem Politikwechsel berief Mitterrand seinen engen Vertrauten Roland Dumas zum Europaminister, während europaskeptische Minister von ihren Ämtern zurücktraten.

4 Zwang und Option - die Europäische Integration

4.1 Innenpolitische Entwicklung

Innenpolitisch gewann die "Idee Europa" ab Mitte der achtziger Jahre wieder an Ausstrahlungskraft, nachdem von rechten wie linken Parteien lange Zeit anti-europäische Ressentiments gepflegt wurden. Mitterrand konnte sich mit seinen Zielen deshalb zunächst auf eine breite europaoptimistische Basis stützen:

1. Zum einen wollte er ein Europa schaffen, in dem Frankreich eine größere Rolle spielt als andere Staaten. Da der nationalstaatliche Rahmen für die französische Wirtschaftspolitik zu eng wurde, sollte nun französische (Wirtschafts)politik im europäischen Maßstab betrieben werden. Der Schutz der europäischen Außengrenzen sowie ein traditioneller Protektionismus gehörten ebenso zu diesem Konzept wie eine gemeinsame europäische Industriepolitik im Bereich der Hochtechnologie. Die Antwort auf die Erfahrung von 1981/82, daß die nationalen Ökonomien nicht mehr ohne Einschränkungen gestaltet werden konnten, war also der Versuch, französische Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene zu konzentrieren (vgl. Streeck 1998, 370).
2. Gleichzeitig wirkte das marktliberale Programm des Binnenmarktes als Druckmittel, um die innere Modernisierung der französischen Wirtschaft voranzutreiben. Die Logik des Programms von 1981 hatte sich umgekehrt: Statt außenwirtschaftlichem *laissez-faire* und voluntaristischer Binnenpolitik verfolgte Frankreich nun die binnenorientierte Durchsetzung der Marktlogik und versuchte gleichzeitig, auf europäischer Ebene Reregulierungen durchzusetzen.
3. Auf der politisch-strategischen Ebene hoffte Mitterrand, daß "sein" europäisches Projekt ausstrahlungskräftig genug sei, um die Austeritätspolitik auf der nationalstaatlichen Ebene zu rechtfertigen und ihm zu einer neuen Mehrheit zu verhelfen. "Europa" sollte zu einem neuen Politikmodell für die modernisierte Sozialdemokratie werden. "This model could preserve, perhaps even enhance, what Delors came to call the 'European model of society', a mixed economy in which market harshness was mitigated by welfare states and civilized industrial relations systems, with an important regulatory role reserved to the state (...). Europe could become a powerful zone in this global market, limiting damage from outside (...). The new vision was meant to be one of social democracy on a European scale led by the French. The liberal basis of '1992' would bring capital on board, initiating a new wave of investment and growth. France's leadership role in Europe might also be appealing, particularly if it were able to advocate Euro-level social and economic policy regulation. While awaiting such payoffs the Europe option would provide both leverage and arguments to governments to justify shorter-run problems. Austerity would no longer be simply a necessity for bad times, but a

commitment to make the broader European programme go forward to bring larger payoffs down the line" (Ross 1996a, 41).

Der Binnenmarkt stand offenbar in der französischen Debatte nie als einziges Ziel im Vordergrund. Vielmehr hatte die Europäische Integration nach dem Verständnis Mitterrands neben ökonomischen Erfordernissen auch gesellschaftspolitische Ziele zu erfüllen. Danach sollte der gemeinsame Markt nach außen durch eine gemeinsame Außenhandelspolitik geschützt und nach innen durch sozialstaatliche Regulierungen auf europäischer Ebene gesichert werden (vgl. Guérot 1996a, 212).

Innenpolitisch wurde diese Linie kaum angefochten. Die erste cohabitations-Regierung mit Jacques Chirac als Premierminister konnte die Strategie Mitterrands nicht gefährden. Die gaullistische Regierung setzte die neoliberale Linie nach innen durch, während sich der sozialistische Präsident auf dem europäischen Parkett mit seinen Forderungen nach einem "europäischen Sozialmodell" profilieren konnte. Noch weniger Gefahr ging von der weitgehend konzeptionslosen und unpopulären Sozialistischen Partei aus. Sie mußte auf einen Erfolg Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen 1988 hoffen, um überhaupt noch Chancen für eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu haben. Nachdem Mitterrand einen überwältigenden Wahlsieg erzielen konnte, und der PS wenige Wochen später trotzdem die absolute Mehrheit in den Parlamentswahlen verfehlte, verfestigte sich die Machtposition Mitterrands. Er hatte sich nicht nur erfolgreich von seiner eigenen Partei distanziert, sondern gleichzeitig mit seiner Wählerbasis aus Facharbeitern, aufstrebender Mittelklasse und neuen Dienstleistern das traditionelle linke Lager verlassen. Die neue Mitte-Links-Koalition, auf die Mitterrand seit dem politischen Schwenk 1983 baute, bestätigte seine Strategie. In der Folgezeit konnte sich Mitterrand als Garant der Nation *und* Europäer präsentieren, während die PS-Minderheitsregierung, die auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen war und auf die Zerrissenheit der Rechten spekulierte, programmatisch nichts weiter zu bieten hatte, als Mitterrands Europaoption in allen Konsequenzen zu unterstützen. Gleichzeitig mußte sie die sich daraus ergebenden Verpflichtungen nach innen durchsetzen (vgl. Ross 1996a, 44).

Trotz einiger kritischer Töne Ende der achtziger Jahre (vgl. Cotta 1991) befaßten sich auch die Intellektuellen zunehmend optimistisch mit Europa (vgl. u.a. Morin 1987; vgl. Domenach 1990, als Überblick: vgl. Schubert 1988). Insbesondere das 1991 erschienene Buch Michel Alberts "capitalisme contre capitalisme" griff die Thesen Delors auf und markierte innerhalb der französischen Öffentlichkeit den Konsens über die Europäische Integration. Europa, so Albert, ist die Chance, das rheinische Modell vor dem angelsächsischen Kapitalismus zu schützen. Albert kritisierte den französischen Etatismus in der Ökonomie und forderte, ein Europa nach dem Vorbild des deutschen Modells aufzubauen, um sich vom amerikanischen Modell abzugrenzen (vgl. Albert 1992; Albert/Gonenc 1996). Die Konsequenzen, die entstehen, wenn der Wirtschaftsintegration keine soziale und politische Union folgt, hat Albert bereits Anfang der neunziger Jahre geschildert: "Auch der gemeinsame

Markt von 1993 ist weitgehend durch den Reaganismus beeinflusst. Ein Maximum an Wettbewerb, ein Minimum an Staat. Und das hat langfristige soziale Konsequenzen. Solange nämlich der Einheitsmarkt nicht von einer politischen Union eingerahmt ist, wird jede Regierung der Zwölf, gleichgültig welche die jeweiligen politischen Präferenzen sind, gezwungen sein, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch eine Verarmung des Staates zu verstärken, und zwar nach dem Vorbild Reagans mit Steuersenkungen für die Reichen und Steuererhöhungen für die Armen" (Albert 1992, 228). Letztlich sei aber das rheinische Modell nicht nur sozial- sondern auch wirtschaftspolitisch erfolgreicher als das angelsächsische, da aufgrund der kooperativen Strukturen zwischen Beschäftigten und Unternehmen flexiblere Anpassungslösungen gefunden werden könnten.

Europa konnte sich also der Zuneigung Frankreichs sicher sein. Dort wurde zwar über die "französische Malaise", die politische Verdrossenheit und über die Ungewißheit der Zukunft sinniert. Von der pessimistischen Stimmung schien Europa jedoch nicht betroffen zu sein. Auf der Hitliste der Ängste der französischen Bevölkerung standen im Frühjahr 1992 Arbeitslosigkeit und Jugendprobleme ganz oben. Deutschland und der Binnenmarkt nahmen die letzten Plätze ein - hinter AIDS, Krebs, Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen und dem Front National (vgl. Kolboom 1993a, 14).

Diese innenpolitisch relativ abgesicherte Europaoption traf jedoch auf eine wesentlich prekärere außenpolitische Situation.

4.2 Außenpolitische Voraussetzungen

Unter dem Druck der weltweiten Rezession weiteten sich die Krisen der EG zwischen 1979 und 1984 zu einer veritablen "Eurosklerose" aus (vgl. Deppe/Felder 1993; Ambrosius 1996). In den Mitgliedsländern dominierten innenpolitische Probleme und die gemeinschaftliche Tätigkeit stagnierte in vielen Politikbereichen, geschweige denn, daß weitere Kompetenzen auf die Gemeinschaftsebene übertragen wurden. Insbesondere der Streit um die Agrarreform und die Finanzierung des EU-Haushalts erwiesen sich als die größten Probleme.

Die Einnahmen des EU-Haushalts, die aus Mehrwertsteuerbeteiligungen, Zollabschöpfungen und den Ausgleichsbeiträgen der gemeinsamen Agrarpolitik stammten, reichten nicht mehr aus. Die Finanzierungskrise konnte aber nur im Rahmen einer Agrarreform gelöst werden, da für die gemeinsame Agrarpolitik über zwei Drittel des Haushaltes aufgewendet werden mußten. Eine Reform war jedoch nicht in Sicht, da Deutschland generell die Freihändlerische Lösung der USA im Rahmen des GATT anstrebte, die Subventionsabbau und die Reduzierung des Außenschutzes des Agrarmarktes gegenüber Drittländern vorschrieb. Frankreich dagegen beharrte weiterhin auf protektionistischen Maßnahmen und Exportsubventionen. Schließlich führte der bestehende Finanzausgleich zu einer Blockade der Verhandlungen über

die Agrarpreise durch Großbritannien. Durch den relativ geringen Agraranteil und die hohen Agrarimporte aus Drittländern erhielt Großbritannien nur wenig Subventionen aus der EG-Kasse, während es hohe Zölle an die EG abführen mußte (vgl. Weidenfeld 1995).

Zur innergemeinschaftlichen Stagnation gesellte sich noch der schwierige Verhandlungsprozeß über die Süderweiterung. Während der Beitritt Griechenlands aufgrund von Demokratie- und Stabilisierungsüberlegungen und dem Bemühen, den EG-kritischen Sozialisten zuvorzukommen, bereits 1981 erfolgte, zogen sich die Verhandlungen mit Portugal und Spanien über acht Jahre bis 1986 hin. Dies lag zum einen an den Widerständen Frankreichs und Italiens, die mit dem Beitritt der drei Südländer eine härtere Konkurrenz auf dem Agrarmarkt befürchteten. Zum anderen machte Griechenland wiederum den Beitritt von einem neuen Mittelmeerprogramm abhängig, dessen finanzielle Auflagen den Haushalt der EG überstiegen hätten (vgl. Ambrosius 1996, 148).

Die außenpolitischen Voraussetzungen für die Option Mittelrands schienen angesichts eines Klimas, in dem verstärkt auf nationale protektionistische Maßnahmen in Form von nichttarifären Handelshemmnissen zurückgegriffen wurde, ungünstig (vgl. Ziebura 1997, 354f). Dennoch konnte sich Mittelrand bei seinen europapolitischen Aktivitäten in vielen Fragen auf die deutsch-französische Achse stützen. Durch den Politikwechsel in Frankreich konnten beide Länder an dem von Schmidt und Giscard d'Estaing im Vorfeld des EWS intensivierten Bilateralismus anknüpfen. Im informellen und kulturellen Bereich erreichte die deutsch-französische Zusammenarbeit Mitte der achtziger Jahre ebenfalls ihren Höhepunkt (vgl. Ziebura 1997, 329). So gelang es Mittelrand während der französischen Präsidentschaft in der ersten Hälfte 1984 sein europäisches Profil zu schärfen und in Zusammenarbeit mit Deutschland die beiden drängendsten Probleme - das Finanzierungsproblem Großbritanniens und die Süderweiterung - zu lösen.¹³ Beide Länder setzten zahlreiche Beschlüsse durch, die den Integrationsprozeß voranbrachten (Anhebung des Mehrwertsteuerbeitrags für die EG-Kasse, Aufstockung der Strukturfonds und Abbau der Personenkontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen).

Gleichzeitig war der Bilateralismus aber deutlich französisch geprägt und Frankreich wurde zum Wortführer und wichtigsten Initiator in Europa. Denn sowohl England als auch Deutschland kamen in dieser Zeit für eine explizite Führungsrolle in Europa nicht in Frage - Deutschland aufgrund seiner Geschichte und England aufgrund seiner distanzierten Haltung gegenüber der Europäischen Integration. Frankreich dagegen hatte eine ausgezeichnete Verwaltung, die auch auf europäischer Ebene kompetent die französischen Interessen vertreten konnte, eine Außenpolitik, die ei-

¹³ Während bereits seit 1982 Jahr für Jahr neue Ad-hoc-Regelungen und Rückzahlungen mit Großbritannien vereinbart wurden, konnte auf dem Gipfel von Fontainebleau eine langfristige Regelung gefunden werden. Von nun an bekamen die Briten zwei Drittel ihrer Differenz zwischen Agrarzuflüssen und den Mehrwertsteuerabflüssen ersetzt. Die Lasten teilten sich die anderen Länder (vgl. Weidenfeld 1995, 38).

gene Akzente setzte und durch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UN vertreten war sowie genügend militärische Distanz zum westlichen Bündnis, um die Eigenständigkeit Europas zu betonen. Ein weiterer Pfeiler französischer Europapolitik war Jacques Delors, den Mitterrand unterstützt durch Deutschland auf dem Gipfel in Brüssel 1984 als neuen Kommissionspräsidenten nominieren konnte (vgl. Hoffmann 1995b, 233).

Dieser war entscheidend an der Verbreitung von Mitterrands Europakonzept beteiligt. Delors war der Überzeugung, daß der französische Aktivismus und die deutsche Zustimmung alleine nicht ausreichten, um Integrationsfortschritte zu erzielen. Die günstige diplomatische Lage sollte durch eine flexible Kommission unterstützt werden, die der Europäischen Integration neue politische Anstöße gibt. Der Kern der Strategie war der gemeinsame Binnenmarkt mit dem Weißbuch und der Einheitlichen Europäischen Akte. Die zunehmende Integration in diesem traditionellen Politikfeld der EG sollte Spielräume für die Kommission eröffnen, um weitergesteckte Programme, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik, zu lancieren. Mit der Strategie der "Russian dolls" (vgl. Ross 1996b, 230) sollten über die politischen Erfolge in einem Bereich der EG auch in anderen Bereichen Integrationsprogramme angestoßen werden. "Delors believed that market liberation would imply new programs to generate the regulation and public goods that the new market would need to function properly. In addition, as this happened the balance of regulatory functioning and power should begin shifting from member states towards the EC. Maastricht was meant to promote the decisive shifts between market and state building and from member states towards Europe" (Ross 1996b, 231).

Das Weißbuch zum Binnenmarkt, das die wichtigsten Anstöße zur Überwindung der Stagnation gab, enthielt 300 Umsetzungsvorschläge, um den einheitlichen Binnenmarkt zu verwirklichen. Im Vordergrund standen die vier großen Markt-"Freiheiten": offene Kapitalmärkte, freie Dienstleistungs- und Warenmärkte sowie die freie Arbeitsplatzwahl innerhalb der EG. Damit sich die Disparitäten zwischen den europäischen Regionen durch den Binnenmarkt nicht noch vergrößerten, wurden finanzielle Mittel aus dem Agrarhaushalt in die Strukturfonds umgeschichtet. Mit der Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte wurde das Vorhaben 1986 schließlich verabschiedet. Nach der französischen Logik sollte dies jedoch nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer umfassenderen Zusammenarbeit in Europa sein.

Der Binnenmarkt war wesentlich die Antwort auf die Auswirkungen der Transnationalisierung des Handels und der Produktion. Allerdings sollte er, um die spezifischen Eigenheiten des "europäischen Gesellschaftsmodells" zu erhalten, auch politisch reguliert werden. Dazu gehörten nach den Vorstellungen Delors ebenso eine konzertierte Wirtschafts- und Geldpolitik (WWU), gemeinsame industriepolitische Projekte, ein öffentlicher Dienst und kohärente europäische Bildungsprogramme wie auch die Beteiligung der "Sozialpartner" am Aufbau Europas. Der "Sozialdialog" sollte nach den Vorstellungen Delors diese Funktion erfüllen. Weitere Beispiele für

den Anspruch, das rheinische Kapitalismus-Modell gegenüber dem angelsächsischen zu verteidigen und die öffentliche Politik zu stärken, waren die Strukturfonds, die transnationalen Infrastrukturnetzwerke und das Weißbuch zu Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung 1993. Das Gesellschaftsmodell der Gemeinschaft, das es nach Delors und Mitterrand zu verteidigen galt, "ist eine Form sozialer und wirtschaftlicher Demokratie, die das freie Spiel des Marktes durch den Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und - wenn erforderlich - durch die Mitsprache öffentlicher Institutionen ergänzt" (Delors 1992, 11).

Hier fand Frankreich allerdings keine Unterstützung durch Deutschland. In der Tradition des EWG-Vertrages war die EEA funktional auf die Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes zugeschnitten, in dem der Sozialpolitik bestenfalls eine nachgelagerte Rolle zukam. Während im Bereich des Binnenmarktes das Prinzip der qualifizierten Mehrheit nun Anwendung fand, unterlagen die Entscheidungen im Bereich der Sozialpolitik weiterhin der Einstimmigkeitsregel (vgl. Busch 1992, 258f). Auch im weiteren Verlauf ging Deutschland nur sehr zurückhaltend auf die französischen Vorschläge ein. Erst Ende der achtziger Jahre war die Sozialpolitik auch ein Thema in den Ratssitzungen. Unter französischer Präsidentschaft wurde schließlich eine unverbindliche "Charta der Arbeitnehmerrechte" unterzeichnet. "So verwundert es nicht, wenn die sozialen Aspekte im Einigungsprozeß der 80er Jahre keine Rolle spielten. Eine deutsch-französische Debatte, die diesen Namen verdient, hat es darüber nicht gegeben" (Ziebur 1997, 359).

Daraus entstand ein Dilemma, das das Verhältnis Frankreichs zu Europa und zu Deutschland in den kommenden Jahren maßgeblich prägte: Während der Binnenmarkt über weitreichende Deregulierungsanstrengungen Gestalt annahm und sich vornehmlich auf die gute Zusammenarbeit der Achse Bonn-Paris zurückführen ließ, gab es im Bereich der Sozialpolitik allenfalls Ansätze, die jedoch weit von der Vision eines "europäischen Sozialmodells" entfernt waren. Vom gemeinsamen Markt gingen nun unübersehbare Zwänge für die nationalstaatliche Ebene aus. Zentrale Bereiche des französischen Politikmodells, für die auf europäischer Ebene kein Ersatz in Sicht war, schienen in Frage gestellt. Dies sollte Auswirkungen auf die innerfranzösische Situation haben.

Denn trotz der "eurooptimistischen" Stimmung in Frankreich stand die Strategie Mitterrands von Anfang an auf tönernen Füßen. Zum einen ging Mitterrand davon aus, daß nach einer kurzen schwierigen Periode der gemeinsame Binnenmarkt eine Ära des Wachstums und der Arbeitsplätze einläuten würde. Die Prosperitätsphase hätte dann genügend Spielraum für soziale Reformen geboten. Es wurde jedoch zunehmend unischerer, wann dies der Fall sein werde. Zweitens ging Frankreich davon aus, daß es seine politische *und* ökonomische Führungsrolle weiter ausbauen konnte, um damit den Hyper-Liberalismus à la Thatcher auf europäischer Ebene einzudämmen. Es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die französischen Re-Re-

gulierungsbestrebungen auf europäischer Ebene mit den exportorientierten und auf Marktliberalisierung setzenden Interessen Deutschlands und Englands kollidierten.

Der Maastrichter Vertrag markierte den Umschwung und das Ende der expliziten französischen Hegemonie in Europa. Und schließlich konnte Mitterrand innenpolitisch zwar Mitte der achtziger Jahre auf einen "permissiven Europakonsens" in der Bevölkerung, auf die Begeisterung vieler Intellektueller und die Unterstützung nicht nur des PS, sondern auch eines großen Teils der Gaullisten bauen. Dennoch gab es sowohl innerhalb der Parteien als auch unter den ökonomischen und intellektuellen Eliten starke Strömungen, die dem französischen Souveränitätsverzicht zugunsten der Europäischen Integration skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Die Forderungen nach einer Renationalisierung der Politik wurden durch wachsende soziale Spannungen, integrationspolitische Mißerfolge Frankreichs und die Zwänge der monetären und wirtschaftlichen Integration gestärkt.

4.3 EU-Restriktionen und Autonomie - der französische Fall

Die Europäische Integration bewirkte in allen Mitgliedsländern einen signifikanten Wechsel des ökonomischen Umfelds. Frankreich galt jedoch aufgrund seiner Industrie- und Geldpolitik als ein wirtschaftlich aktiver und effizienter Staat. Begriffe wie "Voluntarismus", "Dirigismus" und "Colbertismus" charakterisierten die Rolle des französischen Staates, der im Sinne des Allgemeinwohls regulierend in die wirtschaftlichen Prozesse eingriff (vgl. Schmidt 1992; Cohen 1992b; Eberlein 1997). Die etatistischen Politikvorstellungen kontrastierten hier am deutlichsten mit dem marktliberalen Paradigma der Europäischen Integration.

Das in Frankreich dominierende wirtschaftspolitische Paradigma war das "statist-policy-making"-Modell. Die staatlichen Institutionen hatten die letzte Kontrolle über das Zusammenspiel von Staat, Ökonomie und Gesellschaft. Sie verfügten über ausreichend politische Autonomie, "...to manifest a policy style notable for its capacity not merely to initiate far-sighted planning efforts but also to impose them where it deems necessary" (Schmidt 1995, 6)¹⁴. Der Kern des französischen Politikmodells bestand aus drei Elementen: der administrativen Finanzpolitik, einem "sozialen Kompromiß über die Inflation" und der Politik der "grands projets" (vgl. Cohen 1992a):

1. Eine Vielzahl finanzpolitischer Institutionen garantierte dem französischen Staat die Kontrolle über die Kreditvergabe und die Zinspolitik. Politisch festgelegte Zinsraten, ein administrativ bestimmter Kreditrahmen ("encadrement du crédit") sowie Kapitalverkehrskontrollen waren die zentralen Elemente dieses Institutio-

¹⁴ Der "Dirigismus" des französischen Staates darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch während der Hochzeit des Interventionismus eine "kooperative Beziehung" (Schmidt 1996b) zwischen Politik und Ökonomie bestand. Während die staatlichen Institutionen den Politikformulierungsprozeß bestimmten, ohne die sozialen Akteure überhaupt zu konsultieren, konnten die Unternehmen im Implementierungsprozeß ihre Vorschläge maßgeblich miteinbringen (vgl. Schmidt 1995, 9).

nenmix (vgl. OECD 1987, 39f). Außerdem hatten die Unternehmen nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sich zu refinanzieren. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen war strikt reglementiert und von den Handelskrediten einmal abgesehen war es verboten, sich im Ausland Geld zu leihen. Den einzigen problemlosen Weg, sich Kredite für Investitionen zu beschaffen, boten die französischen Banken. Diese waren aber zum Großteil verstaatlicht und ansonsten indirekt durch die französische Regierung kontrolliert (vgl. Goodman 1992, 31). Die Zentralbank spielte eine untergeordnete Rolle, da das Finanzministerium autonom die Kapitalströme limitierte und extensivierte und sogar direkte Kreditvergaben an die Industrie vornahm.

2. Der "soziale Kompromiß über die Inflation" unterschied die französische Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich von der deutschen. Frankreich sah sich traditionell weniger der Geldwertstabilität verpflichtet als Deutschland. Insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit befürchtete de Gaulle, daß eine Politik der harten Währung die soziale Spaltung vertiefen und dadurch den PCF stärken könnte (vgl. Goodman 1992, 31). Die dadurch entstandenen Wettbewerbsnachteile wurden durch eine Abwertungsstrategie abgefedert.
3. Um die französischen Industrieprojekte zu verwirklichen, intervenierte der Staat zu Gunsten großer Unternehmen ("nationaler Champions"). "The state engineered a strategy for development bringing together public and private firms, and provided funding, secured markets through public contracts and protection from foreign entry" (Kassim 1997, 169). Der "High-tech-Colbertismus" (Cohen 1992b) war der Kern der Modernisierungsstrategie, die als Ziel die technische Unabhängigkeit hatte - im Sinne der Exportfähigkeit Frankreichs, aber auch im Sinne der nationalen Autonomie.¹⁵ Der Staat war dabei gleichzeitig Kunde und Förderer der nationalen Champions. Die Projekte waren also "mission-oriented", d.h. sie orientierten sich an der nationalen Souveränität wie im Fall der Atomwirtschaft oder der Raumfahrttechnik. "Dans sa version la plus usuelle, elle renvoie à l'autonomie stratégique et à l'indépendance nationale: sans industrie puissante, pas de défense indépendante, pas de diplomatie active, voire pas d'influence culturelle significative" (Cohen 1992a, 217). Die Zusammenarbeit wurde noch durch die Verschränkung der politischen und ökonomischen Eliten gefördert, die auf den gleichen Universitäten ("grandes écoles") ausgebildet wurden und meistens zwischen Staatsdienst und (staatlichem) Management hin- und herpendelten (vgl. Eberlein 1997, 443).

Besonders eng war die Verknüpfung von Staat und Ökonomie im Bereich der Verteidigungs- und Rüstungspolitik. Frankreich hatte sich aus Gründen der nationalen

¹⁵ "Le colbertisme 'high-tech' est la forme historique qu'a prise l'intervention de l'État-nation armé du monopole de l'intérêt général dans sa relation aux industries dites de pointe de l'après guerre à nos jours" (Cohen 1992a, 218.)

Unabhängigkeit und der Weigerung der USA, ihnen das technologische Know-how für den Aufbau der französischen Atomstreitmacht ("force de frappe") zu liefern, für eine (autarke) Militärindustrie entschieden. Dieser militärisch-technologische Komplex, der hochqualifizierte Arbeitsplätze bereitstellte ("travailleur d'État"), war der Motor des Colbertismus. Durch immense staatliche Ausgaben schuf Frankreich als Gegengewicht zu den USA eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie mit Absatzmärkten insbesondere in Afrika und dem Nahen Osten. Die entwickelten Technologien konnten später auch in der zivilen Produktion verwendet werden.

Als die Märkte im Zuge der Transnationalisierung des Kapitals und der Produktion offener wurden, und die französische Inflationspolitik durch die Anti-Inflationspolitik, die sich seit Ende der siebziger Jahre als wirtschaftspolitische Leitlinie in allen westlichen Ländern durchsetzte, unter Druck geriet, stieß dieses Modell an seine Grenzen. "Mais la grande affaire de la période c'est l'Acte unique et le grand marché intérieur" (Cohen 1992a, 215). Denn im Gegensatz zu Deutschland, wo die exportintensive Industrie den gemeinsamen Markt nur als geringe Herausforderung ansah, destabilisierte das Binnenmarktprojekt ganz entscheidend die Grundpfeiler der französischen Wirtschaftspolitik und verlangte einen grundlegenden Wechsel der makro- und mikroökonomischen Strategie. "1992" wurde zum Schlagwort für jene gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die Frankreich "fit" für den Welthandel machen wollten. Neben den Deregulierungsbestrebungen in allen ökonomischen Bereichen¹⁶ waren die Geld- und Industriepolitik am stärksten von den europäischen Vorgaben betroffen.

4.3.1 Geldpolitische Zwänge

Nachdem die sozialistische Regierung mit dem Scheitern des wachstums- und beschäftigungspolitischen Alleingangs bereits die *konjunkturelle* Abhängigkeit Frankreichs zu spüren bekam (vgl. Abschnitt 2), standen in der Folgezeit die *fiskal- und währungspolitischen* Restriktionen des EWS im Vordergrund. Führten eine hohe Inflationsrate oder ein Außenhandelsdefizit zu einer Überbewertung des Francs, so konnte diese nun nicht mehr wie unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse durch Abwertungen korrigiert werden, zumal die Teilnehmerländer mit Blick auf den Binnenmarkt zunehmend bestrebt waren, auch innerhalb des EWS dauerhaft stabile Währungsrelationen zu schaffen: Zwischen 1979 und 1983 gab es 7 Wechselkursanpassungen, zwischen 1987 und 1992 wurden die Relationen nur noch einmal verändert. "As that happened, the burden of adjustment of relative prices was shifted

¹⁶ Insgesamt wurden die Möglichkeiten für eine protektionistische Wirtschaftspolitik immer geringer, wenn auch die Auswirkungen auf die einzelnen Branchen in Frankreich sehr unterschiedlich waren. So konnte Frankreich eine Regelung zum Schutz des französischen Films durchsetzen, mußte aber gleichzeitig bei Air France ausländische Kapitalbeteiligungen zulassen (British Airways). Außerdem wurden durch einen Vertrag zwischen der EU und Japan die französischen Importbeschränkungen für japanische Automobile abgebaut. Ähnliches gilt für den Agrarsektor, wo durch die GATT-Verhandlungen 1993 (vgl. Abschnitt 7) die französische Subventionspolitik deutlich eingeschränkt wurde.

to domestic policy" (Cameron 1995, 123). Je stabiler die Wechselkurse wurden, desto mehr wurden die Staaten mit einer hohen Inflationsrate und einem großen Außenhandelsdefizit gezwungen, über eine restriktive Fiskalpolitik und hohe Zinsen die Binnennachfrage zu senken, um damit den Import zu drosseln. Innerhalb dieser Vorgaben hatte Frankreich die "Wahl", welche kontraktiven makroökonomischen Instrumente es dafür verwendete.

Aufgrund dieser Abhängigkeiten zeigte sich der Modernisierungskurs nach 1983 zunächst am radikalsten im Bereich der Finanzpolitik. "The main structural features of the system are being remodelled: the predominance of the bank intermediation, whereby the banks carry the main burden of financial risk; the automatic refinancing of banks by the Central Bank; the compartmentalisation of financial markets and the priority this gives to the funding of the public borrowing requirement" (OECD 1987, 39). Zwar wurden bereits in den sechziger Jahren und während der Vorbereitungen zum Europäischen Währungssystem die Zinssätze liberalisiert und mehr Konkurrenz auf dem Bankensektor zugelassen. Der entscheidende Angriff auf die finanzpolitische Souveränität des französischen Staates begann aber nach dem sozialistischen Politikwechsel ab 1983. Das Bankwesen wurde liberalisiert (französische Banken durften ausländische Einlagen verwalten), die Strafen für Banken, die die Kreditlinie überzogen, wurden abgeschafft und außerdem ein Geldmarkt eingerichtet, zu dem nun auch Einzelpersonen und Unternehmen Zutritt hatten.¹⁷ Schließlich wurden neue Finanzierungsinstrumente (futures und options) zugelassen und 1990 die Kapitalverkehrskontrollen endgültig abgeschafft (vgl. OECD 1987, 39f). Im Rahmen des Maastrichter Vertrages wurde schließlich auch die französische Zentralbank 1994 in die Unabhängigkeit "entlassen".

Das administrative Finanzgebäude der fordistischen Epoche war damit fast vollständig abgetragen und die französische Geld- und Fiskalpolitik setzte sich ungeschützt den Bedingungen des EWS und der internationalen Finanzmärkte aus. Der sichtbarste Ausdruck dieser Abhängigkeit war die Phase von 1990/91, als die Politik des "starken Francs" zum Dogma erhoben und es immer deutlicher wurde, daß Frankreichs Wirtschaftsentwicklung von der Zinsentwicklung in Europa abhing. Als die Deutsche Bundesbank aufgrund der wachsenden Staatsverschuldung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung die Zinsen erhöhte, zog Frankreich nach. Aufgrund der "deflatorischen Asymmetrie" im EWS und der hegemonialen Stellung der Deutschen Bundesbank mußte Frankreich befürchten, durch einen niedrigeren Zinssatz den Franc unter Druck zu bringen. Die ökonomischen Fundamentaldaten und insbesondere die stabile Inflationsrate hätten eine Zinssenkung jedoch erlaubt und die lahrende Konjunktur sie sogar zwingend erfordert (vgl. Schlupp 1989, 128). Die traditionellen politischen Mittel, die Geldmenge zu regulieren (politische Zins-

¹⁷ Das 1986 veröffentlichte "Weißbuch zur Reform des Finanzsektors und der Wirtschaft" nennt als Ziel "a unified capital market, extending from overnight money to the very long term, open to all economic agents for both spot and forward transactions, and with the possibility of options" (zit. n. OECD 1987, 51)

satzsetzung, Kontrolle der Kreditvergabe, etc.), wurden nun durch die Funktion des Realzins ersetzt. Die Souveränität über die Zinspolitik ging aber im EWS auf und die tatsächliche Höhe hing weitgehend von der Geldpolitik des Landes mit der wichtigsten europäischen Währung, d.h. von Deutschland, ab. Während die Fiskalpolitik durch die geldpolitischen Abhängigkeiten bisher nur indirekt betroffen war, wurde mit der Einführung der Maastrichter Konvergenzkriterien auch die Haushaltspolitik immer mehr der nationalstaatlichen Kontrolle entzogen.

4.3.2 Industriepolitische Zwänge

Neben den Dezentralisierungsanstrengungen in Frankreich war die Binnenmarktintegration ein entscheidender Faktor dafür, daß sich auf nationalstaatlicher Ebene die "Lokomotivfunktion" der staatlichen Großprojekte ("grands projets") erschöpfte und die Möglichkeiten einer französischen Industrie- bzw. Forschungs- und Technologiepolitik erheblich eingeschränkt wurden. Dies lag insbesondere daran, daß die zunehmende Europäisierung und Transnationalisierung der Kapitalstrategien die nationalstaatliche zentralistische Steuerung in Frage stellten.

Die französische Ökonomie ist heute vergleichsweise offener als nord-amerikanische oder andere europäische Ökonomien (vgl. Adams 1995, 88f). Frankreichs innereuropäischer Handel hat sich seit den sechziger Jahren nahezu verdreifacht und die Export- und Importabhängigkeit nahm bis 1992 auf 23 bzw. 21,8 Prozent zu (vgl. Cameron 1995, 121). Gleichzeitig engte die Integration den Handlungsspielraum Frankreichs ein. Zum einen berührte die Kontrolle der Generalkommission IV über Fusionen und Subventionszahlungen sensible Bereiche der französischen Industriepolitik. Der industrielle staatliche Sektor wurde insgesamt abgebaut, und begonnene Projekte mußten gekürzt oder ganz gestrichen werden (vgl. Kassim 1997, 172). Zum anderen trug auch der Bedeutungszuwachs der EU-Ebene im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik dazu bei, daß eine nationalstaatliche Strategie nicht mehr effizient genug war. Frankreich versuchte deshalb, den nationalstaatlichen Rahmen zu erweitern und auf europäischer Ebene eine Renaissance der Industriepolitik einzuläuten.

Die Bedeutung, die dem "discours industriel" als Element der republikanischen Tradition zugesprochen wird, darf dabei nicht unterschätzt werden. Es handelt sich hier nicht um eine reine wettbewerbspolitische Argumentation. Vielmehr wird damit die Hoffnung verknüpft, Antworten auf die Herausforderungen zu finden, denen sich der französische Nationalstaat heute ausgesetzt sieht:

So wird der *jakobinische Staat* durch die Souveränitätsverschränkungen auf der supranationalen Ebene herausgefordert. Er braucht als legitimatorische Quelle eine öffentliche Institution (Industriepolitik), auf die er sich beziehen kann und die weiterhin den Primat der Politik gegenüber der Ökonomie verkörpert. Der *colbertistische Staat* wird durch die Transnationalisierung des Kapitals herausgefordert, in der er nur noch

der Anwalt der Transnationalen Konzerne ist. Eine europäische Industriepolitik könnte sowohl die Transzendierung des Nationalstaates durch die Ökonomie berücksichtigen, als auch durch gemeinsame Initiativen der europäischen Regierungen die technologische (und militärische) Autonomie gegenüber Japan und den USA sichern. Und schließlich sieht sich der *Sozialstaat* einer Austeritäts- und Deregulierungspolitik gegenüber, die ihn immer mehr in Frage stellt. Industriepolitik würde auch hier die Fragen der Beschäftigungspolitik wieder ins Zentrum der Debatte rücken und die französische bzw. europäische Industrie privilegieren. "La rhétorique industrialiste n'est donc qu'un symptôme, celui de la crise de la souveraineté, électivement fixée sur l'objet industriel parce qu'il traduit le mieux la capacité d'influence d'une grande puissance" (Cohen 1992a, 218).

Die französische Strategie einer europäischen Industriepolitik hatte kurzfristig einige Erfolge vorzuweisen. Das Airbus-Projekt und die europäische Raumfahrtagentur (ESA) waren Beispiele für, von Frankreich bevorzugte, intergouvernementalistische Ansätze in der Industriepolitik. EUREKA war ein Vorstoß Frankreichs und als Gegenentwurf zum Projekt der Kommission geplant (ESPRIT) (vgl. Deubner et al. 1992; Felder 1992). Projekte im Bereich der Telekommunikation (RACE) und der Biotechnologie (BAP) oder der Mikroelektronik (JESSI) sollten ebenfalls dazu beitragen, die "technologische Lücke" zu den USA und Japan zu schließen.

Frankreich war insbesondere daran interessiert, seinen unter finanziellen und ideologischen Druck geratenen militärisch-technischen Komplex, den es im Vergleich mit anderen Ländern auch nach 1989 noch großzügig finanzierte, zu sanieren¹⁸. Es favorisierte den Aufbau einer unabhängigen europäischen "Sicherheitsökonomie", um sowohl die Unabhängigkeit gegenüber den USA zu demonstrieren als auch die zivile Atom-, Luftfahrt- und Elektronikindustrie zu konsolidieren. Dabei wurde zunehmend deutlich, daß die Kosten für die Entwicklung von Militärtechnologie inflationierten und nicht mehr von einem Land alleine getragen werden konnten. Allein das französische "Rafale-Programm" verschlang 200 Milliarden FF. "La déflation générale des budgets d'armement, le retrait américain d'Europe, la fin de essaimage des technologies militaires dans la sphère de l'industrie civile, la crise aiguë que connaissent les industries de défense britannique et allemande, pouvait favoriser l'émergence d'un projet européen de défense qui aurait eu sa traduction en termes de programmes et de structures industrielles" (Cohen 1996, 386). Die Auseinandersetzungen um den gemeinsamen Helikopter "Apache" zeigten aber bereits, daß England die vollständige Liberalisierung des Handels auch im Bereich der Rüstungsproduktion einer gemeinsamen europäischen industriellen Zone vorzog.¹⁹

¹⁸ Ganz im Gegensatz zu den USA, die Anfang der neunziger Jahre ihr Verteidigungsbudget deutlich reduzierten. Dies führte wiederum dazu, daß die US-Konzerne nach der Reduzierung der öffentlichen Nachfrage eine aggressivere Weltmarktstrategie einschlugen.

¹⁹ England und die Niederlande wollten schließlich eher amerikanische Systeme kaufen, als an einem gemeinsamen europäischen Projekt teilnehmen.

Auch die meisten anderen Partnerländer unterstützten die französischen Bemühungen um eine europäische Industriepolitik nicht. Ihnen galt der einheitliche Markt als das eigentliche Instrument zur Restrukturierung der industriellen Landschaft Europas (vgl. Rollet 1993, 25). Die BRD als wichtigster Partner Frankreichs war zwar bereit, sich an industriepolitischen Abkommen zu beteiligen - allerdings immer im Dienste einer Weltmarktstrategie, die die Exportchancen der deutschen Unternehmen fördern sollte. "Whether in nuclear energy or high-velocity trains, aeronautics (for example the airbus) or the aerospace industry (for example, Hermes versus Sänger), megachips (Siemens versus SGS Thompson) or in telecommunications (Siemens versus Alcatel/CGE), in computers, or in the broader sphere of machine building and industrial automation technology, the forms and patterns of asymmetry and divergence largely reveal competitive bilateral structures and strategies" (Deubner et al. 1992, 181). Die weitgesteckten französischen Erwartungen (z.B. einer gemeinsamen europäischen Nuklearforschung im Rahmen von EURATOM), den "discours industriel" auch auf europäischer Ebene fortzuführen, erfüllten sich also nicht.

Der Zusammenhang zwischen den französischen Anpassungsstrategien und dem Einfluß der Binnenmarktintegration läßt sich sicher nicht in einem schlichten Ursache-Wirkung-Modell erfassen. Vielmehr vollzog sich die kapitalistische Restrukturierung in Frankreich im Rahmen einer Doppelbewegung, die einerseits die externen Zwänge, andererseits aber auch die internen Bedürfnisse der Ökonomie unter sowohl national als auch transnational veränderten hegemonialen Konstellationen widerspiegelte. Der Politikwechsel Anfang der achtziger Jahre fand zwar im Rahmen einer marktorientierten Europäischen Integration statt. Er war aber gleichzeitig durch die internen Modernisierungsanstrengungen der französischen Wirtschaft motiviert.

Entgegen den Annahmen der "Realisten" (vgl. Moravcsik 1993; Milward 1992) hat die Europäische Integration den französischen Nationalstaat auf Dauer gesehen nicht gestärkt. Bereits Anfang der neunziger Jahre ist sogar ein deutlicher Souveränitätsverlust festzustellen, der sich mit dem Maastrichter Vertrag noch einmal beschleunigte. Sicher konnten die Nationalstaaten durch die Entscheidungen auf der supranationalen Ebene auf den ersten Blick ihre Politik unabhängiger von den nationalen sozialen Akteuren gestalten und umsetzen. Doch besaß der französische Staat bereits in der Vergangenheit genügend Instrumente und war ausreichend zentralistisch organisiert, um sich - wenn nötig - im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik auch gegen die Interessen wichtiger sozialer Akteure zu entscheiden. Im Rahmen der Europäischen Integration mußte er allerdings weitgehend auf diese Instrumente verzichten. Auch die von Moravcsik angeführte Alibifunktion der Europäischen Integration, um notwendige innere Anpassungserfordernisse besser durchzusetzen, war nach dem Referendum über den Vertrag von Maastricht nicht mehr tragfähig. Denn je enger der "Kausalnex" (Ziebura 1997, 321) zwischen interner und externer Entwicklung wurde, d.h. je disziplinierender sich die ökonomische Inte-

grationslogik auch auf den Umbau der Gesellschaft auswirkte, desto stärker wurde der gesellschaftliche Widerstand.

Die Alibifunktion der Europäischen Integration wurde in Frankreich im Laufe der neunziger Jahre immer schwächer, verkehrte sich in ihr Gegenteil und untergrub schließlich nicht nur die Legitimität Europas, sondern auch die der nationalen politischen Eliten. Denn die geldpolitischen Vorgaben, die industriepolitischen Einschränkungen und die 300 Direktiven, die im Zuge der Implementierung des Binnenmarktes in nationales Recht umgesetzt wurden, beeinflussten nicht nur die ökonomische Regulierung in Frankreich. Der "bescheidene Staat", den Cohen (1992a, 218) im Rahmen der wachsenden internationalen Verflechtungen heraufziehen sah, und das Ende des "Staatskapitalismus à la française" (Boyer/Drache 1996, 136) hatten auch einen Rückgang der sozialregulativen Kompetenzen zur Folge. "The discipline imposed by monetary integration, together with the other market-oriented reforms dictated from the outside by European integration and from the inside by needs for economic modernization, has left French governments not only without macroeconomic policy independence but also without their traditional microeconomic policy instruments or the financial resources necessary to deal with these problems as they had in the past. In France in other words, as in the rest of Europe, the perceived need to respond to the twin forces of Europeanization and globalization while satisfying the markets has insured that the imperatives of the competitive state have overshadowed those of the welfare state" (Schmidt 1997, 41). Daß es hierfür keinen Ersatz auf der europäischen Ebene gab, war der sinnfälligste Beweis, daß das "europäische Gesellschaftsmodell" in den herrschenden Integrationsmodus keinen Eingang gefunden hat, trotz der wachsenden sozialen Krise in allen Ländern Europas. Der ausschlaggebende Grund für das jähe Ende der französischen "Europhorie" war das innenpolitisch ambivalente Ergebnis der Strategie Mitterrands.

5 Die Politik der "rigueur" und ihre Folgen

Die Europapolitik Mitterrands strukturierte den Handlungsspielraum jeder französischen Regierung seit 1983 vor. "If there is one lesson to be learned from the experience of the Mitterrand presidency, it is that French macroeconomic policy is constrained by the country's membership in the European Community (now Union) and the economic and financial relations with the other member states that derive from membership" (Cameron 1995, 119). Der ökonomische Kurs Frankreichs, der sich seit 1983 im Einklang mit der Wirtschaftspolitik in den meisten europäischen Ländern befand, führte allerdings zu einem ambivalenten Ergebnis. Martine Aubry hat die Jahre von 1981 bis zur zweiten Abwahl der Sozialisten 1993 auf den Punkt gebracht: "Bei unserer Ankunft bejubelte uns das Volk, bei unserem Abgang lobten uns (...) die *Financial Times* und das *Wall Street Journal*" (zit. n. Siegele 1994, 28; kursiv i.O.). Denn während mit dem Ende der sozialistischen Regierung 1993 die Arbeitslosigkeit fast 5 Prozentpunkte höher lag als bei der Amtsübernahme Mitterrands 1981 und somit schärfer als in jedem anderen Land angestiegen war, lag die Inflationsrate unter dem Durchschnitt der EU-Länder. Diese beiden Gesichter Frankreichs - die stabilitätspolitischen Erfolge auf der einen und die wachsende soziale Polarisierung auf der anderen Seite - sollen im folgenden kurz dargestellt werden (vgl. auch als Überblick Gélédan 1993).

5.1 Stabilitätspolitische Erfolge und geringes Wachstum

Ab 1984 war der Kern der neuen ökonomischen Strategie die "désinflation compétitive". Neben einer schnellen Konsolidierung des Haushalts sollte die Inflationsrate in den nächsten Jahren unter das Niveau der Haupthandelsländer gedrückt werden, um über einen nach außen und innen stabilisierten Franc das exportinduzierte Wachstum zu fördern. In der Ära Bérégovoy (ab 1988) bekam diese Politik noch das Attribut "franc fort". Dahinter verbarg sich eine Politik, die das Verhältnis zwischen D-Mark und Franc möglichst stabil halten wollte. In der Konsequenz machte sich Frankreich damit von der Geldpolitik der deutschen Bundesbank abhängig.

Die ersten Maßnahmen galten deshalb auch der Senkung der Preissteigerungsrate. Ihren Höhepunkt hatte die Inflation 1980 mit 12,2 Prozent. 1983 verharrte sie immer noch bei 9,5 Prozent (vgl. OECD 1987, 81). Bereits ab 1987 pendelte sich die Preissteigerung jedoch zwischen 2,5 und 3 Prozent ein und erreichte schließlich 1994 mit 1,3 Prozent ihren historischen Tiefstand (vgl. OECD 1995, 150), während der EU-Durchschnitt bei 3,4 Prozent lag. Gleichzeitig konnte auch die für die französische Exportindustrie wichtige Inflationsdifferenz zu Deutschland abgebaut und 1992 sogar ins Positive verkehrt werden (vgl. Steinhilber 1997a, 94). Seit 1987 wurde der französische Franc nicht mehr abgewertet.

Für diese rasche Deflation gab es mehrere Gründe. Aufgrund der fallenden Rohstoffpreise (insbesondere für Erdöl) und des schwachen Dollars war die Gefahr einer im-

portierten Inflation gering. Wichtiger als die externen Faktoren waren jedoch die Veränderungen bei den Lohn-Preis-Relationen. Die Indexierung der Löhne an die Inflationsrate wurde aufgehoben, und die staatlich verordnete restriktive Lohnpolitik im öffentlichen Dienst griff schnell auf den privaten Sektor über. Der Reallohnzuwachs lag zwischen 1983 und 1987 durchschnittlich 0,9 Prozentpunkte unter den Produktivitätszuwächsen. Ab 1990 übte die deutliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage noch einmal Druck auf die Löhne aus und die Zunahme des Stundenlohns ging von 5,4 Prozent (1990) auf zwei Prozent (1993) zurück. 1994 gingen die Lohnstückkosten real sogar um 0,3 Prozent zurück. Zuvor hatten sie zwischen 1987 und 1991 verglichen mit dem EU-Durchschnitt nur um die Hälfte zugenommen (vgl. OECD 1989, 21; OECD 1995, 11; Steinhilber 1997a, 94). Der Rückgang der staatlichen Nachfrage und die reduzierten Sozialtransfers waren weitere Maßnahmen, um die Staatsverschuldung zu stoppen und die Inflation einzudämmen. Als eine Folge reduzierte sich das Wachstum der Binnennachfrage von durchschnittlich 3,5 Prozent von 1986 bis 1990 auf ein Prozent in 1991, und der Anstieg des tatsächlich verfügbaren Einkommens der Haushalte fiel um 2,5 Prozentpunkte auf zwei Prozent und 1993 sogar auf 0,25 Prozent (vgl. OECD 1992, 11; OECD 1994, 11).

Weiter wirkte sich die Hochzinspolitik restriktiv auf die Geldmenge aus (vgl. Cameron 1995, 143). Das französische Zinsniveau war Mitte der achtziger Jahre deutlich höher als z.B. in Deutschland, da Frankreich einen Risikoaufschlag leisten mußte, um die vermeintlichen Stabilitätsunsicherheiten auszugleichen. Trotz eines nach wie vor hohen Zinsniveaus in Europa - insbesondere als Folge der bundesdeutschen Geldpolitik im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung - konnte Frankreich das Zinsgefälle zu Deutschland bis 1991 auf 0,31 Prozent zurückführen (vgl. OECD 1994, 35; vgl. Abschnitt 7). Zu dieser positiven Bilanz paßt auch, daß der Pariser Börsenindex als Folge der Deregulierung der Kapitalmärkte und der Stabilitätspolitik von 1982 bis zum crash 1987 von 100 auf 460 angestiegen war (vgl. Cerny 1989, 174).

Die Finanzlage der öffentlichen Kassen entwickelte sich ebenfalls positiv. Das Defizit von 153 Milliarden Franc (1985) wurde bis Anfang der neunziger Jahre auf unter hundert Milliarden Franc zurückgeführt. Die Neuverschuldung belief sich in dieser Zeit auf lediglich 1,6 Prozent des BIP. Auch die Gesamtverschuldung hatte mit 37,3 Prozent des BIP einen niedrigen Stand erreicht. Ab 1990 stieg das Defizit wieder an - insbesondere als Folge des geringen Wachstums. Denn während die französische Währung sowohl extern als auch intern stabilisiert werden konnte, ging die wirtschaftliche Tätigkeit zurück. Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich mit Zuwachsraten zwischen 2,5 Prozent und minus ein Prozent in den Jahren von 1982 bis 1994 unterhalb des europäischen Durchschnitts. Verantwortlich hierfür war insbesondere die gesunkene private und staatliche Nachfrage. Die Hochzinspolitik hemmte zusätzlich die Investitionen, die allein 1993 um 7,4 Prozent zurückgingen.

Gleichzeitig haben sich die sektoralen Schwächen in der französischen Produktionsstruktur teilweise noch vertieft. Auf der einen Seite wurden einige wenige großen

Konzerne vor allem in den "Schlüsseltechnologien" Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt, sowie der Rüstungsindustrie auf dem Weltmarkt zunehmend wettbewerbsfähiger. In anderen vitalen Bereichen - z.B. im Werkzeugmaschinenbau - gab es nicht nur erhebliche Exportschwächen, sondern weiterhin auch empfindliche Importabhängigkeiten. Der Gandois-Bericht erwähnte, daß es in Frankreich vor allem im Vergleich zu Deutschland weiterhin nur einen schwach ausgebildeten Mittelstand gab. Trotz der Bemühungen der sozialistischen Regierung, die Klein- und Mittelbetriebe zu stärken, lag die Konkursquote der Neugründungen um sechzig Prozent höher als in den Nachbarländern (vgl. Gandois 1992).

Dennoch hat sich die finanzielle und kompetitive Situation der Unternehmen insgesamt verbessert. Neben den geringen Reallohnzuwächsen führte auch die Aufhebung der Preiskontrollen für industrielle Güter (1986) und für Dienstleistungen (1987) zu höheren Unternehmensgewinnen. Schließlich steigerten nicht wenige Unternehmen vor allem in den traditionellen Branchen kurzfristig die Produktivität durch Massenentlassungen. Allein bei Charbonages de France wurden 1987 zwölf Prozent der Beschäftigten entlassen (vgl. OECD 1989, 21). Aufgrund der Kurskorrekturen bei der Verteilungspolitik (Steuer- und Abgabepolitik) stiegen die Kapitaleinkommen zwischen 1983 und 1986 um 16 Prozent an, nachdem sie in den beiden Jahren zuvor noch einen Rückgang um 14 Prozent zu verzeichnen hatten. Die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung dagegen stagnierten. Als Folge stieg die Profitrate kontinuierlich an und auch die Schuldensituation der Unternehmen verbesserte sich. Der Anteil der Investitionen, die von den Unternehmen selbst finanziert wurden, nahm von 56,1 Prozent (1981) auf 91,1 Prozent (1987) zu. Die Finanzierung durch kurzfristige Kredite ging dagegen von 44,6 Prozent auf 12,4 Prozent zurück - ein Ergebnis, das sicher auch auf die hohen Realzinsen zurückzuführen war (vgl. OECD 1989, 25, 28; Eck 1992, 60).

Auch die außenwirtschaftliche Wettbewerbsposition der französischen Unternehmen verbesserte sich. Der Internationalisierungsprozeß der französischen Wirtschaft wurde in den achtziger Jahren deutlich forciert. Während sich die Unternehmen lange Zeit auf den französischen Binnenmarkt und die (Ex)-Kolonien konzentrierten, förderte der gemeinsame Markt die transeuropäischen Investitionsverflechtungen. 1980 tätigte Frankreich nur vier Prozent aller Direktinvestitionen, zwölf Jahre später waren es bereits 18 Prozent. Die Aufholjagd machte in den achtziger Jahren die französische Industrie zum weltweit wichtigsten Investor hinter den japanischen Konzernen (vgl. Ziebura 1995, 19). Im Gegenzug führte der Abbau der Kapitalverkehrskontrollen, die Aufhebung der Genehmigungspflicht für ausländische Beteiligungen und die Niederlassung von ausländischen Banken auch zu einer Internationalisierung der heimischen Wirtschaft. 1994 arbeitete ein Fünftel der Beschäftigten der französischen Industrie in einem Unternehmen mit mindestens einer ausländischen Minderheitenbeteiligung. Auch an den in Europa nach 1985 sprunghaft angestiegenen Unternehmensfusionen waren französische Konzerne über-

durchschnittlich beteiligt. Die Außenwirtschaftsbilanz - das jahrelange Sorgenkind der französischen Wirtschaft - deren Defizit sich von 1987 bis 1990 noch einmal vergrößerte, wies 1992 einen Überschuß von 19 Milliarden FF auf. Insbesondere die Überschüsse der Handelsbilanz (15 Milliarden FF), die sich zum ersten Mal seit 1978 wieder im Plus befand, trugen zu einer positiven Gesamtbilanz bei. Neben einer deutlichen Steigerung des Absatzes in Deutschland als Folge der Wiedervereinigung²⁰ war insbesondere der scharfe Rückgang bei den Importen, die sich allein 1993 um zehn Prozent reduzierten, für den Überschuß verantwortlich (vgl. INSEE 1993, 150).

5.2 Die soziale Katastrophe

Während auf der geld-, fiskal- und wirtschaftspolitischen Seite Licht und Schatten dicht beieinanderlagen, war die soziale Bilanz der Anpassungspolitik eindeutiger. Stanley Hoffmann hielt fest, "that the most salient fact throughout the period was the rise of unemployment, which none of the six governments - five Socialist and one conservative - had been able to stop between 1983 and 1993" (Hoffmann 1994, 10).

Die "Stabilitätsrevolution" der achtziger Jahre ging mit einem grundlegenden Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt einher, durch den sich Frankreich - "the toughest nut for the advancing wave of flexibility to crack..." (Howell 1992, 72) - auch in diesem Bereich dem neoliberalen mainstream anschloß. Während das Beschäftigungsprogramm der Linksregierung die Arbeitslosenrate von 6,3 Prozent 1981/82 weitgehend stabil halten konnte, stieg sie nach dem politischen U-turn bis 1986 auf 10,4 Prozent an. Sie stabilisierte sich bis zu Beginn der neunziger Jahre, um danach aufgrund der verschärften Sparpolitik auf 12,4 Prozent (1994) anzusteigen. Besonders betroffen von den Arbeitsplatzverlusten waren die traditionelle Industrie (Kohle, Stahl, Textil, Papier, Werften), die Landwirtschaft sowie die Bauwirtschaft. Die von Premierminister Fabius begonnenen Restrukturierungs- und Rationalisierungsprogramme verursachten bis 1986 einen Stellenabbau von 13,3 Prozent in der Industrie. Auch die Förderung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor konnte den Verlust nicht ausgleichen.

Frauen waren in allen Berufsgruppen deutlich höher von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Dies galt besonders für junge Frauen, deren Arbeitslosigkeit 1994 bei 31,7 Prozent lag (vgl. INSEE 1994, 2). Die Jugendarbeitslosigkeit, die im März 1994 etwa 28 Prozent betrug, war zwischen 1983 und 1993 immer um das Zwei- bis Zweieinhalbfache höher als die Arbeitslosenrate aller Erwerbspersonen.

Das Ausmaß der dramatischen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt wird aber erst offensichtlich, wenn die Zunahme und die Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit

²⁰ Frankreich konnte 1991 fast ein Drittel mehr Güter in Deutschland absetzen als 1989 (vgl. Rehfeld 1995, 127).

sowie der rasche Anstieg der prekären Beschäftigungsverhältnisse miteinbezogen werden. 1986 lag die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei 16,2 Monaten, während sie 1981 erst 10,3 Monate betragen hatte. 1986 waren 46,1 Prozent der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Zwischen 1980 und 1988 verlängerte sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit um 33 Prozent (vgl. OECD 1989, 30). Gleichzeitig vertieften sich auch die Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Franzosen und Französinen waren von der schnellen Rotation zwischen temporärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit betroffen. Wie in allen Industriestaaten wurde das "Normalarbeitsverhältnis" Schritt für Schritt durch atypische Beschäftigungsformen - Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit und Interimsarbeit - aufgeweicht. Innerhalb von zehn Jahren verdoppelten sich bis 1992 die prekären Beschäftigungsverhältnisse, während die unbefristeten Vollzeitarbeitsplätze um zehn Prozent zurückgingen (vgl. Steinhilber 1997a, 99f). 1992 waren 12,7 Prozent der Erwerbsbevölkerung in Teilzeitverhältnissen beschäftigt. Da Teilzeitarbeitnehmer und -arbeitnehmerinnen den Vollzeitbeschäftigten in ihren Rechten gleichgestellt waren (Mutterschafts-, Arbeitslosen- und Krankengeld), wurden sie nicht zu den prekär Beschäftigten gezählt. Diese Gruppe umfaßte die befristeten Beschäftigungsverhältnisse und die Leiharbeit, die beide zusammen zwar "nur" 4,1 Prozent der Erwerbsbevölkerung betrafen. Dennoch waren siebzig Prozent der 1994 abgeschlossenen Verträge befristet. Insbesondere bei Frauen war mittlerweile die Auflösung von prekären Beschäftigungsverhältnissen die wichtigste Ursache von Arbeitslosigkeit (vgl. INSEE 1994, 3). Die OECD hielt fest, daß "in the past few years employment legislation has been simplified markedly (...) though probably at the cost of greater employment uncertainty for some classes of workers: thus more than half of unemployment registrations in September 1986 were due to the termination of a fixed term contract" (OECD 1987, 37).

Die Prekarisierung des Arbeitslebens war eine direkte Folge der geänderten Arbeitsmarktstrategie. Die wichtigsten Maßnahmen der achtziger und frühen neunziger Jahre konzentrierten sich zum einen auf die Verringerung des Arbeitskräfteangebots und zum anderen auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Mit diversen berufsbildenden Initiativen, Vorruhestandsregelungen und beschäftigungsfördernden Maßnahmen in öffentlichen Einrichtungen wurde die Zahl der Erwerbspersonen "politisch" reduziert. Zum anderen sollten sowohl materielle Anreize (die Subventionierung von Arbeitsplätzen) als auch eine radikale Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Unternehmen dazu ermutigen, Arbeitsplätze zu schaffen (vgl. Steinhilber 1997a, 104ff). Bereits 1982 wurden die Beiträge der Unternehmen zur Sozialversicherung eingefroren. Die von der OECD lange bemängelten "Lohnrigiditäten" wurden zum einen durch die Aufhebung der Indexierung an die Inflationsrate, zum anderen durch die Dezentralisierung der Tarifbeziehungen aufgeweicht. Löhne und Arbeitszeit konnten nun von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich ausgehandelt werden. Außerdem wurde 1987 unter der Regierung Chirac das behördliche Genehmi-

gungsverfahren für Kündigungen, das seit 1975 Entlassungen aus ökonomischen Gründen auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüfte, endgültig aufgehoben.

Während befristete Beschäftigungsverhältnisse bis 1983 nur in ganz bestimmten Fällen zulässig waren (Vertretung, Saisonarbeit, etc.) und allenfalls eine Laufzeit von sechs Monaten bzw. einem Jahr hatten, wurden die Bestimmungen nach und nach gelockert, bis die Regierung Chirac die Rekursliste ganz abschaffte und die Befristungsdauer auf zwei Jahre ausdehnte. Zwar versuchte die sozialistische Regierung ab 1988, die Prekarität über eine Prämie sozial abzufedern, substantielle Re-Regulierungsbemühungen gab es aber nicht (vgl. Bode/Brose/Voswinkel 1991, 24). Schließlich trugen auch die zahlreichen Maßnahmen der staatlichen Arbeitsmarktpolitik zu einem Anstieg der befristeten Beschäftigungsverhältnisse bei (vgl. Bouillaguet-Bernard 1990, 56). Im Bereich der industriellen Beziehungen versuchten die sozialistischen Regierungen, die Beschlüsse zur Flexibilisierung in den Unternehmen durch "modernisierte Sozialbeziehungen" (Fabius) und die Stärkung der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene auszubalancieren. Dennoch unterminierte die Logik der Flexibilisierung die ohnehin bereits geschwächte Position der Gewerkschaften und führte zu einer "Japanisierung" der französischen Arbeitsbeziehungen (vgl. Kissler/Lassère 1987; Howell 1992).

Mit der Rückkehr der Arbeitslosigkeit entwickelte sich auch eine neue Sicht auf das französische Armutproblem. Armut kann in Frankreich nicht mehr länger als "Restgröße" behandelt werden. 1993 konnten 12-13 Millionen Menschen der Armut nur noch durch soziale Sicherungsmechanismen entkommen. In einer Umfrage wurde den Franzosen 1995 folgende Frage vorgelegt: "On dit qu'aujourd'hui les différences entre ceux qui ont un emploi et ceux qui sont exclus du travail sont plus importantes que les différences entre les riches et les pauvres. Vous-même êtes-vous tout à fait d'accord, assez d'accord, peu d'accord ou pas d'accord du tout avec cette opinion?". Zwei Drittel der Befragten stimmten der Aussage zu (vgl. La Chaise 1996, 280). Dieser Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armut wird in Frankreich immer deutlicher. Während lange Zeit Armut nur in Form von Altersarmut und als Folge von Lücken im Sozialsystem auftrat, war 1993 die Hälfte aller Armen unter 35. Insgesamt wurde ein Drittel durch Arbeitslosigkeit, die das Risiko arm zu werden um das dreifache erhöhte, nach und nach aus der französischen Gesellschaft ausgeschlossen (vgl. Ausseuil 1995, 14).

Die Konzepte der "neuen Armut" und der "exclusion", die den kausalen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armut betonen, versuchen die Mechanismen des sozialen Ausschlusses aufzudecken. Der Begriff der "fracture sociale" hat mittlerweile auch Eingang in die programmatischen Aussagen der Politik gefunden. Gleiches gilt für den Begriff der "exclusion", der seinen zentralen Platz in der französischen Alltagssprache hat. Darüber hinaus wurde er zum Titelträger unterschiedlicher politischer Programme auch von Seiten der Europäischen Kommission (vgl. Silver 1994, 533).

Insgesamt wird mit den Konzepten versucht, die Problemsicht auf Armut zu verändern und den prozeßhaften Charakter der gesellschaftlichen Ausgrenzung zu erfassen, um dabei weniger auf das Resultat als vielmehr auf die Ursachen von Armut einzugehen. "Nicht zuletzt zwingt Ausgrenzung, als Prozeß verstanden, dazu, sich Rechenschaft über die gesellschaftlichen Institutionen, Gruppen und Mechanismen abzulegen, die Ausgrenzung bewirken. Insofern geht der Begriff über eine Zustandsbeschreibung partieller Tatbestände hinaus und bezeichnet eine aufbrechende Krise der Integrationsfähigkeit entwickelter Industriegesellschaften" (Kronauer/Neef 1996, 40). Nach Paugam (1994) lassen sich drei aufeinanderfolgende Phasen identifizieren: die prekäre Situation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, die Abhängigkeit von den Sozialbehörden und schließlich der Abbruch der alten sozialen Beziehungen, der häufig in die gesellschaftliche Isolation führt.

Dies gilt insbesondere für das "urbane Drama" (Guattari), das sich in den Vorstädten der französischen Metropolen abspielt. In ihnen findet sich die spektakulärste Form des sozialen Ausschlusses in Frankreich. Außerdem weisen sie eine Kumulation von Nachteilen insbesondere für Migranten auf. Die Arbeitslosenrate der Migranten ist fast doppelt, die Armutsrate sogar dreimal so hoch wie die allgemeine. Früher wurden Migranten über den Arbeitsplatz und die kulturellen, sozialen und politischen Institutionen der Arbeiterbewegung integriert. Heute fehlt durch die Arbeitslosigkeit die Brücke in die "Normalgesellschaft", und aus der "sozialen Frage" der Arbeiterbewegung wurden "soziale Probleme" (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994; Bourdieu 1998b). Die sporadisch auftretenden Gewaltexzesse Jugendlicher, die in "ihren" Banlieue-Vierteln Supermärkte und Kommissariate angreifen, sind dann zwar ein Ausdruck der "galère", wie die Jugendlichen selbst ihre Situation nennen. Doch verbinden sie den Widerstand nicht mit politisch-sozialen Inhalten. Auch treffen sie den Kern der Gesellschaft nicht, denn der Widerstand beschränkt sich auf die Selbstdestruktion in den Wohnvierteln.²¹

In der Banlieue, wo sich die Segregation auf ihre extremste Form zubewegt und wo "nicht einmal mehr die Revolte vom Versprechen eines besseren Lebens begleitet wird..." (Jeismann 1994, 21), zeigt sich nur am deutlichsten, in welche Krise die Integrationsfähigkeit der französischen Gesellschaft durch eine Politik geraten ist, die die Marktlogik auf Kosten des Zusammenhalts der Gesellschaft durchsetzte. Indem Mitterrands Modernisierungspolitik die Rahmenbedingungen (Gewinnentwicklung, Finanzierung, Personalpolitik) für die Unternehmen verbesserte, die Stabilität des Francs sicherte und das französische Gewicht im internationalen Handel ausdehnte,

²¹ Dennoch wurde das öffentliche Bewußtsein mittlerweile durch die zahlreichen künstlerischen Verarbeitungen der Probleme der Banlieues sensibilisiert. W. Asholt gibt einen guten Überblick über die Banlieue in der französischen Gegenwartsliteratur, im Chanson, Rap und Film (vgl. W. Asholt: "Das Ungeheuer, das Paris umgibt" - Banlieue und französische Gegenwartsliteratur, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 1995, Opladen 1995, 189-200.

förderte und beschleunigte sie zugleich die gesellschaftliche Fragmentierung. Die sozialistische Regierung zog die monetäre der sozialen Stabilität vor. Das Scheitern Mitterrands, eine Balance zwischen Europäisierung, ökonomischer Modernisierung und den sozio-ökonomischen Bedürfnissen eines großen Teils der Bevölkerung zu finden sowie die sich daraus ergebenden Widersprüche, brachten ein soziales Konfliktpotential hervor, das in den neunziger Jahren noch zunahm. Unter dem Druck der Konvergenzpolitik waren nun auch Bereiche betroffen, die die Kohärenz der Mittelklasse gefährdeten (öffentlicher Dienst, Sozialstaat, Bildung). Der Kompromiß Mitterrands erreichte seine Grenzen.

Mit dem Referendum über den Maastrichter Vertrag wurde deutlich, daß auch die "Europäische Idee" - oder vielmehr das, was die Eliten darunter verstanden - in Frankreich seine gesellschaftliche Integrationsfähigkeit verloren hatte. Die Europa-Option Mitterrands war damit gescheitert. Der politische und soziale Widerstand gegen den Maastrichter Vertrag als "Spaltungsvertrag" (Dahrendorf) und ein markliberales Europa ist seitdem aus den innenpolitischen Diskussionen in Frankreich nicht mehr wegzudenken: "Es geht zum einen um die Frage, ob und inwiefern angesichts der europäischen Integration und der geplanten Währungsunion noch eigenständiger Handlungsspielraum für die Lösung sozialer Probleme bleibt, ob die in Frankreich historisch gewachsenen sozialen Strukturen und Regulierungsformen eine Zukunft haben oder aber im Zuge der Europäisierung zum Verschwinden verurteilt sind. Zum anderen steht viel allgemeiner, viel grundsätzlicher die Gestaltungsfähigkeit der Politik gegenüber (vermeintlichen oder tatsächlichen) ökonomischen Sachzwängen auf dem Prüfstand. Schließlich geht es um die Möglichkeiten, das Gleichgewicht zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung wiederherzustellen und zu verhindern, daß die Modernisierung der Wirtschaft sich auf Kosten des Zusammenhalts der Gesellschaft vollzieht" (Uterwedde 1996a, 126).

6 Das Ende des Konsenses - der Maastrichter Vertrag

Der Maastrichter Vertrag stellte die europäische Gemeinschaft strukturell auf eine neue Grundlage. Sie basiert nun auf drei "Säulen", zu denen neben der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik sowie einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auch der um die WWU erweiterte EWG-Vertrag gehört. Die Vereinbarung über die WWU ist das Herzstück des Vertrages, da sie das einzige Element ist, für das ein präziser Zeitplan festgelegt wurde. Die erste Stufe begann bereits am 1. Juli 1990 mit der vollständigen Liberalisierung der Kapitalmärkte. Die Gründung des europäischen Währungsinstitutes, die Errichtung eines Kohäsionsfonds und die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken markierten die zweite Stufe ab dem 1. Januar 1994. Die dritte Phase schließlich beginnt am 1. Januar 1999. Dann gehen die Kompetenzen der Geldpolitik vollständig auf das europäische Zentralbankensystem (EZBS) über und die nationalen Währungen werden nach einem spezifischen Umrechnungskurs in der einheitlichen Währung aufgehen (vgl. Wessels 1992, 2f).

Daß Deutschland einer zeitlich fixierten Währungsunion zustimmte, ist allerdings weniger der deutsch-französischen Zusammenarbeit geschuldet, als vielmehr den veränderten geostrategischen Konstellationen in Europa seit 1989. Um keinen Zweifel an seiner Westbindung aufkommen zu lassen, hatte Deutschland nach der Wiedervereinigung keine andere Wahl mehr, als einer schnellen Verwirklichung der ungeliebten Währungsunion zuzustimmen (vgl. Zelikow/Rice 1995, 365). Sie war damit wohl eher ein Produkt der "high politics" als der ökonomischen Erfordernisse. Allerdings konnte die deutsche Bundesbank im Verbund mit dem deutschen Finanzministerium in der Folgezeit ihre starke Verhandlungsposition in Europa nutzen, um die Spielregeln der Währungsunion festzulegen. Der Vertrag läßt sich als ein "Kompromiß" zwischen französischen Regulierungsversuchen und dem deutschen geldpolitischen Modell interpretieren. Unter dem Strich hat sich jedoch Deutschland bereits im Vertragswerk durchgesetzt, da die konkrete Ausgestaltung der Währungsunion ganz auf den deutschen Vorstellungen beruhte (vgl. Rehfeld 1995, 265ff).

Seine größte Niederlage erlitt Frankreich in den Diskussionen um eine europäische Wirtschaftsregierung. Zwar wurde im Artikel 103 des Maastrichter Vertrages festgehalten, daß die Koordinierung der Wirtschaftspolitik als eine "Angelegenheit des gemeinsamen Interesses" gewertet wird, institutionell wurde diese Aussage jedoch nicht unterfüttert. Faktisch kam dies einer Absage an die französischen Vorschläge gleich, zumal Deutschland und Großbritannien das Subsidiaritätsprinzip im Vertrag verankerten (Artikel 36). Die wichtigste Errungenschaft aus deutscher Sicht waren die "Konvergenzkriterien". Sie waren der Ausgleich für die Konzession an Frankreich, daß die Währungsunion *automatisch* ab dem 1. Januar 1999 in Kraft tritt. Der WWU-Prozeß war damit unumkehrbar. Dennoch konnte Deutschland das "ökonomische Prinzip" im Vertrag stärken und eine fiskal- und geldpolitische Konvergenz zur Bedingung der gemeinsamen Währung machen (vgl. Kaltenthaler 1997).

Trotz der Dominanz der deutschen Strategie in den ökonomischen Fragen erfüllte der Vertrag aus Sicht der französischen Befürworter seinen eigentlichen Sinn, Deutschland einzubinden und gleichzeitig über eine gemeinsame europäische Geldpolitik die hegemoniale Stellung der deutschen Zentralbank zu brechen. Dies sollte ausreichen, um die Europäische Integration einen weiteren Schritt voranzubringen, zumal der französische Präsident weiterhin mit der pro-europäischen Stimmung in seinem Land rechnete.

6.1 Neue Bedingungen für die französische Europapolitik

Nachdem die EEA 1986 noch unbemerkt von der öffentlichen Diskussion ratifiziert wurde, rückte mit dem Referendum 1992 das vorher als fern und abstrakt empfundene Europa in den Mittelpunkt der Debatte. Einen Tag nach dem dänischen "Nein" kündigte François Mitterrand einen Volksentscheid über den Maastrichter Vertrag an. Die Europäische Integration wurde zum Gegenstand politischer Kontroversen, und der „europäische Boden in der französischen Politik brach auf dramatische Weise ein" (Kolboom 1993a, 14).

Daß gerade zum Zeitpunkt des Maastrichter Vertrages die Logik der französischen Europapolitik der achtziger Jahre in Frage gestellt wurde, hatte mehrere Gründe:

1. Das "fragile Gleichgewicht der Ungleichgewichte" zwischen Deutschland und Frankreich, das während der Zeit des kalten Krieges auf dem Ausgleich zwischen "der DM und der Bombe" (vgl. Moisi 1988) basierte, wurde durch die geopolitischen Verschiebungen nachhaltig gestört. Die deutsche Wiedervereinigung²² und der Niedergang des Warschauer Pakts führten zu einer Konstellation, die Frankreich in zweifacher Hinsicht schwächten: Zum einen wurde Deutschland zum zentralen wirtschaftlichen, aber auch politischen Brückenkopf für die post-kommunistischen Staaten in Osteuropa. Zugleich nahm das Prestige der französischen Atommacht in dem Maße ab, wie eine direkte militärische Bedrohung nun auch faktisch ausgeschlossen war. Dagegen dehnte Deutschland seine wirtschaftliche Dominanz weiter aus. Isolierte diplomatische Vorstöße - wie z.B. die Anerkennung Kroatiens - weckten Befürchtungen, daß Deutschland nun auch die politische Vormachtstellung übernehmen wollte. Gegner wie Befürworter des Vertrages teilten die Sorge, daß sich Deutschland in der Folgezeit von seiner westeuropäischen Einbindung und insbesondere von seiner privilegierten Beziehung mit Frankreich lösen könnte. Ob der Maastrichter Vertrag allerdings das geeignete Mittel darstellte, die französischen Interessen auf europäischer Ebene zu stärken und gleichzeitig Deutschland einzubinden, war umstritten. Denn es wurde immer deutlicher, daß das französische Kalkül, kurzfristig einer monetären deutschen Stabilitätshegemonie unterworfen zu sein, um langfristig Deutschland in

²² Zum Prozeß der Wiedervereinigung aus der Sicht Mitterrands vgl. auch F. Mitterrand: Über Deutschland, Frankfurt/M., 1998.

ein "post-hegemoniales kollektives westeuropäisches Regime" (Schlupp 1989, 132) einzubinden, nicht aufging.

2. Seit Beginn der neunziger Jahre war ein Umschwung in den intellektuellen Debatten festzustellen. Zunehmend machte sich die Erkenntnis breit, daß bereits mehr nationalstaatliche Souveränität an Brüsseler Institutionen abgegeben worden war, als bisher angenommen (vgl. Grosser 1993). Für einen Fortschritt der Integration schienen weitgehende Souveränitätsverzichte unabdingbar zu sein. Je weiter die ökonomische Integration voranschritt, desto dringlicher stellte sich für Frankreich die Frage, wie es sich in eine künftige politische Union einbringen sollte. Strittig war, ob die Europäische Integration noch länger als bloßes Mittel zur Durchsetzung überwiegend nationaler Interessen anzusehen sei, oder ob Europa einen eigenständigen Stellenwert zugesprochen bekommen müßte.
3. Der Europaoptimismus der achtziger Jahre wurde vor allem durch die Erwartung genährt, mit Europa die - wirtschafts- und sicherheitspolitische - Unabhängigkeit und Souveränität wieder herzustellen, die auf nationalstaatlicher Ebene als Folge der Umbrüche verloren ging. Frankreich konnte jedoch einen Großteil seiner Projekte nicht verwirklichen. Mit dem Maastrichter Vertrag beschleunigte sich offensichtlich dieser Prozeß noch einmal. Es wurde zunehmend zur Illusion, "...that the West European enterprise would be able to re-establish the control (or controls) that the nation state was no longer capable of exerting, and that this enterprise could proceed without any deliberate and massive transfers of sovereignty from Paris to Brussels, or that formal transfers would be harmless because in political terms, France would continue to be the main shaper and beneficiary of the Community's policies" (Hoffmann 1995a, 255).

An diesen drei Punkten - den geostrategischen Veränderungen und der Einbindung Deutschlands, der Frage von Supranationalität versus Nationalstaatlichkeit und der Ausgestaltung der WWU - entzündeten sich die politischen Debatten im Vorfeld des Referendums.

6.2 Die Verfassungsdebatte

Auslöser der Debatte war der Beschluß des französischen Verfassungsrates ("Conseil constitutionnel"), drei Bestandteile des Maastrichter Vertrages für verfassungswidrig zu erklären.²³ Dabei handelte es sich um die Auflösung des Francs im Rahmen der Währungsunion und um das passive und aktive Wahlrecht auf lokaler Ebene für alle EG-Bürger. Außerdem sollte der Rat ab 1996 mit qualifizierter Mehrheit über die Visumpolitik für Nicht-EG-Bürger entscheiden können. Damit wurde eine Verfassungsänderung notwendig, die der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages vor-

²³ Zwar hatte die Debatte in Parlament und Senat nur geringe Auswirkungen auf den Ausgang des Referendums, dennoch soll sie hier kurz erwähnt werden.

ausgehen mußte. Am 16. bzw. 19. Juni 1992 stimmten die französische Nationalversammlung und der Senat trotz heftiger Debatten mit jeweils deutlichen Mehrheiten den Änderungsvorschlägen zu, die am 23. Juni vom Kongreß endgültig mit 592 gegen 73 Stimmen verabschiedet wurden.²⁴ Im Parlament stimmten 377 für und 93 gegen die Verfassungsänderungen, 72 enthielten sich der Stimme. Unter den Gegnern waren fast die Hälfte der RPR-Fraktion, alle Kommunisten, vier UDF-UDC Mitglieder sowie fünf Sozialisten um den Linksjakobiner Chevènement. Die restlichen RPR-Mitglieder enthielten sich der Stimme, während Sozialisten und UDF-UDC mit überwältigender Mehrheit für den Vertrag stimmten (vgl. Stone 1993, 71ff).

Nach dem klaren Ausgang in beiden Kammern sowie im Kongreß stand der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages nichts mehr im Weg. Der Vertrag konnte nun von der Legislative entweder durch eine Abstimmung im Parlament oder durch ein Referendum ratifiziert werden. Das Referendum war im verfassungsrechtlichen Sinne also nicht notwendig, und der Vertrag hätte wie in Deutschland auf dem bequemen parlamentarischen Weg ratifiziert werden können. Dennoch entschied sich der französische Präsident für eine Volksabstimmung.

6.3 Das Referendum

Die Motivationen des Präsidenten, ein Referendum durchzuführen, ließen sich auf demokratische, europäische und machtpolitische Gründe zurückführen.

Mitterrand erklärte, daß er sich angesichts der Tragweite der Entscheidung an das französische Volk wenden will. Die gravierenden Veränderungen, die der Maastrichter Vertrag für die "französische Verfaßtheit" mit sich bringe, könnten nur vom Volk direkt legitimiert werden. Bereits Anfang Mai stellte Mitterrand fest, daß die Europäische Integration alle etwas angehe: "Ce n'est pas une affaire du clan, ce n'est pas une affaire de parti, c'est une affaire qui touche tous les Français, les partisans et les adversaires. Et moi, j'ai la France en tête (...). Je pense que ce qui réclament l'intervention du peuple lui-même, et pas seulement de ses représentants, touchent à une corde sensible, c'est important" (zit. n. Le Monde, 4. Mai 1992). Der PCF, Teile des RPR und die Gruppe um den früheren Premierminister Rocard hatten bereits ein Referendum gefordert.

Diese offizielle Begründung für das Referendum konnte jedoch nicht überzeugen, da die französische Bevölkerung bis dato über keine relevante europäische Frage direkt abgestimmt hatte. Sowohl die Römischen Verträge als auch das EWS und die Einheitliche Europäische Akte wurden auf dem parlamentarischen Weg verabschiedet.²⁵

²⁴ Der Kongreß besteht aus den Abgeordneten der Nationalversammlung und des Senats. Eine Verfassungsänderung muß mit einer Dreifünftel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen werden. Der entscheidenden Abstimmung im Kongreß blieb der RPR fern.

²⁵ Ein Referendum wurde lediglich über den Beitritt Irlands, Großbritanniens und Dänemarks zur EG abgehalten

Ein weiterer Grund war sicherlich auch, daß Mitterrand den negativen Ausgang des dänischen Referendums mit einem starken französischen Votum kompensieren wollte. Mitterrand hätte damit dem Integrationsprojekt innenpolitisch eine Legitimationsbasis geschaffen und gleichzeitig auch die Rolle Frankreichs gegenüber den europäischen Partnern gestärkt.

Der dritte - weniger noble - Grund war ein machtpolitisches Kalkül. Nur ein Jahr vor den Parlamentswahlen konnte Mitterrand der Versuchung nicht widerstehen, mit dem Referendum auch einen Keil ins Lager der Rechten zu schlagen (vgl. Ross 1996a, 51). Der Präsident wußte, daß eine öffentliche Debatte über Maastricht die Rechte und insbesondere die Gaullisten einer Zerreißprobe aussetzen würde. Die durch politisches Scheitern und zahlreiche Skandale diskreditierte sozialistische Partei hoffte, die Glaubwürdigkeit des RPR untergraben zu können, um die eigene sichere Niederlage bei den Parlamentswahlen 1993 noch abzuwenden. Der Versuch der Spaltung des rechten Lagers reihte sich auch in die neue Strategie des PS ein. Die "Öffnung", die seit 1988 propagiert wurde, zielte darauf ab, die alte Frontstellung zwischen linken und rechten Kräften aufzubrechen und eine Koalition der "gemäßigten Kräfte" aus Sozialisten und Liberalen (UDF) zu schmieden.

Letztlich gaben sicherlich auch die guten Aussichten des Referendums den Ausschlag. Bei Umfragen befanden sich im Frühsommer die Befürworter noch deutlich in der Mehrheit. Allerdings waren vierzig Prozent der französischen Bevölkerung noch unentschlossen (vgl. Appleton 1992, 2). Raymond Barre erwartete, daß die Abstimmung 60 zu 40 für den Vertrag ausgehen würde (vgl. Appleton 1992, 9). Und trotz der parlamentarischen Auseinandersetzungen und der innerparteilichen Zerrissenheit des RPR, die eine massive öffentliche Debatte bereits ankündigten, zeigte das Lager der Befürworter nur wenig Ambitionen, in die Debatte einzusteigen. Erst Anfang August, als in den Umfragen gerade noch 52 Prozent der Befragten für den Vertrag stimmten, wurde den Befürwortern klar, daß das Referendum auch scheitern konnte.

Nun entwickelte sich unter den politischen Eliten Frankreichs eine streckenweise "überhitzte" Debatte. Hier wurde nicht nur um das Für und Wider des Maastrichter Vertrages gestritten, sondern auch über die Zukunft Frankreichs in einer veränderten Welt im Allgemeinen und seiner Beziehung zu Deutschland im Besonderen. Im Kern ging es darum, ob der Vertrag der "Grundstein des neuen europäischen Hauses" mit einem starken Frankreich darin ist oder ob in Maastricht der "Grabstein der nationalen Identität" (Bock 1992, 9) gemeißelt wurde.

Der polarisierende Charakter eines Referendums wirkte sich ungünstig auf eine differenzierte Debatte aus. Beispiele hierfür gab es auf beiden Seiten. Während Jean-Marie Le Pen von der EU als einer Form des "mentalen AIDS" sprach und Philippe Séguin im Maastrichter Vertrag ein "soziales München" sah, prophezeite Michel Rocard für den Fall der Ablehnung ein "politisches München". Einen Tag vor der Abstimmung erklärte der Direktor der *Le Monde*, daß die Ablehnung des Maastrichter

Vertrages die größte Katastrophe für Frankreich und Europa seit der Machtübertragung an Hitler wäre (vgl. Le Monde 2. September; 12. September; 20./21. September 1992). Eine Abstimmungsniederlage, so die Befürworter, würde Frankreich ins ökonomische und politische Chaos stürzen und es auf direktem Weg in die Isolation führen. Der Maastrichtkritiker Max Gallo hielt angesichts der Pro-Maastricht Kampagne von Giscard, Mitterrand und Barre fest: "Leur campagne prend l'allure d'une opération terroriste. Ils essaient de faire peur aux gens en leur prédisant des catastrophes en cas d'échec au référendum" (Max Gallo, Le Monde v. 26. August 1992).

Trotz dieser "rhetorischen Hyperinflation" (Moravcsik) kristallisierten sich in den Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen den Parteien dennoch einige Streitpunkte heraus, die die gegensätzlichen Interpretationen des Vertrages und unterschiedlichen Europakonzeptionen der politischen Eliten verdeutlichten. Grundsätzlich ließen sich hierbei "zwei Grundmuster europäischer Identität und Konzeptionalität..." unterscheiden (Kolboom 1993b, 35).

6.3.1 Die "EG-Europäer"

Die Gruppe der "EG-Europäer" um ihre Gallionsfigur François Mitterrand umfaßte den größten Teil der Sozialisten²⁶ und der liberalen UDF sowie einen Teil der Gaullisten und der Génération Écologie (vgl. zu den europapolitischen Konzeptionen der unterschiedlichen grünen Parteien: Rüdig 1996).

Das Lager der Befürworter, das in seinen Ansichten keineswegs homogen war, begriff den Maastrichter Vertrag als eine konsequente Weiterentwicklung der Einheitlichen Europäischen Akte und als einen weiteren Schritt zur Umsetzung der Bestimmungsfaktoren französischer Europapolitik auf europäischer Ebene. Der langsame Übergang zu einem integrierteren Europa, das dann auch in klar umrissenen Bereichen mit Souveränität ausgestattet werden sollte, wurde von ihm bereits mitgedacht. Raymond Barre formulierte die Konsenslinie für die Befürworter: Aufgrund der ökonomischen Internationalisierung erschien ihnen eine ungeteilte nationalstaatliche Souveränität zunehmend illusorisch. Sie gingen davon aus, daß die Nationalstaaten nur über die "pooling sovereignty" die Kontrolle über die ökonomischen Abläufe zurückgewinnen könnten (vgl. Stone 1993, 86). "Immer mehr Europa" war das Motto des zweiten Septennats Mitterrands und in den Augen der Befürworter die Voraussetzung dafür, daß Frankreich wieder eine wichtigere Rolle in der Weltpolitik spielen sollte und gleichzeitig über den (Um-)Weg Europa mehr Entschei-

²⁶ Der PS war in der Debatte insbesondere durch François Mitterrand, Jacques Delors, Elisabeth Guigou, Michel Rocard und Laurent Fabius vertreten. Im Rahmen dieser Arbeit kann nicht genauer auf die einzelnen Positionen der führenden PS-Politiker eingegangen werden. Es muß aber festgehalten werden, daß der PS auch nach der Abspaltung der Gruppe um den Linksozialisten Chevènement in allen Fragen der Europäischen Integration keineswegs ein homogenes Bild abgab. Während Delors den Politikern, die den Vertrag ablehnten, schlicht vorschlug, sich einen anderen Beruf zu suchen, und die Europaministerin Guigou das Ende Europas im Falle einer Ablehnung prophezeite, maß Jospin dem Maastrichter Vertrag weniger Bedeutung zu.

dungskraft über seinen eigenen Weg zurückgewinne (vgl. Emmanuelli 1992; Mitterrand 1991).

Dies galt insbesondere für die europäische Geldpolitik. Die de-facto-Vorherrschaft der deutschen Geldpolitik sollte durch eine einheitliche Währung und eine gemeinsame Zentralbank gebrochen werden. "...The assumption was that a European monetary authority would mean a reduction in the power of the nation-state that was economically strongest - namely the Federal Republic" (Anderson 1996, 5).²⁷ Auch sollte die Europäische Integration weiterhin als Motor für die Modernisierung der französischen Wirtschaft dienen. Der "machiavellische" Mechanismus der Europäischen Integration ließ es zu, daß unpopuläre ökonomische und sozialpolitische Maßnahmen im Namen Europas durchgesetzt werden konnten.

Gleichzeitig beharrten jedoch auch weite Teile der Befürworter - insbesondere unter den Sozialisten - auf einem Europa à la Française. Der französische Wirtschaftssoziologe Elie Cohen schilderte in seinem jüngsten Buch, daß Frankreich mit dem Aufbau Europas die gleiche Logik wie mit seiner Industriepolitik verfolgte. Diese war darauf ausgerichtet, in innovativen Branchen – wie der Luft- und Raumfahrttechnik und den Informationstechnologien - die europäischen Partner um sich zu gruppieren und eine Konkurrenz zu den USA aufzubauen. Analog zu den "grands projets" der französischen Industriepolitik wie z.B. Airbus und Ariane galt Europa als "grand projet" ganz Frankreichs. Ein von Frankreich außenpolitisch und wirtschaftspolitisch dominiertes Europa sollte als Gegengewicht zu den USA fungieren (vgl. Cohen 1996). Die Liberalen und die Zentristen²⁸ betonten dagegen, daß die Wirtschafts- und Währungsunion in erster Linie Europa und damit auch Frankreich auf dem Weltmarkt stärkt.

In der Frage "Supranationalität versus nationaler Souveränität" waren in den Reihen der Sozialisten alle Positionen vertreten. Die Mehrheit des PS befand sich zwischen der Position Jacques Delors', der ein föderales Europa vorzog und der Position Chevènement's, der es ablehnte, weiter nationale Souveränität auf die europäische Ebene zu übertragen. Sozialisten wie auch UDF unterstützten die Forderung nach einem europäischen Staatsbürgerrecht, wenngleich die UDF ähnlich wie der RPR darauf hinwies, daß dies auch bei anderen ausländischen Gruppen Forderungen wecken könnte.

Die UDF schlug vor, Teilsouveränitäten an die Institutionen der Gemeinschaft zu übertragen. Dies sollte sich jedoch im Rahmen einer "Union der Nationen" (Giscard) vollziehen. Das vom PS traditionell vertretene Konzept der "gemeinsamen Politiken" läßt sich auch im Maastrichter Vertrag wiederfinden. Die Sozialisten gehen grundsätzlich von einer intergouvernementalen Zusammenarbeit aus, die allerdings eine

²⁷ Für eine ausführliche Darstellung der deutsch-französischen Konflikte über die europäische Währungspolitik im Vorfeld des Maastrichter Gipfels vgl. Rehfeld (1995).

²⁸ Die wichtigsten Vertreter der UDF waren Valéry Giscard d'Estaing, Simone Veil und François Léotard.

vertiefte Integration in wenigen klar umrissenen Politikbereichen zuläßt (vgl. Guérot 1996b), um über Europa französische Interessen, wie z.B. die ökonomische Modernisierung, zu realisieren. "Die PS ist weder klar für noch klar gegen einen supranationalen Ansatz der europäischen Integrationspolitik. Supranationale Strukturen werden akzeptiert als organisatorisches und politisches Dach für die 'gemeinsamen Politiken' (...), sind aber kein Ziel als solches" (Guérot 1996b, 595). Auch Mitterrands Europapolitik war in dem Widerspruch gefangen, sich wie Deutschland ein starkes Europa zu wünschen, allerdings – wie England – nur mit schwachen Institutionen (vgl. Bourlanges, *Le Figaro*, 26. Juni 1995). Die Vertiefung der Europäischen Integration stand damit auch bei den pro-europäischen Kräften weiter unter einem "nationalen" Vorbehalt.

Französische Europapolitik war aber immer auch Deutschlandpolitik. Die Einbindung Deutschlands in die Westintegration wurde zu einer der Triebfedern französischer Politik. Insbesondere nach der Wiedervereinigung mußte aus französischer Sicht das ökonomisch, demographisch und politisch aufgewertete Deutschland angesichts der "osteuropäischen Unsicherheiten" enger an den Westen und Frankreich gebunden werden, um in der Mitte Europas einen stabilen Kern zu schaffen. Ein Integrationsstop hätte dagegen eine Renationalisierung der Politik bedeutet und die bisherigen Integrationserfolge und letztlich auch die französische Position in Europa gefährdet. Frankreich, so die Befürworter, mußte mit dem Maastrichter Vertrag *die* Kräfte in Deutschland stärken, die weiter an der Europäischen Integration festhielten. Da sich das Kräftegleichgewicht innerhalb der EU verschoben hatte, war es für die Maastricht-Anhänger offensichtlich, daß sich Deutschland auf Dauer nur einbinden ließe, wenn Frankreich selbst zu Zugeständnissen bereit sei.

Während von den rechten Parteien die UDF den Vertrag unterstützte, stimmten nur wenige Gaullisten²⁹, darunter *Chaban-Delmas* und *Sarkozy*, uneingeschränkt dafür. Alain Juppé und Jacques Chirac schlossen sich diesem Votum - insbesondere aus pragmatischen und machtpolitischen Überlegungen - später an. Für Chirac war es mit Blick auf die Parlamentswahlen 1993 entscheidend, daß das Bündnis zwischen RPR und UDF nicht an den europapolitischen Fragen zerbricht, sondern die Einheit der Rechten gewahrt bleibt. Aus seiner Sicht hätte eine Annäherung von PS und UDF gleichzeitig den orthodoxen Flügel des Gaullismus gestärkt und Chiracs Chancen auf eine Präsidentschaftskandidatur 1995 gesenkt.

Die Pro-Maastricht-Fraktion innerhalb des RPR versuchte, die Bedeutung des Vertrages herunterzuspielen und ihn gleichzeitig zu kritisieren. Für Chirac war er nur ein

²⁹ Auf eine detaillierte Schilderung der einzelnen Positionen innerhalb des RPR muß hier verzichtet werden (vgl. Joas 1996). Es sei kurz angemerkt, daß die Konzeption des RPR als Sammlungsbewegung, die alle Franzosen und Französisinnen repräsentieren soll und die den jeweiligen gaullistischen Präsidenten unterstützt, auf einen festgelegten Politikentwurf verzichtet. In der Opposition der achtziger Jahre traten diese konzeptiven Mängel nicht so deutlich zu Tage, zumal der Eurooptimismus den fragilen Konsens aufrecht erhielt. Die Konflikte brachen allerdings mit der Regierungsverantwortung und dem Bündnis mit der pro-Maastricht UDF wieder auf.

"kleiner Schritt in die richtige Richtung". Ein europäischer Superstaat würde sich schon deshalb nicht herausbilden, da der Maastrichter Vertrag sehr schnell von der Realität eingeholt würde und damit nur vorläufig wäre. Insofern handele es sich um "gestaltbares Material", dessen Umsetzung von den nationalstaatlichen Regierungen abhängt. Der Luxemburger Kompromiß diene dabei als Schutz für die französischen Interessen. Gleichzeitig forderten die Neo-Gaullisten ein Kontrollrecht der nationalen Legislative über die Gesetzestexte der Gemeinschaft sowie rasche Schritte in Richtung einer gesamteuropäischen Perspektive.

6.3.2 Die "Konföderalen"

Die Motive der Maastricht-Anhänger wurden auch von den Gegnern geteilt. Doch in einem sich radikal wandelnden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umfeld erschien ihnen die Vertiefung der Integration als der falsche Weg, französische Interessen in Europa durchzusetzen. Auf Seiten der heterogenen Maastricht-Gegner, die sich vor allem aus Altgaullisten, Linkssozialisten, Kommunisten und Teilen der Grünen zusammensetzten, mündete der ökonomisch motivierte Integrationsoptimismus der achtziger Jahre in eine neue "politisch-kulturelle Nachdenklichkeit" (Bock 1992, 11). In diesen Eliten wuchs das Bewußtsein, daß die Europäische Integration nicht mehr länger *das* Instrument war, mit dem sich auf direktem Weg französische Interessen durchsetzen ließen. Im Gegenteil: "In a way, the French have become the captives of a policy aimed, above all, captivating the Germans, and have little choice but using all their still considerable skills and assets to turn the common cage into a comfortable compound" (Hoffmann 1995a, 257; vgl. Chevènement 1997, 39).

Der von Mitterrand politisch gewollte Nebeneffekt des Referendums, einen "Sprengsatz" innerhalb der Rechten zu zünden, stellte sich schnell ein. Immer mehr befand sich die gaullistische Sammlungsbewegung in der Zwickmühle zwischen der leidenschaftslosen Zustimmung der Führung zum Vertrag und der wachsenden oppositionellen Stimmung an der Basis. Die konzeptionslose Haltung eines Teils der gaullistischen Führungskräfte, die aus strategischen Gründen für den Maastrichter Vertrag plädierten, gab anderen gaullistischen Politikern die Chance, sich für eine Kurskorrektur zu engagieren und zu einem "authentischen" Gaullismus zurückzukehren. Den Widerstand innerhalb des RPR organisierten vor allem Charles Pasqua und Philippe Séguin, dessen Rede gegen den Maastrichter Vertrag vor der Assemblée Nationale den Auftakt der Kampagne bildete (Séguin 1992; 1993). Anders als Chirac und Balladur bewerteten sie den Vertrag nicht als bloßen "pragmatischen Schritt" oder "simple Etappe", sondern als einschneidende Veränderung für die politische, kulturelle und wirtschaftliche Verfaßtheit Frankreichs (vgl. Séguin 1993, 14).

Im Vordergrund stand die Kritik an der formalen Aufteilung der Souveränität zwischen nationalstaatlicher und supranationaler Ebene. Souveränität ist jedoch in den Augen traditioneller Gaullisten unteilbar. Für sie war Europa zur bestimmenden Rea-

lität in manchen Politikbereichen geworden, und das nationalstaatliche Handeln befand sich nun (z.B. aufgrund der Konvergenzkriterien) unter Rechtfertigungsdruck. Dies bedeute faktisch, daß der Rechtfertigungszwangs und die Handlungskompetenzen umgekehrt und damit der Nationalstaat abgewertet wurde.

Souveränität, so die Gaullisten weiter, ist aber nicht nur unteilbar, sondern auch untrennbar von der Nation: Gibt der Nationalstaat Souveränität ab, bedeutet dies, daß die Nation ihr konstitutives Element verliert. Gleichzeitig ist für Séguin aber auch die Nation untrennbar mit der Staatsbürgerschaft verknüpft. Demnach wird das Individuum nicht nur dadurch zum Staatsbürger, daß es mit anderen ein vorher definiertes Territorium teilt, sondern daß es eine affektive Haltung, ein "sentiment national", entwickelt. Um eine europäische Staatsbürgerschaft zu etablieren, müßte es deshalb zuerst eine europäische Nation geben (vgl. Séguin 1992, 47ff). Da es diese nicht gibt, kann es nach dieser Logik auch kein Wahlrecht für EG-Ausländer geben.

Neben dem Widerstand gegen die europäische Staatsbürgerschaft kritisierten die Linkssozialisten um Chevènement auch das demokratische Defizit, die fehlende gesamteuropäische Dimension und die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Vertrages. Für Chevènement konnte der Vertrag deshalb die aus seiner Sicht vier zentralen "Krisen" Europas nicht lösen (vgl. Le Monde 04.07.1992, 2):

1. Die Konvergenzkriterien werden die soziale und ökonomische Krise in Westeuropa weiter verschärfen. Die vereinbarte Austeritätspolitik wird zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und zum Abbau der sozialen Sicherungssysteme führen.
2. Maastricht spiegelt auch eine "Krise der Diplomatie" wider. Während Spanien, Irland, Portugal und Griechenland sich finanzielle Unterstützung aus den Fonds versprechen, Großbritannien Sonderbedingungen bei der Sozial- und Währungspolitik ausgehandelt hat, sieht Chevènement Frankreichs Interessen nicht berücksichtigt.
3. Die demokratischen Defizite der Maastrichter Konstruktion führen dazu, daß die europäische Bevölkerung keine eigene Identität gegenüber der "Europäischen Idee" aufbauen kann. Die nationalen Parlamente werden in ihrer Entscheidungsbefugnis beschnitten, während das Europäische Parlament keine weitreichenden Befugnisse dazugewinnt.
4. Schließlich ignoriert der Vertrag die paneuropäische Herausforderung, da er keine Vorschläge unterbreitet, wie die Länder Osteuropas schrittweise an die Union herangeführt werden können.

Ähnlich argumentierten die Gaullisten. Philippe Séguin verknüpfte seine Vorbehalte gegenüber dem Maastrichter Vertrag mit den Befunden des Arthuis-Berichtes, nach denen der Freihandel die eigentliche Ursache für die Arbeitslosigkeit ist. Massenarbeitslosigkeit und steigende Armut aber würden die sozialen Bande der Republik zunehmend zerreißen. "Indem die europäische Kommission die Beteiligung Europas an der 'freihändlerischen Bewegung', die während des kalten Krieges begann, nicht

noch einmal überdachte, unterschrieb sie den Totenschein nicht nur für unsere Industrie, sondern auch für unser Sozialsystem und unseren Lebensstil. Mit der Wahl eines offenen Europas zum Nachteil der 'Gemeinschaftspräferenz', das - präziser gesagt - nur in eine Richtung offen ist, haben wir einen Teufelskreis der sozialen Regression gefördert (...). Freihandel bedeutet unter solchen Bedingungen nicht mehr als ein Scheiterhaufen, an den das europäische Lamm gefesselt ist, das der Gier seiner weitaus grimmigeren Konkurrenten geopfert wird" (Séguin 1993, 91). Grundsätzlicher noch kritisierte der PCF den eingeschlagenen Integrationspfad. Für ihn war der Maastrichter Vertrag vom deutschen Wirtschaftsstil geprägt und bedeutete die Fortsetzung und Vollendung des riesigen Deregulierungsprogramms und des "Europas des Kapitals", das noch einmal - insbesondere in den traditionellen französischen Industrien wie Stahl, Textilien und Werften - Arbeitsplätze kosten würde (vgl. Bell 1996, 230).

Linke wie rechte Kritiker unter den "Euro-Skeptikern" sahen die "Brüsseler Bürokratie" im Widerspruch zu den nationalen Interessen Frankreichs. Die Konvergenzkriterien würden die Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten uniformieren, und die nationalen Wirtschaftsinteressen der Gemeinschaftspolitik unterordnen. Das Subsidiaritätsprinzip würde zu einem Instrument ausgedehnt werden, mit dem über eine gezielte Regionalpolitik der französische Zentralismus in Frage gestellt werde. "Ein zentralistisches Europa könnte Frankreich nicht nur seine Identität kosten, sondern zugleich seine Souveränität, d.h. den Verlust der französischen Tradition. Es könnte zu einer Fremdherrschaft eines anonymen, von Brüsseler Technokraten durchsetzen Apparats führen" (Goybet 1992, 682). Im technokratischen Charakter der Europäischen Integration sah Séguin ein Zeichen dafür, daß sich die Politik immer mehr ihrer Verantwortung entzog und die Entscheidungen auf bürokratische Prozesse verlagerte. Deshalb wollte er die demokratische Legitimation weiterhin der nationalstaatlichen Ebene vorbehalten. Der Rat sollte in allen Fällen die politische Kontrolle über die Kommission behalten und deren Initiativrecht abschaffen. Gleichzeitig sollten die nationalen Parlamente stärker in den europäischen Entscheidungsprozeß eingebunden werden. Die Gaullisten schlugen ein Zwei-Kammern-System vor, wovon eine Kammer mit Vertretern der nationalen Parlamente besetzt werden sollte (vgl. Minc/Séguin 1994, 62).

Was für die Maastrichtanhänger die Voraussetzung für die Einbindung Deutschlands war, stellte für die "Konföderalen" (Kolboom) gerade das "trojanische Pferd" dar, mit dem die deutsche Macht in Europa erst zementiert werde. Statt einem "europäisierten Deutschland" würde der Maastrichter Vertrag einem "germanisierten Europa" Vorschub leisten. Der damalige deutsche Bundespräsident bestätigte indirekt diese Sicht: "Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß unser Währungskonzept zur europäischen Verfassung, unsere soziale Marktwirtschaft zum europäischen wirtschaftspolitischen Grundgesetz gemacht wird" (von Weizsäcker 1992, 9). Hinter den Sirenenklängen der Europäischen Integration glaubten die Gegner des Maastrichter

Vertrages Deutschlands ökonomische und - solange Deutschland noch nicht über genügend diplomatisches Gewicht verfügt - Amerikas politische Stimme zu hören. Unter diesen Bedingungen würde Europa zum "amerikanisch-deutschen Heiligen Reich des Kapitals" (Chevènement 1992, 1; vgl. Chevènement 1996, 148). Ein Europa aber, das auf der zwanghaften Furcht vor Deutschland aufgebaut werde, sei ein schlechter Rahmen für eine gemeinsame europäische Politik - "Maastricht oder die Rückkehr zu Auschwitz" eine falsche Alternative (Chevènement zit. n. Der Spiegel, 14.11.1992, 166.).

Statt eines schrittweisen Übergangs in ein föderatives Europa, dessen Ansätze sie im Maastrichter Vertrag erkannten, plädierten die "Konföderalen" für einen Staatenbund. Dieser kann von Portugal bis zum Ural reichen und verschiedene Formen der Zusammenarbeit beinhalten. Letztlich entscheidend ist die Rückzugsmöglichkeit auf eine nationale Politik. Séguin schlug eine Koordination vor, die sich auf militärische Sicherheitsaspekte beschränkte. Ähnlich dem UN-Sicherheitsrat sollte auch ein europäischer Sicherheitsrat über militärisch relevante Fragen entscheiden.

Zusammenfassend sahen die hier angeführten Kritiker die Zukunft der französischen Nation in einem Europa à la Maastricht gefährdet. Der Staat, der in Frankreich - anders als in Deutschland - immer die Nation prägte, werde in seiner Möglichkeit beschnitten, den politischen und sozialen Kurs des Landes zu bestimmen. Indem er die Instrumente aufgab, mit denen in der Vergangenheit, so die Kritiker, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität garantiert wurden, beraubte er sich seiner eigenen Grundlagen. "1992 ist buchstäblich ein Anti-1789" (Séguin 1992, 17). Maastricht banalisiert und bedroht damit die "exception française", da "im Europa von Maastricht (...) nur ein Platz vorhanden (ist) für eine einzige Politik, Raum für ein einziges Wirtschafts-, Sozial- und Kultursystem. (...) Die französische Ausnahme wird dem nicht widerstehen können und es ist das erklärte Ziel der Maastrichtanhänger, (...) sie zu beseitigen" (Séguin, Libération, supplément, 31.8.1992). Während es für die Regierungsmehrheit "ein Akt des nationalen Selbstvertrauens" war, dem Vertrag zuzustimmen, betonte Séguin, daß ein stabiles Europa nur werden kann, wenn Frankreich seine gesamte souveräne Stärke als "Seele" Europas in eine Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten einbringt.

In seiner Kritik beschränkte sich Séguin auf die Europapolitik. Charles Pasqua und der Rechtskonservative Philippe de Villiers dagegen verknüpften ihre Europakritik mit fremdenfeindlichen Anklängen und Angriffen auf Mitterrand (Pasqua 1992, 23ff, 213ff). Sie näherten sich damit der extremen Rechten an, die mit dem Slogan "Les Français d'abord" gegen die Europäische Integration mobilisierte (vgl. Le Pen 1984).³⁰ Die Europaabgeordneten der französischen extremen Rechten veröffent-

³⁰ Der Maastrichter Vertrag stelle dabei den Versuch dar, ein supranationales Gebäude auf den "Ruinen" des Nationalstaats zu errichten. Dennoch sei Europa (zumindest das Europa von Le Pen) ein Fundus gemeinsamer Zivilisation. Die Strategie des Front National zielt auf ein Europa ab, das auf den Nationalstaaten beruht. Eintritt in dieses Europa können nur die Staaten begehren, deren Wurzeln hellenistisch

lichten 1992 ein Bulletin zum Thema "Europe et Patries", worin sie der Tradition des Front National treu blieben, die Europäische Integration als internationale Verschwörung gegen Frankreich zu interpretieren. Sie hätte zum Ziel, die französische Nation in den politischen und wirtschaftlichen Ruin sowie in die kulturelle Dekadenz zu treiben, sie ihrer geschichtlichen Wurzeln zu berauben und nicht zuletzt die "Homogenität" des französischen Volkes durch ungehinderten Zuzug zu unterminieren. So seien z.B. Großbritannien, die Niederlande und Portugal "Einfallstore" für Migranten aus den Ex-Kolonien, Spanien das Synonym für Drogenhandel, Irland und Griechenland lebten auf Kosten der französischen Steuerzahler und Deutschland gängele die französische Ökonomie (vgl. Europe et Patries 1992, 8ff).

Die Auseinandersetzungen der politischen Eliten brachten die erste öffentliche Debatte über die Europäische Integration in Gang.³¹ Die politische Kampagne, die von den Maastricht-Gegnern gestartet und lange Zeit auch beherrscht wurde, forderte die Anhänger heraus, die Konsequenzen einer Ablehnung des Vertrages herauszustrichen. Dies war insbesondere das Verdienst Séguins: "J'ai l'incommensurable de penser que, si je n'étais pas rentré en campagne, personne ne les aurait dites à ma place, et la campagne du 'non' aurait été échafaudée sur une addition de populismes divers (...)" (Minc/Séguin 1994, 57) Séguin gelang es mit der Maastricht-Debatte, einen traditionellen oder "authentischen" Gaullismus wieder populär zu machen. Auf dem Fundament eines Republikanismus verband er einen "linken" ökonomischen Diskurs mit einem rechten, nationalen Diskurs in europapolitischen und außenpolitischen Fragen. Der Mehrheit der Befürworter gelang es nicht, die Argumentation Séguins schlüssig zu widerlegen. Daß sie ebenfalls daran scheiterte, der Bevölkerung zu erklären, warum sie den Maastrichter Vertrag unterstützte, zeigte der Ausgang des Referendums.

6.4 Der Ausgang des Referendums

Der Appell an die historischen und psychologischen Grundlagen der Republik fiel auf fruchtbaren Boden. Am Tag des Referendums fehlten nur eine halbe Million Stimmen, um den Maastrichter Vertrag zur Integrationsgeschichte werden zu lassen (vgl. Portelli 1992; Martin 1993). Der Wahlausgang (50,8 Prozent für den Vertrag und 49,2 Prozent dagegen) teilte die französische Bevölkerung in zwei nahezu gleich große Lager der Vertragsbefürworter und der Gegner.

und christlich sind. Gemeinsam hätten diese Staaten die "Dekadenz" in Europa zu bekämpfen und sich vor der äußeren "Bedrohung" zu schützen.

³¹ Die Debatten um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1952-54 und über den Beitritt Irlands, Großbritanniens und Dänemarks zur EG wurden weder so breit geführt, noch bargen sie soviel Konfliktstoff für die Parteien.

Die Wahlbeteiligung entsprach mit 67 Prozent der Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen von 1981 und 1988 (vgl. Dupoirier 1994, 7). Dies zeigt die politische Bedeutung, die die Bevölkerung der Abstimmung beigemessen hat. Und während rechte Gaullisten wie Pasqua und der Front National das Referendum auch als Plebiszit über den Präsidenten verstanden haben wollten, stellte Stone (1993, 84) in einer Untersuchung fest, daß über 90 Prozent der Wähler und Wählerinnen ihre Entscheidung auf den europäischen Integrationsprozeß bezogen.

Das traditionelle rechts-links-Schema von Wahlentscheidungen hatte sich dabei aufgelöst. Sympathisanten des Front National stimmten mit 87 Prozent gegen den Vertrag, gefolgt vom PCF mit 76 Prozent und dem RPR mit 58 Prozent. Auf der Seite der Befürworter votierten 82 Prozent der Sozialisten und 64 Prozent der Anhänger der UDF für den Vertrag. Die Grünen-Anhänger lehnten den Vertrag zu zwei Dritteln ab, während die Génération Écologie weitestgehend zustimmte. Der wichtigste Grund für die Franzosen und Französinen, für den Vertrag zu stimmen, war, den Frieden in Europa zu sichern. Selbst auf Seiten der Befürworter war nur eine Minderheit davon überzeugt, daß der Vertrag von Maastricht auch Arbeitsplätze schafft (vgl. Mazzucelli 1997, 221).

Auch die Dichotomien, mit denen sich die beiden Lager scheinbar charakterisieren ließen, waren schnell gefunden: Modernes Frankreich gegen traditionelles Frankreich, progressives gegen repressives, sozialdemokratisch-christliches gegen national-laizistisches und ein offenes Frankreich gegen ein isolationistisches. Duhamel/Grunberg (1993) widersprachen der These, daß sich zwei homogene Lager innerhalb der französischen Bevölkerung gegenüberstanden. In ihrer Untersuchung machten sie vielmehr fünf "cleavages" aus, entlang derer sich das Ergebnis des Referendums analysieren läßt.

Entlang der *soziologischen* Linie gingen Duhamel/Grunberg davon aus, daß die Europäische Integration eher als Elitenprojekt aufgefaßt wurde, da die überwiegende Mehrheit der Befürworter über ein überdurchschnittliches Bildungsniveau verfügte. Der zweite "cleavage" war *politisch*. Die Gegner des Maastrichter Vertrages kamen insbesondere von den Rändern des politischen Spektrums. Auffällig war, daß die Gruppen die bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1988 die meisten Stimmen der Sozialisten ausmachten - nämlich die 25 bis 34-jährigen sowie die Arbeiter und unteren Angestellten - abgesehen von den Bauern am deutlichsten gegen den Vertrag stimmten. Offensichtlich wirkte hier nun der klassen- und schichtspezifische Aspekt deutlich stärker als die Loyalität zu einer Partei (vgl. Appleton 1992, 11). Die *ideologische* Linie verlief zwischen denen, die eine autoritärere politische Haltung vertraten und damit dem traditionellen Politikmodell in Frankreich anhängen und den "Modernisierern", die in der Europäischen Integration eine Entwicklungschance für Frankreich sahen. Das Ergebnis legte auch nahe, daß sich das Abstimmungsverhalten an der *ländlich-städtischen* Linie orientierte. In 29 von 35 Städten mit über 100.000 Einwohnern waren die Befürworter des Vertrages

in der Mehrheit. Eine Ausnahme machten die Städte im Süden wie Toulon, Nice und Marseille. Fast zwei Drittel der Pro-Stimmen stammten aus dem Pariser Raum. Dagegen stimmte die Mehrheit der Departements gegen den Vertrag (35 von 69) (vgl. Stone 1993, 83). Die fünfte Spaltungslinie war *historisch*: Das christliche Frankreich votierte in seiner Mehrheit für den Vertrag, während das republikanisch-säkulare und insbesondere die kommunistischen und sozialistischen Hochburgen im Norden Frankreichs (Nord-Pas-de-Calais) dagegen stimmten.

Diese Differenzierungen sind sicherlich aufschlußreich.³² Die geographischen, kulturellen und politischen Trennlinien dürfen jedoch nicht davon ablenken, daß die Abstimmung offensichtlich einem klaren sozialen Muster folgte, das erst sekundär durch den Bildungsstand oder parteipolitische Präferenzen bestimmt wurde.

Insbesondere Emmanuel Todd vertrat die These der sozialen Spaltung. Er sah in der französischen Gesellschaft zwei gleichstarke Gruppen, die sich gegenüberstanden: das "milieu populaire" und die "europäisierten Eliten". 78 Prozent derjenigen, die optimistisch in die Zukunft blickten, haben für den Maastrichter Vertrag gestimmt, und 83 Prozent derjenigen, die darüber eher beunruhigt waren, votierten dagegen (vgl. Dupoirier 1994, 7). Unternehmer, Freiberufler und mittlere Angestellte aus dem grenznahen und städtischen Raum, soziale Gruppen, die vom bisherigen Integrationsprozeß vor allem ökonomisch, aber auch kulturell, bereits profitierten, machten die Mehrheit des Pro-Lagers aus. Handwerker, Bauern, Arbeiter und untere Angestellte, insgesamt ein Ensemble der Verlierer des rasanten Modernisierungsprozesses, stimmten mehrheitlich dagegen. "In dem Maße, wie die europäische Einigung konkreter wurde, die ökonomische Krise sich verschärfte und die politische Kontroverse Formen anzunehmen begann, neigte ein wachsender Teil der Franzosen dazu, in Alternativen zu denken: Frankreich oder Europa. Was gestern als komplementär erschien, hat sich für viele als Widerspruch dargestellt" (Grunberg, zit. n. Uterwedde 1995, 30). Die Weltmarktöffnung und die Europäische Integration polarisierten zusätzlich noch einmal. Diese Polarisierung zeigte sich am deutlichsten im Ausgang des Referendums. Die alte Annahme, daß es eine breite Mittelklasse gebe, die über 60 Prozent der Bevölkerung ausmache (Zwei-Drittel-Gesellschaft), konnte das knappe Ergebnis nicht schlüssig erklären. Es drückte vielmehr aus, daß sich eine wesentlich kleinere Mittelklasse der Elite angeschlossen hatte. Dem stand eine neue "class populaire" gegenüber, die im Kern aus der alten Arbeiterklasse bestand, der sich jedoch die von Arbeitslosigkeit bedrohten unteren Angestelltenschichten angeschlossen hatten (vgl. Todd 1995, 98f).

³² Allerdings wurden sie oft dazu mißbraucht, die Skeptiker als "antimodern" und repressiv zu entlarven. So stellte della Chiesa z.B. fest, daß die Gegner des Vertrages in ihrer Mehrheit für die Todesstrafe gewesen wären und die "Sitten" in Frankreich für zu lax gehalten hätten (vgl. B. della Chiesa: Ein knappes "Ja", in: H. Rust: Europa-Kampagnen - Dynamik öffentlicher Meinungsbildung in Dänemark, Frankreich und der Schweiz, Wien, 1993, 59-100).

6.5 Die Bewertung des Ergebnisses

Die Untersuchung Annick Percherons wenige Monate vor dem Referendum zeigte, daß die bisherige Unterstützung der "Europäischen Idee" sich nicht in eine schlichte Opposition gegen "Europa" verwandelte. Vielmehr stellte der bisherige diffuse Europakonsens unter der französischen Bevölkerung keine expliziten Bezüge zur eigenen Situation her. "High levels of ignorance and indifference, combined with generally positive orientations towards the idea of Europe to produce a superficial, hence fragile consensus on Europe" (zit n. Berger 1995, 202). Mit der Debatte über den Maastrichter Vertrag änderte sich diese Haltung fundamental. Hier spielte nicht nur eine Rolle welcher Stellenwert der Debatte für den Verlauf der Europäischen Integration begemessen wird. Für die innenpolitische Situation Frankreichs stellte sich die Frage, ob sich mit den Auseinandersetzungen die Europäische Integration als neues innenpolitisches Thema etabliert hat und ob die oben beschriebenen Spaltungslinien auch im weiteren Verlauf der politischen Diskussion eine Rolle spielten.

Moravcsik (1993) vertrat die These, daß der Ausgang des französischen Referendums keine entscheidenden Auswirkungen auf den Integrationsprozeß hatte und auch nicht gehabt hätte, wenn die französische Bevölkerung negativ votiert hätte. Statt dessen geht er davon aus, daß "...both the excitement generated by the recent referenda in France and Denmark and the malaise that has followed their inconclusive outcomes result from a fundamental misconception about the EC, namely that its development is powered by, or substantially constrained by, the level of popular consensus in favor of its policies" (Moravcsik 1993, 45). Moravcsik stützte sich auf drei Argumente:

1. Zum einen sei der Maastrichter Vertrag zu konservativ und seine institutionellen Vorgaben eher intergouvernementalistisch als integrationistisch. Der Widerstand gegen ein angebliches "Super-Europa" hätte damit nicht lange über Substanz verfügt. Außerdem würde generell die Bedeutung des Maastrichter Vertrages für den Integrationsprozeß überschätzt. Wäre der Vertrag gescheitert, wären die Konsequenzen folglich nur gering gewesen.

Ohne an dieser Stelle genauer auf den Stellenwert des Maastrichter Vertrages und auf die detaillierten Beschreibungen der Auswirkungen im französischen Fall eingehen zu können, so muß doch festgehalten werden, daß ein europäisches Staatsbürgerrecht, das Ko-Entscheidungsrecht des Parlaments und die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips für Frankreich entscheidende Streitpunkte darstellten. Meunier-Aitsahalia und Ross (1993, 59) halten fest, daß *gerade* aufgrund der wenigen supranationalen Elemente im Vertrag ein französisches "Nein" große Folgen für den Integrationsprozeß gehabt hätte, da es unwahrscheinlich gewesen wäre, daß Frankreich später einem Vertrag mit weitreichenderen supranationalen Elementen zugestimmt hätte.

2. Weiterhin, so Moravcsik, lasse sich die monetäre Integration nicht mehr aufhalten. Der Maastrichter Vertrag mache nur explizit, was in der monetären Realität in Europa bereits seit längerem wirke. Nicht die Konvergenzkriterien zwingen zur Konvergenz. Vielmehr seien es die strukturellen Zwänge der Kapitalmärkte, die es plausibel machen, eine stabile Wechselkurspolitik zu verfolgen (Kreditibilität, Interesse der Anleger, etc.). Die deutschen Interessen verbunden mit ihrer wirtschaftlichen Macht bestimmten bereits das EWS und legten auch die Spielregeln für die Währungsunion fest.

Doch auch der Einfluß auf die monetäre Integration ist nicht zu unterschätzen. Ein französisches Nein hätte unter den von Moravcsik beschriebenen Zwängen auf den Finanzmärkten den Eindruck erwecken können, daß Frankreich nun die Konvergenzkriterien zumindest langsamer erfüllte. Dies hätte sicherlich zu Spannungen innerhalb des EWS geführt.

3. Der letzte Einwand beschäftigt sich mit den Auswirkungen der symbolischen Ablehnung des Vertrages. Moravcsik geht davon aus, *"that there is little reason to believe that public opinion constitutes a direct constraint on French foreign policy in general, and its European policy in particular.* In almost every advanced industrial country, including France, public opinion generally imposes no more than a very loose constraint on foreign policy. Individual citizens experience great difficulty in calculating the effect of specific foreign policy initiatives on their concrete interests - a condition which distinguishes most foreign policy issues from matters like tax policy, inflation, industrial relations, and social welfare policy" (1993, 50, kursiv i.O.). Die Europäische Integration könne also nicht zu einem innenpolitischen Thema avancieren, da die abstrakten Vorgaben der Europapolitik (in diesem Fall des Maastrichter Vertrages) und seine Konsequenzen von der Bevölkerung nicht begriffen würden. Darüber hinaus, so Moravcsik, sei die Anti-Maastricht-Koalition instabil und nicht wählbar (vgl. Moravcsik 1993, 54).

Dieses Argument ist insofern überraschend, als es gerade die wachsende innenpolitische Relevanz der Europäischen Integration war, die die französische Europapolitik in den neunziger Jahren unter Druck setzte. Zur Zeit des Referendums war die Mobilisierung der französischen Bevölkerung gegen das angestrebte europäische Projekt noch nicht explizit, die Aufkündigung des Europakonsenses noch nicht ausgesprochen. Aber angesichts steigender Arbeitslosigkeit, der umfassenden Prekarisierung des Arbeitslebens, des ununterbrochenen Anstiegs der Armut, der Überverschuldung der Sozialversicherungskassen und der offensichtlichen Ineffizienz und Unfähigkeit der politischen Repräsentanten, diese Misere zu beheben, erschien weiten Teilen der französischen Bevölkerung der nächste Integrationsschritt noch als zusätzliche Bedrohung, der auch die letzten verbliebenen sozialen Handlungsspielräume vernichtet.

Die (populistischen) Angebote der Maastricht-Gegner fielen auf fruchtbaren Boden, weil sie zum einen die nostalgischen Erinnerungen an die Wirtschaftsblüte der

"trente glorieuse" heraufbeschworen, zum anderen die Hoffnung nährten, dies alles wieder herstellen zu können, wenn Frankreich auf den Pfad einer voluntaristisch-nationalen Politik zurückkehre. Ohne daß die sozialen Folgen der Anpassungsleistungen Frankreichs in den Europadiskursen explizit erwähnt wurden, trafen sich hier die Interessen eines großen Teils der Bevölkerung an ökonomischer und sozialer Sicherheit mit den Vorstellungen eines Teils der politischen Eliten, die "Grande Nation" und den starken Staat aufleben zu lassen, der sich wieder stärker an den alten Werten der Nation orientiert.

Mit Blick auf die Europäische Integration könnte deshalb Moravcsiks Argumentation zu kurz greifen, wenn er davon ausgeht, daß sich nationale Interessen primär in zwischenstaatlichen Verhandlungen ausdrücken. Gerade im Verlauf der neunziger Jahre wurden die innenpolitischen Legitimitätsressourcen der Integration immer wichtiger. "It is not because French voters have never influenced European integration in the past that they are not going to do so now. Public opinion is somewhat irrelevant to the making of policy as long as voters are neither informed nor consulted, but public opinion becomes a constraint for policymakers once the population has been asked to express formally its position" (Meunier-Aitsahalia/Ross 1993, 65).

Seit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages ist der europapolitische Grundkonsens in Frankreich zerbrochen. Die gesellschaftliche Polarisierung brach bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder auf, und das knappe "Ja" im Referendum stellte sich nur kurzfristig als ein Sieg heraus. Im Anschluß an die Debatten um den Maastrichter Vertrag drückte die französische Bevölkerung aber nicht nur in formalen Wahlen ihren Unmut über die Europapolitik aus, sondern verknüpfte in zahlreichen sozialen Auseinandersetzungen europa-, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen. "Statt des 'Europas der Bürger' treten nun die Bürger gegen Europa an" (Kreile 1992, VII).

Die Europäische Integration wurde zunehmend von "innen" in Frage gestellt und die ökonomischen und sozialen Probleme rückten ins Zentrum der Europadebatte (vgl. Stone 1993, 85; Meunier-Aitsahalia/Ross 1993, 63).³³ Zwar spielten die Fragen nach dem Handlungsspielraum der Nationalstaaten und dem Verhältnis zu Deutschland in den Debatten weiterhin eine Rolle. Im Zuge der wachsenden europapolitischen Auseinandersetzungen wurden aber immer expliziter die sich verschlechternde soziale Lage und die wachsende Massenarbeitslosigkeit in Frankreich mit dem eingeschlagenen neoliberalen Pfad der Europäischen Integration verknüpft.

³³ "Europe' has arrived as a *domestic* political issue. As Le Monde put it, it is now a 'theme of controversy which will not go away'. Not only have public attitudes been awakened and at least partially formed on the issue, 'Europe' will also heavily condition competition both within and among the major political parties, at least in the near future" (Stone 1993, 85; kursiv i.O.).

6.6 Politische Nachbeben

Der "Kollaps" der europäischen Option Mitterrands kündigte das Ende der Macht der sozialistischen Partei bereits an. Mit der Abwendung der Bevölkerung von Europa brach dem PS seine politische Grundlage weg, denn gerade die euroskeptischen Schichten stellten das traditionelle Wählerpotential des PS dar (vgl. Todd 1995).

Mitterrand und seine Berater nutzten den lange Zeit bestehenden "permissiven Europakonsens" zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung, um den PS umzugestalten. Nachdem der "Sozialismus in einem Land" 1982/83 scheiterte, wurde schließlich "Europa" zum Ersatz des sozialistischen Projekts. Die Europäische Integration war damit ausschlaggebend für die Sozialdemokratisierung der sozialistischen Partei. "Maastricht war die Spitze einer programmatischen Entwicklung, die über Europa zu einer Sozialdemokratisierung der Partei und damit zu einer Art von französischen "Bad Godesberg" (...) geführt hat" (Guérot 1996b, 590). Gerade aber zu dem Zeitpunkt, an dem das europapolitische Engagement des PS am größten war - die Unterstützung des Maastrichter Vertrages - verweigerte ihr die Bevölkerung ihre Zustimmung. Die bedingungslose Identifikation mit Europa wich nun einer neuen Debatte über die Identität einer sozialistischen Politik.³⁴ Nachdem das Referendum die französische Bevölkerung nicht mit Europa versöhnte, sondern sie spaltete, "...brach in der PS jener ideologische Grabenkrieg wieder auf, den das Thema Europa in den achtziger Jahren gekittet hatte" (Guérot 1996b, 591). In der Folgezeit vermied es der PS, sich programmatisch zur Europapolitik zu äußern. Erst nach dem Tode Mitterrands sollte sie sich aus dem Schatten seiner Europapolitik wieder befreien können und erneut auf die europäischen Herausforderungen reagieren.

Die erste Niederlage nach dem Referendum erlitt der PS bei den Parlamentswahlen 1993. Trotz der Zerstrittenheit der Gaullisten gelang es der Mitte-Rechts Koalition RPR/UDF über 80 Prozent der Sitze zu erzielen. Der PS kam nur auf 17,6 Prozent der Stimmen und verlor 215 Sitze in der neuen Nationalversammlung. Das Desaster der Linken komplettierte die kommunistische Partei, die zwar nur zwei Prozentpunkte verlor, allerdings nur noch im Großraum Paris und im Nord-Pas-de-Calais relevante Ergebnisse erzielte. Das ökologische Bündnis konnte keinen einzigen Sitz erzielen. Die Linke erreichte zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte insgesamt weniger als 30 Prozent der Stimmen.

Der Tiefpunkt für die sozialistische Partei war allerdings erst ein Jahr später bei den Europawahlen 1994 erreicht. Sowohl die Parteien als auch die Bevölkerung hatten sich in der Frage der EU-Integration weiter polarisiert. Auf der Linken wurde die traditionelle Front zwischen den europakritischen Listen der Kommunisten bzw. des "Mouvements de citoyens" und der pro-Maastricht Liste des PS durch die Ein-Mann

³⁴ Dies drückt sich nicht zuletzt darin aus, daß innerhalb von zwei Jahren erst Rocard mit einem Mitte-Links-Kurs Vorsitzender des PS wurde, um danach von Emmanuelli mit einem dezidierten Linkskurs abgelöst zu werden.

Partei Bernard Tapies aufgebrochen. Tapie, der sich in seinem Wahlkampf mit populistischen Argumenten für Maastricht aussprach, erzielte nur zwei Prozentpunkte weniger als der PS, der mit 14 Prozent der Stimmen seine europapolitische Reputation endgültig verlor (vgl. Les élections européennes de juin 1994).

Auf der Rechten brachte das Regierungslager RPR/UDF nur mit Mühe eine Einheitsliste zusammen. Die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners öffnete damit Platz für den Front National und die Anti-Maastricht-Liste "Kampf um Werte" des ultrakonservativen UDF-Abgeordneten Philippe de Villiers, die von Innenminister Pasqua offiziell zur Regierungsmehrheit gezählt wurde (vgl. Uterwedde 1995, 28). Zusätzlich wurde die Parteienlandschaft kurzfristig durch die Liste "Europa beginnt in Sarajewo" "belebt", bevor sie vom Initiator Bernard-Henri Lévy wieder zurückgezogen wurde.³⁵

Das Ergebnis war für die pro-Maastricht-Parteien insgesamt verheerend. RPR, UDF und Sozialisten erreichten zusammen nur 40,3 Prozent der Stimmen. Das oppositionelle Lager in der Bevölkerung war seit dem Referendum noch einmal beträchtlich angewachsen. 56 Prozent der französischen Bevölkerung hätten 1994 den Maastrichter Vertrag abgelehnt. Während 1989 noch sechzig Prozent der Überzeugung waren, daß Frankreich von Europa profitiert und zwanzig Prozent eher skeptisch waren, hatten 1994 nur noch 38 Prozent eine positive Meinung über Europa. Zur "classe populaire", die bereits im Referendum gegen den Maastrichter Vertrag gestimmt hatte, gesellten sich nun auch weite Teile der Mittelklasse, die von der Ausweitung der ökonomischen Krise und der Verschärfung des neoliberalen Kurses in der Ära Balladur in Mitleidenschaft gezogen wurden.

³⁵ Die parteipolitische Konfusion schlug sich auch im Europaparlament nieder. 87 französische Abgeordnete teilten sich in acht Gruppen auf. Von diesen waren nur 28 bei den Sozial- bzw. Christdemokraten (vgl. Uterwedde 1995, 31).

7 Neoliberale Zuspitzung im Zeichen der Europäischen Integration

Die zweite "cohabitation" der Ära Mitterrand von 1993 bis 1995 war wirtschaftspolitisch durch das monetaristische Prinzip, innenpolitisch durch wachsende soziale Spannungen und europapolitisch durch einen technokratischen Pragmatismus geprägt. Der nun beginnende Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl 1995, bei der sich der neue Premierminister Edouard Balladur Chancen ausrechnete, prägte auch das Verhalten der Regierung. Die "méthode Balladur" wurde zur Chiffre einer vorsichtigen Politik, die darauf bedacht war, die Wähler und Wählerinnen nicht zu erschrecken. Zahlreiche Protest- und Streikbewegungen (bei Air France, gegen die höhere Subventionierung der Privatschulen, die untertarifliche Bezahlung von neu eingestellten Jugendlichen, etc.) nutzten die zögerliche Haltung der Regierung, um Gesetzesvorhaben zu Fall zu bringen.

Nachdem die sozialistische Partei spätestens seit den Europawahlen 1994 europapolitisch keine Akzente mehr setzte und auch der Elan Mitterrands durch die Niederlagen gebremst schien, dominierte die visionslose Europapolitik Balladurs. Frankreich vollzog damit auch programmatisch die Anpassung an die europapolitischen Vorstellungen der anderen Länder.

Balladur stellte seine Politik ganz in den Dienst der Umsetzung der Maastrichter Beschlüsse und richtete sie an den Konvergenzkriterien aus. Visionen von einem politisch und sozial integrierten Europa und einem europäischen Gesellschaftsmodell, wie sie die Sozialisten zumindest noch verbal aufrecht erhalten hatten, waren nun auch aus den regierungsoffiziellen Stellungnahmen verschwunden: "Die Ziele der Europapolitik sind klar: Vertiefung des Dialogs mit allen unseren europäischen Partnern, in erster Linie Deutschland und Großbritannien; Neubelebung der gemeinsamen Politik, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt auseinanderläuft, vor allem im industriellen Bereich; Begrenzung des Haushaltsdefizits und stärkere Kontrolle der zu starken bürokratischen Aktivitäten der Kommission, damit auch die Gemeinschaft sich an den großen Anstrengungen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts beteiligt. Als letztes nicht weniger wichtiges Ziel wollen wir das Europäische Währungssystem stärken, was auf die Initiative Giscard d'Estaings zurückgeht und auf dem Gedanken beruht, daß die harmonische Entwicklung der Wechselkurse von der Geldwertstabilität abhängt" (Balladur zit n. Frankreich-Info 1993a, 3).

Doch trotz dieser Bemühungen, sich europapolitisch "unauffällig" zu verhalten, gab es in der Regierungszeit Balladurs zahlreiche europapolitische Konflikte, die die innenpolitische Auseinandersetzung über die Europäische Integration neu entfachten. Die Krise des EWS 1992/93 und die Gatt-Verhandlungen 1993 waren nur zwei Beispiele für die immer größeren Schwierigkeiten Frankreichs, die Erwartungen der Bevölkerung, der europäischen Partner sowie der Märkte zusammenzubringen. Noch

einmal wurde deutlich, daß sich die Interessen Europas nicht mehr zwangsläufig mit den Interessen Frankreichs deckten.

a) GATT

Der GATT-Vorvertrag von Blair House über die Begrenzung des Anbaus und die Subventionierung von Agrarerzeugnissen zwischen den USA und der EU war für Frankreich unter vier Gesichtspunkten inakzeptabel und drohte das gesamte GATT-Abkommen scheitern zu lassen: Die USA hätten weniger Subventionen als die europäischen Länder abbauen müssen; die Lasten der Bauern wären zusätzlich zu denen aus der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik noch weiter gestiegen; Europa hätte unter diesen Bedingungen nicht von einem Aufschwung der Agrarmärkte profitiert; und schließlich waren die us-amerikanischen Konzessionen auf sechs Jahre befristet, während die europäischen als unwiderruflich gegolten hätten (vgl. Brigouleix 1993, 108).

Hinter den französischen Vorbehalten steckte zum einen, daß Frankreich als der größte Exporteur landwirtschaftlicher Produkte in der EU nicht gewillt war, für einen schnellen Abschluß bei der GATT-Konferenz die Landwirtschaft der Industrie zu opfern. Außerdem hatte die kurz zuvor reformierte gemeinsame Agrarpolitik in der EU bereits zu Unwillen unter den französischen Landwirten geführt. Die teilweise gewalttätigen Bauernproteste und die Interventionen der Agrarverbände setzten Balladur unter Druck. Deutschland und Frankreich einigten sich schließlich auf einen Kompromiß, den der Premier durchaus als Erfolg Frankreichs gegenüber den USA "verkaufen" konnte.

Doch der Konflikt läßt sich nicht auf die Interessenvertretung von einigen hunderttausend französischen Bauern reduzieren (im Endeffekt ging es, materiell gesehen, bei den GATT-Verhandlungen gerade mal um 0,34 Prozent der französischen Agrarexporte). Hier spiegelten sich noch einmal die grundsätzlichen handelspolitischen Differenzen zwischen Bonn und Paris wider. Während Frankreich im europäischen Binnenmarkt einen Außenschutz sah, der die europäischen Produzenten stärkte, trat Deutschland dagegen für eine vollständige Liberalisierung ein (vgl. Lallement 1995, 225f; Saint Etienne 1993).³⁶

b) Die EWS-Krise

Zwischen September 1992 und Juli 1993 kam der französische Franc im EWS insgesamt viermal in Bedrängnis (vgl. Cameron 1995, 141). Nachdem die italienische Lira

³⁶ Ein weiteres Beispiel für die grundsätzlich unterschiedlichen handelspolitischen Konzeptionen war der "Bananenstreit", den die deutsche Regierung schließlich 1994 vor dem Europäischen Gerichtshof verlor. Während von der protektionistischen Maßnahme vor allem französische Importeure profitierten und die Bananenmarktordnung für Frankreich somit nur eine Lücke in der gemeinsamen Agrarpolitik schloß, unterstrich diese Maßnahme für das marktliberale Deutschland den schädlichen Vormarsch protektionistischer Tendenzen.

und das britische Pfund nach der Krise im Herbst 1992 bereits abgewertet wurden, richteten sich die Spekulationen im Frühsommer 1993 vor allem gegen den Franc. Im Mai begann die französische Zentralbank, die Zinsen, die als Folge der deutschen Hochzinspolitik in den ersten Jahren der Wiedervereinigung auch in Frankreich in die Höhe getrieben wurden, zu senken. Trotz der Weigerung der Deutschen Bundesbank, die Zinsen ebenfalls zu senken, reduzierte Frankreich innerhalb von sechs Wochen sechs mal die Zinsen für kurzfristige Kredite. Nach mehrmaligen scharfen Vorwürfen an die Adresse der Deutschen Bundesbank, daß sie jede Rücksichtnahme auf die konjunkturelle Situation in den anderen Ländern ablehne, wurden Anfang Juli auch die deutschen Zinsen gesenkt. Frankreich nutzte jedoch den zusätzlichen Spielraum und senkte seine Zinsen noch einmal.

Nun reagierten die Finanzmärkte mit massiven Spekulationen gegen den Franc, da sie befürchteten, daß die Regierung mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen ihren stabilitätspolitischen Kurs aufgeben könnte. Es war abzusehen, daß die Deutsche Bundesbank kurzfristig die Zinsen nicht mehr senken würde. Gleichzeitig machte Balladur aber deutlich, daß er sich der Stabilität im EWS verpflichtet fühle und eine Abwertung des Francs nicht in Frage käme. Damit war schnell der Punkt erreicht, an dem die französischen Devisenreserven aufgebraucht waren und der Franc nur durch massive Interventionen - insbesondere der deutschen Zentralbank - innerhalb der Bandbreiten gehalten werden konnte. Während die britische und die italienische Währung den Verbund verließen, wurde für das Verhältnis D-Mark-Franc das EWS so modifiziert, daß Frankreich seine Zinsen ohne Abwertung senken konnte. Gleichzeitig konnte Deutschland im EWS verbleiben, ohne permanent in den Kursverlauf der schwächeren Währungen intervenieren zu müssen. Daß die Bandbreiten auf 15 Prozent ausgedehnt wurden, bedeutete faktisch ein freies Floaten der Währungen. Nur der niederländische Gulden und die D-Mark verblieben in den alten Bandbreiten (vgl. Polster/Voy 1993).

Die Spekulationswellen waren der Anlaß für erneute Debatten über die geldpolitischen Auswirkungen des EWS auf Frankreich. Frankreich warf Deutschland vor, aus der Position des Vereinigungsbooms heraus keine Rücksicht auf die europäischen Partner zu nehmen und die hegemoniale Rolle der D-Mark bewußt auszuweiten.³⁷ Um sich gegenüber dem Dollar zu profilieren, hielt die Deutsche Bundesbank die Zinsen trotz schlechter konjunktureller Lage weiter hoch. Das hatte zur Folge, daß die Mitgliedsländer ihren Verbleib im EWS mit einem überhöhten Zinsniveau bezahlen mußten. Gleichzeitig blieb aber der Dollar gegenüber den europäischen Währungen weiter unterbewertet, was letztlich zu Exporteinbußen in Europa führte.

Um das Vertrauen der Kapitalmärkte zurückzugewinnen und die Konvergenzkriterien zu erfüllen, war die französische Regierung mehr denn je gezwungen, die neoliberale Politik nicht mehr auf die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Deregulie-

³⁷ Vgl. auch die Kritik von H. Schmidt: Die Bundesbank - kein Staat im Staate, in: Die Zeit, Nr. 46, 8.11.1996

zung der Kapitalmärkte zu beschränken, sondern sie auch in den bisher weitgehend unangetastet gebliebenen Bereichen, d.h. der Organisation der Sozialversicherung, des öffentlichen Dienstes und des Bildungssektors, durchzusetzen (vgl. Lipietz 1997).

7.1 Der Abbau des Sozialstaats

In den neunziger Jahren weitete sich die Arbeitslosigkeit auch auf die hochqualifizierten Beschäftigten aus. "...ce phénomène de diffusion du chômage est le plus notable entre les catégories socioprofessionnelles. Durant les années 70 et 80, la montée des taux du chômage ne s'est pas poursuivie au même rythme pour toutes les catégories. Elle a particulièrement concerné les catégories les moins qualifiées. Ainsi, non seulement le taux de chômage s'est-il accru entre les qualifications. Dans ce contexte, la montée du taux de chômage dans les années 90 fait figure d'exception. Pour la première fois, il semble qu'elle ait touché de façon relativement uniforme toutes les catégories socioprofessionnelles" (CSERC 1996, 55). Zwar lagen die Arbeitslosenraten der qualifizierten und höheren Angestellten immer noch deutlich unter denen der sogenannten Unqualifizierten, doch verzeichneten sie zwischen 1994 und 1996 den schärfsten Anstieg aller Kategorien. Zwischen 1991 und 1996 hatte sich sowohl bei den höheren Angestellten als auch bei den Technikern die Arbeitslosenrate fast verdoppelt. Sie stieg bei den Technikern von 4,1 Prozent auf sieben Prozent und bei den höheren Angestellten von 2,6 Prozent auf 4,6 Prozent (vgl. CGT 1997, 73).

Gleichzeitig erreichte die bisherige Verteilungslogik ihre Grenzen. Nachdem seit Mitte der achtziger Jahre die Beitragserhöhungen der Sozialversicherungen fast ausschließlich auf die abhängig Beschäftigten abgewälzt und die privaten Haushalte über Steuern zusätzlich belastet wurden, um die Auswirkungen von Steuererleichterungen für die Unternehmen auf den Staatshaushalt teilweise aufzufangen, kam die Binnenkonjunktur in Frankreich fast völlig zum Stillstand (vgl. Lourdelle 1993, 22). Der Anstieg der Lohnsumme betrug seit 1980 20 Prozent. Davon entfielen 4 Prozent auf die Ausdehnung des Arbeitsvolumens, 4,5 Prozent auf Kaufkraftsteigerungen und 10 Prozent auf den Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Majoni d'Intignano 1996, 115). Obwohl die französische Mittelklasse für den Erhalt der staatlichen Institutionen immer mehr Abgaben leistete, wurden deren Leistungen seit Anfang der neunziger Jahre unter dem Druck der Austeritätspolitik abgebaut.

7.1.1 Bildung und Ausbildung

Die Verbesserung und der Ausbau des Bildungs- und Ausbildungssystems sollte der innenpolitische Schwerpunkt des zweiten Septennats Mitterrands werden. Zwischen 1988 und 1992 stieg das Budget des Erziehungsministeriums um 30 Prozent. Geplant war außerdem, erstmals seit 20 Jahren wieder Universitäten zu bauen und die

Kapazitäten für 70.000 Studienplätze zu schaffen. Weitere kurzfristige Auswirkungen dieser Bildungsoffensive Anfang der neunziger Jahre waren neben einem Personalausbau verbesserte Sozialleistungen für Studierende, die Aufwertung der Lehre und die Dezentralisierung der Universitätsverwaltungen (vgl. Zettelmeier 1992, 173f).

Doch stand die Bildungsoffensive nicht im Einklang mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit drohte nun auch denjenigen, die die bisher so geschätzten Bildungsgänge des französischen Systems durchlaufen hatten. Die qualifizierten Bildungsabschlüsse der Jugendlichen wurden zunehmend entwertet.

Der Zugang zu einer überdurchschnittlichen Bildung und Ausbildung war ein zentrales Interesse der Mittelklasse, die das Bildungsniveau direkt mit dem sozialen Status verband. Der erworbene Titel garantierte ursprünglich einen Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen sowie den Aufstieg in der beruflichen Hierarchie. Nun wuchs die Zahl derjenigen, die die Universität ohne Abschluß verließen. Das Ende des "diplome roi" bedeutete, daß die besseren Qualifikationen, die von den verschiedenen Regierungen der letzten Jahre immer als Schutz vor Arbeitslosigkeit propagiert wurden, ihre Selektionsfunktion nur noch in gemindertem Maße erfüllten. Während insgesamt die höheren Angestellten mit qualifizierten Abschlüssen nur in geringem Umfang von Arbeitslosigkeit betroffen waren, nahm die prekäre Beschäftigung von Akademikern – insbesondere von jungen Frauen - beim *Eintritt* in den Arbeitsmarkt deutlich zu (vgl. Bouffartigue, 1991, 119). "À la notion de membres d'une élite caractérisée par leur diplômes, leurs salaires et la considération s'attachant à leur qualification, s'est substituée celle de membres d'une classe moyenne, aisée certes, mais non protégée. Leur statut leur apparaît désormais comme susceptible d'être remis en cause du jour au lendemain, en cas de perte d'emploi" (Alliot-Marie 1996, 29). Das sichtbarste Zeichen dieser Unruhe waren die Auseinandersetzungen um das "SMIC-Jeune". Der Plan der Regierung sah vor, die längst zur Realität gewordene Unterbezahlung von Jugendlichen durch ein generelles Gesetz zu legitimieren. Ausgebildete Jugendliche sollten für 80 Prozent des Mindestlohns beschäftigt werden können, wenn 20 Prozent ihrer Arbeitszeit auf berufliche Qualifizierung verwendet wurde. Nach massiven Protesten der Studierendenverbände und der Gewerkschaften mußte Balladur die Pläne wieder zurückziehen. Statt dessen wurden die Betriebe, die arbeitslose Jugendliche einstellten, subventioniert.

Gleichzeitig wurde nun aber auch direkt an den öffentlichen Hochschulen gespart. Der Finanzmisere der französischen Durchschnittshochschulen stand eine großzügige Ausstattung der Elitehochschulen gegenüber, die über bis zu vierzig mal höhere öffentliche Gelder verfügten (vgl. ARESER 1997). So konzentrierten sich 1996 30 Prozent des Hochschulbudgets auf die Eliteuniversitäten, die nur vier Prozent aller Studierenden ausbildeten (vgl. Renaut 1996, 603).

7.1.2 Der öffentliche Dienst

Der Status und die Zukunft des öffentlichen Dienstes wurde in den neunziger Jahren eines der zentralen Konfliktthemen in Frankreich (vgl. Voisset 1996). Der Abbau des öffentlichen Dienstes, der in Frankreich zu den zentralen Pfeilern eines republikanischen Verständnisses von Gleichheit gehört (vgl. Palier/Boboli 1995), stellte das Selbstverständnis der Mittelklasse gleich doppelt in Frage. Die Wertschätzung der Funktion des öffentlichen Dienstes drückte sich bisher in relativ sicheren Beschäftigungsverhältnissen und durch eine großzügige Personalausstattung aus. Der Sparzwang der öffentlichen Kassen und die Vorgaben aus Brüssel zur Deregulierung des öffentlichen Dienstes führten nun dazu, daß das materielle Statut des öffentlichen Dienstes zunehmend den schlechteren Bedingungen der Privatwirtschaft angepaßt werden sollte.

Die Beschäftigten des öffentlichen Sektors sahen sich aber auch in ihrem intellektuellen Status und in ihrer Bedeutung für die soziale und ökonomische Konstruktion des Landes angegriffen. Im Kern schrieb die liberale Option, die auch von der Europäischen Integration gefördert wurde, nicht nur Kapitalöffnungen bis zur Privatisierung vor, sondern verlangte Statutsänderungen der Unternehmen und machte prinzipiell den Markt auch zur obersten Regulationsinstanz der öffentlichen Betriebe. Durch die Öffnung des Marktes mußte auch in den Bereichen Konkurrenz zugelassen werden, die bisher unter dem Begriff "service publique" gefaßt wurden: Luftfahrt, Telekommunikation, Eisenbahn, Post und Energie. Die Auswirkungen des Binnenmarktes betrafen zwar alle Länder der EG/EU. Doch im Gegensatz zur englischen und italienischen Auffassung, nach der die Privatisierung als einzige Möglichkeit galt, die Funktionstüchtigkeit des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, gab es in Frankreich immer eine große Zufriedenheit mit dessen Leistungen (vgl. Frémeaux 1996, 140). Er wurde nicht nur als der Motor des technologischen Fortschritts angesehen, sondern auch als ein Instrument der Solidarität, der sozialen Kohäsion und des Ausgleichs zwischen wirtschaftlich ungleichen Regionen (vgl. Voisset 1996, 152). Vor diesem Hintergrund gehörte die Forderung nach einem europäischen öffentlichen Dienst als *einem* Element der sozialen Regulierung Europas und des "rheinischen Kapitalismusmodells" in den achtziger und neunziger Jahren durchgehend zu den programmatischen Vorschlägen der französischen Sozialisten. Die von Delors 1993 unterstützte Initiative, die die Legitimität des öffentlichen Dienstes in Europa wieder herstellen sollte, scheiterte jedoch (vgl. Voisset 1996, 153).

7.1.3 Die Sozialversicherung

Neben den allgemeinen Folgen der Massenarbeitslosigkeit für die Finanzierung der Sozialkassen wurde das bisher weitgehend beitragsfinanzierte System durch niedrige Wachstumsraten, stagnierende Löhne und hohe Arbeitslosigkeit mehr geschwächt als steuerfinanzierte Systeme. Zusätzlich wurden die Kassen durch einen

wachsenden Anteil an Mindesteinkommen (Rente, RMI) belastet, für die es kein Versicherungsprinzip gab. Die finanzielle Krise des französischen Sozialstaats war Mitte der neunziger Jahre nicht mehr zu übersehen. 1995 schlossen die Kassen mit einem Defizit von 63 Milliarden Francs ab. Von 1990 bis 1995 erhöhte sich der Schuldenstand auf insgesamt 230 Milliarden Francs. Die Sozialausgaben lagen 1995 in einer Höhe von 30 Prozent des BIP (vgl. Neumann 1996, 4). Das Defizit der Sozialversicherungskassen war der Hauptgrund dafür, daß Frankreich mit einer Neuverschuldung von 5,8 Prozent des BIP weit davon entfernt war, die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Nur radikale und schnelle Ausgabenkürzungen bei der Sozialversicherung konnten den Haushalt bis 1998 noch konsolidieren.

Bereits 1990 wurde die Arbeitslosenversicherung reformiert. Von diesem Zeitpunkt an erhielten Arbeitslose eine beitragsbezogene Geldleistung, die sich nach der Dauer der Versicherungszeit, der Höhe des Referenzlohns und einem Mindestsatz richtete. Es handelte sich dabei jedoch nur um eine "degressive Unterstützung" (*allocation unique dégressive, AUD*), denn der Ausgangsbetrag nahm bis zu einem Mindestbetrag alle vier Monate um 17 Prozent ab.

Das erste große Projekt der RPR/UDF-Regierung war die Rentenreform. In Anlehnung an ein 1991 unter der sozialistischen Regierung erschienenes Weißbuch zur Reform des Rentensystems (vgl. *Livre blanc 1991*) leitete die Koalition ab 1993 Maßnahmen ein, die die bisherigen Rentenbedingungen für den *privaten* Sektor grundlegend änderten. Die Altersversicherung der Beamten und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst blieben hiervon ausgenommen. Bis zum Jahr 2010 sollten über verschiedene Maßnahmen 432 Milliarden Francs eingespart werden (vgl. OECD 1994, 88). Der Zeitraum der Beitragsleistung wurde von 150 auf 160 Quartale, d.h. von 37,5 auf 40 Jahre verlängert. Die Höhe der Renten orientierte sich künftig an dem Durchschnittsjahreslohn der 25 besten Verdienstjahre und nicht wie bisher an den besten zehn. Der Anstieg der Rentenbezüge wurde nicht mehr an die Lohnentwicklung gekoppelt, sondern an den Preisindex. Außerdem wurde der Versicherungscharakter der Rentenkasse gestärkt, indem alle Leistungen, die nicht auf dem Versicherungsprinzip beruhten, in einen Solidaritätsfonds ausgelagert wurden (vgl. CGT 1994, 210; Steinhilber 1997a, 100). Als eine Folge dieser Reform sank die Rentenhöhe um ca. 20 Prozent. Gleichzeitig wirkte sich im Anschluß an die Reform ein Wechsel zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung gravierender auf die spätere Rentenleistung aus. Gerade die Beschäftigungsverhältnisse also, die in den neunziger Jahren die stärksten Zunahmen zu verzeichnen hatten, waren nun schlechter abgesichert als im alten Rentensystem.

Auch die Krankenkassen, auf die ein Hauptteil der Schuldenlast entfiel und deren Ausgaben zwischen 1975 und 1990 doppelt so schnell anstiegen wie das BIP, wurden in die Umbaumaßnahmen miteinbezogen. Zusammen mit den kleineren Reformen der achtziger Jahre führte dies dazu, daß das Risiko der Krankheit und die Finanzierung der Behandlung zunehmend privatisiert wurde. Fast 85 Prozent der

französischen Bevölkerung haben mittlerweile eine private Zusatzkrankenversicherung.

Die Regierung erhöhte die Eigenbeteiligung der Patienten, die heute bei etwa einem Drittel der Medikamentenkosten und der Arzthonorare liegt. Bei Zahnbehandlungen und Brillen liegt die finanzielle Beteiligung bei über 70 Prozent. Weiter sah der "Plan Veil" vor, das medizinische Personal deutlich zu reduzieren und 60.000 Krankenhausbetten abzubauen (vgl. André/Sicot 1994, 25). Gleichzeitig wurden seit 1990 Krankenhäuser, Ärzte, Labors und die pharmazeutische Industrie einer jährlich neu ausgehandelten Budgetierung unterworfen. Die generelle Leitlinie war, daß der Anstieg der Gesundheitsausgaben das Wirtschaftswachstum nicht übersteigen durfte. Zwar wurden die Ausgaben kurzfristig reduziert und die Leitlinien weitgehend eingehalten, für 1996/97 war jedoch bereits wieder ein Anstieg der Ausgaben prognostiziert. Schließlich beschloß die Regierung Juppé, die Gesundheitsausgaben auf dem Stand von 1995 einzufrieren und die Pharmaindustrie mit 2,5 Milliarden Francs sowie die Ärzte mit einem Franc pro Krankenblatt an der Finanzierung zu beteiligen (vgl. Majnoni d'Intignano 1996, 109).

7.2 "Pensée unique" und "autre politique" - die ideologischen Frontlinien

Doch je mehr die französische Politik darauf ausgerichtet war, die Konvergenzkriterien zu erfüllen und den Sparkurs in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen, desto lauter wurden wieder die Stimmen, die eine Abkehr von der euroliberalen Stabilitätspolitik forderten und eine nationale Wachstums- und Beschäftigungsstrategie vorschlugen. Diese Debatte wurde bereits im Anschluß an den Kurswechsel der Sozialisten 1983 geführt. Allerdings hatten die Protagonisten, die sich zum Großteil mit denen der Anti-Maastricht-Kampagne deckten, nun eine klarer umrissene Gegenposition vor Augen.

Im Zentrum der Kritik stand die "pensée unique" - das ökonomische und politische Einheitsdenken. Der Begriff wurde von dem Journalisten J.F. Kahn 1991 geprägt (vgl. auch Kahn 1995)³⁸, von den Medien schnell aufgegriffen und in der Vorbereitung des Präsidentschaftswahlkampfes schließlich zur strategischen Zielscheibe des Kandidaten Chirac. Mittlerweile avancierte der Begriff zwar zur Chiffre für jeglichen Immobilismus in der französischen Politik und hat damit an Kontur verloren, dennoch sind zwei Elemente zentral:

³⁸ "On assiste depuis quelque temps à un phénomène préoccupant. Qu'a-t-on constaté, en effet, à l'occasion de plusieurs événements récents qui auraient mérité un débat contradictoire? Que l'ensemble des médias, écrits ou audiovisuels, développait le même discours, chacun confortant l'autre et le serpent se mordant indéfiniment la queue. En cela réside la principale nouveauté: quelque chose d'inquiétant est en train de prendre corps, qui ressemble furieusement à une pensée unique" (Kahn zit. n. Aeschimann/Riché 1996, 251).

1. Auf der politischen Ebene hat sich die Ökonomie der Politik bemächtigt. Das ökonomische Einheitsdenken zeichnet sich dadurch aus, daß sich die Wachstums- und Beschäftigungsziele der monetären Stabilitätspolitik unterzuordnen haben. Unabhängige Zentralbanken, unbedingte Marktfreiheiten und der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft gelten als Garanten für wachsenden Wohlstand und mehr Arbeitsplätze. Die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte werden als die wichtigsten "Instrumente" angesehen, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Insofern unterscheidet sich die ökonomische und sozialpolitische Agenda des Einheitsdenkens nicht von dem, was hinter Thatchers "TINA" ("There is no alternative") stand (vgl. Brown 1997; Schui et al. 1997). Das zentrale Moment in Frankreich ist jedoch das Dogma des "starken Francs" ("Franc fort"). Einer der wichtigsten Stichwortgeber der Kampagne Chiracs, Henri Guiano, sah in der Rolle der unabhängigen französischen Zentralbank, die sich doch nur an den Vorgaben der Bundesbank orientierte, das zentrale Problem: "Il ne faut se faire aucune illusion: on ne cassera pas le verrou monétaire qui étouffe la société française, on ne rétablira pas la primauté du politique, on ne restaurera pas l'unité de l'État républicain, on ne fera jamais une autre politique économique et sociale si la Banque de France dicte sa loi" (Guiano, zit. n. Aeschmann/Riché 1996, 271).
2. Dies führt auf der ideologischen Ebene zu weiteren Konsequenzen. Die pensée unique, so die Kritiker, ist die Ideologie der Technokratie, die versucht, der Politik ihren Sinn zu nehmen und sie auf eine Verhandlungstechnik zu reduzieren. "Car la pensée unique tient pour acquis que la volonté politique n'a plus de prise sur le réel. Elle tient pour acquis qu'il y a désormais trop interdépendance, trop de complexité pour qu'il soit raisonnable d'imaginer qu'on peut changer le cours de choses" (Guiano 1995, 10). An den "runden Tischen" - der Politikinstitution des Einheitsdenkens - wird alles das ignoriert, was sich nicht über die nackten Zahlen der Inflationsrate und des Haushaltsbudgets quantifizieren läßt: die soziologische und kulturelle Dimension der Gesellschaft, die Lebensqualität und der öffentliche Dienst, die Umwelt und die Qualität der Produkte. "Diese konservative Revolution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft (in diesem Fall die Ökonomie) für sich in Anspruch, um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken und Handeln als anarchisch erscheinen läßt" (Bourdieu 1998c, 24). Indem die ökonomischen Elemente des Neoliberalismus als gesellschaftliche "Definitionsmacht" (Narr/Schubert 1994; vgl. Haug 1996, 654) wirken und der Staat sich mehr und mehr aus seiner Verantwortung zurückzieht, fühlen sich, so Guiano, immer mehr Franzosen und Französinnen von der Republik im Stich gelassen.

Die Vorschläge, die die Vertreter einer "anderen Politik" wie Séguin, Chevènement und Pasqua unterbreiteten, zielten deshalb darauf ab, den "republikanischen Pakt" zu erneuern und sich auf die Stärken der eigenen Nation zu besinnen. In ihm sollten

von der Innenpolitik bis zur Außenpolitik alle politischen Felder und die Zuständigkeit des französischen Staates reformuliert werden. Dazu zählten die Werte, "die die Republik und die französische Ausnahmestellung begründen: Primat der Politik, Integration und Laizität, starke öffentliche Schule, leistungsfähige, nicht dem Markt unterworfenen öffentlichen Dienstleistungen, soziale Sicherung auf der Basis der Solidarität, diplomatische Unabhängigkeit und einen Aufbau Europas, der die Nationen respektiert" (Chevènement, zit. n. Uterwedde 1996a, 130). Speziell in der Wirtschaftspolitik forderte Séguin die Rückkehr zu einer keynesianischen Wachstumspolitik, die sich auch der Wechselkurspolitik bedient. Die Arbeitslosenversicherung sollte auf ein steuerfinanziertes System umgestellt und die Arbeitszeit verkürzt werden. Außenwirtschaftlich forderte der gaullistische Politiker schlicht die Abschaffung des GATT und protektionistische Maßnahmen an den Außengrenzen der EU. Wie bereits beim Referendum 1992 sahen die Anhänger einer "anderen Politik" auch jetzt einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der politischen und ökonomischen Konfiguration Frankreichs und der Europäischen Integration. Séguin warf den Vertretern des Einheitsdenkens vor, "unter dem Vorwand Europas auf die nationale Souveränität zu verzichten, was auch heißt, auf das Prinzip der Gleichheit zu verzichten, dann auf die Brüderlichkeit, und schließlich wird die Freiheit nichts mehr bedeuten" (Minc/Séguin 1994, 188).

Für die ideologische Unterfütterung des neoliberalen Anpassungskonzeptes steht in Frankreich auch der "Minc-Bericht"³⁹ (vgl. Commissariat général du plan 1994a). Dieses Manifest "sozialliberaler Reformen" (Le Monde, 5. November 1994, 1/22), das 1994 auf Anordnung Balladurs die Herausforderungen an die französische Gesellschaft im Jahr 2000 beschreiben und analysieren sollte, gilt als das intellektuell ausgereifteste Beispiel der "pensée unique" und als Antwort an die Verfechter einer "anderen Politik" (vgl. Aeschmann/Riché 1996, 250f).

7.3 Der "Plan Minc"

Der ehemalige Manager und heutige Publizist Alain Minc, der den Vorsitz der Kommission führte, war (und ist) der profilierteste Vertreter der Pro-Maastricht-Intellektuellen (vgl. Minc 1995). Zwar steht er einem überstaatlichen Europa skeptisch gegenüber: Dieser "Traum" sei aufgrund der deutschen Übermacht ausgeträumt (vgl. Minc 1992, 111). Doch sieht er zur Einbindung Frankreichs in den Binnen- und Weltmarkt keine Alternative: "...je ne sais pas si les marchés pensent juste, mais je sais qu'on ne peut pas penser contre les marchés. Je suis comme un paysan qui n'aime pas la grêle, mais qui vit avec. Nous sommes aujourd'hui dans un univers où, d'une manière ou d'une autre, si on ne respecte pas un certain nombre de canons

³⁹ In der Kommission waren neben den Anhängern eines liberalen Entwicklungspfades auch Vertreter alternativer Ansätze. Ihre Vorschläge wurden jedoch kaum diskutiert. Unter den 35 Mitgliedern war ein Vertreter der Arbeitslosen und kein einziger der Gewerkschaften (vgl. La Chaise 1996, 37).

de la gestion économique, on est mort (...) Il faut le savoir, et partir de là: agir comme s'il s'agissait d'un phénomène météorologique" (Minc 1995, 71).

Minc konstatiert, daß trotz der makroökonomischen Erfolge Frankreichs die innergesellschaftlichen Kosten dieser Modernisierung unübersehbar sind. Der Gesellschaftsvertrag, den die sozialen Kräfte und ein starker Staat 1945 ausgehandelt haben, um Frankreich zu modernisieren, sei durch diese Modernisierung gleichsam hinfällig geworden und produziere negative Effekte. Die "simple" Ausweitung von Rechten auf alle Bevölkerungsgruppen, die generelle Bekämpfung der Einkommensunterschiede und gleiche Sozialleistungen für alle zu schaffen, so Minc, wäre in Zeiten einer nationalstaatlichen und prosperierenden Ökonomie möglich gewesen, nicht aber in Zeiten der "offenen Gesellschaft", die unter dem globalen Wettbewerbsdruck in die Krise geriet: "Im Grunde seiner selbst weiß Frankreich, daß eine Epoche zu Ende geht, und daß es ein neues Projekt erfinden muß. Im Unterschied zu anderen Demokratien können wir auf ein solches Projekt nicht verzichten. Was sich bei anderen aus dem Gang der Dinge ergibt, muß sich bei uns in einer Vision verkörpern. Als Preis für unseren Universalismus, als Produkt der Geschichte stellt diese Notwendigkeit heute unsere hauptsächliche Herausforderung dar. Sie ist die Voraussetzung für jede Reform" (Commissariat général du plan 1994a, 85). Die Herausforderungen der Arbeitslosigkeit und der sozialen Krise dürften Frankreich nicht dazu verleiten, die ökonomischen Realitäten zu ignorieren und sich wieder auf eine isolierte Wirtschaftspolitik zurückzuziehen. "Le poids de ces contraintes ne sera allégé que par la crédibilité que la politique économique continuera d'inspirer aux marchés. Celle-ci passe en particulier par le caractère irrévocable du choix d'une monnaie stable" (Matray 1995, 32). Die Wirtschafts- und Währungsunion wird damit "zu einem herausragenden strategischen Akt (...), denn sie läßt uns vom Wettbewerb der Unternehmen zum Wettbewerb der sozio-ökonomischen Systeme zunächst zwischen europäischen Ländern, dann aber insbesondere zwischen dem europäischen Modell und den anderen großen globalen Akteuren übergehen" (Commissariat général du plan 1994a, 116). Modernisierung läßt sich für Minc nur noch durch die Teilhabe an der kapitalistischen Weltwirtschaft erfolgreich verwirklichen. Die "exception française" sei damit endgültig beendet. Da sich Frankreich dieser Abhängigkeiten nicht entziehen könne, müsse es die Einbindung als Vehikel für einen gesellschaftlichen Transformationsprozeß nutzen.⁴⁰

Neben den bereits angeführten Transformationen auf dem Arbeitsmarkt und der veränderten Sichtweise auf den öffentlichen Dienst⁴¹ besteht der Kern des Papiers aus

⁴⁰ Als Vorbild suchte sich der Bericht das "Standort Deutschland"-Papier aus, das in der Publikation des Berichts auch im Annex aufgeführt wird (vgl. Commissariat général du plan 1994a, 179f).

⁴¹ Die Steigerung der Produktivität und die Erhöhung der Effizienz galten als Vorgaben, an denen sich nicht nur die Makroökonomie orientieren sollte, sondern auch der Umbau des öffentlichen Sektors und der Sozialversicherungssysteme sowie die generelle Modernisierung des Staates. So war z.B. das Modell des öffentlichen Sektors in Frankreich für Minc angesichts der technologischen Innovationen und der wachsenden Dominanz des Marktes nicht mehr adäquat. Die Verwaltung und Führung öffentlicher Betriebe,

Vorschlägen für eine grundlegende Anpassung der *Gesellschaft* an die Erfordernisse des Marktes. Aus der Sicht der Berichterstatter konnte die zukünftige Verbindung von Ökonomie und sozialem Zusammenhalt nicht mehr auf dem Prinzip der Gleichheit (*égalité*) basieren, sondern nur auf dem Prinzip der Angemessenheit (*équité*). Gleichheit wurde zugunsten eines "akzeptablen Niveaus von Ungleichheiten" aufgegeben. Moderne Wohlfahrtsstaaten galten als nicht mehr in der Lage, ein Optimum an Gleichheit zu gewährleisten, da dies die Dynamik der Ökonomie bremsen würde. Eine Gesellschaft, die nach dem Prinzip der Angemessenheit aufgebaut sei, bekämpfe dagegen die "ineffizienten" Ungleichheiten und akzeptiere die Ungleichheiten, die dazu dienten, den deklassiertesten Teilen der Gesellschaft zu helfen (vgl. Matray 1995, 35).

Als Hauptschuldigen der gegenwärtigen Krise macht Minc deshalb den "Mythos der Gleichheit" aus, auf dem das alte fordistische Gesellschaftsmodell aufgebaut hätte. Gleichzeitig greift er die Mittelklasse an, die als Trägerin dieses Modells gilt. "L'État Providence de l'après-guerre avait permis une extension indéfinie de la classe moyenne avec, comme valeur cardinale, l'égalité; il bute aujourd'hui sur l'envolée des déficits publics et l'apparition à rebours des principes d'égalité, de groupe qui ont payé pour le compte commun un tribut à la crise" (Commissariat général du plan 1994a, 11).

Gleichheit durch Angemessenheit zu ersetzen, bedeutet aber nicht nur, daß Ungleichheiten akzeptiert werden. Sie werden sogar als notwendig angesehen, damit jeder seine Aufgaben gegenüber der Gemeinschaft erfüllt. "Équité ist somit eine Form individualisierter Gerechtigkeit, eine sozialphilosophische Überhöhung dessen, was man ansonsten als 'Flexibilisierung' bezeichnet. Damit wird klar, womit wir es beim Minc-Bericht zu tun haben: Er ist das Glaubensbekenntnis des euroliberalen Herrschaftsbündnisses, das sich bemüht, seinen zentralen Schwachpunkt, die Trennung des Ökonomischen vom Sozialen, durch die Einführung des Begriffs der 'équité' zu überwinden. Auf diese Weise sollen gesellschaftliche Anpassungskosten einer Politik besser verteilt werden, *für die es keine Alternative gibt*" (Ziebura 1995, 14, kursiv i. O.). Fitoussi gibt zu bedenken, daß die Gegenüberstellung von "égalité" und "équité" jeder Grundlage entbehrt, denn "égalité" basierte immer auf zwei Kriterien: der Gleichheit vor dem Gesetz und der Gleichheit "vor dem Leben". Wird "égalité" nur über *ein* Kriterium definiert, bedeutet das, daß Ungleichheiten in anderen Bereichen - hier bei der sozialen Gleichheit - zugelassen werden. Équité ist deshalb

wie EDF, France Télécom und SNCF würde nicht mehr den modernen Effizienzkriterien entsprechen. "A laisser ses services publics en l'état, la France risque de voir un atout se transformer en handicap, alors qu' une mutation organisationnelle permettrait au contraire de les valoriser" (Matray 1995, 35). Wenig originell waren die Vorschläge zur Belebung des Arbeitsmarktes. Die Lohnerhöhungen sollten nicht über dem Produktivitätsanstieg liegen. Außerdem müßte das Lohngefüge weiter gespreizt werden, um Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich zu schaffen. Neben dem staatlich festgelegten Mindestlohn wurden auch die "Arbeitsmarktrigiditäten", wie Kündigungsschutz und die Absicherung von prekärer Beschäftigung, als die größten Hindernisse für neue Arbeitsplätze genannt.

keine Alternative zur *égalité*, sondern nur *eine* Eigenschaft der formalen *und* materiellen Freiheit (vgl. Fitoussi 1995b, 92).⁴²

Im Gegensatz zu den Vertretern einer "anderen Politik", die der französischen (Europa)politik gerade vorwerfen, die Spezifik des französischen Politikmodells aufzugeben, wirft Minc den politischen Eliten vor, daß sie nicht die notwendigen Anpassungsleistungen vornehmen. Die "Diktatur der öffentlichen Meinung", die durch die Mittelklasse und ihre Vermittler - die Gewerkschaften und die Medien - errichtet werden würde, hätte bisher substantielle Reformen insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen und des öffentlichen Dienstes verhindert (vgl. Minc 1994). "La société française si elle pratique les rites de la démocratie sociale, fonctionne suivant les rythmes de la démocratie d'opinion. Il est nécessaires de convaincre l'opinion publique des mutations indispensables, de renforcer les partenaires sociaux, mais cela ne proviendra ni d'un surcroît de responsabilités institutionnelles, ni des discussions sans débouchés réels" (Matray 1995, 40).

Zusammengefaßt verbarg sich hinter dem Vorschlag die Vorstellung einer marktgetriebenen Modernisierung. Kurz: Als Preis für die Einbindung in den wirtschaftsliberalen Kurs der Europäischen Integration sollte sich die französische Gesellschaft von einem auf dem Gleichheitspostulat basierenden Sozialstaat ebenso verabschieden wie von einem regulativen öffentlichen Dienst. Der Plan Minc rechtfertigte damit die Anpassungspolitik Balladurs und nahm mit der französischen Mittelklasse gerade die Gruppe ins Visier, die bisher als loyalster Verbündeter der politischen Eliten galt.⁴³

Doch die Mittelklasse ließ sich immer schwerer als "Sündenbock" für die wirtschaftliche und soziale Krise in Frankreich instrumentalisieren. Die "Entdeckung der Armut" (Ehrenreich 1994, 23f) durch die Intellektuellen und Politiker um Alain Minc, die die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als "Privilegierte" auf Kosten der "wirklich" Ausgeschlossenen stigmatisierten, führte zu einer verzerrten Beschreibung der sozialen Realität in Frankreich am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Große Teile der Mittelklasse sahen sich bereits in ihrer Existenz gefährdet und befürchteten ins-

⁴² Anatole France brachte diese beiden Eigenschaften von Gleichheit auf den Punkt. "Cette majestueuse égalité devant la loi, qui permet aux riches comme aux pauvres de dormir la nuit sous les points" (zit. n. Fitoussi 1995b, 92)

⁴³ Auch in seinem neuesten Buch "La Mondialisation heureuse", das einen offenen Brief an Premierminister Jospin enthält, vertritt Minc mit dem Verweis auf die britische und deutsche Sozialdemokratie die These, daß es zu einem "liberalisme de gauche" keine Alternative gäbe. Die französische Sozialdemokratie befände sich dagegen wieder auf einem rückwärtsgewandten Kurs. Der linke Liberalismus, den Minc propagiert und der das Gegenstück zum amerikanischen Modell ausmachen soll (liberalisme de droit), müsse dagegen von den sozialstaatlichen Überresten der fordistischen Epoche Abschied nehmen. "Un État providence à l'ancienne bâti sur le principe égalitaire et qui fonctionne, de façon opaque, au profite de la classe moyenne; un *Welfare State* nouvelle manière influencé par le primat de équité. Et qui ce concentre, en priorité, sur la protection des populations en voie de marginalisation: vous touchez là une des différences cardinales entre la social démocratie et le libéralisme de gauche" (A. Minc: Les socialistes français en retard d'une idéologie, in: Le Figaro 23./24. August 1997, 2; kursiv i.O.).

besondere für ihre Kinder, daß sie nur geringe Chancen haben werden, auf dem Arbeitsmarkt eine adäquate Stellung zu finden.

Der Vorwurf, daß das "geschützte Frankreich" auf Kosten der Ausgeschlossenen seine Besitzstände wahren wollte, suggerierte, daß sich hier zwei klar voneinander abgrenzbare Gruppen gegenüberstanden. Doch "muß man die Ausgeschlossenen der Mittelschichtsfraction gegenüberstellen, die der Krise am meisten ausgesetzt sind, deren Reichtum zurückgeht, die sich der Prekarisierung ausgesetzt sehen und von Entlassung bedroht werden? Die einen wie die anderen sind keine hermetischen Kategorien, sondern durchsetzen sich gegenseitig und sind mit unterschiedlicher Härte und in unterschiedlichem Rhythmus die Opfer der selben Krise" (Baudelot/Israël 1996, 326). Der materielle, soziale und kulturelle Ausschluß war kein Randphänomen mehr, das von der allgemeinen sozialen Lage der französischen Gesellschaft abgekoppelt werden konnte. Er markierte vielmehr den Endpunkt eines Prozesses, der seinen Ausgangspunkt im Kern der Gesellschaft hatte.

8 Sozialer Konflikt und Europäische Integration

Vor diesem Hintergrund veränderten sich auch die Formen des sozialen Konfliktes. Kees van der Pijl unterscheidet drei Ebenen, die der Kapitaldisziplin unterworfen wurden: die Primärakkumulation, den Produktionsprozeß und die soziale Reproduktion (vgl. van der Pijl 1997). Bei den beiden ersten Konfliktmustern stand die soziale Unterdrückung durch den Produktionsprozeß im Vordergrund der Auseinandersetzungen. "Il (le travail - J.S.) apparaissait comme la matrice centrale sur laquelle se greffaient les traits essentiels de la domination, et donc des tensions, des contradictions et des conflits qui en découlaient" (Groux 1997, 106). Die ersten Kämpfe wandten sich gegen die ursprüngliche Akkumulation. Die Kapitaldisziplin richtete sich gegen das "natürliche" Leben und die Arbeit vieler Menschen, deren Arbeitskraft zum ersten Mal kommodifiziert wurde und die aus ihren traditionellen und subsistenten Zusammenhängen herausgerissen wurden. Den Übergang in die zweite Phase der Kämpfe markierte der Erfolg des Kapitals, das Lohnsystem zu etablieren. Die Arbeitskraft war nun vollständig kommodifiziert, und die sozialen Auseinandersetzungen entzündeten sich am Widerspruch zwischen der auferlegten Kapitaldisziplin und den daraus resultierenden physischen und psychischen Anpassungsleistungen am Arbeitsplatz. In der Folgezeit wurden diese Kämpfe weitgehend institutionalisiert. Im Vordergrund stand die Beteiligung oder Mitbestimmung an der Verwaltung eines im Kern marktwirtschaftlichen Systems (vgl. Groux 1997; van der Pijl 1997, 32ff).

In den jüngsten sozialen Bewegungen standen jedoch nicht mehr ausschließlich die klassischen Arbeitskämpfe im Mittelpunkt der Konflikte. Der kollektive Charakter der Arbeit, der die sozialen Kämpfe prägte, ging unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit und der Auflösung des "Normalarbeitsverhältnisses" verloren. "Il (le travail - J.S.) n'est plus producteurs de 'classes social', si tant est qu'il l'ait jamais été. La diversité des positionnements sociaux (...) dessine une scène du travail singulièrement éclatée" (Groux 1997, 110). Während in der vorhergehenden Phase des industriellen Kapitalismus das Kapital ein Interesse daran hatte, die Reproduktion der Arbeitskraft sicherzustellen, unterliegt in der neuen Phase auch die soziale Reproduktion - das "tägliche Leben" - der Kapitaldisziplin (vgl. van der Pijl 1997, 31). Der Kapitalismus stößt an eine neue Grenze: "The capacity of nature and society to support its discipline" (ebd. 1997, 42). Der "lean production" entspricht nun die "lean administration" mit allen desintegrativen und finanziellen Konsequenzen auf der Ebene der Reproduktion. "The industrial-capitalist model is replacing other organizational models of social reproduction such as there drawn from civil service, church charity, neighborly and family assistance or other non-industrialist sources" (ebd. 1997, 37). Die Reproduktion der Arbeit wird damit selbst zum Gegenstand von Profitmaximierung und Kostenreduktion. Die alten Konflikte (z.B. Eisenbahner, die um ihr Beschäftigungsstatut kämpfen; Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen) verbinden sich mit den neuen Formen des Wider-

stands (Rettung des öffentlichen Dienstes, sozialer Schutz auch für die kommenden Generationen, Bildung und Ausbildung). Die Sphäre der Produktion ist zwar auch weiterhin zentral, aber sie ist es nicht mehr ausschließlich (vgl. Groux 1997, 122). "This is a class struggle against capital precisely because it is not waged from a narrow, corporatist definition of class, but as a popular struggle uniting a broad array of social forces seeking 'the fulfillment of tasks set by interests wider than their own'" (van der Pijl 1997, 40).

Die Entwicklung des kollektiven Kampfes hat damit ein neues Stadium erreicht: den Übergang von der Ökonomie zur Politik. Während die sektoriellen Konflikte harte Auseinandersetzungen über Löhne, Entlassungen und Renten zur Grundlage hatten, hoben die Angriffe auf den öffentlichen Dienst und die Sozialversicherung den Widerstand auf die gesellschaftliche Ebene (vgl. Groux 1997, 122). Der "citoyen" (bzw. die Mitglieder der Mittelklasse), der sich nicht auf die ökonomischen Aspekte reduzieren läßt, wird zunehmend zum Träger dieses Widerstands. Exemplarisch zeigte sich dieser Übergang in der französischen Streikbewegung 1995/96.

8.1 Die Präsidentschaftswahl 1995

Daß weite Teile der Mittelklasse keineswegs mehr zu den "natürlichen" Verbündeten der Pro-Maastricht-Fraktion der politischen Klasse gezählt werden konnten, wurde zunächst im Präsidentschaftswahlkampf im Frühjahr 1995 deutlich. Mit Edouard Balladur und Jacques Chirac bewarben sich zwei Gaullisten um das Präsidentenamt, die die Spannung zwischen euroliberalen Denken und gaullistischem (Wirtschafts-)Voluntarismus personifizierten. Damit erreichte auch die Debatte zwischen der "pensée unique" und der "autre politique" ihren politischen Höhepunkt.

Edouard Balladur, der lange Zeit als der aussichtsreichste Kandidat galt, wurde zum Symbol für einen konformistischen Kurs, der mittels eines technokratischen Pragmatismus die französische Politik ganz den europäischen Zwängen unterordnete. Viele Franzosen und Französinen hatten, wie Touraine anmerkte, zunehmend das Gefühl, "nicht von einer sozial verantwortungsbewußten Regierung geführt, sondern von einem Politbüro verwaltet zu werden, das blindlings die Beschlüsse des internationalen Marktes anwendet" (Touraine zit. n. Der Spiegel v. 20.5.1996, 173; vgl. auch Touraine et al. 1996, 20). Auch dem sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin fiel es schwer, sich vom Stigma der sozialistischen Partei und des amtierenden Präsidenten Mitterrand, die Frankreich erst auf den euroliberalen Kurs gebracht hatten, zu befreien.

Chirac dagegen präsentierte sich als "Kandidat der Jungen und des Wechsels" (Todd 1997b, 659). In seiner programmatischen Schrift "La France pour tous" (vgl. Chirac 1995) wendete er sich mit einer entschieden voluntaristischen Politik gegen die Auffassung, daß es im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung keine politischen Handlungsspielräume mehr gäbe. Chirac kündigte den Bruch mit der einseitig-

gen Stabilitätspolitik an. Er griff in seinem Wahlkampf zu weiten Teilen die Argumentation Séguins auf und kritisierte das wirtschaftsliberale Einheitsdenken des "Plan Minc". In seinem Strategiepapier erklärte Chirac: "Certains sont allés jusqu'à dire, dans le sillage d'une commission du Plan chargée de nous guider vers les frontières de l'an 2000, qu'il n'y aurait pas de reprise, de retour de la croissance, sans gel ou limitation du pouvoir d'achat des salariés (...) Comme si la feuille de paie était l'ennemie de l'emploi. Comme si un franc de salaire distribué était un franc perdu pour l'économie, un franc qui ne consomme pas, un franc qui n'épargne pas, un franc inutile. Certains sont même prêts à contester le principe d'un salaire minimal, qui aurait, disent-ils, des effets pervers sur l'emploi. Je ne puis que m'inquiéter devant de tels discours" (zit n. Le Figaro v. 18/19. Februar 1995). Das Defizit der Sozialversicherungen, so stellte Chirac klar, sollte nicht durch weitere Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen bekämpft werden, sondern durch die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit.

Die "Schlacht um Arbeitsplätze" sollte zur "Priorität der Prioritäten" werden (vgl. Chirac 1995). Im Zentrum der "neuen Logik" stand für Chirac die Bekämpfung der "sozialen Spaltung" (*fracture sociale*). Er berief sich damit im wesentlichen auf die Thesen des französischen Demographen Emmanuel Todd, der im Auftrag der Stiftung "Saint-Simon" eine Studie "Über die Ursprünge der politischen Malaise" schrieb. Todd kam zu dem Ergebnis, daß die sozialen Trennlinien nicht mehr mit den politischen übereinstimmten und daß Chirac durch die Umstände zum Mann der Linken werde. "L'activation des thèmes concurrents de la prudence balladurienne et de l'audace chiraquienne (...) transforme insensiblement Édouard Balladur en chef de parti des nantis - les riches, les vieux, les retraités, les rentiers, tous les amateurs de franc fort - et Jacques Chirac en candidat de ceux qui ont intérêt au changement - les pauvres, les jeunes, les actifs, les emprunteurs - qui n'effraient pas la possibilité d'un léger virage inflationniste. (...) Si le PS confirme sa disparition en tant que force majeure, si le RPR explose et que deux politiques économiques s'appuyant sur des segments différents de la société française entrent en concurrence, il faudra bien envisager l'hypothèse d'un Jacques Chirac transformé en homme de gauche par la force de choses" (Todd 1995, 120). Der von Chirac vertretene "Sozialgaullismus" überraschte nicht, da das Referendum und die sich anschließenden Debatten deutlich gezeigt hatten, daß ein Großteil der Französischen und Franzosen einen Politikwechsel wünschte (vgl. Ross 1995).⁴⁴

Vordergründig spielte die europäische Frage in diesem Wahlkampf nur eine geringe Rolle. Mit dem Rückzug von Jacques Delors im Dezember 1994, der sich gegen eine Kandidatur für den PS entschied, verschwand das Europathema zunächst aus der Debatte. Sowohl Balladur als auch Chirac äußerten sich dazu nur sehr vorsichtig.

⁴⁴ Zu Chiracs Wahlkampfmannschaft zählte auch der ultraliberale Alain Madelin. Madelin trat kurz nach seinem Amtsantritt als Wirtschaftsminister zurück, weil er eine drastische Sparpolitik und geringere Steuern forderte. Juppé widersetzte sich diesen Plänen.

Um einen Wahlsieg davonzutragen, waren sie beide auf das jeweilige andere Pro oder Anti-Maastricht-Lager angewiesen. Chirac zog seine Ankündigung vom November 1994, über die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ein Referendum abhalten zu wollen, wenige Monate später wieder zurück, nachdem die Umfragen gezeigt hatten, daß sein Europopulismus keine Stimmen brachte.⁴⁵ Dennoch war die europäische Dimension weiter in den wichtigen Fragen des Wahlkampfes präsent (Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, Migration), ohne daß sie offen angesprochen wurde.

Die Wahl Chiracs, der sich knapper als erwartet im zweiten Wahlgang gegen den Sozialisten Jospin durchsetzte, war ein Signal, daß die französische Bevölkerung die Hoffnung auf einen Politikwechsel noch nicht aufgegeben hatte. Chiracs Wahlversprechen entsprachen dem Bedürfnis nach Veränderung und dem Willen vieler Franzosen und Französinen, die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft trotz der Sachzwänge der Märkte innerhalb des Primats der Politik zu vollziehen. Jedoch stellte sich schnell Ernüchterung ein. "Après quatorze ans de François Mitterrand dont on disait qu'il avait tué la politique, après deux ans de mensonges et de dissimulation d'Edouard Balladur, la France s'était laissée bercer par l'illusion d'avoir enfin élu un président volontaire. Au terme d'une campagne incroyable, Chirac semblait avoir touché le cœur des Français. Avec lui la France allait en finir avec les faux remèdes technocratiques, les comptes d'apothicaires, les projections budgétaires. Il allait faire de la politique, c'est à dire écouter, discuter, décider, puis imposer. Il n'en fut rien" (Ottenheimer 1997, 42).

Zwar leitete Chirac nach der Wahl einige sozialpolitische Sofortmaßnahmen ein, doch bestand einmal mehr ein Zielkonflikt zwischen der Konsolidierung der Gesellschaft durch umfangreiche staatliche Maßnahmen auf der einen und der Teilnahme an der Währungsunion auf der anderen Seite. Die Erhöhung des SMIC und der Mindestrente, der Ausbau von Sozialwohnungen und die Entlastung der Unternehmen bei den Sozialbeiträgen im Niedriglohnbereich mußten bereits über eine höhere Mehrwert-, Körperschafts- und Vermögenssteuer finanziert werden. Da Chirac und die Regierung Juppé weiterhin das Ziel verfolgten, die vom Maastrichter Vertrag geforderten drei Prozent Neuverschuldung zu erreichen, blieb mit sechs Prozent Neuverschuldung 1994 nur wenig Spielraum für staatliche Beschäftigungsprogramme (vgl. Uterwedde 1996c, 192). Im Gegenteil: Nachdem der neue Haushalt nur geringe Einsparungen und zusätzliche Steuererhöhungen (Mineralöl-, Tabak-, Vermögenssteuer) vorsah, übten die Unternehmer und Teile der Regierungsparteien heftige Kritik. Als schließlich auch die Finanzmärkte empfindlich reagierten, leitete Chirac die

⁴⁵ Chirac ist als unsicherer Kantonist in Sachen Europa bekannt. Im "appel de cochin" von 1978 bezeichnete er die pro-europäische Partei UDF unter der Führung des Präsidenten Giscard D'Estaing als "Partei der Ausländer": "Comme toujours quand il s'agit de l'abaissement de la France, le parti de l'étranger est à l'œuvre avec sa voix paisible et rassurante. Français, ne l'écoutez pas" (zit. n. Aeschimann/Riché 1996, 268). Später opponierte er im Namen der Souveränität Frankreichs gegen die EEA und den Beitritt Spaniens und Portugals.

sparpolitische Wende ein. "Unter der Peitsche der Konvergenzkriterien sah sich Chirac gezwungen, nicht, wie während der Wahlkampagne versprochen, dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung absoluten Vorrang zu geben, sondern der Verringerung des Haushaltsdefizits" (Ziebura 1995, 27).

Chirac und Juppé schwenkten wieder auf den alten Weg der monetären Orthodoxie ein. Der Anpassungsdruck der Währungsunion führte zu einem Kurswechsel der politischen Eliten Frankreichs gegen den ausdrücklichen Willen seiner Bevölkerung. "Was folgte war ein Alptraum. Ihm wurde klar, daß er sich mit seiner Kampagne übernommen hatte, daß er nicht über die Ruhe und Selbstgewißheit verfügte, das einzig zählende Problem angehen zu können: den archaischen Charakter der angestrebten Europäischen Währungsunion. Dieser alte Hut aus dem vergangenen Jahrzehnt, ursprünglich als Mittel gegen die Inflation ausgedacht und inspiriert von dem Willen, das triumphierende Deutschland nachzuahmen, hat nicht mehr den geringsten Bezug zur Wirklichkeit der 90er Jahre" (Todd 1997b, 659).⁴⁶

Statt dessen hatte sich der Präsident durch die Wiederaufnahme der Nukleartests bereits im Sommer in ein militärisches Manöver gestürzt, um die ökonomische und politische Schwäche gegenüber Deutschland außenpolitisch auszugleichen. Noch einmal versuchte Chirac, mit einem hilflosen Versuch die Zeit der genauen Aufgabenverteilung in Europa zurückzuholen - "...demonstratively flexing the one strategic asset the French still possess and the Germans do not. (...) Chirac's experiments remain pointless. Forcible-feeble in the style of the man, they can scarcely affect the political balance of Europe, where nuclear weapons are no longer of the same importance. At a moment when diplomacy ought to have been engaged in winning allies to resist German attempts to harden the Treaty of Maastricht, for which its immediate neighbours Italy, Belgium and Spain were more than ready, it was gratuitously incurring a hostile isolation" (Anderson 1996, 6; zum Chiracschen Gaullismus vgl. Kimmel 1996).

Die Debatte auf der Rechten über eine "andere Politik" schien damit innerhalb der gaullistischen Partei und der Regierung entschieden. Chirac opferte im Namen des Maastrichter Projektes den Gaullismus ebenso, wie Mitterrand das sozialistische Projekt im Namen der Europäischen Integration und des EWS aufgegeben hatte. Doch ein großer Teil der französischen Bevölkerung hat diesen Schwenk Ende 1995 nicht mitgetragen (vgl. Le Gloannec/Hassner 1996, 49f). An den ersten Bewährungsproben für die verschärfte Austeritätspolitik entzündeten sich die größten sozialen Konflikte in Frankreich seit 1968.

⁴⁶ Die bekannte Satire-Zeitschrift "le Canard enchaîné" listete auf 98 Seiten (!) alle Wahlversprechen Chiracs auf, die er nicht gehalten hatte (vgl. 2 ans déjà - et quel bilan!, le dossier de canard enchaîné, April, 1997).

8.2 "Aristokratische Abwehrkämpfe" oder "Revolte gegen den Neoliberalismus" - die Streiks im öffentlichen Dienst 1995/96

Die Streiks Ende 1995 waren der Höhepunkt einer Vielzahl sozialer Konflikte, die seit Anfang der neunziger Jahre das Bild in Frankreich prägten. Denn der Rückgang der Streikintensität und der politischen Beteiligung in Parteien und Verbänden läßt noch nicht darauf schließen, daß auch das politische Interesse und der politische Protest generell zurückgegangen waren (vgl. Schild 1996, 152). Für das Jahr 1991 wurde die Zahl der Demonstrationen in Frankreich auf 8.000 geschätzt - das entspricht der Zahl der Proteste von 1919-1939.⁴⁷ Dabei entwickelten sich die Protestformen vom verbandlich organisierten Widerstand zu direkten Widerstandsformen. Dies führte zu einer neuen Verbindung zwischen gewerkschaftlichem Widerstand und den Protesten anderer sozialer Akteure (vgl. CGT 1995, 123f). Der direkte gewerkschaftliche Einfluß auf die Arbeitskämpfe (wie z.B. Air France 1993) und Streikbewegungen (wie die der Fernfahrer 1992 und im öffentlichen Dienst 1988) ging in den letzten Jahren zwar zurück, so daß sich hier oft spontane Basisorganisationen herausbildeten, die den Widerstand trugen (wie die neue und explizit basisorientierte Gewerkschaft SUD). Dennoch schienen sich nun die Gewerkschaften auf der nationalen Ebene darauf zu konzentrieren, den Widerstand logistisch zu unterstützen und Kohärenz in die sozialen Auseinandersetzungen zu bringen.

Die Streiks 1995 waren also bereits in einen Kontext wachsender sozialer Auseinandersetzungen eingebettet. Die fünf Themen, die nach Pierre Mathiot (1994, 105) für die Zeit von April 1993 bis April 1994 im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen - Arbeit, Bildung und Ausbildung, öffentlicher Dienst, Asylrecht und Wohnungsnot - bildeten bis auf die Asyldebatte, die erst 1996 noch einmal aufflammte, auch das Amalgam der sozialen Auseinandersetzungen im Dezember 1995.

Den Auftakt der angekündigten "drakonischen Maßnahmen" (Chirac), durch die der Haushalt konsolidiert werden sollte, bildete der Lohnstop im öffentlichen Dienst. 2,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes legten daraufhin am 10. Oktober für einen Tag die Arbeit nieder. Ende Oktober riefen die Gewerkschaften bei den Eisenbahnen zum Streik auf, nachdem die Verhandlungen über Löhne und den "contrat de plan" gescheitert waren. Der Rationalisierungsplan, den die Regierung mit der Direktion des SNCF vereinbarte, sah unter anderem vor, bis zu 8.000 Stellen jährlich abzubauen und unrentable Strecken stillzulegen. 16 Prozent der Beschäftigten und über die Hälfte der Lokführer folgten dem Streikaufruf.

Schließlich präsentierte die Regierung Mitte November einen fertigen Entwurf zu einer umfassenden Reform der Sozialversicherungssysteme mit dem Ziel, das jährliche Defizit von 60 Milliarden auf 16,6 Milliarden FF in 1996 zu senken, um damit den

⁴⁷ Vgl. auch die Chronik der sozialen Bewegungen in Mathiot 1994, 111ff.

französischen Haushalt zu entlasten (vgl. Bensaid 1996, 112). Der Kern des Reformplans, der ohne vorherige Konsultation der Gewerkschaften oder der parlamentarischen Opposition verlesen wurde, war die "Steuer zur Rückführung des Defizits der Sozialversicherung (RDS)", die vorsahen - abgesehen vom Mindesteinkommen (RMI) -, sämtliche Einkommen für die Dauer von 13 Jahren mit 0,5 Prozent zu belasten. Außerdem sollte das Parlament jährlich ein Gesetz zur Finanzierung der Sozialversicherung verabschieden. Die parlamentarische Kontrolle wurde dadurch aufgewertet und die Selbstverwaltung der Kassen, die bisher von den Gewerkschaften übernommen wurde, deutlich eingeschränkt. Im Bereich der Krankenkasse war geplant, die unterschiedlichen Leistungs- und Beitragssätze anzugleichen und die Ausgaben von Krankenhäusern und weiteren medizinischen Einrichtungen an die Preissteigerungsrate zu binden. Als unmittelbar wirksame Sparmaßnahmen sollten die Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten von 59 FF auf 70 FF pro Tag angehoben, das Kindergeld eingefroren, Familienbeihilfen einkommensabhängig gezahlt und die Krankenkassenbeiträge von Rentnern und Arbeitslosen um 1,2 Prozentpunkte angehoben werden (vgl. Neumann 1996, 9).

Zwar ging die Regierung auch bei dieser Reform nach dem Prinzip vor, die privaten Haushalte zu belasten und das Kapital zu entlasten, doch insgesamt hielten sich die Leistungskürzungen in Grenzen. Juppé rechtfertigte seinen Plan mit dem Verweis auf die Maastrichter Konvergenzkriterien. Denn der französische Haushalt konnte kurzfristig nicht konsolidiert werden, ohne daß die Defizite der Sozialversicherung und des SNCF abgebaut wurden (vgl. Höhne 1996, 108). "So sind es eher die Ankündigung neuer Abgaben schlechthin und ihre Begründung mit den durch die Maastricht-Auflagen gegebenen allgemeinen Sparzwängen, die den 'Plan Juppé' als unpopulär erscheinen lassen, sprich: die explizite Unterordnung einer sozialisierten nationalen Institution (der 'sécurité sociale') gegenüber den marktliberalen Imperativen des europäischen Einigungsprozesses" (Bode 1996, 147). Ähnlich wurde auch der Versuch der Regierung gewertet, die Rentenversicherungssysteme des öffentlichen Dienstes und insbesondere die Sonderregimes bei den französischen Eisenbahnen an die Regelungen im privaten Sektor anzupassen.⁴⁸ Diese Pläne standen stellvertretend für die zahlreichen Deregulierungen im Bereich des öffentlichen Dienstes seit Anfang der neunziger Jahre. Auch hier waren es eher die "symbolischen Dimensionen, als die materielle Substanz, die den kollektiven Unmut erzeugt(en)" (Bode 1996, 147).

Gleichzeitig begannen Anfang November Studierende und Lehrpersonal mit Vorlesungsboykotten, Universitätsbesetzungen und (z.T. gewalttätigen) Demonstrationen, auf die katastrophalen Zustände an den Universitäten hinzuweisen. Am 21. Novem-

⁴⁸ Als "telegene" Beispiele für "Privilegierte" im öffentlichen Dienst galten in der deutschen Berichterstattung die französischen Lokführer, die bereits im Alter von 50 Jahren in Rente gehen können. Selten wurde allerdings erwähnt, daß diese Personengruppe eine Lebenserwartung hat, die 10 Jahre unter dem Durchschnitt liegt (vgl. auch Bensaid 1996, 110).

ber demonstrierten über 160.000 Studierende. Sie konnten auch die ersten Erfolge der Protestbewegung erzielen. Erziehungsminister Bayrou versprach 4.000 neue Stellen zu schaffen sowie 369 Millionen Francs für zusätzliche Sachmittel und zwei Milliarden Francs für die Renovierung der Universitäten zur Verfügung zu stellen.

Am 24. November kam es zu den ersten großen Streiks. Insgesamt 500.000 Menschen - vor allem Angestellte des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Versorgungsunternehmen - beteiligten sich in ganz Frankreich an den Protestaktionen. Die Regierung versuchte, die soziale Krise auf ein "Kommunikationsdefizit" zu reduzieren⁴⁹ und hoffte, über den bisher vermißten Dialog die Auseinandersetzungen beenden zu können. Dennoch weiteten sich die Streiks Anfang Dezember aus. Die Angestellten der Eisenbahnen, zahlreiche Lehrer und Teile der EDF/GDF-Beschäftigten wurden von Fluglotsen und Druckern unterstützt. In der Lorraine kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen streikenden Bergarbeitern und der Polizei. Die Streikbeteiligung im öffentlichen Dienst lag zeitweise bei 30 Prozent. Am 10. Dezember nahm Juppé die Rentenreform zurück, bestätigte das Rentenalter in den speziellen Rentensystemen und verschob die Sanierung der französischen Eisenbahnen auf unbestimmte Zeit. Der Auftrag des öffentlichen Dienstes sollte nun in der Verfassung festgeschrieben werden, und eine Kommission sollte Vorschläge für eine Zukunft des öffentlichen Dienstes in Frankreich und Europa erarbeiten. Dennoch demonstrierten in einer landesweiten Protestaktion am 12. Dezember noch einmal über eine Million Menschen gegen die Sozialpolitik der Regierung. Das Parlament verabschiedete den "Plan Juppé" in erster Lesung mit geringen Modifikationen. Der am 21. Dezember einberufene Sozialgipfel, an dem Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften teilnahmen, brachte keine konkreten Ergebnisse.⁵⁰ Zu dieser Zeit waren die Streiks bis auf wenige Regionen - insbesondere Marseille - bereits beendet. Ende Dezember begann die Regierung den Reformplan per Dekret umzusetzen (vgl. Baretts 1997; Höhne 1996).⁵¹

⁴⁹ Juppé veröffentlichte in 61 Tageszeitungen Beilagen über die Reform der Sozialversicherung, um der französischen Bevölkerung das Reformvorhaben näherzubringen. Nicht ohne Häme kommentierte der Economist diesen gescheiterten Versuch Juppés: ...the *événements* in France (...) make the country look like a banana republic in which an isolated government is battling to impose IMF austerity on a hostile population" (Economist, December 9th, 1995, 11).

⁵⁰ Die Arbeitgeber haben nur unter der Bedingung teilgenommen, daß *nicht* über Löhne und Arbeitszeitverkürzung verhandelt wird (vgl. Rehfeldt 1996, 83).

⁵¹ Die Rolle der Gewerkschaften und das Verhältnis der Gewerkschaften untereinander während der Streiks kann hier nicht weiter beleuchtet werden (vgl. dazu Bode 1996; Caillé/Le Goff 1996; Steinhilber 1996).

8.2.1 Der Konflikt der Interpretationen⁵²

Wie alle großen Bewegungen provozierten auch die "Dezemberstreiks" zahlreiche Kommentare, die sowohl die gesellschaftliche Reichweite der Proteste, die politischen Inhalte und die Perspektiven unterschiedlich bewerteten (zur Übersicht vgl. Touraine et al. 1996, Caillé/Le Goff 1996; Vacquin/Minvielle 1996; Groux 1997; Steinhilber 1996). Begriffe wie "Rebellion", "Elektroschock", "kollektive Enttäuschung à la française", "Streik" und "aristokratische Abwehrkämpfe", die die Ereignisse zu erfassen versuchten, illustrieren, wie verschieden die Reaktionen auf die größte Bewegung in Frankreich seit 1968 waren (vgl. Join-Lambert 1996, 16f).

Trotz der Fülle der Interpretationen können dennoch zwei grundsätzliche Lesarten unterschieden werden, die die Konflikte um den Verlauf und die Art und Weise der Modernisierung Frankreichs widerspiegeln. Das beharrliche Schweigen der politischen Klasse - insbesondere auch der linken Parteien - zu den Streiks schaffte Raum für eine breite Debatte französischer Intellektueller. Zwei unterschiedliche Aufrufe, die letztlich die "Spaltung der französischen Intellektuellen" (Le Monde) dokumentierten, zeugten von dieser Neupositionierung der Intellektuellen im Zuge der Streiks.⁵³

a) Die Position der linken Modernisierer

Der erste Aufruf ging auf eine Initiative der linkskatholischen Zeitschrift "Esprit" und der Fondation "Saint-Simon" zurück, deren Unterzeichner sich selbst als "linke Experten" bezeichneten (vgl. Pour une réforme de fond de la sécurité sociale 1995). Die dort versammelte "deuxième gauche" - unter ihnen der Soziologe Alain Touraine, der Philosoph Paul Ricoeur, Jacques Delors, Pierre Rosanvallon sowie der Ökonom Jean Paul Fitoussi, priesen die Reform Juppés als grundsätzlich richtigen Schritt zur weiteren Modernisierung Frankreichs. Die Unterstützer ergriffen Partei für die Gewerkschaft CFDT und besonders für deren Vorsitzende Nicole Notat, die die Streiks trotz der großen Beteiligung ihrer Basis nicht mittrug: "En prenant clairement parti en faveur d'un plan de réforme qui s'engage dans la mise en place d'un régime universel d'assurance maladie financé par l'ensemble des revenus, la CFDT a fait preuve de courage et indépendance d'esprit". Im Großen und Ganzen unterstützte der Aufruf "une réforme de fond qui va dans le sens de la justice sociale" (Pour une réforme de fond de la sécurité sociale, 1995).

⁵² Eine ausführliche Darstellung der Positionen der französischen Intellektuellen bieten G. Wormser: Crise et médiation - les intellectuels dans le mouvement de décembre 1995, in: cfdt-aujourd'hui, 119, 1996, 70-84; Dossier von French Politics and Society, Vol. 14, Nr. 1, 1996 und ein von Bourdieu-Mitarbeitern verfaßtes Buch: J. Duval et al.: Le "décembre" des intellectuels français, Paris, 1998 sowie die ausführliche Bibliographie in CGT 1997, 91f.

⁵³ Nur Cornelius Castoriadis distanzierte sich von beiden Petitionen: Er unterschrieb weder den "unterstützenden Affirmatismus" für den Plan Juppé noch den Aufruf der "archaischen republikanischen Linken" à la Bourdieu (vgl. Castoriadis 1995)

Diese Strömung sah deshalb in den Kämpfen bestenfalls ein folkloristisches Element der französischen Gesellschaft, zumeist aber "aristokratische Abwehrkämpfe", in denen es letztlich um die Verteidigung bornierter Gruppeninteressen ging - weit entfernt vom universellen und generellen Charakter einer sozialen Bewegung (vgl. Perrineau/Wieviorka 1996, 323; Kowalsky 1996). Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hätten ihre "Festung der Sonderinteressen" nicht durchbrochen. Statt dessen mißbrauchten sie ihre monopolistische Kontrolle des Infrastrukturnetzes dazu, ihre ungerechtfertigten Privilegien zu verteidigen - vor allem auf Kosten der tatsächlich Unterprivilegierten. "Von rhetorischen Pflichtübungen abgesehen, wurde zu keinem Zeitpunkt versucht, die Erwartungen der Ausgeschlossenen, der Arbeitslosen, der Studenten oder der Bewohner der Abschiebeviertel (...) aufzugreifen oder anzusprechen" (Perrineau/Wieviorka 1996, 320). Die Bewegung hätte deshalb auch die zentralen Probleme der französischen Gesellschaft verfehlt (terroristische Bedrohung, Urbanisierung, Exklusion, etc.) (vgl. Pour une réforme de fond de la sécurité sociale, 1995).

Die ohnehin bereits privilegierten Beschäftigten im öffentlichen Dienst streikten demnach für ein Beschäftigungsstatut, das nur noch nostalgischen Wert habe und auf dem privaten Sektor längst dereguliert sei. Der defensive Charakter der Streiks führte allenfalls zu Antworten, die einer anderen Epoche angehörten. Die Streiks 1995 waren nach dieser Auffassung antimodernistisch und im Kern konservativ (vgl. Höhn 1996; Furet 1997, 35). Indem sie sich gegen das Unvermeidliche wehrten - die Globalisierung der Weltmärkte und die Deregulierung nationaler Institutionen wie Sozialversicherung und öffentlichem Dienst - seien sie ein Hindernis auf dem Weg der notwendigen Modernisierung.

Die Anhänger dieser Position sahen in der Protestwelle über die korporatistischen Verengungen hinaus auch nationalistische Tendenzen. Daß die Ursachen für die Probleme der französischen Gesellschaft vor allem im europäischen Integrationsprozeß gesucht würden, führe zu einem Rückzug auf das "Nationale". Schließlich wären die Träger des Protestes die gleichen sozialen Gruppen gewesen, die bereits gegen den Maastrichter Vertrag gestimmt hätten. "Zu keinem Zeitpunkt hat die Bewegung ernsthaft in Betracht gezogen, daß es möglich sei, die Öffnung nach Europa, die Teilnahme an der Weltwirtschaft und die Verantwortung für die Interessen der Arbeiter gedanklich zu verbinden. Insgesamt hätte es die Streikbewegung vorgezogen, ihre Logik nationaler Selbstfindung einer Logik der Öffnung entgegenzusetzen, statt sich um deren Verbindung zu bemühen." Sie entschied sich "...für den Pfad des Rückzugs auf die nationale Identität, den andere Kräfte in anderen politischen Situationen bereits exploriert haben" (Perrineau/Wieviorka 1996, 323). Für André Glucksmann war es somit der "reaktionärste Arbeitskampf" der letzten Jahre.

Richtig ist, daß sich die eigentlichen Streikaktivitäten auf den öffentlichen Dienst und dort besonders auf die Eisenbahn und den Nahverkehr konzentrierten. Der Versuch,

die Streiks auf den privaten Sektor auszudehnen, schlug größtenteils fehl. Die Beteiligung der Beschäftigten im privaten Sektor beschränkte sich auf die Kundgebungen. Die Gründe für diesen "Stellvertreterstreik" lagen zum einen darin, daß die Rentenreform unter Balladur bereits im privaten Sektor durchgeführt worden war. Zum anderen haben die Gewerkschaften ihre letzten Bastionen im öffentlichen Dienst, während auf dem privaten Sektor die strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen zunehmend schwächer werden und der Streik zu einem individuellen Gefährdungspotential für den eigenen Arbeitsplatz wird. Auch die Streikergebnisse spiegelten letztlich "nur" sektorielle Erfolge wider. Der Plan zur Reform der Sozialversicherungen blieb in seinem Kern bestehen.

"Zwei Dinge indes passen nicht so recht ins Bild: zum einen die Tatsache, daß sich während der Ereignisse ein neuer linker Intellektuellenzirkel formiert, der die Bewegung als richtungsweisend interpretiert (...) und zum zweiten der Umstand, daß jene Klientel, die in den Arbeitskonflikten zur Verteidigung ihrer Gruppeninteressen antreten, sukzessive zu Symbolen des Widerstands gegen die Schwächung gemeinwohlorientierter Institutionen werden..." (Bode 1996, 133). Der Großteil der französischen Bevölkerung brachte den Streiks seine Sympathie entgegen und beteiligte sich massiv an den Kundgebungen. Besonders stark waren die Proteste in den mittelgroßen Städten, wo teilweise über ein Drittel der Einwohner auf die Straße ging (vgl. Bensaid 1996, 112). Neben den Gewerkschaften mobilisierten auch die Studentengewerkschaften, die Frauenverbände⁵⁴ und die Anti-Rassismus-Organisationen. Dies legt den Schluß nahe, daß in den sozialen Auseinandersetzungen neben den sektoriellen Konflikten auch ein grundsätzlicher Konflikt über zehn Jahre erfolglose Austeritätspolitik ausgetragen wurde.

b) Die Unterstützer

An diesem Punkt setzte der "Aufruf zur Unterstützung der Streikenden" an (vgl. Appel des intellectuels en soutien aux grévistes, 1995), der maßgeblich von dem Soziologen Pierre Bourdieu verfaßt wurde. Die Unterzeichner - unter ihnen Pierre Vidal-Naquet, Etienne Balibar und Gilles Perrault - unterstützten ausdrücklich die Streiks und erkannten in ihnen eine berechtigte Kritik an der fatalistischen Alternative, die im Zeichen der Globalisierung zum Dogma erhoben wurde: "Liberalismus oder Barbarei". "Nous nous reconnaissons pleinement dans ce mouvement qui n'a rien d'une défense des intérêts particuliers et moins encore des privilèges mais qui est en fait une défenses des acquis les plus universels de la République (...) Le mouvement actuel pose la question de savoir dans quelle société nous voulons vivre" (Appel des intellectuels en soutien aux grévistes, 1995). In seiner Rede vor Streikenden im Gare de Lyon in Paris wies Bourdieu auf die ersten Formen einer kollektiven Anstrengung

⁵⁴ Am 25. November gingen über 30.000 Frauen und Männer in Paris auf die Straße, um für die Rechte der Frauen zu demonstrieren.

hin, die "Sachzwänge, insbesondere die ökonomischen, zu erfassen (was die Aufgabe der Fachleute sein kann), sie aber auch zu bekämpfen und, wenn nötig unwirksam zu machen" (Bourdieu 1996, 178). Die Streiks waren somit eine konstruktive Kritik an der propagierten schicksalhaften Notwendigkeit, daß die soziale Integration der monetaristischen Logik geopfert werden müßte. Die Verquickung der Bewegung mit dem Populismusvorwurf "liegt auch der konservativen Kritik aller Kritik an dem Europa von Maastricht zu Grunde. In allen Fällen handelt es sich darum, die Möglichkeit einer Kritik von links an einer reaktionären Wirtschafts- und Sozialpolitik auszuschließen, die sich hinter einer liberalen, ja libertären Sprache ('Flexibilität', 'Deregulierung', usf.) versteckt. Wobei sie uns mit dem Mythos der 'Globalisierung' diese aufgezwungene Freiheit als unabwendbares Schicksal präsentiert" (Bourdieu 1997a, 2). Die Streikenden ergriffen Partei in einem Konflikt zwischen der Ökonomie (die durch die Regierung verkörpert wird) und der Politik, der die Bevölkerung wieder zu ihrem Recht verhelfen will (vgl. Redeker 1996; Vakaloulis 1996).

Ging es also zunächst um die (berechtigte) Angst vieler abhängig Beschäftigter, daß der öffentliche Dienst als letzte Insel einer geschützten Beschäftigung - auch infolge der Brüsseler Vorgaben zur Deregulierung von Staatsbetrieben - aufgegeben wurde, so entwickelte sich gleichzeitig auch ein Bewußtsein, solidarische Institutionen zu verteidigen, die in der französischen Tradition für Universalismus und Gleichheit stehen (vgl. Appel des intellectuels en soutien aux grévistes, 1995). Die Protestbewegung überwand sukzessive ihre korporativen Anfänge und mündete schließlich in einen breiten Widerstand gegen ein neoliberales Projekt, dessen gesellschaftliche Verwerfungen immer deutlicher zu Tage traten, während die propagierten positiven gesamtgesellschaftlichen Effekte ausblieben. Der Vorwurf, die Streikenden hätten nur ihre (sozialstaatlichen) "Privilegien" verteidigt, entlarvte einmal mehr das Projekt der politischen Eliten, die an einem radikalen Abbau des Sozialstaats festhielten: "Wer verfele im Ernst auf den Gedanken, die Verteidigung der kulturellen Errungenschaften der Menschheit - Kant oder Hegel, Mozart oder Beethoven - als Konservatismus zu verurteilen? Die sozialen Errungenschaften, von denen ich spreche, soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit usw., für die Männer und Frauen gekämpft und gelitten haben, sind ebenso große und kostbare Errungenschaften wie die philosophischen Werke, die in Bibliotheken und Schulen, oder die musikalischen Werke, die in Konservatorien und Konzertsälen mit religiöser Ehrfurcht bewahrt und gepflegt werden. Nur daß sie, anders als diese, nicht nur in Museen und Akademien fortleben, sondern im Leben der Menschen lebendig und wirksam sind und deren alltägliches Dasein bestimmen" (Bourdieu 1997c, 11f)

8.2.2 Die Streiks und die Europäische Integration

Angesichts der "Multiplizität der Krisen" (Vacquin/Minvielle 1996, 177) - Krise der Arbeit, Krise der Universität, Krise der Eliten sowie die Verhandlungskrise - ist der Einfluß der Europäischen Integration auf die Konflikte nur schwer zu bestimmen.

Entgegen der offiziellen Rhetorik während der Streiks betonte die ausländische - insbesondere die deutsche - Presse sehr wohl die Verbindung zwischen der Europäischen Integration und den sozialen Auseinandersetzungen. Das „Handelsblatt“ befürchtete, daß sich die Konflikte ausweiteten und nicht mehr nur der Kalender der WWU im Zentrum der Kritik steht, sondern die WWU überhaupt. Die „FAZ“ prophezeite Europa eine unruhige Zukunft und der Independent wies explizit darauf hin, daß die sozialen Auseinandersetzungen der Preis seien, der für Maastricht gezahlt werden müßte (vgl. jeweils die Ausgabe vom 5. Dezember 1995). Auch „Die Zeit“ (11. Dezember) sah in den Reformplänen Juppés den Versuch, die fixierten Kriterien zu erfüllen. Wenn Frankreich nicht in der Lage sei, diese Krise zu lösen, dann werde eine Teilnahme an der WWU illusorisch. Eine gemeinsame Währung ohne Frankreich sei aber ebenfalls nicht vorstellbar (vgl. Gougeon 1996, 46f).

Die Zusammenhänge lassen sich auch hier nicht auf eine simple Kausalität zurückführen. Auf der einen Seite wäre es eine verkürzte Analyse, eine direkte Verbindung zwischen den Maastrichter Kriterien und dem Sozialversicherungsdefizit, den Rentenkürzungen und den Deregulierungen im öffentlichen Dienst herzustellen, ohne die strukturellen Probleme in Betracht zu ziehen, denen Frankreich auch ohne die Europäische Integration unterworfen war. Doch steht das Projekt der Europäischen Integration auf der anderen Seite bisher ganz unter dem Einfluß einer Deregulierungspolitik, deren Kern drei Bereiche umfaßt (vgl. Bieling/Deppe 1996, 736), die gleichzeitig auch die politischen Felder umreißen, auf denen die sozialen Kämpfe ausgetragen wurden:

Die Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs ist eng mit der Frage nach einer nationalen Wachstumspolitik verknüpft. Die Verteidigung des öffentlichen Dienstes gegenüber den Brüsseler Vorgaben zur Privatisierung von Staatsbetrieben stand im Zentrum der Auseinandersetzungen. Schließlich stellten die Streikenden, angesichts der disziplinierenden Konvergenzkriterien, den Bedürfnissen der Märkte ihre eigenen Bedürfnisse nach sozialem Schutz, Arbeit und Bildung entgegen. Die Forderungen der Mehrheit der französischen Bevölkerung führten unweigerlich " ...to a reassessment of the way Europe is being constructed, all the way from the Single Act to the single currency" (Bensaid 1996, 113). Zwar ist es richtig, daß der Haushalt des französischen Staates und des öffentlichen Sektors auch ohne die Maastrichter Zwänge hätte saniert werden müssen. Doch die Konvergenzverpflichtungen diktierten einen Zeitplan, der eine sozialverträgliche Ausgestaltung nicht möglich machte.

Die politischen Reaktionen während der Streiks und kurz danach zeigten, daß die Europäische Integration den Rahmen bildete, in dem die sozialen Kämpfe ausgetragen wurden, wie auch immer ihr lokaler oder sektorieller Entstehungsgrund war. Auf einem deutsch-französischen Treffen in Baden-Baden am siebten Dezember betonte Chirac noch einmal die Notwendigkeit, die Haushaltsausgaben zu reduzieren. Damit reagierte er auf einen Bericht der europäischen Kommission, der Bedenken darüber äußerte, ob Frankreich angesichts der sozialen Krise in der Lage sei,

die notwendigen Reformen durchzuführen. Während Chirac die europäischen Partner von der Verlässlichkeit Frankreichs zu überzeugen versuchte, nahmen die innenpolitischen Debatten auch innerhalb der Regierungsfraktion wieder zu. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen am 13. Dezember fand in der Nationalversammlung eine Debatte über die französische Europapolitik statt. Wie bereits bei der Beurteilung der Streiks, als sich der gaullistische Parlamentspräsident Séguin demonstrativ mit Streikenden traf, wurde innerhalb der Regierung auch der Einfluß der Europäischen Integration unterschiedlich bewertet. Außenminister Charette erklärte: "...la grève dans des services publics devient, pour certains responsables et commentateurs politiques, un débat pour ou contre Maastricht. C'est surréaliste! (...) On me dit: oui, mais c'est le traité de Maastricht qui impose le calendrier! C'est faux. En réalité, c'est à la France de savoir ce qu'elle veut: s'adapter au monde moderne ou se replier sur elle-même?" (Compte rendu analytique officiel, zit n. Gougeon 1996, 52f). Dagegen interpretierte ein Sprecher des RPR die Streiks als "Spannungen" infolge der Konvergenzkriterien, deren erste Auswirkungen nun zu spüren seien.

Durch zwei europapolitische Vorstöße versuchte Chirac auf die innenpolitischen Konflikte zu reagieren. Mit der deutsch-französischen Initiative zur Wiederbelebung der Wirtschaft ab Februar 1996 verfolgte Frankreich eine konzertierte wirtschaftspolitische Aktion, die die Konjunktur in Europa ankurbeln sollte. Doch selbst auf der symbolischen Politikebene blieb dieser Versuch erfolglos, da Deutschland und Frankreich wirtschaftspolitisch konträre Positionen vertraten. Frankreich legte ein kurzfristiges Konjunkturprogramm auf, um der Anti-Maastricht-Stimmung nach den kaum beendeten Streiks entgegenzuwirken. Es konzentrierte sich darauf, über Steuervorteile für Investitionen und eine generelle Zinssenkung für Konsumkredite den Binnenkonsum anzukurbeln. Deutschland faßte dagegen lediglich seine ohnehin geplanten Vorhaben (wie z.B. die große Steuerreform) zusammen. Das "Programm für Investitionen und Beschäftigung" legte seinen Schwerpunkt auf die Angebotsseite und auf die Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen. Steuersenkungen, eine Einkommenssteuerreform für 1998, die Senkung der Sozialabgaben für Unternehmen und die Reduzierung der Arbeitslosenbezüge waren die wichtigsten Elemente. Von einer substantiellen wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der beiden Länder konnte also keine Rede sein und die konjunkturpolitischen Effekte blieben aus (vgl. Ambassade de France 1996).

Mit einem "Memorandum für ein europäisches Sozialmodell" (vgl. Ambassade de France, 1996) nahm der Präsident einen neuen Anlauf.⁵⁵ Die Vorschläge lasen sich vor dem Hintergrund des wirtschaftspolitischen "Umschwungs" im Oktober 1995, der sozialen Auseinandersetzungen im Winter 95/96 und der andauernden Europadiskussionen innerhalb der Gaullisten ebenfalls sehr disparat. Die französische Regierung wollte sowohl die der weiteren Integration skeptisch gegenüberstehenden

⁵⁵ Vgl. hierzu auch die ausführliche Berichterstattung in Libération vom 25. März 1996.

Altgaullisten beruhigen, gleichzeitig die europäischen Partner von der "Eurostandhaftigkeit" Frankreichs überzeugen und schließlich innenpolitisch mit einem Appendix zu einem sozialen Europa den wachsenden Unmut in der französischen Bevölkerung über die Integration auffangen.

Neben einem klaren Bekenntnis zur einheitlichen Währung schlug Chirac einen Mittelweg zwischen "Föderalismus" und "reiner Freihandelszone" vor, auf dem sich das große "politische Projekt für Europa" seinen Weg bahnen sollte. Zwischen den englischen "Minimalisten" und den föderalen Deutschen sah er die Zukunft in einem Konzept der "pooling sovereignty" auf möglichst vielen Politikfeldern. Besonders in der Außen- und Verteidigungspolitik sollte das Prinzip der "variablen Geometrie" Anwendung finden. Das Mehrheitswahlrecht innerhalb des Rates sollte ausgedehnt werden und im Gegensatz zu früheren Äußerungen von französischer Seite sollten die Kompetenzen der Kommission bezüglich ihrer Initiativen, Repräsentation und Ausführung erhalten bleiben.

Ein Drittel des Papiers war der Vision von einem "sozialen Europa" gewidmet.⁵⁶ Chirac befürchtete eine Legitimationskrise des europäischen Einigungsprozesses, "wenn Europa ein abstraktes Gebilde wird oder nur den Weg der Wirtschaft und der Währung beschreitet". Deshalb müsse "Europa wieder zu den Europäern finden" und ein "Synonym für sozialen Fortschritt" werden (Ambassade de France 1996, 1). Denn das europäische Sozialmodell, das Europa von anderen Kontinenten unterscheidet, ist gleichzeitig ein wichtiger Standortfaktor Europas, da es der Garant eines Mindestmaßes an sozialer Kohäsion ist und damit die Grundlage für den ökonomischen und zivilisatorischen Fortschritt legt. Dieses Politikmodell muß deshalb auch durch die Europäische Integration verteidigt werden. Europa sollte, so Chirac, im Rahmen einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik über eine generelle Arbeitszeitverkürzung und eine Teilzeitorientierung regulierend in die Arbeitsmärkte eingreifen. Weiter sollte über eine erweiterte Zusammenarbeit im Bereich der Sozialpolitik Sozialdumping bekämpft und das Sozialprotokoll in den Maastrichter Vertrag aufgenommen werden. Institutionelle Veränderungen forderte Chirac im Bereich des sozialen Dialogs - bis hin zu europäischen Tarifverhandlungen.

Das Memorandum und der Vorstoß zu einer deutsch-französischen "Wachstumsinitiative" waren zwar erste Versuche der französischen Regierung, sich aus dem Dilemma der doppelten Legitimationskrise zu befreien, die sich in der tiefen Vertrauenskrise der französischen Bevölkerung gegenüber ihren Eliten und dem wachsenden "Europessimismus" artikulierte. Das offizielle Elysée-Papier zur Regierungskonferenz 1996 zeigte jedoch deutlich, daß beide Initiativen nur symbolische europapolitische Versuche waren, um von den innenpolitischen Debatten ab-

⁵⁶ "Depuis dix mois, j'ai rencontré dirigeants politiques, chefs d'entreprises, syndicalistes, responsables sociaux culturels, pour connaître leur vision de l'Europe. Je me suis entretenu avec chacun de nos partenaires des quinze. De ces conversations, je retiens une idée force: il est temps de définir un véritable modèle social européen (Chirac, in: Libération vom 25. März 1996).

zulenken. In die vorrangigen Ziele Frankreichs für die Regierungskonferenz (bessere Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, Mitwirkung der nationalen Parlamente am Aufbau Europas, effizientere Institutionen, Ausbau der Zusammenarbeit bei der Außen- und Sicherheitspolitik sowie bei Justiz und innerer Sicherheit) fand die Beschäftigungs- und Sozialpolitik keinen Eingang. So hieß es dann auch lapidar im letzten Satz des Papiers: "L'Europe est aujourd'hui perçue comme trop éloignée des attentes quotidiennes des Européens. Elle doit apporter des réponses à leurs principales préoccupations: l'emploi, la paix, l'environnement et la sécurité" (Les orientations de la France pour la CIG, in: Le Figaro, 20.2.1996; vgl. Huard 1996; Menon 1996).

Sowohl die europapolitischen Aktivitäten des französischen Präsidenten, die Rezeption der Streiks durch die Presse als auch die Interpretationen der Streikenden selbst machen deutlich, daß eine Verbindung zwischen dem herrschenden Integrationspfad und den sozialen Konflikten erkannt wurde. Diese war zwar diffus, dennoch setzte ein Großteil der Bevölkerung die (französische) Europapolitik immer expliziter zur eigenen materiellen und sozialen Situation in Beziehung (vgl. Berger 1996, 25f). "Zum Zeitpunkt der Maastricht-Abstimmung wurde vom Gegensatz zwischen Eliten und 'kleinen Leuten' gesprochen, jetzt spricht man vom 'peuple', vom 'Volk' (...). 50% der Bevölkerung waren gegen Maastricht, den Eliten wurde mißtraut. Zur Zeit schließen sich die Mittelschichten - sozusagen der Rest der Gesellschaft - diesem Mißtrauen gegen die Eliten an. Die Eliten bilden mittlerweile eine wirkliche Aristokratie (...). Der dritte Stand ist *alles*. Außer den paar zehntausend Personen die Frankreich regieren" (Todd 1996a, 176).

Die Europäische Integration wurde auch in den intellektuellen Diskursen wieder zu einem zentralen Thema. Anders als bei den Debatten im Vorfeld des Referendums wurde nun allerdings der europäische Einigungsprozeß nicht nur für die soziale Krise verantwortlich gemacht und im Gegensatz zum nationalen Entwicklungspfad gesehen. Ein Teil der Intellektuellen bezog Europa jetzt auch in die Alternativen zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung mit ein.

9 "Wer von Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen"⁵⁷ - die kritischen Europa-Interventionen der französischen Intellektuellen

Die französische Debatte über die Europäische Integration im Allgemeinen und die Wirtschaftspolitik im Besonderen ist schon lange keine Debatte mehr, die innerhalb eines kleinen Zirkels geführt wird. Unter breiter Beteiligung der Medien avancierte die Frage nach dem Verhältnis von französischer Politik und Europäischer Integration zu einem zentralen Gegenstand auch der Auseinandersetzungen unter den Intellektuellen. Hier können nur einige Repräsentanten, die sich *kritisch* zum herrschenden Integrationspfad äußerten, paradigmatisch herausgegriffen werden.⁵⁸ Trotz der Vielzahl der intellektuellen Interventionen lassen sich grob zwei Lager umreißen.

9.1 Fundamentale Europakritik

Diese Intellektuellen sehen einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der Europäischen Integration und der Konsolidierung der französischen Gesellschaft. Der Rückzug auf einen nationalen Entwicklungspfad - auf die "republikanische Nostalgie" – sei unumgänglich, damit sich Frankreich die nötigen Handlungsspielräume zurückerobert.

Einer der auffälligsten Kritiker ist Emmanuel *Todd*, dessen Theorie bereits an anderer Stelle knapp skizziert wurde (vgl. auch Todd 1995). Seine Argumente sind bei allen Maastricht-Gegnern in ähnlicher Form vorhanden. Sich selbst bezeichnet er als "fanatischen Maastricht-Gegner" (Le Point 4.1.1997) zwischen Séguin und Chevènement mit einer gewissen Zuneigung für die Kommunisten.

Todd macht zwei Strömungen innerhalb der französischen Gesellschaft aus. Das "bikulturelle" Frankreich weist in seinem Zentrum eine laizistisch-egalitäre Haltung auf, die sich auf die Revolutionserfahrungen zurückführen läßt. Vor allem an der Peripherie aber dominiert die katholisch-liberale autoritäre Kultur, die auch die Trägerin des Maastrichter Projektes ist. In den unterschiedlichen kulturellen Traditionen dieser Regionen sieht Todd nun auch die Ursache dafür, daß die französische Gesellschaft in der europäischen Frage gespalten ist.

Der Maastrichter Vertrag folge nicht zwingend einer ökonomischen Logik, sondern sei das Ergebnis einer Ideologie, die in den katholischen Regionen Frankreichs ihre Wurzeln finde. Das katholische Autoritätsverständnis, das nach Todd der Volkssou-

⁵⁷ Vgl. Chevènement 1997.

⁵⁸ Vgl. zur Kritik an den "Technikern des praktischen Wissens" (Sartre), die das neoliberale Denken verteidigen: S. Halimi: Les nouveaux chiens de garde, Paris, 1997; sowie P. Bourdieu: Über das Fernsehen, Frankfurt/M., 1998.

veränität feindlich gegenübersteht, findet sich in der gemeinsamen Währung wieder. Sie kreiert eine Art Pontifikat, das ebenfalls Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nimmt und an das auch "geglaubt" wird. Die Krise der Religion wird durch die Fixierung auf das Geld ausgeglichen. "On a peu l'impression - c'est une plaisanterie - que c'est gens qui croyaient en un dieu unique ont transféré leur rêve d'éternité porté sur la monnaie, qu'ils ont appelé monnaie unique" (Todd 1997a, 19).

Gleichzeitig konstatiert Todd, daß die Arbeiterklasse nicht in einer breiten Mittelschicht aufgegangen sei. Bis Anfang der neunziger Jahre schien es offensichtlich zu sein, daß von den Anpassungsleistungen der französischen Wirtschaft an den Weltmarkt und die Europäische Integration nur 20 Prozent der französischen Bevölkerung negativ betroffen waren und insbesondere die Mittelklasse prosperierte. "L'une de grosses illusions qu'on a pu avoir sur la globalisation, c'est de penser qu'elle n'allait peser que sur les gens et le travail faiblement qualifiés. Il est bien évident qu'en logique économique pure la pression doit remonter de bas en haut de la structure sociale et toucher d'abord le bas de la classe ouvrière, puis le gros de la classe ouvrière et enfin bien entendu, une bonne partie des classes moyennes" (Todd 1997a, 18). Nachdem sich im Referendum über den Maastrichter Vertrag bereits das "milieu populaire" von den Eliten getrennt hat, zeigten spätestens die Streiks 1995, daß nun auch die Mittelklasse und die Eliten unterschiedlichen sozialen Lagern angehörten. Der "Traum" einer pazifizierten Mittelklassengesellschaft platzte angesichts der wachsenden Ungleichheiten, und die "fracture sociale" führte zur "fracture politique". Die sozialen Auseinandersetzungen waren für Todd deshalb auch eine Revolte gegen den "wilden Liberalismus und gegen Maastricht" (vgl. Todd 1997a, 19).

Den politischen Eliten wirft Todd vor, daß sie nur noch imitieren. Sie imitieren die liberalen Kapitalmärkte der angelsächsischen Länder und die Geldpolitik der Bundesbank. Gleichzeitig können keine Reformen mehr umgesetzt werden, weil den Eliten mißtraut wird und die Bevölkerung in den Reformen keinen Sinn mehr entdeckt. In den Augen der Bevölkerung, so Todd, geben die politischen Eliten, die sich auf die Seite des Maastrichter Vertrages geschlagen haben, die Nation auf. Gerade die Nation stand aber bisher als letzter Garant für die soziale Kohäsion. Ein wachsender Teil in der Bevölkerung fühle sich von keiner der traditionellen Parteien mehr vertreten. Dieser Prozeß stärke deshalb den Front National (vgl. Todd 1996a).

Todd plädiert aus diesen Gründen für eine vollständige Vertagung des Währungsprojektes und für eine tiefe "ideologische Krise", in der die europäische Idee noch einmal grundsätzlich überdacht werden soll. Mit dem Europagedanken wurden Gefahren bekämpft, die es für Todd heute nicht mehr gibt. Die Ära der Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich sei beendet. Er schlägt die Rückkehr zu einem Europa der Nationen vor, wobei die drei großen Staaten - England, Frankreich und Deutschland - ihre Politik koordinieren sollten ("triple alliance"). Insbesondere Frankreich könne nicht ohne weiteres auf sein nationales Selbstverständnis verzichten, da

dieses bisher den republikanischen Zusammenhalt des Landes garantierte. Deutschland, das sich ethnisch definiert, kann, so Todd, hingegen darauf verzichten. Die Linke müsse diese Debatte inhaltlich und programmatisch mitbestimmen und sich ein Konzept der Nation wiederaneignen. Vor die Wahl gestellt, sich zwischen der Nation und Europa zu entscheiden - für Todd gibt es keine Versöhnung - entscheidet er sich für ersteres. Eine eigenständige Entwicklung der europäischen Nationen sei im übrigen nicht nur für Frankreich vorteilhaft, sondern auch im Interesse eines gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenlebens in ganz Europa: "In der Phase des allgemeinen Wirtschaftswachstums war das undisziplinierte Frankreich für die Deutschen der bessere Partner. Wir importierten deutsche Güter, ohne auf die Handelsstatistiken zu schauen. Das Tandem funktionierte bestens. Frankreich konnte die allzu große Rigidität Deutschlands etwas entspannen, und wenn die Franzosen ihren Francs-Kurs über Gebühr schleifen, die Inflation galoppieren ließen, rief sie die Bundesbank zur Ordnung. Man muß die Dinge mit einer gewissen Beweglichkeit sehen. Jede der beiden Volkswirtschaften soll sich so verhalten, wie sie es gewohnt ist und wie es ihr bekommt. So modernisieren und ergänzen sie sich am besten. Diese Komplementarität ist notwendig (...). Die deutschen Handelsbilanzüberschüsse waren so lange erträglich, als die Bilanzen der anderen Länder negativ ausfielen. Sie absorbierten diese Überschüsse. Wenn nun aber ein Land von der Größe Frankreichs gleiches will und weniger konsumiert, als es produziert, führt das auf europäischer Ebene zu einem Konsumdefizit. Dies erstickt die französische Binnenwirtschaft, hat darüber hinaus aber auch negative Auswirkungen auf Deutschland, das unter der französischen Rezession leidet. Trotz der günstigen Bevölkerungsstruktur nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Was zwischen unseren Ländern geschieht, ist ironisch und tragisch zugleich" (Todd 1996b).

Einen ähnlichen Ansatz vertreten der Schriftsteller und ehemalige Regierungssprecher Mitterrands Max *Gallo* sowie Paul *Thibaud*, der ehemalige Direktor der einflußreichen Zeitschrift "Esprit". Beide sind ebenfalls der Ansicht, daß sich in Europa zwei Politikmodelle unversöhnlich gegenüberstehen - "Europe contre Europe" so der Titel eines Buches von Gallo (1992).

Gallo bezieht sich in seiner Kritik auf das angelsächsische Politikmodell, das Europa als Vorbild dient. Dort wird, so Gallo, das Individuum betont und die marktwirtschaftliche Konkurrenz sowie der Kommunitarismus hochgehalten. Der Kommunitarismus, der auf eine Identitätsfindung in einer religiösen oder ethnischen Gemeinschaft hinausläuft, widerspricht aber dem republikanischen Modell Frankreichs. Dort steht statt des Individuums der Staatsbürger im Vordergrund, die pure Marktkonkurrenz wird durch staatliche Politik eingedämmt und dem Kommunitarismus durch das laizistische Prinzip vorgebeugt (vgl. Gallo 1992). Thibauds Kritik richtet sich explizit gegen Deutschland. Deutschland sei eine "Wirtschaftsnation", in der das Privatunternehmen im Mittelpunkt stehe und die Gesellschaft sich den ökonomischen Vorgaben anpassen müsse. In Frankreich dagegen - mit seinem öffentlichen Dienst und den

öffentlichen Unternehmen - wurden weite Teile der Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft bzw. der Nation gestellt. Deutschland setzte jedoch seinen Politikstil in Europa durch. Während der vergangenen Jahre ist über den europäischen Integrationsprozeß alles eliminiert worden, was Frankreich wichtig war. Das "Schäuble-Lamers-Papier", worin die beiden deutschen Politiker ein Kerneuropa vorschlugen, sei deshalb eine Falle. "Décrivant ces pathologies de l'eupéanisation, je vois combien mon discours est français et que le mémorandum allemand veut nous faire honte de cette nostalgie de grande politique en nous rappelant au réel: pendant que Jacques Delors séduisait les Français avec son Europe telle qu'elle devrait être, l'Europe effective avançait avec Britten-Bangemann dans un tout autre sens. Ce que je vois dernière le texte allemand, c'est la différence de position entre la France et l'Allemagne" (Thibaud 1996, 54).

Die Vorstellung eines deutsch-französischen Tandems innerhalb eines Kern-Europa-Konzeptes, so Thibaud, ist am deutschen Modell orientiert. In einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland wird Frankreich weiteren Gestaltungsspielraum insbesondere mit Blick auf die Währungsunion verlieren, während Deutschland sein altes Politikmodell einfach übertragen kann. "Les Allemands parlent d'Europe avec leurs préoccupations séculaires: La sécurité sur le continent et le marché mondiales pour leur industrie. L'europe politique est pour eux essentiellement une régulation, un moyen d'atténuer les passions nationalistes et les embardées populistes. Cette Europe ne remplirait que mieux son office dans un cadre atlantique maintenu" (Thibaud 1996, 65). Ähnliches vermutet Max Gallo, der es für wenig wahrscheinlich hält, daß sich ein vereintes Europa von den USA emanzipiert, da England und Deutschland den Bruch mit der NATO und den USA nicht zulassen und sich im Zweifel immer für die atlantische Achse entscheiden (vgl. Gallo 1992, 99; 1996b).

Die schwache politische Intensität des deutschen Modells, das einen bürokratischen Politikablauf favorisiert, ist nach den beiden Autoren letztlich auch dafür verantwortlich, daß Europa keinen politischen Begriff von sich selbst hat. Die "maschinelle Europäisierung", die das Kerneuropa-Konzept vorschlägt, ist Ausdruck dieser politischen Kultur. Statt eine "anti-europäische Hierarchie" unter den Nationen Europas und die "definitive Konsekration des anti-politischen Europas" einzuführen, schlägt Thibaud das Konzept einer "géometrie variable" vor. Es geht davon aus, daß in einzelnen Politikfeldern unterschiedliche Staaten die Integration vorantreiben wollen. Dieses Prinzip soll die Voraussetzung zu einem legitimierten Souveränitätstransfer schaffen. Statt der technokratischen Übertragung wird, so Thibaud, die politische Aktion aufgewertet, da die nationalen Regierungen und Parlamente darüber zu diskutieren hätten, welchem europäischen Projekt sie nun beitreten möchten. Im Gegensatz zu Thibaud, der der Streikbewegung nur wenig abgewinnen kann, beweist sie für Gallo "das Wiederaufleben der Vitalität der französischen Nation" und die berechnete Verbindung zwischen Patriotismus und sozialer Gerechtigkeit (vgl. Gallo 1996a, 321).

Die Ökonomen Alain *Cotta* und der Wirtschaftsnobelpreisträger Maurice *Allais* warnen - aus der ökonomischen Perspektive - ebenfalls vor einem Europa, das das deutsche Sozial- und Wirtschaftsmodell als Grundlage hat. Der grundsätzliche Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich, so *Cotta*, ist das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie. Während in Frankreich die Hierarchie traditionell durch den Staat als Exekutor der Politik angeführt wird, sei die Wirtschafts- und Währungsintegration durch den deutschen Politikstil gekennzeichnet, wodurch die Hierarchie genau umgekehrt werde (vgl. *Cotta* 1995, 187). Der signifikanteste Ausdruck ist die EZB, die sich keiner demokratisch legitimierten Institution mehr verantworten muß (vgl. *Cotta* 1991; *Cotta* 1992, 85). *Allais* richtet seine Kritik allgemeiner auf den Freihandel und die Europäische Integration als dem zentralen Projekt dieser liberalen Konzeption. Statt dessen muß innerhalb Europas die "Präferenz der Gemeinschaft" vor dem Welthandel gelten. Spezifische europäische Besonderheiten, wie z.B. die Landwirtschaft, sollen deshalb auch weiter durch den Protektionismus vor den zerstörerischen Kräften des Marktes geschützt werden (vgl. *Allais* 1994).

Zwar betont auch *Allais*, daß "Europa" nur werden kann, wenn es die Eigenheiten der Nationen berücksichtigt. Jedoch räumt er ein, daß eine von ihm angestrebte "humanistische und dezentralisierte Assoziation der Nationalstaaten" ohne ein Minimum an Supranationalität nicht funktionieren kann. Die wenigen fest umrissenen Aufgaben einer unabhängigen politischen Behörde sollen in einer Charta festgelegt werden. Diese Behörde, die auf einem Gemeinschaftsterritorium ähnlich dem Federal District Washington angesiedelt wäre, soll nicht nur durch das europäische Parlament kontrolliert werden, sondern auch durch einen neu zu bildenden Senat, der aus den Delegierten der nationalen Parlamente bestehen würde. *Cotta* plädiert allgemein dafür, daß Frankreich seine Politik nicht nur auf Europa konzentrieren darf, sondern seine Rolle in der Weltpolitik insbesondere gegenüber Asien bekräftigen muß. Dies würde eine europäische Zusammenarbeit in ausgewählten politischen Projekten nicht ausschließen. *Cotta* wendet sich allerdings gegen ein föderales Europa, wie er es in der WWU erkennt.

Er räumt seinen Vorschlägen, die sich - zumindest im Bereich der Wirtschaftspolitik - alle an den traditionellen französischen Politikmustern orientieren, auf europäischer Ebene jedoch wenig Chancen ein. Für eine Politik des "Neo-Colbertismus", d.h. einer Industriepolitik auf europäischer Ebene, in der der Staat zwar nicht mehr Produzent (durch Staatsunternehmen) ist, aber dennoch Organisator und Konsument, sieht er Deutschland als Hauptgegner. Der Ausbau des militärisch-technischen Komplexes auf europäischer Ebene, der zu einem privilegierten Ort der Forschung und Entwicklung entwickelt werden soll, könnte mit dem Aufbau einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft verbunden werden. Die gemeinsame Verteidigungspolitik jedoch wird am Veto Englands ebenso scheitern, wie sich bisher noch keine europäische Außenpolitik behaupten konnte (vgl. *Cotta* 1995, 194). Sollten die

europäischen Partner nicht in diese Politik eingebunden werden können⁵⁹ und die ausschließlich liberale Konstruktion einer Politik der gemeinsamen Projekte vorziehen, dann müsse sich Frankreich auf seine nationalstaatliche Politik konzentrieren.

Ähnlich wie Todd, Cotta und Allais fordert auch eine Gruppe von ca. 300 französischen Ökonomen, die politische Dimension in die Ökonomie zurückzuholen (vgl. Appel 1997, 7). Sie argumentiert aber im Gegensatz zu den drei anderen weniger mit dem Verweis auf die Besonderheiten der französischen Nation. Diese Ökonomen sind an der Schnittstelle zu den "kritischen Europäern" einzuordnen, die in Abschnitt 9.2 beschrieben werden.

Ihre Analyse geht davon aus, daß die einseitigen Konvergenzkriterien das Wachstum behindert und die Arbeitslosigkeit gefördert haben. Die Kriterien, die im Maastrichter Vertrag festgelegt wurden, sind nominelle bzw. relative Kriterien, die sich auf die Geld- und Finanzpolitik der Länder beziehen. Die Hypothese, daß diese Kriterien auch die Konvergenz der strukturellen und makroökonomischen Performance der Mitgliedsstaaten fördern, ging, so die Ökonomen, im negativen Sinne auf. In allen Ländern war ein signifikanter Rückgang des Wachstums sowie der Investitionen und ein starker Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Zwar wurden die Zinsen in Europa bereits gesenkt, aber die Ausgabenkürzungen der öffentlichen Haushalte und die wachsende Abgabenlast der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung führten zu einer weiter stagnierenden Binnennachfrage (vgl. Hoang-Ngoc 1997a, 5). Aus den letzten zehn Jahren europäischer Integration läßt sich eine Lektion ziehen: Konvergenz, die sich ausschließlich über Kostenreduzierung und Haushaltskürzungen vollzieht, geht langfristig auf Kosten der Beschäftigung. Ohne eine weitergefaßte Wirtschaftspolitik, die öffentliche Investitionen miteinschließt, lasse sich strukturelle Konvergenz nicht erreichen.

Ihr Ansatzpunkt beschränkt sich zunächst auf Frankreich. Sie schlagen eine weiter nicht ausgeführte Wachstumsinitiative vor, über die Beschäftigung insbesondere im Schulbereich, bei den Eisenbahnen und in den sozialen Bereichen geschaffen werden soll. Diese Maßnahmen sind freilich viel wirkungsvoller, wenn sie auf europäischer Ebene durch eine entsprechende Politik unterstützt werden. Letztlich läßt sich dies aber nicht innerhalb der Konvergenzkriterien verwirklichen. Deshalb plädieren die Ökonomen ebenfalls dafür, das Projekt der Währungsunion unter diesen Bedingungen nicht fortzuführen. Erst müssen in der europäischen Gemeinschaft gemeinsame Wachstumsprogramme aufgelegt werden, um dann später eine gemeinsame Währung auf der Grundlage anderer Kriterien⁶⁰ schaffen zu können (vgl. Hoang-Ngoc 1997a, 5). Diese muß dann als Chance begriffen werden, wieder zu einer glo-

⁵⁹ Um die Positionen Frankreichs durchzusetzen, schlägt Allais sogar vor, daß Frankreich die "Politik des leeren Stuhls" wieder aufgreifen soll.

⁶⁰ Zwei weitere Kriterien werden ergänzend vorgeschlagen. Das strukturelle Kriterium gibt die technologischen Standards und die Differenzen unter den Ländern an. Das zweite "reale" Kriterium gibt die makroökonomische Performance der Länder an (Wachstum, Arbeitslosigkeit, Produktivität, etc.)

balen ökonomischen Regulierung zu gelangen, in der die Beschäftigungspolitik oberste Priorität hat (vgl. Hoang-Ngoc 1997b, 18).

9.2 Kritische Europäer

Jean-Paul *Fitoussi*, der Präsident des Konjunkturforschungsinstituts OFCE, versucht, im Gegensatz zu den fundamentalen Maastricht-Kritikern, eine Lösung innerhalb des Maastrichter Vertrages zu finden. Er wendet sich generell gegen die von ihm so bezeichnete "neo-republikanische Nostalgie", die sich durch deficit-spending, eine "andere Politik" und den Bruch mit dem Maastrichter Vertrag auszeichnet.

Fitoussi, der eher dem konservativen Spektrum zuzuordnen ist, verteidigt die Stabilitätspolitik der achtziger Jahre. Sie wäre notwendig gewesen, um die Inflation einzudämmen und die Außenhandelsdefizite zurückzuführen. Diese Hindernisse für eine expansive Wirtschaftspolitik wurden allerdings bis Anfang der neunziger Jahre beseitigt. Die Inflationsrate konnte teilweise unter zwei Prozent gedrückt werden, und die Profitabilität der Unternehmen nahm kontinuierlich zu (vgl. Fitoussi 1997d, 20). So gesehen war die restriktive Geldpolitik erfolgreich. Damit stellte sich die Aufgabe der monetären Konsolidierung Frankreichs heute nicht mehr mit derselben Dringlichkeit wie vor 15 Jahren. Das Konzept des starken Francs, das für die Stabilität der französischen Währung nicht mehr länger notwendig ist, wirkt zunehmend kontraproduktiv auf die französische Wirtschaft. Daß der stabilitätsorientierte Dogmatismus verlängert und verschärft wurde, obwohl sich die ökonomischen Rahmenbedingungen fundamental verändert haben, macht, so Fitoussi, den zerstörerischen Kern der "pensée unique" aus. "Faut-il imposer à une société des réformes non voulues, pour éviter d'avoir à baisser transitoirement les taux d'intérêt, ou à augmenter tout aussi transitoirement le déficit budgétaire, alors que seule l'adhésion aux réformes est garante de leurs succès? Faut-il bouleverser le code du travail pour que le taux d'inflation atteigne un niveau encore plus bas que celui que nous connaissons aujourd'hui? A-t-on oublié que c'est le chômage de masse qui dans le passé a conduit à l'abandon des thèses purement libérales et établi la responsabilité du politique en matière de régulation économique globale?" (Fitoussi 1997b, 12). Diese Eindimensionalität der Wirtschaftspolitik führte nach Fitoussi dazu, daß die Inflation zwar künstlich niedrig gehalten, aber nicht strukturell mit der Wirtschaftsentwicklung verbunden wurde. Statt dessen ist eine stabile und niedrige Inflationsrate gleichzeitig mit Wachstum und sinkender Arbeitslosigkeit anzustreben. Denn eine Währung kann nicht stark sein, wenn sie von den Brüchen der Gesellschaft, der Arbeitslosigkeit und der steigenden Armut profitiert (vgl. Fitoussi 1995a, 9).

Doch trotz der günstigen Ausgangsbedingungen für eine expansive Wirtschaftspolitik (vgl. Fitoussi 1997d, 20) verfolgt Europa ganz im Gegensatz zu den USA weiterhin einen dogmatischen Monetarismus, der konsequent keines der zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Instrumentarien anwendet, um die Konjunktur anzukurbeln. Der Widerspruch zum amerikanischen Modell, so Fitoussi, liegt nicht darin,

daß die europäischen Arbeitsmärkte noch nicht genügend dereguliert und flexibilisiert sind, sondern daß die USA zwar einen *laissez-faire* Kapitalismus nach außen praktizieren, nach innen aber budgetäre, monetäre und wechsellkurspolitische Maßnahmen einsetzen, um die Konjunktur zu fördern.

Mit der institutionellen Ausgestaltung der WWU haben sich die Mitgliedsstaaten der EU jedoch bewußt alle makroökonomischen Regulierungsmöglichkeiten verbaut (EZB, Stabilitätspakt, punktgenaue Auslegung der Konvergenzkriterien, fehlende europäische "Wirtschaftsregierung"). Es ist damit nicht die Unabhängigkeit der Zentralbank, die Probleme bereitet, sondern die Tatsache, so Fitoussi, daß ihr keine adäquate wirtschaftspolitische Steuerung an die Seite gestellt wurde und sie sich vor keiner demokratischen Instanz verantworten muß. Während das Wirtschaftswachstum in den USA mit ca. zwei Prozent zwischen 1991 und 1996 fast doppelt so hoch war wie der europäische Durchschnitt und die Kreditzinsen teilweise auf null Prozent sanken, hatte die restriktive Geldpolitik in Europa einen doppelt negativen Effekt auf die Investitionen: Zum einen wurden sie durch die geringe Nachfrage gebremst, zum anderen aber auch durch die hohen Zinsen, die sich für kurzfristige Anleihen zwischen 1991 und 1995 auf sechs Prozent beliefen. Insbesondere nach der deutschen Wiedervereinigung tappten die europäischen Länder in die "Hochzinsfalle" der deutschen Bundesbank, die die Inflation in Deutschland einzudämmen versuchte (vgl. Fitoussi 1995a, 75f). Eine Abwertung des Francs zu diesem Zeitpunkt hätte ein Abgleiten in die Rezession verhindern können. Unter diesen Bedingungen stehen der EU auf absehbare Zeit nur wenige Möglichkeiten offen, das Problem der Arbeitslosigkeit mit ökonomischen Instrumenten wirksam zu bekämpfen (vgl. Fitoussi 1997b, 12).⁶¹

Der Titel seines bekanntesten Buches - "Le débat interdit" - deutet bereits an, daß Fitoussi in der ökonomischen und politischen Debatte mit dem Tabu des starken Francs brechen wollte und dem wirtschaftswissenschaftlichen Denkverbot die Alternative einer Wachstumspolitik entgegensetzte. Um kurzfristig den deflationären Tendenzen zu entkommen, schlägt er die Stärkung der Binnennachfrage vor. Gesenkte Sozialversicherungsbeiträge würden die Nettolöhne direkt erhöhen. Gleichzeitig soll auch der sich aus der gestiegenen Produktivität ergebende Spielraum für Lohnsteigerungen genutzt werden. Um die Investitionsanreize zu verstärken, hält Fitoussi eine konzertierte Zinssenkung - sogar bis null Prozent - in ganz Europa für unumgänglich.⁶²

Die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Franc stellte für Fitoussi nur eine kurzfristige Maßnahme dar. Die strukturell starke Stellung der D-Mark in Verbindung mit

⁶¹ "Il fallait maintenir le cap, persévérer dans la politique menée, maintenir la parité franc/mark à son niveau d'avant l'effondrement du mur de Berlin. En somme, on a fait comme si l'unification était un phénomène mineur ne justifiant aucun changement dans l'ordre économique" (Fitoussi 1995a, 75).

⁶² Diese Argumentation scheint mittlerweile etwas veraltet, da die Zinsen für kurzfristige Kredite auch in Frankreich auf einen historischen Tiefstand gesunken sind.

den spezifischen deutschen Exportinteressen kann auf Dauer nur über die geplante Währungsunion gebrochen werden. Deshalb plädierte er 1995 dafür, bereits 1997 in die Währungsunion einzusteigen. Dabei sollten die Konvergenzkriterien nur der Tendenz nach erfüllt werden. Denn die gemeinsame Währung ist in erster Linie eine politische Entscheidung, deren Mißerfolg oder Erfolg nicht auf ein paar technischen Kriterien beruhen darf (vgl. Fitoussi 1997c, 17). Der Euro kann lediglich *ein* Mittel der Wirtschaftspolitik sein und stellt keinesfalls das Ende der gemeinsamen ökonomischen Aktivitäten dar.⁶³ "En fait le problème européen semble être aujourd'hui un problème classique de politique économique (...) le dilemme apparaît tel qu'il contraint les gouvernements à arbitrer entre croissance et construction européenne. Mais il est clair aussi que, lorsque la monnaie unique aura cours, ce dilemme pourrait disparaître si les pays d'Europe convenaient ensemble d'une politique économique en faveur de l'emploi et de la croissance" (Fitoussi 1996, 48).

Fitoussi schlägt einen "wirklichen Reformismus" vor, radikal in seinen Analysen und ehrgeizig in seinen Zielen, der durch eine Rückkehr zum politischen Handeln statt des "Europe-souffrance" ein "Europe-avenir" verwirklichen soll. Das oberste Ziel der wirtschaftspolitischen Aktivitäten muß dabei wieder in Form einer europäischen Beschäftigungspolitik die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sein.

Ergänzt werden diese Vorschläge von den Ökonomen um die erfolgreiche Zeitschrift "alternatives économiques", die ihren Schwerpunkt auf die Verteilungspolitik legen. Sie sehen die Lösung der Arbeitsmarktkrise weniger im Wachstum als vielmehr in neuen Haushaltsprioritäten und einer anderen Verteilungspolitik - z.B. über Arbeitszeitverkürzung und Steuerreformen. Dies, so die Ökonomen, ist innerhalb der Spielräume möglich, die die notwendige Europäisierung der französischen Wirtschaft noch zuläßt (vgl. Uterwedde 1996a, 133). Im Grunde lassen sich in beiden Vorschlägen bereits Ansätze für das Regierungsprogramm Jospins erkennen.

Eine schärfere Kritik und konkretere Vorschläge zur Bekämpfung der sozialen Krise formuliert der Ökonom Alain *Lipietz*. Lipietz geht davon aus, daß es in den Mitgliedsländern der EU unterschiedliche Entwicklungspfade gab, mit denen die nationalen Ökonomien versuchten, den Weg aus der Krise des Fordismus zu finden.

Ein Weg aus der Krise, den insbesondere die angelsächsischen Länder verfolgten, war die umfassende Flexibilisierung der Arbeitsverträge. Andere Länder, wie Schweden, Österreich und Deutschland, versuchten, den in die Krise geratenen fordistischen Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit auf eine neue Grundlage zu stellen, dessen Kern die Verbesserung der Produktivität sowie der Qualität durch eine bessere Mobilisierung der "Humanressourcen" war (vgl. Lipietz 1997, 167). Lipietz stellte fest, daß die Länder, die einen policy-mix anwendeten, wie in Ostdeutschland, Spanien, Italien und Frankreich, deutlich höhere Arbeitslosenzahlen

⁶³ Vgl. auch die Beiträge von Ökonomen der Forschungsinstitute CEPII und OFCE in: Lutter contre le chômage de masse en Europe, in: Observations et diagnostics économiques, Nr. 48, Januar, 1995.

aufzuweisen hatten, als die Vertreter der beiden "Extreme". Diese Länder - insbesondere Italien und Frankreich - kamen nun auf den Kapitalmärkten unter Druck, die darauf spekulierten, daß die Konvergenzkriterien von den Ländern nicht erfüllt werden können. Frankreich mußte nun verstärkt die Flexibilisierungsmaßnahmen vorantreiben, um Kreditwürdigkeit auf den Kapitalmärkten zurückzugewinnen. Von 1993 bis 1995 stand die Regierung Balladur ganz im Zeichen dieser Anpassungsleistungen. Auch Italien, das aus dem Währungsverbund ausschied, mußte mit Blick auf die Einführung der gemeinsamen Währung die Flexibilisierungsoption wählen. Insgesamt, so konstatierte Lipietz, führte die geplante Währungsintegration zu einer Verschiebung der Lösungsansätze: weg von einer verhandlungsorientierten Einbindung der abhängig Beschäftigten hin zu einer größeren Flexibilisierung - einer "Brasilianisierung" - der Arbeitsverhältnisse (Lipietz 1997, 167).

Auch für Lipietz, der bis vor wenigen Jahren einer europäischen Lösung eher skeptisch gegenüberstand (vgl. Jessop 1997, 509), stellen die Ansätze, die zurück zu einer nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik führen, keine Lösungen dar, da die ökonomische Integration bereits zu weit vorangeschritten sei. Die Zukunft liegt für ihn in einem "Sozialen Europa". "A strong Europe, acting in solidarity with its periphery, would allow more rapid advances in terms of social justice, ecology and peace than a divided Europe" (Lipietz 1997, 168; 1995, 56f).

Gemeinsam mit anderen Ökonomen schlägt er vor, zunächst die europäischen Währungen gegenüber den neu industrialisierten Ländern um zehn Prozent abzuwerten. Dies hätte zwar nur geringe Auswirkungen auf die Gesamtzahl der Arbeitslosen, würde jedoch beträchtliche sektorielle Effekte aufweisen. Gleichzeitig sollten die Zinsen für kurzfristige Kredite wie in den sechziger und siebziger Jahren auf null Prozent zurückgeführt werden. Eine europäische Steuerharmonisierung müßte so ausgestaltet werden, daß investives Kapital geringer mit Steuern belastet wird, als das Kapital, das in die Spekulation fließt. Gleichzeitig würde eine Harmonisierung dem "fiscal dumping" in Europa, das bisher zu einer Abwärtsspirale für Steuern auf Kapitaleinkünfte führte, ein Ende setzen. Durch die Mehreinnahmen können wiederum die Lohnnebenkosten gesenkt und die Sozialversicherungssysteme entlastet werden (vgl. Lipietz 1997, 169). Zusätzlich kann eine europäische Energiesteuer sowohl die ökologische Stoßrichtung dieser neuen ökonomischen Logik auf europäischer Ebene unterstreichen als auch einen Teil der Sozialabgaben substituieren (Lipietz 1995 56f).

Wird dieses Wachstumsprogramm angewendet, so die Prognose, dann steigt das Sozialprodukt um 5,7 Prozent, ohne daß die öffentlichen Haushalte weiter belastet werden würden. Diese Politik ist jedoch nur unter einer Bedingung durchführbar: "Quand on sait que la Bundesbank n'a pas hésité à saboter la transition de l'Allemagne de l'Est, au nom de sa sacro-sainte indépendance et de ses dogmes monétaristes, on voit immédiatement qu'une telle politique est inapplicable sans la révision radicale du traité de Maastricht" (Lipietz 1995, 57). Da die Beschäftigungseffekte ei-

nes solchen Konjunkturprogramms mit einem Rückgang der Arbeitslosenrate um nur 2,5 Prozentpunkte beziffert werden, schlägt Lipietz vor, umverteilungspolitisch abgestimmte Arbeitszeitverkürzungen auf der europäischen Ebene zu koordinieren. Dadurch könnten Wettbewerbsnachteile einzelner Länder innerhalb Europas vermieden werden. Aber auch dafür bedarf es einer grundlegenden Reform des Maastrichter Vertrages, der eine Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik - speziell im Bereich der Lohnpolitik - ausschließt (Lipietz 1995, 56; vgl. auch zur Kritik der Vorschläge Lipietz': Gill 1997a).

Neben den wirtschaftspolitischen Kritiken stößt auch die Polemik Pierre Bourdieus gegen den Vorsitzenden des deutschen Zentralbankrates Hans Tietmeyer⁶⁴ ins Zentrum einer Debatte vor, bei der es letztlich um die politische und soziale Konfiguration Europas geht. Unter dem Titel "Ein europäischer Wohlfahrtsstaat gegen die Idee Tietmeyer" (vgl. Bourdieu 1997b) führt der französische Soziologe einen Angriff gegen "Sprache, Paradigma und Dominanz der neoliberalen Wirtschaftsschule" (Barbier 1996, 17). Bourdieus Kritik setzt an der "Rhetorik des Euphemismus" an, die sich in einer wirtschaftspolitischen Sprache widerspiegelt, die mit Begriffen wie "Globalisierung", "Flexibilisierung", "Dynamisierung", "Senkung der Abgabenlast" und "Freisetzung von Arbeitskräften" versucht, die dahinter stehenden gesellschaftlichen Realitäten zu verschleiern. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Karl Lamers, brachte dieses Denken auf den Punkt: "Die Regeln der Währungsunion (...) sind inspiriert vom deutschen Modell und erscheinen vielen Franzosen als Ausdruck eines deutschen Diktats. Aber es handelt sich nicht darum. Dies ist das Diktat der supranationalen Realität (...) Der öffentliche Dienst ist keine Garantie für Gerechtigkeit und ist in seinem gegenwärtigen Zustand nicht finanzierbar. Die Politik muß sich an der supranationalen Realität orientieren. Die Erwartungen der internationalen Finanzmärkte sind ein Ausdruck davon" (Lamers 1996, 19). Dieses Credo, so Bourdieu, suggeriert den Tod der Subjekte und die zwingende Kapitulation der Politik vor der Ökonomie. Das "Modell Tietmeyer" steht damit "für einen neuen Glauben an die historische Unvermeidlichkeit, die auf dem Primat der Produktivkräfte (und jenem der Technik) gründet, also für eine neue Form des Ökonomismus, der sich zu anderen Zeiten und häufig in den Reihen derselben Gläubigen unter dem Banner des Marxismus ausbreitete" (Bourdieu 1997b, 174). Die neoliberalen Maßstäbe und Prinzipien dehnten sich nun über die ökonomische Sphäre auch auf andere gesellschaftliche Bereiche aus. Dieses "wohldurchdachte Delirium" (Durkheim) hinterläßt eine prekäre und durchrationalisierte Gesellschaft - der ewige Traum der Herrschenden, so Bourdieu. Die Anpassung an die Vorgaben der Weltmärkte wird nicht nur zum einzigen Kriterium der Politik sondern auch zum

⁶⁴ Der Auslöser war ein Interview Tietmeyers über die Einführung des Euro in Le Monde vom 17. Oktober 1996. Die Antwort Bourdieus folgte am 25. Oktober in der Libération mit dem Titel "Contre la 'pensée Tietmeyer', un Welfare State européen".

obersten Charakterziel der Individuen, dessen einzige Ratio die Effizienz und der (ökonomische) Erfolg ist (vgl. Bourdieu 1998a, 126).

Gegen das technokratische Denken, als dessen Personifizierung er Tietmeyer wählt, das aber ebenso eine "Idee Juppé" oder "Idee Waigel" ist, setzt Bourdieu den europäischen Wohlfahrtsstaat, um der "falschen Alternative (...) zwischen einem wahren Nationalismus und einem falschen Internationalismus, der nur die Maske eines veritablen Imperialismus ist", zu entgehen (Bourdieu 1996, 178). Europa muß sich endlich politisch definieren. Bourdieu fordert nicht nur die Intellektuellen dazu auf, das utopische Denken zu rehabilitieren und insbesondere an einer europäischen Utopie zu arbeiten. "Reasoned utopianism (...) is undoubtedly what is most lacking in Europe today. The way to resist this Europe - the one that bankers thought is trying to railroad us into accepting - is not to reject Europe itself from a nationalist position, as some do, but to mount a progressive rejection of the neoliberal Europe defined by banks and bankers" (Bourdieu 1998a, 128). Abgesehen davon, daß Bourdieu vier weite Felder nennt, auf denen die Europäische Integration Lücken aufweist - Zukunft des Sozialstaates, die Europäisierung der Gewerkschaften, die Harmonisierung des Bildungs- und Ausbildungswesens sowie das Verhältnis zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik - , vertieft er seine Vorstellung von einem europäischen Wohlfahrtsstaat inhaltlich nicht (vgl. Bourdieu 1998a, 129).

Statt dessen spricht er von der Idee einer "generativen Politik", die von vagen Projekten getragen wird. Diese zu schaffen, sei die Aufgabe von konzertierten Aktionen der Intellektuellen, Gewerkschaften und anderer Organisationen aus allen europäischen Ländern, die in allen Bereichen europäische Strukturen, Institutionen und Organisationen - quasi eine Internationale der Intellektuellen und der sozialen Bewegungen - zu formen hätten.

Aus den Debatten der Intellektuellen lassen sich zwei Schlüsse ziehen: Die Vorstellungen von einer Rückkehr auf eine nationale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind immer noch stark vertreten. Die meisten der fundamentalen Kritiker des Maastrichter Vertrages sehen weiterhin einen nicht aufhebbaren Widerspruch zwischen Frankreich und Europa. Trotz dieser hartnäckigen Persistenz nationaler Lösungswege haben sich aber seit den Debatten über das Referendum differenzierte Alternativen hinzugesellt. Eine Reihe französischer Intellektueller kann sich eine Lösung der ökonomischen und sozialen Krise nur über den europäischen Weg vorstellen. Sie bieten damit eine realistische Alternative, ohne jedoch gleich in eine affirmative Haltung gegenüber dem herrschenden Integrationsprojekt zu fallen. Dieser "dritte Weg" - zwischen neoliberaler Integration und nationalstaatlichem Pfad - kann nur über ein sozial verantwortliches Europa beschritten werden. Die Vorstellungen reichen dabei freilich von gemeinsamen Konjunkturprogrammen innerhalb der Maastrichter Vorgaben (Fitoussi) bis zum Bruch mit den Konvergenzkriterien und der Schaffung eines europäischen Wohlfahrtsstaates (Bourdieu). Bis auf wenige Aus-

nahmen (Fitoussi und Lipietz) werden jedoch keine konkreten Vorschläge gemacht, wie eine alternative europäische Agenda wirklich aussehen könnte.

Alle Kritiker - von Fitoussi bis Todd – stimmen weiterhin darin überein, daß die Ökonomie wieder mit politischen und sozialen Fragen verknüpft und stärker in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden muß. Konkreter: Die Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik müssen als oberstes Ziel wieder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Ausgrenzung verfolgen. Es war das Verdienst der französischen Intellektuellen, sich nicht auf die Debatte über die "politische" oder "punktgenaue" Erfüllung der Konvergenzkriterien zu beschränken, sondern auf die tieferliegenden Probleme der Währungsintegration hinzuweisen. Damit bereiteten sie das Feld für die Auseinandersetzungen auf europäischer Ebene. Denn die Strategie der Ablenkung ging nur so lange auf, "wie die französischen Intellektuellen nicht gesehen haben, worum es beim Gemeinschaftsgeld und bei der Währungsunion in Wahrheit geht: um die Entscheidung über ein zentrales Stück Verfassungsphilosophie und Regierungspraxis. Es geht darum, was Geldpolitik sein soll: das regelgebundene Handeln einer Bürokratie (Idee Bundesbank) oder das Herzstück arbiträrer Entscheidungen des Souveräns (pouvoir politique)" (Barbier 1997, 33).⁶⁵

10 Deutsch-französische Diskontinuitäten

10.1 "Et puis il y a l'Europe...."⁶⁶

Innerhalb von nur vier Jahren waren das Referendum von Maastricht 1992, die Präsidentschaftswahl 1995 und die Streiks 1995/96 drei Anlässe, bei denen die Frage nach der Europäischen Integration im Mittelpunkt stand. Von Jahr zu Jahr erhöhte sich das Protestpotential der französischen Gesellschaft. War es zunächst nur die "classe populaire", die sich im Referendum 1992 kritisch gegenüber der Europäischen Integration äußerte, stieß bis Mitte der neunziger Jahre die zunehmend verunsicherte Mittelklasse hinzu. Unterstützt wurden sie von den Intellektuellen, die die Europäische Integration wie bereits in den achtziger Jahren als Thema für sich entdeckten; nun jedoch nicht mehr unter den Vorzeichen einer "Europhorie", die damals

⁶⁵ Thomas Hanke blendete in seiner Bewertung der Debatten ein Spektrum der Intellektuellen - insbesondere die französischen Ökonomen - komplett aus: "Der Teil der französischen Elite und Öffentlichkeit, der in der stabilen Geldpolitik sein Anathema und in Bundesbank-Präsident Hans Tietmeyer die Inkarnation des neoliberalen Bösen gefunden hat, kann der Maastricht-Debatte und der weiteren wirtschaftspolitischen Diskussion keine neuen Impulse geben. Er setzt eine Position fort, die in Frankreich lange Tradition hat, mittlerweile aber eindeutig minoritär ist - die Tradition der Integrationsgegner, der Gegner einer wirtschaftlichen Öffnung und Modernisierung des Landes, für die muffig-provinzielles Beharren auf dem Nationalstaat und seinen verwelkten Souveränitätsrechten die einzig denkbare Form von Politik ist" (Hanke 1997, 193).

⁶⁶ Allocation radio télévisée du Président de la République, M. Jacques Chirac, Paris 21 avril 1997, in: Textes officiels, Frankreich-Info der Französischen Botschaft Bonn, 2. April 1997; vgl. Guérot 1997.

allenthalben herrschte, sondern mit der Erkenntnis, daß die europäische Entwicklung massiv zur sozialen Krise in Frankreich beiträgt.

Schließlich bröckelten auch die letzten Bastionen der Maastrichtverfechter innerhalb der Parteien. Während die Europapolitik der rechten Regierung durch den starken altgaullistischen und euro-kritischen Flügel um Séguin ohnehin bereits innerparteilich unter Legitimationsdruck stand, konnten sich nach Mitterrands Tod auch die Sozialisten aus ihrer europapolitischen Lethargie befreien. Die Streiks ermöglichten dem PS, mit der Politik Mitterrands zu brechen. Mit Blick auf die Wahlen zur Nationalversammlung im Frühjahr 1998 schlugen die Sozialisten nun euro-kritischere Töne an.

In einem Positionspapier zur Regierungskonferenz 1996 "Mondialisation, Europe, France" bekannte sich der PS zwar weiterhin zu einer gemeinsamen Währung. Die WWU sollte jedoch nur der erste Schritt im Rahmen einer "globalen Regulation" und einer Stabilisierung der internationalen Währungsbeziehungen sein: "Nous voulons engager l'Europe dans le combat pour un retour aux parités fixes, ou tout au moins à un véritable système de régulation. Notre souhait, c'est que tous les pays européens puissent parler d'une seule voix au sein de l'organisation internationale du travail et la nouvelle organisation mondiale" (PS zit n. politis 10, 7. März 1996). Einer gemeinsamen Währung wollte der PS allerdings nur unter vier Bedingungen zustimmen:

1. Um die Vorherrschaft der deutschen Finanzkultur zu vermeiden, müssen die Konvergenzkriterien einer "politischen Lesart" unterzogen werden und zumindest Italien und Spanien von Anfang an dabei sein.
2. Der europäischen Zentralbank soll eine Wirtschaftsregierung gegenübergestellt werden.
3. Beschäftigungspolitik muß wieder oberste Priorität erlangen, der sich die Budgetdisziplin unterzuordnen hat; auf europäischer Ebene soll analog zum Stabilitätspakt ein Wachstums- und Beschäftigungspakt abgeschlossen werden.
4. Schließlich soll der Außenwert des Euro gegenüber dem Dollar möglichst niedrig gehalten werden, um damit die Exporte zu fördern.

Die Sozialisten schlugen einen neuen "europäischen Sozialvertrag" vor, dessen Elemente sich an den Vorschlägen des Weißbuchs für "Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung" orientierten. Dazu gesellten sich Forderungen nach einem europäischen öffentlichen Dienst und einem Mindestlohn in ganz Europa. Europa sollte durch eine gestärkte Kommission und über die Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen in die Lage versetzt werden, das "europäische Zivilisationsprojekt" im Zeitalter der Globalisierung zu verteidigen. "Es geht nicht darum, irgendwelche unüberwindbaren Barrieren aufzubauen, um uns wie in einem Reservat zu schützen, sondern darum, sich die wirtschaftlichen und politischen Mittel zu geben, unsere Ideen und Errungenschaften zu bewahren (...). Eine neue Form der Kolonialisierung

greift um sich, keine militärische mehr, aber eine geistige und finanzielle, die unser Denken auf ein Einheitsmodell verpflichten will" (Parti Socialiste 1996, 29).

Angesichts der Reichweite und der Intensität der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in denen eine kritische Haltung zur Europäischen Integration die meisten sozialen und politischen Akteure erfaßt hatte und die Frankreich in weiten Bereichen als eine "mobilisierte Gesellschaft" erscheinen ließ, konnten die Auswirkungen der Europäischen Integration nicht mehr länger nur als innenpolitische Probleme verhandelt werden. Die Erwartungen und der soziale Druck weiter Teile der Bevölkerung zwangen die französische Regierung, diese Konflikte - wenn auch zunächst nur partiell - auf die europäische Ebene zu heben und neue europapolitische Akzente zu setzen. Dort spitzte sich der bisher nationalstaatlich verhandelte Konflikt zwischen nationaler Konsolidierung und Europäischer Integration als deutsch-französischer Konflikt zu (vgl. Guérot 1997). Der "disziplinierende Neoliberalismus", der sich über die Bestimmungen der Wirtschafts- und Währungsintegration in Frankreich durchsetzte, kennt dort Ende der neunziger Jahre nur noch wenige Fürsprecher. Die politischen Eliten in Frankreich, die den herrschenden europäischen Integrationspfad unterstützten, haben es nicht geschafft, das europäische neoliberale Projekt mit den nationalen politischen und gesellschaftlichen Formationen und Strukturen zu versöhnen. Die innenpolitischen "Strukturanpassungsprogramme" verschärften die soziale Krise, und die Widersprüche innerhalb des dominanten Modernisierungsblocks haben sich vergrößert. Dies ist allerdings erst in dem Moment zum Problem für die französische Europapolitik geworden, als weite Teile der Bevölkerung die Auswirkungen der Europäischen Integration für die eigene materielle und soziale Lage verantwortlich machten. Die kritische Arbeit der französischen Intellektuellen hat hierzu einen großen Teil beigetragen. Je mehr die sozialen Akteure und die Bevölkerung selbst eine europakritische Haltung einnahmen und diese in den sozialen Konflikten artikulierten, desto stärker wurde nicht nur die Legitimität des herrschenden Integrationspfades untergraben, sondern auch die der politischen Eliten. Die innenpolitische Situation ging nun als entscheidender Faktor in die weiteren Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung der WWU ein.

Chiracs vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung war ein letzter (gescheiterter) Versuch, sich für den Eintritt in die dritte Phase der Währungsunion von diesem Legitimitätsdruck zu befreien. Zwar erwähnte der Präsident die Europäische Integration in seiner Ansprache zur Auflösung der Nationalversammlung eher beiläufig ("Et puis il y a l'Europe..."). Dennoch war nicht zu übersehen, daß auch hier der europäische Fahrplan die französische Politik bestimmte⁶⁷. Die vorgezogenen Neuwahlen sollten in erster Linie verhindern, daß sich der Euro-Konflikt in Frankreich weiter zuspitzt. Schließlich war der reguläre Wahltermin nur einen Monat vor der Entscheidung über

⁶⁷ Vgl. auch P. Séguin: L'Europe est la raison de fond de la dissolution, in: Le Monde, 15. Mai 1997.

die Teilnehmerländer an der gemeinsamen Währung im Frühjahr 1998 angesetzt. Chirac befürchtete, daß die innenpolitischen und innerparteilichen Debatten im Hinblick auf dieses Datum an Schärfe zunehmen würden, zumal feststand, daß nur ein noch strikteres Konvergenzprogramm die französischen Konten in Einklang mit dem Maastrichter Vertrag bringen konnte. Dieser Zerreißprobe wollte er seine Regierung nicht aussetzen.⁶⁸

Chiracs Kalkül ging nicht auf. Die neue Linksregierung stand nicht nur für einen innenpolitischen Wechsel, sondern auch für neue europapolitische Akzente. Damit wirkten die Effekte des "disziplinierenden Neoliberalismus" endgültig auf seinen Ursprung, d.h. auf die europäische Ebene, zurück. Der europapolitische Ton wurde schärfer, zumal die Linksregierung weitgehend die Bedingungen für eine einheitliche Währung aus dem Positionspapier von 1996 aufrechterhielt (vgl. Regierungserklärung 1997). Jospin formulierte nun die Europakritik, die das rechte Regierungslager sich nicht zu äußern traute, da es den Widerstand der deutschen Regierung hätte provozieren können. Auch wenn die meisten der Vorstöße auf den ersten Blick nicht von Erfolg gekrönt waren und an der Gegenwehr Deutschlands scheiterten, so kann sich dennoch das herrschende Integrationsprojekt nicht mehr so widerspruchslos entfalten, wie es das bisher getan hat. Die Synthese aus bundesdeutschen Exportinteressen und französischen Modernisierungs- und Stabilisierungsinteressen (vgl. Ziebura/Bonder/Röttger 1992, 95f), die seit den stabilitätspolitischen Erfolgen in Frankreich bereits prekär war, scheint nun endgültig zerbrochen zu sein.

10.2 Das "Tandem"

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erfuhren schon viele Bezeichnungen. Vom "Motor" und "Tandem" über das "Bündnis im Bündnis" bis zu Willy Brandts "entente élémentaire" waren es alles Umschreibungen, die die Achse Bonn-Paris als den eigentlichen Kern der Europäischen Integration begriffen. Tatsächlich sprechen nicht nur die geographische Nähe und die wirtschaftlichen und politischen Kapazitäten der beiden Staaten für eine deutsch-französische Sonderrolle in den europäischen Beziehungen, sondern auch ihre historische Rolle beim Aufbau Europas (vgl. Trouille 1996, 53).

Bis zu den weltpolitischen Umbrüchen 1989 waren die Aufgaben innerhalb des "Tandems" klar verteilt. Frankreich galt als die politische Triebkraft der Integration, das mit seiner eigenständigen Außenpolitik Europas Selbständigkeit betonen konnte, und Deutschland als der ökonomische Motor, dessen Wirtschaftskraft Europa dominierte. Dennoch bestanden auf fast allen Politikfeldern deutliche Interessenunterschiede zwischen beiden Ländern. Auch heute gibt es kaum einen Bereich, "in dem

⁶⁸ Zur Analyse des Wahlausgangs: Siehe das Dossier von French Politics and Society: "Did the earth move", Vol. 15, Nr.2; R. Höhne: Machtwechsel à la française - Auf dem Wege zur VI. Republik?, in: Lendemains, 86/87, 1997, 209-233.

die jeweiligen Interessen und Zielvorstellungen und mehr noch die Weltbilder, Konzepte und Verfahrensweisen beider Seiten so eng ineinandergreifen, daß sie den Vorstellungen einer idealen Partnerschaft entsprechen oder für sich genommen eine tragfähige Grundlage für gemeinsames europäisches Handeln abgeben können" (Kolboom/Picht 1995, 352). Die Wirksamkeit des deutsch-französischen Bilateralismus drückte sich vor allem darin aus, daß ein Kompromiß innerhalb der EG/EU zwischen den beiden politisch, ökonomisch und kulturell wichtigsten Staaten Europas oftmals auch einen Kompromiß für die gesamte EU darstellte.

In der Vergangenheit gelang es beiden Ländern diese Widersprüche und unterschiedlichen strategischen Interessen zu einem gemeinsamen Projekt zu formen. Als ein solcher Kompromiß ist auch der Maastrichter Vertrag zu interpretieren. Zwar ist der Kompromiß formal geglückt, doch "je näher die Währungsunion kommt, desto stärker rückt der immanent *politische* Charakter des Projektes wieder in den Vordergrund, und allen Beteiligten wird klar, daß wirtschaftliche Konvergenz mehr als Zahlenarithmetik und die Währungsunion damit ein politischer Akt erster Güte ist" (Guérot 1997, 229).

Die Konkretisierung der Währungsunion wurde zur bisher härtesten Belastungsprobe der deutsch-französischen Beziehungen innerhalb der EG/EU. Für manche Beobachter nahmen die Auseinandersetzungen sogar die Züge eines "Religionskrieges" an (vgl. Barbier 1997).⁶⁹ Richtig ist, daß es weder einen Konsens darüber gab, wie die Erfüllung der Defizitkriterien zu interpretieren ist, noch was die generellen Ziele der Geldpolitik sind. Ebenso uneinig waren sich Deutschland und Frankreich über die Stellung der europäischen Zentralbank im Gefüge der währungs- und wirtschaftspolitischen Institutionen und über eine koordinierte europäische Wirtschaftspolitik ("Europäische Wirtschaftsregierung"). Der notdürftige und brüchige Konsens im Maastrichter Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich hatte - je näher die Einführung des Euro rückte sowie unter dem Druck der inneren Konflikte in Frankreich - keinen Bestand mehr.

"Frankreich und Deutschland sind auf dem Weg zur Europäischen Union, aber meinen sie das gleiche Europa?", fragte sich Robert Picht (1995, 175). Im Falle der WWU läßt sich dies verneinen. Freilich gab es auch zuvor bereits immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich, die auf unterschiedliche Europakonzeptionen schließen ließen. Doch im Rahmen des dominanten Integrationsprojektes der letzten Jahre nahmen die Auseinandersetzungen zu, bis es schließlich in den Diskussionen um den Stabilitätspakt auf dem Dubliner Gipfel zum ersten offenen Bruch mit Deutschland kam.

⁶⁹ Offensichtlich hat nicht nur nach der Auffassung Barbiers, sondern auch in der deutschen Öffentlichkeit die Frage nach der Unabhängigkeit einer Zentralbank bereits einen *höheren* Stellenwert als die Frage nach der demokratischen Legitimierung und Kontrolle von Institutionen. Dabei wird häufig vergessen, daß die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank, die faktisch bereits einen Verfassungsrang einnimmt, bis 1992 durch eine einfache Mehrheitsentscheidung im Bundestag hätte geändert werden können.

10.3 Der Euro – mit wem? - Die Auslegung der Konvergenzkriterien

Insbesondere die Vorstöße von Jean-Paul Fitoussi zeigten, daß die dogmatische Auslegung der Konvergenzkriterien - vor allem die Neuverschuldungsgrenze in Höhe von drei Prozent des BIP - zum zentralen Kritikpunkt in Frankreich wurde. Die von der Bundesbank und dem deutschen Finanzministerium geforderte "Punktlandung" ließ Frankreich keinerlei Spielräume mehr, um konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. Diese Spielräume wurden aber um so wichtiger, je mehr die politische Klasse unter zunehmendem innenpolitischen Druck stand. Frankreich wies deshalb wiederholt darauf hin, daß die "dynamische Auslegung" der Kriterien vertragskonform sei, zumal die fixierten Werte innerhalb bestimmter Margen ohnehin nicht ökonomisch begründet werden könnten. Die "Punktlandung" sei damit ein weiteres Produkt der dogmatischen geld- und fiskalpolitischen Auffassung der deutschen Politik.

Zudem wurde dies von der französischen Seite als Versuch Deutschlands interpretiert, nur eine kleine Währungsunion zu verwirklichen, die vornehmlich von Deutschland und den von der deutschen Stabilitätskultur inspirierten Ländern bestimmt wird. Die französische Position wäre in diesem harten Kern noch weiter geschwächt worden.

In Deutschland stellte sich die politische Lage genau umgekehrt dar. Die strikten Konvergenzkriterien waren die Voraussetzung dafür, überhaupt eine Akzeptanz für den Euro zu schaffen. Die Mehrheit der Deutschen war (und ist) aus stabilitätspolitischen Überlegungen heraus ohnehin gegen die gemeinsame Währung. Gleichzeitig hatte eine strikte Auslegung zum Ziel, daß Italien zunächst nicht zum "Euro-Club" dazugehören sollte. Eine große Währungsunion barg für die Währungshüter in Frankfurt die Gefahr, daß sich die "lateinische Achse" mit Spanien, Portugal, Frankreich und Italien mit einer weniger restriktiven Geldpolitik durchsetzt. Insbesondere die Bundesbank, aber auch rechte Politiker schürten mit der Aussicht, daß Italien zur Währungsunion gehört, zusätzlich noch einmal die Angst vor einem schwachen Euro. "Was wir zwei Ökonomen gerade ausgetauscht haben ist nicht die Haltung und die Überzeugung der Bevölkerung, die demnächst wählt, und die sich auch bei ihrem Kaufverhalten so verhält, wie ihre Vorurteile ausschauen. Und die Vorurteile in unserer Bevölkerung schauen so aus, daß jemand, der in diesem Sinne das Finanzkriterium nicht erfüllt, ein Schlamper ist, und mit Schlampereien möchte man nicht gerne eine gemeinsame Währung machen, auch nicht wenn es die eigenen Schlamper sind (...)" (Walter 1996, 802).

10.4 Die Europäische Zentralbank - der einsame Souverän?

Der zentrale Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich besteht darin, daß der Status und die Politik der europäischen Zentralbank zwischen den beiden Ländern umstritten sind. Für Deutschland war eine unabhängige europäische Zentralbank die

Voraussetzung für die Zustimmung zu einer gemeinsamen Währung. Das funktional bestimmte Verständnis von Geldpolitik richtet sich in erster Linie auf die Stabilität der Währung. Nur eine unabhängige Zentralbank, ein gegen Wahlzyklen immuner "Hort der Stabilität", der von den Weisungen der "Ausgabenbestie Staat" unabhängig sei, könne den Geldwert garantieren. Konjunkturelle, wechselkurspolitische und beschäftigungspolitische Ziele sind nachrangig. Dieses Modell liegt auch der WWU zu Grunde.

Die französische Zentralbank dagegen, die erst im Zuge des Maastrichter Vertrages "unabhängig" wurde, war ein ausführendes Organ, das sich den politischen Erfordernissen in anderen wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen unterzuordnen hatte. Geldpolitik war ein "dienendes Instrument", das politisch als ein regulatives Moment im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik eingesetzt wurde. "Die Idee, die Währungspolitik, die ein Kernstück der Wirtschaftspolitik ist, dem Einfluß allgemeiner Wahlen zu entziehen, wirkt in Frankreich wie ein historischer Rückschritt" (Chevènement 1997, 39).

An diese grundlegenden konzeptionellen Unterschiede knüpften auch die deutsch-französischen Kontroversen an. Die französische Linksregierung wies darauf hin, daß nicht die Unabhängigkeit der Zentralbank das eigentliche Problem darstellt, sondern die Tatsache, daß es parallel dazu keine ausgebauten demokratischen Strukturen auf europäischer Ebene gibt, die eine wirksame Kontrolle ausüben könnten. Die Geldpolitik wird ab dem 1. Januar 1999 der integrierteste Bereich der europäischen Gemeinschaft sein, während die Instrumente, die in den Nationalstaaten ein Gegengewicht zur Zentralbank bildeten, auf der europäischen Ebene nicht vorgesehen sind (vgl. Lafay 1997, 151). Die Verbindungen zwischen den wenigen politischen Institutionen auf europäischer Ebene und der EZB scheinen zudem noch unklar zu sein: "Les membres du directoire de la BCE disposeront pourtant d'un pouvoir très étendu et d'une tandis que rien ne vient arbitrer le partage des responsabilités entre la BCE (chargée de la politique monétaire interne) et le Conseil des ministres des Finances (qui détermine les orientations générales de la politique de change)" (Mazier 1997, 66). Im Rahmen der Wechselkurspolitik hat der ECOFIN zwar die Richtlinienkompetenz (Artikel 109 des Maastrichter Vertrages) und die Zentralbank muß diese Politik umsetzen (Artikel 105). Doch wird trotz dieser Rollenverteilung auf französischer Seite befürchtet, daß der ECOFIN nicht mehr in der Lage ist, seine Kompetenzen zu entfalten, da die EZB ihre eigene Wechselkurspolitik nach eigenen Vorgaben macht. Hier ist ein Koordinationsproblem bereits abzusehen (vgl. Fitoussi 1996, 49).

Diese grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten führten auch zu der Kontroverse über die zukünftige Beziehung zwischen Euro und Dollar. Die deutsch-französischen Auseinandersetzungen sind dabei das direkte Ergebnis einer innerfranzösischen Debatte, die bereits im Herbst 1996 geführt wurde. Valéry Giscard d'Estaing erklärte, daß das Hauptproblem der französischen Wirtschaft der überbewertete Franc sei

und hier insbesondere die Parität zum Dollar. Frankreich muß deshalb seine Währung gegenüber dem Dollar abwerten, um die französischen Exporte billiger zu machen (vgl. Giscard d'Estaing 1996). Mehrere Mitglieder der Zentralbank führten an, daß Deutschland und Frankreich eine unterschiedliche Güterpalette haben und deshalb auch eine unterschiedliche Wechselkurspolitik benötigen. Besonders offensichtlich ist dies in den für Frankreich prestigeträchtigen Branchen der Kulturindustrie und im militärisch-technischen Bereich, wo das Land in einem harten Konkurrenzkampf mit den USA steht. Generell empfahl Giscard dieses Vorgehen allen europäischen Ländern, wobei er davon ausging, daß Deutschland seine Mark nicht abwertet. In diesem Fall soll der Franc auch gegenüber der Mark abwerten. Nur so kann das "monetäre Dumping" der USA, das der europäischen Exportwirtschaft schade, beendet werden. Frankreich hätte dann einen günstigen Kurs als Grundlage für den Übergang in den Euro. Der Wechselkursvorteil bliebe damit vorerst erhalten.

Deutschland jedoch verfolgt mit dem Euro die Strategie, ein monetäres Gegengewicht zum Dollar aufzubauen und damit vor allem den Finanzplatz Europa zu stärken. Die Währungsstabilität hat damit oberste Priorität. Insbesondere in der Anfangszeit müsse die neue Währung zunächst auf den Kapitalmärkten an Kreditibilität gewinnen. Diese lasse sich nur über eine restriktive Geldpolitik herstellen. Frankreich dagegen befürchtet, daß der Euro auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit und der Preise europäischer Exportgüter gegenüber dem Dollar überbewertet sein wird. Es möchte statt dessen den Außenwert des Euro gegenüber dem Dollar möglichst gering halten, um die europäischen Exportchancen zu vergrößern und die gemeinsame Währung in den Dienst einer europäischen Wachstums- und Exportpolitik zu stellen. "La BCE pourrait dans certaines limites, pratiquer une politique de 'douce insouciance' ('benign neglect') à l'égard du taux de change de l'euro. Car avec un coefficient d'ouverture ainsi diminué par l'intégration européenne, le risque d'inflation importée en cas de sous-évaluation de l'euro se réduit d'autant" (Boissieu 1997, 40).

10.5 Der Stabilitätspakt

Der Höhepunkt des Streits über die europäische Geldverfassung war jedoch die Auseinandersetzung über den auf dem Dubliner Gipfel 1996 verhandelten Stabilitätspakt. Zum ersten Mal in diesem "siebenjährigen Krieg" (vgl. Aeschmann/Riché 1996) konnte Frankreich einen kleinen Sieg davontragen. Der Stabilitätspakt wurde zum einen als Manöver von deutscher Seite interpretiert, eine laxe Haushaltspolitik nach der Einführung des Euro zu unterbinden und zum anderen als weiterer Versuch, insbesondere Italien aus der gemeinsamen Währung herauszuhalten.

Das Abkommen sah vor, die Kontrolle über die nationalen Haushaltspolitiken auch über die Einführungsphase des Euro hinaus beizubehalten. Dabei wurde das Prinzip der Konvergenzkriterien nicht nur verlängert, sondern sogar noch verschärft, da der Stabilitätspakt die drei Prozent Neuverschuldung nur als absolute Höchstgrenze ansieht, ansonsten aber tendenziell eine ausgeglichene, wenn nicht gar positive Haus-

haltsbilanz anstrebt. Jedes Land muß nun ein "Stabilitätsprogramm" präsentieren, dessen Wirksamkeit von der Kommission und insbesondere vom Rat, der auch Verbesserungen einfordern kann, bewertet wird. Der Plan des Bonner Finanzministeriums sah für Länder mit einem "exzessiven Haushaltsdefizit" - d.h. über drei Prozent - eine *automatische* Bestrafung durch eine unverzinsliche Geldeinlage von mindestens 0,2 Prozent des BIP vor.⁷⁰ Das betroffene Land hat dann zwei Jahre Zeit, den Staatshaushalt gemäß der Vorgaben zu konsolidieren, ansonsten wird die Einlage in eine Geldbuße umgewandelt, die an die anderen Länder, die sich innerhalb der Kriterien bewegen, verteilt wird (vgl. Huffschmid 1997, 1086f). Im deutschen Vorschlag konnte von dieser Maßnahme nur abgesehen werden, falls ein starker konjunktureller Einbruch vorliegen sollte (ein Rückgang von zwei Prozent des BIP). Die wirtschaftspolitische Kooperation, wie sie der Artikel 103 des Maastrichter Vertrages vorsieht, reduziert sich damit auf einen bloßen Sanktionsmechanismus, der die eigentliche Aufgabe - die Koordinierung der Haushaltspolitik - vernachlässigt.

Allerdings konnte sich der Automatismus des Sanktionsverfahrens nicht durchsetzen. Statt dessen entscheidet nun der Rat über die Sanktionen. Beschlüsse müssen mit einer qualifizierten Mehrheit gefaßt werden, wobei das betroffene Land kein Stimmrecht hat. Zwar wurde das Verfahren zur Sanktionsverhängung in Amsterdam noch einmal beschleunigt, es ist aber kaum zu erwarten, daß der nun eingeführte Mechanismus auch tatsächlich zu Sanktionen führt. "Wenn beispielsweise von 10 Mitgliedern der Währungsunion sechs die Defizitkriterien verfehlen, wären die vier restlichen zusammen mit den fünf gerade nicht zur Abstimmung stehenden, aber ebenfalls das Defizitkriterium verfehlenden Mitgliedsländern, gehalten, dem sechsten eine Strafe aufzuerlegen, die anschließend auch gegenüber jedem der anderen Sünderländer verhängt würde. Die politischen Konflikte und die letztlich Undurchführbarkeit einer solchen Regelung sind abzusehen" (Huffschmid 1997, 1087).

Jospin bezeichnete den Stabilitätspakt trotz dieser Korrekturen als "absurde Konzession" an die Deutschen. Stellvertretend sei der neue Europabeauftragte der Regierung Pierre Moscovici erwähnt: "In Wahrheit haben die Europäer in Dublin einem 'Maastricht II' zugestimmt, das drastisch die Möglichkeiten einer antizyklischen Haushaltspolitik einschränkt (...) Ich betrachte die Integristen einer restriktiven Budgetpolitik und der Überbewertung als die hauptsächlichen Feinde der Europäischen Union (...) Europa verdient einen politischen Kampf und wenn es nötig ist - eine Krise" (Moscovici 1997, 2). Die neue Linksregierung ging dann auch mit der Absicht zum Amsterdamer Gipfel, die Ratifizierung des Stabilitätspaktes zu verweigern, wenn die gemeinsame Wirtschaftspolitik nicht ebenfalls gestärkt wird.

⁷⁰ Die Höhe der Strafe ist proportional zur Höhe des Defizits: 0,2 Prozent für ein Defizit von 3 Prozent, 0,3 Prozent für 4 Prozent, 0,4 Prozent für 5 Prozent und 0,6 Prozent für ein Defizit höher als 6 Prozent.

Doch die "Mini-Krise" in Amsterdam reichte nicht aus, um substantielle Erfolge gegen Deutschland zu erzielen. Die Verhandlungsmacht der neuen Linksregierung war durch zwei schwierige Konstellationen geschwächt: Die Strategie der Verschleppung der Stabilitätsdebatte über den Gipfel hinaus konnte nicht durchgehalten werden, ohne den französischen Präsidenten zu desavouieren, der in Dublin der deutschen Regierung diese Konzession zugestanden hatte. Hier wirkte zum ersten Mal die Logik der "cohabitation". Gerade zehn Tage im Amt und zwei Tage vor seiner Regierungserklärung hätte Jospin mit der Blockade des Stabilitätspakts eine offene Krise mit Chirac riskiert und gleichzeitig den "acquis communautaire" in Frage gestellt. Daß das Abkommen schließlich ohne die geringste Veränderung unterzeichnet wurde, lag aber auch daran, daß Frankreich innerhalb der Gemeinschaft keine Verbündeten für sein Vorhaben finden konnte.

Um den französischen Forderungen nach einer "Wirtschaftsregierung" und einer europäischen Wachstumspolitik wenigstens in der Tendenz nachzukommen, stimmten die Mitgliedsländer einer unpräzisen und unverbindlichen "Resolution über Wachstum und Beschäftigung" zu. Die beiden Texte zu Stabilität und Beschäftigung sind voneinander unabhängig, werden aber formal über eine verbindende Erklärung auf die gleiche Stufe gestellt. Trotz der formalen Gleichstellung sind in der Resolution über Beschäftigung weder klare Richtlinien noch ein Sanktionsmechanismus vorgesehen. Die Forderung nach einer "ökonomischen Regierung" als Gegengewicht zur europäischen Zentralbank wird zu einem "ökonomischen Pol" zurechtgestutzt, der lediglich informellen Charakter hat. Statt die großen Investitionsprogramme zu verwirklichen, die sich am Weißbuch für "Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung" orientieren, wird nun die Europäische Investitionsbank aufgefordert, Hochtechnologieprojekte stärker zu fördern, ohne daß hierfür neue finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deutschland, das bei der Bestrafung von "Stabilitätssündern" noch einen Automatismus gefordert hatte, setzte nun durch, daß alle Vereinbarungen, die im Rahmen dieses Abkommens getroffen werden, einstimmig beschlossen werden müssen. "Die Frage lautet weniger, *welche* Wirtschaftspolitik mit dem Euro, sondern ob man *überhaupt noch* aktive Wirtschaftspolitik machen wolle" (Guérot 1997, 238). Deutschland sprach sich bisher dagegen aus.

Trotz dieser negativen Bilanz der französischen Vorschläge sind mit der Teilnahme Spaniens und Italiens an der Währungsunion sowie dem Wachstumspakt und dem Beschäftigungskapitel im Maastrichter Vertrag Ausgangspunkte für eine schrittweise Änderung der makroökonomischen Leitlinien geschaffen worden. Dies wollte Deutschland in der Vergangenheit unter allen Umständen verhindern.

Die deutschen Akteure reagierten auf die teilweise differenzierten französischen Vorschläge mit einer pauschalen Ablehnung und bekräftigten verbal und programmatisch noch einmal ihren Dogmatismus in allen Fragen der Währungsunion. "Der neue französische Europakurs ist im übrigen auch eine Langzeitfolge der Unerbitt-

lichkeit, mit der die deutsche Seite in den vergangenen Jahren ihre Stabilitätsvorstellungen in Brüssel vertreten und durchgesetzt hat. Gegenüber dem deutschen 'vitalen Interesse' an einer Stabilitätsgarantie für den Euro formuliert die französische Regierung, unterstützt von anderen EU-Partnern, nunmehr ein eigenes fundamentales Interesse: ein neues Gleichgewicht zwischen monetärer Stabilität und wirtschaftspolitischen Impulsen für Wachstum und Beschäftigung" (Uterwedde 1997, 11).

Den Ausschlag für diese Kontroverse gab die - zur französischen Situation - konträre öffentliche Meinung in Deutschland. Das fehlende Glied, das der "Economist" als mögliche Hürde für den Euro erkannte, war auch ein entscheidendes Problem für die Durchsetzung alternativer Politikansätze auf europäischer Ebene: "The missing link in Europe's plan for a single currency is any kind of public debate where it counts most: in Germany. Because of their emotional attachment to the D-mark, ordinary Germans are overwhelmingly against the euro, but they are equally convinced that it will come. The political parties are all for it, and that is that" (25. Januar 1997, 25). Denn während in Frankreich die linke WWU-Kritik dominierte und der herrschende Integrationspfad allgemein in Frage gestellt wurde, fand sich in Deutschland – bis auf wenige Ausnahmen - nur eine rechte WWU-Kritik, die die Umsetzung der Währungsunion unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten kritisierte. Fast alle anderen politischen und sozialen Akteure pflegten eine affirmative Euro-Rhetorik. Die französischen Vorschläge trafen in Deutschland damit auf ein Klima, das für eine Abkehr von der dogmatischen Ausrichtung der Geldpolitik kein Verständnis hatte. Vielmehr wurden die französischen Vorbehalte als Indizien dafür gewertet, daß die WWU ohnehin nur gemacht wurde, um die (erfolgreiche) Stärke der DM zu brechen. Und so wurde der Hinweis, daß eine "Punktlandung" bei den Konvergenzkriterien weder politisch noch ökonomisch sinnvoll sei, als Einladung zu einer laxen Haushaltsführung interpretiert, mit Italien in der Währungsunion das "Pizzageld" (Gauweiler) befürchtet und die vorsichtigen Ansätze einer wirtschaftlichen Koordinierung auf europäischer Ebene in ein keynesianisches Ausgabenprogramm umgedeutet. Eine fundierte grenzüberschreitende deutsch-französische Debatte fand nicht statt. "Viele, vor allem in Deutschland, nehmen von den französischen Positionen genau das wahr, was sie hören wollen, um sich in den eigenen Ängsten vor einem 'weichen Euro' bestätigt zu fühlen" (Guérot 1997, 239).

Abgesehen von den wenigen Protesten gegen den Euro in Deutschland rächt sich nun, daß die deutsch-französischen Beziehungen noch keine festen Strukturen entwickelt haben, die es ermöglichen, auch die innenpolitischen Probleme der Länder, die immer mehr zum Gegenstand der Beziehungen werden, in eine gemeinsame Politik miteinzubeziehen. Die institutionelle Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs auf der Grundlage des Elysée-Vertrages von 1963 beschränkte sich ursprünglich abgesehen von den Bereichen Jugend und Erziehung auf die "high-politics" wie Außen- und Verteidigungspolitik. 1986 wurde diese Zusammenarbeit um

einen Wirtschafts- und Finanzrat, einen Hohen Rat für Kultur und einen Umweltrat ergänzt (vgl. Trouille 1996, 54). Ausgerechnet in den Bereichen, die seit mehreren Jahren am stärksten unter Druck geraten - die Beschäftigungs- und Sozialpolitik - gibt es keine bilaterale Zusammenarbeit. In den Reden zum dreißigjährigen Bestehen des Vertrages, die Anlaß für eine Debatte über die Erneuerung der Vertragsgrundlage waren, wurden beide Politikbereiche nicht einmal erwähnt (vgl. Frankreich-Info 1993b). Bereits 1988 bemerkte Barzel dazu lapidar: "Auf dem Gebiet der Sozialpolitik findet die deutsch-französische Zusammenarbeit zum großen Teil im Rahmen multilateraler Verträge, insbesondere des EG-Vertrages, statt. Sie wird durch das gute bilaterale und nachbarschaftliche Verhältnis erleichtert und ergänzt" (Barzel 1988, 102).

Diese "black box" in den deutsch-französischen Beziehungen zu beseitigen, ist aber nicht nur die Aufgabe der Politik. Angesichts des innenpolitischen Drucks, der sich zumindest in Frankreich entfaltet, ist es wichtiger, die Zusammenarbeit deutscher und französischer sozialer Akteure (Gewerkschaften, Arbeitslosenverbände, Anti-Rassismus-Organisationen, Frauenverbände) zu intensivieren - im Rahmen eines - wie von Bourdieu geforderten - europäischen Netzwerks kritischer Intellektueller und fortschrittlicher Organisationen. Nur so kann unter dem Stichwort "impliquer les sociétés" (Bock 1997, 9) nicht nur das gegenseitige Verständnis gefördert werden, sondern auch der Protest auf eine gemeinsame Basis gestellt werden.

Die "mentale Mobilmachung" in Deutschland gegen die geringste Abkehr von der doktrinären Geldpolitik und damit gegen die öffentliche Meinung in Frankreich ist nur solange möglich, wie die Ursprünge des französischen Dilemmas in Deutschland nicht zur Kenntnis genommen werden und sich die deutsche Öffentlichkeit und ihre politischen und intellektuellen Eliten einer grundlegenden Debatte über die Zukunft der Europäischen Integration verweigern können. Beides sind denkbar schlechte Voraussetzungen für eine deutsch-französische Zusammenarbeit im Zeichen des Euro.

11 Fin-de-siècle in Frankreich⁷¹

Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts unterscheidet sich die "französische Malaise" nicht von den Problemlagen in den anderen Ländern der EU. Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut, öffentliche Verschuldung und soziale Probleme in den Städten, Vertrauensverlust in das politische System und der Aufstieg rechtsextremer Parteien prägen auch in Frankreich das Bild der politischen Realität. Der Widerspruch zwischen ökonomischer Integration und nationalstaatlicher sozialer Konsolidierung führte zu einer "Konvergenz der Krisenphänomene" (Ziebura 1994, 16) in ganz Europa.

Sicherlich konnte die französische Politik im Zeichen des "starken Francs" mit Hilfe der europäischen Einbindung einige Modernisierungsziele verwirklichen, die generell als eine Verbesserung der ökonomischen Situation bewertet werden. Dazu zählen u.a. die Preisstabilität, ein positiver Außenhandel und eine bessere Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Letztlich blieb diese Strategie aber erfolglos, da sie den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindern konnte. "Perhaps the single most important blow to the French psyche during the last decade has not been the reunification of Germany but the unprecedented levels of unemployment that France has been forced to endure" (Flynn 1995, 7). Das Ende der Nationalökonomie bedeutete nicht nur das Ende der "planification", der staatlichen Betriebe und der Inflation, sondern auch den Beginn der Massenarbeitslosigkeit.

Gleichzeitig setzte der eindimensionale Integrationspfad die Regulierungsfähigkeit der Nationalstaaten unter Druck. Denn während die Marktintegration voranschritt und sowohl die ökonomischen als auch die sozialen Interventionsmöglichkeiten der Staaten einschränkte, wurde auf europäischer Ebene kein adäquater Ersatz geschaffen, der diesen Regelungsverlust hätte ausgleichen können. Dem Nationalstaat, nach wie vor der einzige Garant der gesellschaftlichen Kohäsion, blieb es vorbehalten, die sozialen und ökonomischen Folgen der Marktintegration innenpolitisch mit immer weniger Instrumenten abzusichern. Der Spagat zwischen externen (ökonomischen) Anpassungserfordernissen und interner gesellschaftlicher Konsolidierung gelang ihm immer weniger, und der externe Druck über einen "disziplinierenden Neoliberalismus" (Stabilitätspakt) nahm zu. Diese widersprüchliche Konstellation betraf - sicher in unterschiedlichem Ausmaß - alle Staaten der EU.

Und doch unterscheidet sich Frankreich von seinen Nachbarländern. Denn das Referendum über den Maastrichter Vertrag 1992 und die Niederlage Balladurs im Präsidentschaftswahlkampf gegen Chirac haben in der französischen Gesellschaft ebenso Spuren hinterlassen wie die Streiks 1995 und der Sieg der Linksregierung 1997. "Si les Français restent de pro-européens de principe sous l'effet de la dérégulation sociale et de l'absence de projet politique ils deviennent plus critiques à

⁷¹ Vgl. F. Deppe: Fin de Siècle - Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln, 1997.

l'égard de "l'Europe réelle" (Rozès 1996, 14). Die kritische europapolitische Haltung des Großteils der französischen Bevölkerung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts ist geprägt durch das große Mißverhältnis zwischen der Einschätzung der heutigen Situation und den europapolitischen Entwürfen. Sie ist in erster Linie das Ergebnis des wachsenden sozialen Drucks und einer damit verbundenen leidenschaftlichen Europadebatte. Diese Auseinandersetzungen waren die Ursache dafür, daß die katastrophalen Folgen der neoliberalen Anpassungsstrategie artikuliert wurden und die Folgen dieser Politik über die innerfranzösischen sozialen Konflikte auf die europäische Ebene zurückwirkten. Eine Debatte von vergleichbarer Reichweite und Intensität gab es in keinem anderen Land - und schon gar nicht in Deutschland.⁷²

Solange sich die Europäische Integration auf funktionale Aspekte beschränkte, war sie Diskussionsgegenstand der administrativen und akademischen Eliten. Die Fortschritte im Integrationsprozeß konnten sich auf einen "permissiven Konsens" in der Bevölkerung stützen, der nicht weiter hinterfragt wurde. Im Vorfeld des Maastrichter Vertrages, der nicht nur den Übergang zur Wirtschafts- und Währungsunion markierte, sondern viel grundsätzlicher die Frage stellte, wie sich Frankreich in eine künftige Politische Union einbringen will, entwickelte sich eine Debatte unter den politischen und intellektuellen Eliten. Für die einen stellte der Maastrichter Vertrag gerade die einzige Möglichkeit dar, Frankreich über den europäischen Umweg wieder Weltgeltung zu verschaffen und gleichzeitig Deutschland in einer veränderten geopolitischen Konstellation enger an Frankreich zu binden. Die anderen zogen genau die entgegengesetzten Schlußfolgerungen. Für sie war der Maastrichter Vertrag das "trojanische Pferd", das die deutsche Hegemonie in Europa erst zementiert. Nur die Rückbesinnung auf die nationalen Werte biete der französischen Nation den nötigen Spielraum, um mit der gesellschaftlichen Krise fertig zu werden.

Als Ergebnis dieser Auseinandersetzungen und der wachsenden sozialen Fragmentierung der Gesellschaft begannen weite Teile der französischen Bevölkerung, die Europäische Integration und ihre Auswirkungen für die eigene materielle und soziale Situation verantwortlich zu machen. Damit wurde die Europäische Integration zunehmend von "innen" in Frage gestellt und die ökonomischen und sozialen Probleme rückten ins Zentrum der Europadebatte in Frankreich. "Le référendum de 1992 a posé la question de l'europe de façon extérieure à la société. Aujourd'hui elle cherche à s'en emparer (...) L'Europe est comprise comme nécessaire, mais elle déçoit cruellement et l'on ne voit pas comment elle pourrait changer" (Herzog 1996, 33). Damit gewann die innenpolitische Fundierung der Europapolitik an Bedeutung (vgl.

⁷² Die Gründe für die Intensität dieser Debatte konnten in dieser Arbeit nur gestreift werden. Eine systematische Aufarbeitung müßte unterschiedliche Aspekte miteinbeziehen, wie z.B. die Frage nach der politischen Kultur und der Rolle der Intellektuellen darin, der Kontinuität europakritischer Eliten, dem Verhältnis zu Deutschland, der Rolle des Staates in Frankreich, der Identität der französischen Nation sowie eine genauere Untersuchung der Spaltungslinien der Gesellschaft.

Uterwedde 1997, 11), da sich das europäische Gemeinschaftsprojekt nicht mehr auf einen stillschweigenden Konsens in der Bevölkerung stützen konnte. Die europäische Frage war aus den wichtigsten innenpolitischen Ereignissen der letzten Jahre nicht mehr wegzudenken, gleichzeitig mußte die öffentliche Meinung aber auch in den Entscheidungen der französischen Politik auf europäischer Ebene berücksichtigt werden. Der nächste Integrationsschritt, soviel läßt sich bereits voraussehen, wird aus französischer Sicht kein reines Elitenprojekt mehr sein können.

Im Juni 1998 nahm die europäische Zentralbank ihre Arbeit in Frankfurt auf. Ab 1. Januar 1999 wird der Euro die gemeinsame Währung von Frankreich und weiteren 11 Staaten sein. Doch der heftig umkämpfte Beginn der dritten Stufe der WWU wird nur kurzfristig zur Klärung der Europadebatte beitragen. Denn weniger denn je weiß die französische Gesellschaft, ob Europa eine Chance oder ein Risiko für sie ist (vgl. Aubry 1997, 241). Mehr denn je stellt sich die Frage nach der "innenpolitischen Zumutbarkeit" (Uterwedde 1997, 11) europäischer Politik.

Angesichts einer zunehmend ungleicheren Gesellschaft, wachsenden sozialen Spannungen, eines aufstrebenden Front National, der EU-Osterweiterung und der verschärften Haushaltsdisziplin lassen sich für Frankreich - und damit auch für Europa - drei Szenarien für die Zukunft skizzieren. "Der Pfad möglicher Lösungswege ist in allen Fällen äußerst schmal. Früher als erwartet könnte Jospin in die unangenehme Lage kommen, sich zwischen den europäischen, von Frankreich unterzeichneten Selbstverpflichtungen und den binnenwirtschaftlichen Erwartungen bzw. Zielsetzungen entscheiden zu müssen. Bis heute ist nicht deutlich geworden, wie eine solche Entscheidung aussehen würde" (Uterwedde 1997, 3).

a) Das nationalistische Szenario

Die europakritischen Kräfte, die einen französischen Entwicklungsweg generell als unvereinbar mit einer Vertiefung der Integration sehen, sind immer noch stark. Einige Intellektuelle, unter ihnen Gallo, Thibaud, Allais und Todd finden die europäische Idee nach wie vor trügerisch und betonen das nationale Interesse Frankreichs. Auch unter den politischen Eliten - insbesondere unter den Gaullisten - lassen sich weiterhin Kräfte ausmachen, die die Renationalisierung französischer Politik unterstützen. Zwei Entwicklungen könnten ihre Position stärken:

Frankreich stellt sich offiziell zwar nicht mehr gegen die EU-Osterweiterung, doch die Unsicherheiten über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen bleiben weiterhin bestehen. "The spectre of a Germany turning once more towards her natural space in central and eastern Europe to the detriment of her Western partners still looms large in the minds of many in France - even though the risk of isolation it would imply for Germany makes it a most unlikely scenario" (Trouille 1996, 62). Bereits die Norderweiterung hatte Frankreichs Position geschwächt, und die vorsichtige

europäische Öffnung Englands bietet Deutschland die Möglichkeit, verstärkt auf Großbritannien als Bündnispartner zu setzen. In einem Europa der zwanzig oder mehr Mitgliedsländer wird sich Deutschland immer deutlicher zum ökonomischen *und* politischen Zentrum Europas herausbilden. Frankreich realisiert, daß Deutschland nicht mehr länger der "ökonomische Riese und der politische Zwerg" sein wird, wie Willy Brandt einst sein Land charakterisierte. Diese - nach der Wiedervereinigung - zweite außenpolitische Verschiebung könnte dazu beitragen, daß es für Frankreich nicht nur schwerer wird, französische Interessen auf europäischer Ebene durchzusetzen, sondern auch die Entscheidungen auf der europäischen Ebene innenpolitisch zu legitimieren. Dadurch könnten die Kräfte an Auftrieb gewinnen, die immer eine paneuropäische Lösung bevorzugt haben (Séguin, Chevènement), freilich mit dem Gedanken im Hinterkopf, daß in einem erweiterten Europa für eine supranationale Lösung kein Platz mehr sei.

Zum anderen ist innenpolitisch noch nicht abzusehen, wie sich der Aufstieg des Front National weiter entwickelt. Es ist durchaus vorstellbar, daß sowohl die Gaullisten als auch Teile der UDF als Ergebnis der Krise der Rechten wieder auf einen nationalistischen Kurs umschwenken, um damit in das Wählerpotential des Front National einzudringen.

Insgesamt gesehen, ist der (ökonomische) Rückzug auf die nationale Ebene aus politischen und strukturellen Gründen jedoch wenig wahrscheinlich. Zum einen sprechen die wirtschaftliche Einbindung Frankreichs in den europäischen Binnenmarkt und der status quo der Europäischen Integration gegen eine *umfassende* Renationalisierung. Zum anderen kann Frankreich kein Interesse daran haben, daß Europa mißlingt und der Kontinent wieder in rivalisierende Nationalstaaten zurückfällt. Frankreichs Bemühungen, Deutschland fester an Westeuropa zu binden, würden einen empfindlichen Rückschlag erleiden.

Dennoch könnte sich unter dem Druck des Front National bei den etablierten Parteien ein populistischer Europaskeptizismus wieder herausbilden, der zu einer schleichenden Renationalisierung der Politik führt und zumindest eine Stagnation der Europäischen Integration zur Folge hätte. Mit Blick auf Deutschland stellte Balladur bereits fest, daß Frankreich seine Handlungsoptionen wieder ausdehnen müßte: "Germany has several policies at her disposal: a European policy based on the Franco-German axis, a policy of close relationships with the United States, a policy based on a strong presence in the East. Depending on the circumstances, she makes use of one or the other without omitting to reassure each of her partners about her intentions. France has only one policy: her European policy. She needs to regain a level of flexibility comparable to the one Germany enjoys" (Balladur zit. n. Trouille 1996, 58).

b) Das neoliberale Szenario

Vor dem Hintergrund des Stabilitätspaktes drängt sich ein weiteres Szenario auf, das bisher in Frankreich das übliche Ende eines alternativen Politikversuchs darstellte. Mitterrand schwenkte nach zwei Jahren und Chirac nach fünf Monaten wieder auf den neoliberalen Kurs der wichtigsten europäischen Länder um. Ein erneuter Umschwung würde bedeuten, daß die französische Regierung ihre vorsichtige Umverteilungspolitik wieder rückgängig macht, die Umsetzung der 35-Stunden-Woche nicht weiter vorantreibt und auf europäischer Ebene sich mit dem status quo der monetären Integration zufrieden gibt.

Die Konsequenzen dieses Politikwechsels liegen offen auf der Hand. Angesichts einer europäischen Zentralbank, die ausschließlich auf die Wahrung der Geldwertstabilität verpflichtet ist, müßten sich die wichtigen Reformen im Bereich der Sozialversicherung sowie der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nach dem gleichen Schema vollziehen wie in den letzten Jahren. Die Einkommen der abhängig Beschäftigten würden weiter belastet und Sozialversicherungsleistungen abgebaut werden. Im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik würde die Regierung wieder auf die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen setzen. Das würde die Binnenkonjunktur weiter schwächen, die Krise auf dem Arbeitsmarkt verschärfen und die Armut erhöhen.

Neben den ökonomischen und sozialen Folgen birgt ein Scheitern des linken Reformkurses aber auch eine eminent politische Gefahr. Denn ein Umschwung würde die Krisensymptome verstärken, die zu einem wachsenden Einfluß des Front National führen könnten (vgl. Herkommer 1998, 36): Massenarbeitslosigkeit, Vertrauensverlust in die Eliten, Orientierungslosigkeit der Linken, Politikversagen. Hätte sich in den Augen der Bevölkerung nun auch eine linke Regierung nach 1993 zum zweiten Mal diskreditiert, dann könnte sich der Front National als einzige unverbrauchte Kraft präsentieren. Gleichzeitig führt die Erosion des euroliberal-konservativen Blocks dazu, daß sich Teile dieses Blocks der extremen Rechten zuwenden. Insbesondere die Gruppe um den früheren Wirtschaftsminister Alain Madelin begann damit, den Front National als potentiellen Koalitionspartner aufzubauen. Auf regionaler Ebene gibt es bereits Allianzen zwischen UDF-Politikern und dem Front National.

Ob dieses Szenario verhindert werden kann, wird entscheidend davon abhängen, ob die sozialen Kräfte in Frankreich auch zukünftig ihre Mobilisierung aufrechterhalten können. Aufgrund der sensiblen europapolitischen "Seismographen" (Intellektuelle, Politiker, Gewerkschaften, sozialkritische Essayistik, etc.), die sich in vielen Teilen der Gesellschaft herausgebildet haben und die die herrschende Politik kritisch begleiten, ist es zumindest unwahrscheinlicher, daß sich ein radikaler Politikwechsel wie 1983 und 1995 in Frankreich noch einmal vollzieht. Die Streiks der Fernfahrer, die Arbeitslosenproteste, die Ausstände der Piloten und der Bahnkontrolleure sowie

zahllose Lohnkonflikte lassen erahnen, daß bei einem erneuten Politikwechsel auch unter einer Linksregierung soziale Proteste im Ausmaß von 1995 drohen.

c) Das europäische Szenario

Dennoch wird Jospins innenpolitischer Kurswechsel bei einem gleichbleibenden Integrationsverlauf in absehbarer Zeit zu einer Kollision mit den europäischen Restriktionen führen. Jospins Ausgabenprogramm im Bereich der Arbeitszeitverkürzung und der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stützt sich zwar zum Großteil auf erhöhte Kapitalertrags- und Körperschaftssteuern, Einsparungen beim Verteidigungshaushalt und Umschichtungen von anderen Arbeitsmarktprogrammen. Dennoch profitiert die französische Regierung gegenwärtig von der günstigen konjunkturellen Lage. Eine substantielle Beschäftigungspolitik sowie die Reform der Sozialversicherung kann zweifelsohne nur dann sinnvoll vorangetrieben werden, wenn auch auf europäischer Ebene ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel vorgenommen wird. Frankreich hätte damit Spielraum, den Konsolidierungskurs nach innen zu festigen und könnte sich gleichzeitig innerhalb der EU als Initiator neuer ausstrahlungskräftiger Gemeinschaftsprojekte gegenüber Deutschland profilieren. Um die Vorhaben einer koordinierten europäischen Wirtschaftspolitik, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen wieder in das Zentrum europäischer Aufgaben rückt, zu verwirklichen, bedarf es zweier Voraussetzungen: innenpolitischer Unterstützung und Bündnispartner auf europäischer Ebene.

Innenpolitisch scheint die Lage günstig zu sein. Denn neben dem Wunsch der Bevölkerung nach einem europapolitischen Wechsel hat die Europadiskussion auch innerhalb der politischen Eliten das kritische Lager gestärkt. Während Mitte der achtziger Jahre allenthalben ein optimistischer Europakonsens herrschte, der nur wenig Raum für kritische Stimmen ließ, und sich Anfang der neunziger Jahre unter dem sozialen Druck dieses Konsens auflöste, scheint nun die generelle Kritik am herrschenden Integrationspfad sowohl von den politischen Eliten als auch von der Bevölkerung geteilt zu werden. "Politiquement, ce ne sont pas les Français qui sont faibles: tout le pays parle d'une seule voix! Oui, tout le pays, de Séguin à Hue" (Daniel 1997, 22).

Auf der Linken begann der PS nach dem Tod Mitterrands, trotz des klaren Bekenntnisses zur einheitlichen Währung wieder eine europapolitische Vision über die Erfüllung der Konvergenzkriterien hinaus zu entwickeln. Gleichzeitig befindet er sich in einer Koalition mit den Kommunisten, die den herrschenden Integrationspfad deutlich ablehnen, sowie mit dem "Mouvement de citoyens", dessen Vorsitzender Chevènement schon seit dem Referendum über den Vertrag von Maastricht zu den profiliertesten Vertretern der Gegner gehört.

Es ist zwar äußerst zweifelhaft, ob es tatsächlich das Ziel Chiracs gewesen ist, eine linke Nationalversammlung wählen zu lassen, um die "Last der Grundsatzentscheidung" gegen die monetaristische Europapolitik zu teilen, wie Todd es vermutete (1997a). Tatsächlich haben sich aber nicht nur auf der sozialistischen Linken son-

dem auch innerhalb der Rechten die eurokritischen Töne durchgesetzt. Am augenfälligsten wird dies daran, daß Séguin, der profilierteste Vertreter des "sozialen Gaullismus", Juppé als Vorsitzenden der Sammlungsbewegung ablöste. Auch sonst ist von einer zerstrittenen und demoralisierten Rechten keine substantielle Gegenwehr zu erwarten. Es bleibt der gaullistische Präsident: Dieser wird sich jedoch nur schwer einer Regierung widersetzen können, die der Beschäftigung oberste Priorität einräumt, das Modell eines sozialen Europas verteidigt und gegen die "fracture sociale" kämpft, d.h. all das verwirklichen will, was Chirac während seiner Kampagne 1995 versprochen hatte.

Auf der europäischen Ebene stehen den französischen Vorschlägen jedoch höhere Hürden im Weg. Von entscheidender Bedeutung wird in Zukunft die Haltung Deutschlands sein. Diese zeichnete sich bisher nach außen durch eine Blockade jeglicher Initiativen aus, die über die gemeinsame Geldpolitik hinaus auf eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik abzielten. Innenpolitisch lehnte die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die gemeinsame Währung mit diffusen stabilitätspolitischen und oft chauvinistischen Argumenten ab. Im Gegensatz zu Frankreich fand in Deutschland keine Debatte statt, in der die Verlierer und Gewinner des herrschenden Integrationsprozesses benannt wurden.

Im Gegenteil: Die sozialen Konflikte in Frankreich wurden mit einer Mischung aus touristischem Interesse und *déjà-vu* betrachtet und die soziale Agitation als Teil der Folklore abgetan. Die deutsche Öffentlichkeit täte aber gut daran, die Konflikte in Frankreich nicht als - wie auch immer geartete - Identitätsprobleme der französischen Nation oder als jakobinische Kontinuitäten zu interpretieren. Frankreich ist heute nicht mehr mit den Herausforderungen seiner Modernisierung konfrontiert, sondern mit den Folgen dieser Modernisierung. Und anders als die bangen Fragen am Ausgang der Europadebatte, ob Frankreich noch Frankreich sei, ob die Amerikanisierung der französischen Alltagskultur oder das Euro-Disney als "kulturelles Tschernobyl" die französische Identität begraben, können die heutigen "europäischen Malaisen" des modernisierten Frankreichs nicht mehr nur als nostalgische Reminiszenzen an eine vergangene Epoche der "Grande Nation" abgetan werden. Denn mit Sentimentalitäten hat die reale Bedrohung des sozialen Zusammenhalts nichts mehr zu tun.

Die französischen europapolitischen Vorschläge werden in Deutschland aber nicht als direkte Folge und Auswirkung dieser Debatten und sozialen Auseinandersetzungen interpretiert, sondern isoliert von ihnen gesehen. Deshalb ist es wichtiger denn je, daß auch in Deutschland unter allen gesellschaftlichen Akteuren eine Debatte über die generellen Ziele der Europäischen Integration geführt wird. Die französische Europadiskussion war der Aufbruch zu einem Politikwechsel in Europa, eine ähnliche Debatte in Deutschland könnte den Durchbruch bedeuten (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1998, 228).

Die Verwirklichung des "sozialen Europas" stand in der Vergangenheit vor vielen Problemen. Die höchste Hürde jedoch war, daß es in den meisten Ländern der EU keine demokratische Öffentlichkeit gab, die sich für ein soziales und demokratisches Europa eingesetzt hätte, ganz zu schweigen davon, daß dieses Thema länderübergreifend diskutiert wurde. "European integration has historically been conceptualized as a matter of 'foreign relations' and in the area of foreign relations governments and executive agencies are granted freedom from most democratic scrutiny (...) One major question for the future of the Delorist vision of a viable European model of society, indeed for Europe more generally, thus concerns how much genuine national democratic mobilization and debate around European issues will emerge from the crisis of the post-Maastricht period" (Ross 1996b, 246). Die kritische Öffentlichkeit in Frankreich, zu der die Bevölkerung ebenso wie die Intellektuellen von Forrester (1997)⁷³ bis Bourdieu und weite Teile der politischen Klasse beigetragen haben, hat sich nun diesem Thema angenommen. Ob der "Aschermittwoch des Neoliberalismus" (Bock 1992, 29) bereits eingeleitet ist, bleibt zwar weiter offen. Dennoch: "Die Ideologie der achtziger Jahre, die oberflächlich war, gleichgültig gegenüber den Schwachen, bar jeder intellektuellen und moralischen Kraft, ist erschöpft. Der Geist der Zeit hat sich verändert. Das allgemeine Zapping, die Anbetung des Geldes, die Allgegenwart der Medien, die Diktatur des Scheins, die liberale Mode, all das beginnt die Öffentlichkeit ernsthaft zu ärgern" (Joffrin 1991 zit. n. Bock 1992, 29).

Die "fortschrittlichen Kräfte" (Bourdieu 1997c) in Frankreich haben einen ersten - nicht mehr nur symbolischen - Erfolg gegen das Denken von Fukuyama bis Furet erzielt, die uns einreden wollen, daß die Geschichte ihr natürliches Ende gefunden hätte, während sich das "Halseisen des Marktes" immer fester um die letzten Bereiche der Gesellschaft schloß, die sich noch der ökonomischen Rationalität widersetzen. Sie konnten einen Teil der gesellschaftlichen Deutungsmacht zurückerobern und jenen Zustand durchbrechen, den François Furet in seinem letzten Buch feierte: "Es ist praktisch unmöglich geworden, die Idee einer anderen Gesellschaft zu denken, und auch niemand tut dies in der heutigen Welt (...). Wir sind dazu verurteilt, in der Welt zu leben, in der wir heute leben" (Furet 1995, 572). Dank der französischen Debatte dürfte es in Zukunft auch auf europäischer Ebene schwieriger sein, Alternativen als realitätsfern zu denunzieren und Reformansätze mit dem Hinweis auf die ökonomischen Zwänge im Keim zu ersticken. Die Räume für eine populäre linke Gesellschaftskritik haben sich dadurch geöffnet.

⁷³ „Der Terror der Ökonomie“ von Forrester ist sicher keine feinsinnige ökonomische Analyse, und die intellektuelle Substanz des Aufsatzes bleibt letztlich dürftig. Das eigentliche Ereignis des Buches liegt nicht in den apokalyptischen Szenarien, in die Forrester die Leser und Leserinnen am Ende entläßt sondern im politischen Signal. Denn das Pamphlet wurde nicht nur zu einem Bestseller sondern auch zu einem sozialen Phänomen. Der Rimbauds „Illuminationen“ entlehnte Titel war fortan allgegenwärtig in den öffentlichen Auseinandersetzungen. „Mit Viviane Forrester scheint der Kampf gegen den grassierenden Wirtschaftsliberalismus in den Chefetagen, Börsen und Finanzministerien seine französische Pasionaria gefunden zu haben“ (Neue Züricher Zeitung).

Eine deutsch-französische Europadebatte kann die Keimzelle für eine kritische europäische Öffentlichkeit bilden, die die bisher vernachlässigte gesellschaftliche Dimension der Europäischen Integration stärken würde.⁷⁴ Die Voraussetzungen dafür sind jedoch die nationalen Debatten und Auseinandersetzungen, in denen sich die unterschiedlichen sozialen Akteure (Intellektuelle, Gewerkschaften, Arbeitslosenverbände, etc.) der europäischen Frage annehmen. Auf deren Grundlage könnten progressive Kräfte sich europäisch vernetzen und gemeinsam für einen Politikwechsel in Europa kämpfen. Die "französischen Verhältnisse" lehren, daß es ein langer Prozeß ist, die hegemoniale Interpretation der Verhältnisse zu durchbrechen, Alternativen zu formulieren und sie schließlich auch umzusetzen. Doch sie lassen auch hoffen. "Dans la vie, il n'y a pas de solution. Il y a des forces en marche: il faut les créer et les solutions viennent" (Antoine de Saint-Exupéry).

⁷⁴ "In dieser Hinsicht haben aber sowohl wissenschaftliche Forschung wie politische Praxis ein geradezu verhängnisvolles Defizit aufzuweisen. Die inzwischen unübersehbare Flut der Veröffentlichungen kreist im Grunde um zwei Aspekte: den ökonomisch-monetären der Marktintegration und weltwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie den politischen der Entscheidungsfindung im Spannungsfeld von Verflechtung und nationalem Interesse, wobei die Politikfelder immanent, für sich betrachtet werden (*Policy-Forschung*), nicht aber als Elemente einer übergreifenden Einheit. Wer ist dann imstande, das Puzzle zusammensetzen?" (Ziebura 1994, 15).

12 Literatur

- Adams, W.J. (1995): France and Global Competition, in: G. Flynn (Hrsg.): Remaking the Hexagon - the new France in the new Europe, Boulder/Oxford, 87-115.
- Aeschimann, E./P. Riché (1996): La guerre de sept ans - Histoire secrète du franc fort 1989-1996, Paris.
- Albert, M. (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/M./New York.
- Albert, M./R. Gonenc (1996): The Future of Rhenish Capitalism, in: The Political Quaterly, Nr. 67, 184-193.
- Allais, M. (1994): Combats pour l'Europe 1992-1994, Paris.
- Allais, M. (1992): Erreurs et impasses de la construction européenne, Paris.
- Alliot-Marie, M. (1996): La grande peur des classes moyennes, Paris.
- Altvater, E. (1987): Sachzwang Weltmarkt - Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg.
- Ambassade de France (1996): Memorandum pour un modèle sociale européen, in: Service de presse et d'information, texte Officiels, Nr. 14, 29. März.
- Ambrosius, G. (1996): Wirtschaftsraum Europa - vom Ende der Nationalökonomien, Frankfurt/M..
- Ammon, G. (1985): Die französische Industriepolitik - Vorbild für Europa?, in: Lendemains, Nr. 38/39, 105-114.
- Anderson, P. (1996): The Europe to Come, in: London Review of Books, 25. Januar, 3-8.
- Anderson, P. (1983): The Tracks of Historical Materialism, London.
- André, C./D. Sicot (1994): Le plan Veil pour la Sécu, in: Alternatives économiques, Nr. 117, 25-32.
- Appel (1997): Appel des économistes pour sortir de la pensée unique - pour un nouveau plein emploi, Paris.
- Appel des intellectuels en soutien aux grévistes (1995), in: Le Monde, 15. Dezember.
- Appleton, A. (1992): Maastricht and the French Party System - Domestic Implications of the Treaty Referendum, in: French Politics and Society, Vol. 10, Nr. 4, 1-18.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1998): Memorandum '98, Köln.
- ARESER (Hrsg.) (1997): Quelques diagnostics et remèdes urgents pour une université en péril, Paris.
- Attali, J. (1993): Verbatim I 1981-1986, Paris.
- Aubry, M. (1997): Il est grands temps...., Paris.
- Ausseuil, D. (1995): La précarité, une réalité pour la moitié des actifs français, in: Libération, Nr. 3971, 24. Februar.

- Barbier, H.D. (1997): Münzen und Monstranzen, in: FAZ, 23. Januar.
- Barbier, H.D. (1996): Bourdieu und die Idee Tietmeyer, in: FAZ, 5. November.
- Barets, P. (1997): Streiktagebuch - Notizen aus dem Feld, in: P. Barets/P. Bourdieu: Mobilisierung gegen den Neoliberalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 6, 9-54.
- Barre, R. (1980): L'économie française quatre ans après (1976-1980), in: La Nouvelle Revue des Deux Mondes, September, 513-532.
- Barzel, R. (1988): 25 ans de coopération franco-allemand - 25 Jahre deutsch-französische Zusammenarbeit, Presse- und Informationsamt der deutschen Bundesregierung, Bonn.
- Bauchard, P. (1986): La Guerre des deux roses - du rêve à la réalité 1981-1985, Paris.
- Baudelot, C./S. Israel (1996): Die glänzende Zukunft des Streiks, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Heft 3, 324-326.
- Bell, D. (1996): Western Communist parties and the European Union, in: J. Gaffney (Hrsg.): Political Parties and The European Union, London/New York, 220-234.
- Bensaid, D. (1996): Neo-Liberal Reform and Popular Rebellion, in: New Left Review, Nr. 215, 109-117.
- Berger, D. (1996): Le Futur au Présent - Réflexions sur l'avenir d'un mouvement, in: Futur Antérieur, Nr. 33-34, 7-26.
- Berger, S. (1995): Trade and Identity - The coming Protectionism?, in: G. Flynn (Hrsg.): Remaking the Hexagon - the new France in the new Europe, Boulder/Oxford, 195-212.
- Berger, S. (1988): Le patronat français - de la transition à la transition, in: S. Hoffmann/G. Ross (Hrsg.): L'expérience Mitterrand - continuité et changement dans la France contemporaine, Paris, 235-250.
- Bieling, H.-J./F. Deppe (Hrsg.) (1997): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa - Neun Länder im Vergleich, Opladen.
- Bieling, H.-J./F. Deppe (1996): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie, in: Das Argument, Nr. 217, 729-740.
- Bock, H. M. (1997): Vom Beruf des kulturellen Übersetzters zwischen Deutschland und Frankreich - oder: Verzagen die Mittler, in: Lendemains, Nr. 86/87, 8-19.
- Bock, H. M. (1992): Frankreich 1991/92 - Europäische Herausforderungen und nationale Ungewißheiten, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1992, Opladen, 9-32.
- Bode, I. (1996): Wege zur Solidarität - Der französische Herbst und die Krise der Linken, in: Prokla, 26. Jg., Heft 102, Nr.1, 131-155.
- Bode, I./H.-G. Brose/S. Voswinkel (1991): Arrangement im Status quo minus, in: Soziale Welt, 42. Jg., Nr. 1, 20-45.
- Boissieu, C. de (1997): L'Union économique et monétaire - la politique monétaire dans la zone euro, in: Cahiers français, Nr. 282, Juli-August.

- Bouffartigue, P. (1991): Le brouillage des classes, in: J.P. Durand/F.-X. Merrien: Sortie de siècle - La France en mutation, Paris, 95-133.
- Bouillaguet-Bernard, P. (1990): Die Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Frankreich, in: P. Auer u.a. (Hrsg.): Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarktforschung im deutsch-französischen Dialog, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, 41-63.
- Bourdieu, P. (1998a): A reasoned utopia and economic fatalism, in: New Left Review, Nr. 227, 125-130.
- Bourdieu, P. (1998b): Das Elend der Welt, Konstanz.
- Bourdieu, P. (1998c): Arbeiter in Europa, schließt ein Bündnis, in: Frankfurter Rundschau, 30.4./1.5..
- Bourdieu, P. (1997a): Gegen die blinde Logik der Ökonomie - Interview mit Pierre Bourdieu, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 6, 1-7.
- Bourdieu, P. (1997b): Warnung vor dem Modell Tietmeyer, in: ders.: Der Tode packt den Lebenden - Schriften zu Politik und Kultur 2, Hamburg, 171-177.
- Bourdieu, P. (1997c): Die fortschrittlichen Kräfte, in: ders. u.a.: Protest ohne Widerstand - Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat, Hamburg, 11-25.
- Bourdieu, P. (1996): "Contre la destruction d'une civilisation....", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Heft 1, 175-179.
- Boyer, R. (1984): o.T., in: M. Kesselmann und G. Groux (Hrsg.): 1968-1982 - Le mouvement ouvrier français - crise économique et changement politique, Paris, 27-54.
- Boyer, R./D. Drache (Hrsg.) (1996): States against Markets - The limits of globalization, London/New York.
- Brigouleix, B. (1993): Bonn-Paris auf dem europäischen Prüfstand, in: I. Koolboom/E. Weisenfeld (Hrsg.): Frankreich in Europa - Ein deutsch-französischer Rundblick, Bonn, 103-111.
- Brown, M. B. (1997): Why does no one listen - as the Plague of Unemployment spreads, in: Labour Markets and Employment Policy in the European Union, mit Beiträgen von Alain Lipietz, u.a., Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Nr. 10, 127-142.
- Busch, K. (1992): Umbruch in Europa - Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Perspektiven des einheitlichen Binnenmarktes, 2. Aufl., Köln.
- Caillé, C./J.P. Le Goff (1996): Le tournant de décembre, Paris.
- Cameron, D. (1995): From Barre to Balladur - Economic Policy in the Era of the EMS, in: G. Flynn (Hrsg.): Remaking the Hexagon - the new France in the new Europe, Boulder/Oxford, 117-160.
- Cameron, D. (1988): The Colours of a Rose - On the ambiguous Record of French Socialism, working paper series 12, Minda de Ginzburg Center for European Studies, Cambridge MA.
- Caramel, L. (1997): La pensée unique déboulonnée, in: Le Nouvel Economiste, 23. Mai, 82-85.

- Castoriadis, C. (1995): "Les intellos entre l'archaïsme et la fuite" - interview, in: L'Événement du Jeudi, 21. Dezember, 32-33.
- Cerny, P.G. (1989): The little Big Bang in Paris - Financial Markets deregulation in a dirigiste system, in: European Journal of Political Research, Nr. 17, 169-192.
- CGT (1997): Rapport sur la situation économique et sociale 1996-1997, Montreuil.
- CGT (1995): Rapport annuel de la CGT sur la situation économique et social de la France, Montreuil.
- CGT (1994): Rapport annuel de la CGT sur la situation économique et social de la France, Montreuil.
- Chevènement, J.-P. (1997): Wer von Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen, in: FAZ, 17. Januar.
- Chevènement, J.-P. (1996): France-Allemagne - Parlons franc, Paris.
- Chevènement, J.-P. (1992): Pour pouvoir redresser l' Europe, in: Le Monde, 2. Mai.
- Chirac, J. (1995): La France pour tous, Paris.
- Christadler, M. (1988): Die Technik und das Heilige - die intellektuelle Szene Frankreichs am Ende der 80er Jahre, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1988, Opladen, 117-133.
- Cohen, E. (1996): La tentation hexagonale, Paris.
- Cohen, E. (1992a): Dirigisme, politique industrielle et rhétorique industrialiste, in: Revue française de science politique, Vol. 42, Nr. 2, 197-218.
- Cohen, E. (1992b): Le Colbertisme "high tech", Paris.
- Commissariat général du plan (1994a): La France de l'an 2000 - Rapport au Premier ministre et la commission présidée par Alain Minc, La Documentation française, Paris.
- Commissariat général du plan (1994b): Le rôle déterminant de l'industrie, in: Problèmes économique , Nr. 2368-2369, 9-18.
- Cotta, A. (1995): La troisième révolution française, Paris.
- Cotta, A. (1992): Pour l'Europe contre Maastricht, Paris.
- Cotta, A. (1991): La France en panne, Paris.
- Cowles, M.G. (1997): L'eupéanisation de l'action politique des multinationales, in: politiques étrangère, 2, 309-324.
- Cox, R.W. (1992): Global Perestroika, in: R. Miliband/L. Panitch (Hrsg.): The New World Order - Socialist Register, London, 26-43.
- Cox, R.W. (1987): Production, Power and World Order - Social Forces in the Making of History, New York.
- Cox, R.W. (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations - An Essay in Method, in: Millenium, Vol. 12, Nr. 2, 162-175.

- CSERC (1996): Inégalités d'emploi et de revenu - les années 90, La Documentation française, Paris.
- Daniel, J. (1997): L'Europe racontée aux enfants, in: Le Nouvel Observateur, 19-25 Juni, 22.
- Debray, R. (1986): Die Weltmächte gegen Europa – Plädoyer für ein neues europäisches Selbstbewußtsein, Reinbeck.
- Delors, J. (1992): Welche Konsequenzen hat Maastricht für die europäische Gemeinschaft? - Rede zur Verleihung des Karlspreises am 28. April 1992, Europäische Gespräche, Bonn.
- Deppe, F./M. Felder (1993): Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), Arbeitspapier der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Nr. 10, Marburg.
- Deubner, C. (1986): Mitterrands Reformpolitik in Westeuropa - die Relevanz der 'contrainte extérieure', Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen.
- Deubner, C. et al. (1992): Franco-German economic relations within the international division of labour - interdependence, divergence or structural dominance, in: W. D. Graf (Hrsg.): The internationalization of the German Political Economy - evolution of a hegemonic project, Basingstoke, 140-186.
- Domenach, J.-M. (1990): Europe - le défi culturel, Paris.
- Dubet, F./D. Lapeyronnie (1994): Im Aus der Vorstädte - Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart.
- Duhamel, O./G. Grunberg (1993): Référendum - les dix France, in: O. Duhamel/J. Jaffré: L'état de l'opinion 1993, Paris, 79-86.
- Dupoirier, E. (1994): L'enjeu européen dans l'opinion publique française, in: French Politics and Society, Vol. 12, Nr. 2-3, 1-11.
- Eberlein, B. (1997): Abschied vom Etatismus in Frankreich - das Beispiel der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Politische Vierteljahresschrift, 38. Jg., Heft 3, 441-474.
- Eck, J.-F. (1992): Histoire de l'économie française depuis 1945, 3. Aufl., Paris.
- Ehrenreich, B. (1994): Angst vor dem Absturz - Das Dilemma der Mittelklasse, Reinbek.
- Emmanuelli, H. (1992): Plaidoyer pour l'Europe, Paris.
- Esser, J./C. Görg/J. Hirsch (Hrsg.) (1994): Politik, Institutionen und Staat - Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg.
- Europe et Patries (1992): Maastricht - avant d'aller voter: Les questions que vous posez - les réponses que vous recherchez, Sondernummer Europe et Patries, Nr. 46, September.
- Felder, M. (1992): Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Nr.1, Marburg.
- Fitoussi, J.P. (1997a): Europe - La fin d'une histoire, in: Le Monde, 28.08., 1/12.

- Fitoussi, J.P. (1997b): Europe - Le commencement d'une aventure, in: Le Monde, 29.08., 1/12
- Fitoussi, J.P. (1997c): Récompenser les Français de leurs efforts, in: Le Monde, 30. April.
- Fitoussi, J.P. (1997d): Les conditions sont idéales pour une politique expansionniste, in: La Tribune, 2. Juni, 20-21.
- Fitoussi, J.P. (1996): Il faut précipiter l'avènement de la monnaie unique, in: échanges et projets, Nr. 76, Oktober, 44-51.
- Fitoussi, J.-P. (1995a): Le débat interdit - Monnaie, Europe, Pauvreté, Paris.
- Fitoussi, J.P. (1995b): Le débat nécessaire - Les fins et les moyens, in: Le débat, Nr. 85, Mai-August, 83-94.
- Flynn, G. (1995): Remaking the Hexagon, in: ders. (Hrsg.): Remaking the Hexagon - the new France in the new Europe, Boulder/Oxford, 1-16.
- Forrester, V. (1997): Der Terror der Ökonomie, Wien.
- Franklin, M. et al. (1995): Referendum Outcomes and Trust in Government - Public Support for Europe in the Wake of Maastricht, in: West European Politics, Vol. 18, Nr. 3, 110-115.
- Frankreich-Info (1993a): Regierungserklärung von Premierminister Edouard Balladur vom 8. April, Frankreich-Info, Nr.17.
- Frankreich-Info (1993b): 30 Jahre deutsch-französischer Vertrag, Frankreich-Info, Nr.3.
- Frémeaux, P. (1996): Europe et services publics, in: P. Héritier (Hrsg.): Un pacte social pour l'Europe, Paris, 139-160.
- Furet, F. (1997): Wir sind die Verlierer des untergegangenen Kommunismus, in: FAZ, 20. Februar.
- Furet, F. (1995): L'Avenir d'une illusion, Paris.
- Gallo, M. (1996a): Der Patriotismus der Streikenden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 41, Heft 3, 321.
- Gallo, M. (1996b): Das Europa der Deutschen, in: Der Spiegel, Heft 5, 140-141.
- Gallo, M. (1992): L'Europe contre l'Europe, Paris.
- Gandois, J. (Hrsg.) (1992): France - Le choix de la performance globale, Commissariat général du Plan, La Documentation française, Paris.
- Gattaz, Y. (1980): La fin des patrons, Paris.
- Gauron, A (1996): Monnaie unique - l'inconnue Allemande, in: limes - Revue française de géopolitique, Heft 1, 317-328.
- Gélédan, A.: Le bilan économique des années Mitterrand 1981-1993, Paris, 1993.
- Giesbert, F.-O. (1990): Le Président, Paris.

- Gill, S. (1997a): An Emu or an Ostricht? - EMU and Neo-Liberal Globalisation; Limits and Alternatives, in: P. Minkkinen/H. Patomäki: The Politics of Economic and Monetary Union, Helsinki, 205-229.
- Gill, S. (1997b): EMU and neo-liberal Europe - its contradictory political logic and the potential for alternatives, Manuskript.
- Gill, S. (1997c): Finance, Production and Panopticism - inequality, risk and resistance in an era of disciplinary neo-liberalism, in: ders. (Hrsg.): Globalisation, Democratization and multilateralism, Tokio/New York/Paris, 51-75.
- Gill, S. (1995): Globalisation, Market Civilization and Disciplinary Neoliberalism, in: Millenium, Nr. 24, 399-423.
- Gill, S. (1991): Historical Materialism, Gramsci, and International Political Economy, in: C.N. Murphy/R. Tooze (Hrsg.): The New International Political Economy, Boulder, 51-75.
- Gill, S. (1990): American Hegemony and the Trilateral Commission, Cambridge.
- Giscard d'Estaing, V. (1996): Interview, in: L'Express, 21. November.
- Goodman, J.B. (1992): Monetary policy and financial deregulation in France, in: French Politics and Society, Vol. 10, Nr. 4, 31-40.
- Gougeon, J.P (1996): Décembre 1995 - des grèves géopolitiques, in: limes - Revue française de géopolitique, Nr.1, 41-54.
- Goybet, C. (1992): Le Oui à Maastricht Et après?, in: Revue du Marché commun et de l'union européenne, Nr. 361, September-Oktober, 673-689.
- Grosser, A. (1993): Interview, in: Relations internationales et stratégiques, Nr. 9.
- Groux, G. (1997): Le conflit en mouvement, Paris.
- Groux, G./R. Moriaux (1992): La C.G.T. - Crise et alternatives, Paris.
- Guérin-Sendelbach, V. (1993): Ein Tandem für Europa - Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 77, Bonn.
- Guérot, U. (1997): Deutschland, Frankreich und die Währungsunion - über Diskussionen und Metadiskussionen, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1997, Opladen, 223-240.
- Guérot, U. (1996a): Globalisierung, Europa, Frankreich - Einige Anmerkungen zum Europadiskurs der französischen Sozialisten, in: Dokumente, Nr. 3, 210-214.
- Guérot, U. (1996b): Die PS und Europa - Eine Untersuchung der europapolitischen Programmatik der französischen Sozialisten 1971-1995, Bochum.
- Guiano, H. (1995): Anatomie de la pensée unique, in: Le Monde, 18.04.
- Hanke, T. (1997): Der Euro oder die Wiedergewinnung politischer Spielräume, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 42. Jg., Heft 2, 186-194.

- Haug, W.-F. (1996): Aussichten der Zivilgesellschaft unter Bedingungen neoliberaler Globalisierungspolitik, in: *Das Argument*, Heft 211, 653-656.
- Hazareesingh, S. (1990): From Being to Nothingness: The Extinction of the Communist Intellectual in France, in: *West European Politics*, Nr. 2, April, 216-233.
- Herkommer, S. (1998): Rückblick auf eine Epoche - Werte und Wende, die immanenten Widersprüche des Neokonservatismus, in: J. Bischoff/F. Deppe/K.P. Kisker: *Das Ende des Neoliberalismus? - Wie die Republik verändert wurde*, Hamburg, 15-36.
- Herzog, P. (1996): L'Europe peut-elle devenir l'affaire des citoyens?, in: *Esprit*, August-September, 32-53.
- Hirsch, J (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat - Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin/Amsterdam.
- Hirsch, J. (1990): *Kapitalismus ohne Alternative*, Hamburg.
- Hoang-Ngoc, L. (1997a): Pour un nouveau plein-emploi - entretien, in: *L'Humanité*, 13. Mai.
- Hoang-Ngoc, L. (1997b): Les politiques économiques libérales étranglent la croissance - entretien, in: *Le Monde*, 20. Mai.
- Hoffmann, S. (1995a): Thoughts on Sovereignty and French Politics, in: Flynn, G. (Hrsg.): *Remaking the Hexagon - the new France in the new Europe*, Boulder/Oxford, 251-258.
- Hoffmann, S. (1995b): The European Community 1992, in: ders.: *The European Sisyphus - Essais on Europe 1964-1994*, Boulder.
- Hoffmann, S. (1994): France - Keeping the Demons at Bay, in: *New York Review of Books*, 3. März.
- Höhne, R. (1996): Aufstand der Privilegierten oder Verteidigung des Sozialstaates ? - Der Sozialkonflikt vom November/Dezember 1995, in: *Lendemains*, Nr. 81, 107-122.
- Holmann, O./K. van der Pijl (1992): *Restructuring the Ruling Class and the European Unification*, University of Amsterdam, Department of International Relations & Public International Law, working paper Nr. 28, Dezember.
- Howell, C. (1992): The Dilemmas of Post-Fordism - Socialists, Flexibility, and Labor Market - Deregulation in France, in: *Politics and Society*, Vol. 20, Nr. 1, 71-99.
- Huard, F. (1996): La France et la C.I.G. - le consensus équivoque, in: *Revue Parlementaire*, 98. Jg., Nr. 985, 34- 43
- Hübner, K. (1989): *Theorie der Regulation*, Berlin.
- Huffschmid, J. (1997): Altes Denken in Amsterdam - Ohne Kurskorrektur kommt die europäische Einigung nicht voran, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 42. Jg., Heft 9, 1083-1093
- INSEE (1994): *Chômage et emploi en mars 1994*, INSEE-Première, Nr. 330, Juni.
- INSEE (1993): *Tableaux de l'économie française 1993*, Paris.

- Jeismann, M. (1994): Der Untergang der Galeeren, in: FAZ, 21. November.
- Jessop, B. (1997): Twenty Years of the (Parisian) Regulation Approach, in: *New Political Economy*, Vol. 2, Nr. 3, 503-526.
- Jessop, B (1995): Die Zukunft des Nationalstaates - Erosion oder Reorganisation, Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: ders. u.a.: *Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven*, Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Nr. 5, Marburg, 9-47.
- Joas, R. (1996): *Zwischen Nation und Europa - die europapolitischen Vorstellungen der Gaullisten 1978 bis 1994*, Bochum.
- Joffrin, J. (1991): *La régression française*, Paris.
- Join-Lambert, M-T. (1996): Les mouvements de la fin 1995 en France - Impressions de lecture, in: *Témoin* 6, April, 15-26.
- Kahn, J-F. (1995): *La pensée unique*, Paris.
- Kalthenthaler, K. (1997): The sources of Policy Dynamics - Variations in German and French Policy Towards European Monetary Co-operation, in: *West European Politics*, Vol. 20, Nr. 3, 91-110.
- Kassim, H. (1997): French Autonomy and the European Union, in: *Modern and Contemporary France*, Vol. 5, Nr. 2, 167-180.
- Khilnani, S. (1995): *Revolutionsdonner - die französische Linke nach 1945*, Hamburg.
- Kimmel, A. (1996): Frankreich nach der Präsidentenwahl 1995 - Rückkehr des Gaullismus?, in: *Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1996*, Opladen, 9-22.
- Kissler, L./R. Lassère (1987): *Tarifpolitik - ein deutsch-französischer Vergleich*, Frankfurt/New York.
- Kolboom, I. (1993a): Frankreich 1992/93 - Ein Versuch über die Befindlichkeit oder das Ende der Gewißheiten, in: *Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1993*, Opladen, 11-38.
- Kolboom, I. (1993b): Europa denken - Frankreich in Europa, in: I. Kolboom/E. Weisenfeld (Hrsg.): *Frankreich in Europa - ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn, 19-50.
- Kolboom, I./R. Picht (1995): Handeln für Europa, in: CIRAC et al.: *Handeln für Europa - deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt*, Opladen, 352-364.
- Kowalsky, W. (1996): Ende der Streikbewegung in Frankreich?, in: *Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte*, Februar, 105-107.
- Kreile, M. (1992): Einleitung, in: ders. (Hrsg.): *Die Integration Europas*, Opladen, VII-XIX.
- Kronauer, M./Neef, R. (1996): "Exclusion" und "soziale Ausgrenzung" - neue soziale Spaltungen in Frankreich und Deutschland, in: *Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1996*, Opladen, 35-58.
- La Chaise, G. (1996): *Crise de l'emploi et fractures politiques*, Paris.

- Labbé, D. (1994): La crise du syndicalisme français, in: La Revue de l'IRES, Nr. 16, Herbst, 75-102.
- Labbé, D./M. Croisat (1992): La Fin des Syndicats, Paris.
- Lafay, G. (1997): L'Euro contre L'Europe - Guide du citoyen face à la monnaie unique, Paris.
- Lallement, R. (1995): Handelspolitik - Ein Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich?, in: CIRAC et al.: Handeln für Europa - deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, Opladen, 225-241.
- Lamers, K. (1996): "Non, Monsieur Séguin, il n'y a pas d'autre politique", in: Le Monde, 12. Oktober.
- Le Duigou, J.-C (1996): Le réveil de la société, in: Témoignage 6, April, 35-40.
- Le Gloannec, A. N./Hassner, P. (1996): L'Allemagne et la France - deux cultures politiques- interview, in: Esprit, Mai, 44-52.
- Le Pen, J.-M. (1984): Les Français d'abord, Paris.
- Leggewie, C. (1986): Modernisierung und Sozialismus - Schlußfolgerungen aus dem französischen Lehrstück 1981-1986, in: Leviathan, Nr. 2, 208-232.
- Les élections européennes de juin 1994 (1994): Les élections européennes de juin 1994, in: Le Monde, dossiers et documents, Juni.
- Lipietz, A. (1997): Social Europe - the post-Maastricht challenge, in: Labour Markets and Employment Policy in the European Union - Beiträge von A. Lipietz, u.a., Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Nr. 10, Marburg, 165-172.
- Lipietz, A. (1995): Une politique de l'emploi centrée sur la conquête du temps libre, in: L. Brovelli et al.: Quelle économie pour l'emploi?, Paris, 37-58.
- Lipietz, A. (1991): Governing the Economy in the Face of International Challenge - From National Developmentalism to National Crisis, in: J.F. Hollifield/G. Ross (Hrsg.): Searching the new France, London/New York, 17-42.
- Lipietz, A. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise - Einige methodische Überlegungen zum Begriff "Regulation", in: Prokla, Heft 58, 109-137.
- Livre Blanc (1991): Livre blanc sur les retraites, Collection des rapports officiels, La Documentation française, Paris.
- Lourdelle, H. (1993): Les comptes de la Sécurité Sociale, in: CFDT-aujourd'hui, Nr.3, 19-29.
- Mahnkopf, B. (Hrsg.) (1988): Der gewendete Kapitalismus - Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster.
- Majoni d'Intignano, B. (1996): Der Umbau des Sozialstaates in Frankreich, in: J. M. Winterberg et al.: Der Sozialstaat im Umbruch - Erfahrungen mit der Reform des Sozialstaates in Großbritannien, Schweden und Frankreich und ihre Bedeutung für die bundesdeutsche Diskussion, interne Studien Nr. 120/1996, Sankt Augustin, 87-120.
- Mathiot, P. (1994): Protestation et manifestations dans la France contemporaine - essai d'analyse, in: French Politics and Society, Vol. 12, Nr. 2-3, 97-115.

- Matray, I. (1995): Le rapport Minc sur la France de l'an 2000, in: Regards sur l'actualité, Nr. 207, Januar, 29-40.
- Mazier, J. (1997): Les risques d'enlisement par la monnaie unique - quelques pistes pour l'éviter, in: Appel des économistes pour sortir de la pensée unique: La monnaie unique en débat, Paris.
- Mazzucelli, C. (1997): France and Germany at Maastricht - politics and negotiations to create the European Union, o.O..
- Mélonio, F. (1993): Tocqueville et les Français, 1993.
- Menon, A. (1996): France and the 1996 IGC, in: Journal of European Public Policy, Nr. 3, 231-252.
- Meunier-Aitsahalia, S./G. Ross (1993): Democratic Deficit or Democratic Surplus? - A reply to Andrew Moravcsik's Comments on the French Referendum, in: French Politics and Society, Vol. 11, Nr. 1, 57-69.
- Milward, A. S.(1992): The European Rescue of the Nation State, Berkeley.
- Minc, A. (1995): Les élites, le peuple, l'opinion, entretien avec Marcel Gauchet, in: Le débat, Nr. 85, Mai-August, 63-82.
- Minc, A. (1994): L'ivresse démocratique, Paris.
- Minc, A. (1992): Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa, Hamburg.
- Minc, A./P. Séguin (1994): Deux France?, Paris.
- Mitterrand, F. (1991): Toujours plus d'Europe - interview, in: L'Expansion, 17.10, 22-28.
- Moisi, D. (1988): Die Mark und die Bombe - Frankreich bangt um seinen Einfluß in Europa, in: Die Zeit, Nr. 50.
- Moravcsik, A. (1993): Idealism and Interest in the European Community - The case of the French referendum, in: French Politics and Society, Vol. 11, Nr. 1, 45-56.
- Moreau Defarges, P.(1995): Frankreich und die Europäische Union: Vom Maastrichter Vertrag zur Regierungskonferenz von 1996, in: CIRAC u.a.: Handeln für Europa - deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, Opladen , S. 338-351.
- Morin, E. (1987): Penser l'Europe, Paris.
- Moscovici, P. (1997): Paris veut l'euro à l'heure et une Union réformée avant l'élargissement – interview, in: Le Monde, 10. September.
- Narr, W.D./Schubert, A. (1994): Weltökonomie - die Misere der Politik, Frankfurt/M..
- Neuman, W./H. Uterwedde (1988): Industriepolitik - Französische und deutsche Ansätze für eine europäische Strategie, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Über die Freundschaft hinaus - deutsch-französische Beziehungen ohne Illusionen, Stuttgart, 102-119.
- Neumann, W. (1996): Sozialstaat in der Krise - Die Sozialversicherungsreform der Regierung Juppé, in: Deutsch-Französisches Institut, aktuelle frankreich analysen, Nr. 3, Juli.
- OECD (1995): Economic survey - France 1995, Paris.

- OECD (1994): Economic survey - France 1994, Paris.
- OECD (1992): Economic survey - France 1991/1992, Paris.
- OECD (1989): Economic surveys - France 1989, Paris.
- OECD (1987): Economic surveys - France 1987, Paris.
- Ottenheimer, G. (1997): Les temps des incertitudes, in: Revue Politique et Parlementaire, Mai/Juni, 38-44.
- Palier, B./Boboli, G. (1995): Entre Bismarck et Beveridge - "Crise" de la sécurité sociale et politique(s), in: Revue française des sciences politiques, 45. Jg., Nr. 4, 668-699.
- Panitch (1994): Globalization and the state, in: R. Miliband/L. Panitch (Hrsg.): Between Globalism and Nationalism - Socialist Register, London, 60-93.
- Parti Socialiste, Secrétariat National (1996): Mondialisation, Europe, France - Texte d'orientation adopté par le Conseil National.
- Pasqua, C. (1992): Que demande le peuple...., Paris.
- Paugam, S. (1994): La disqualification sociale - essai sur la nouvelle pauvreté, 3. Aufl., Paris.
- Percheron, A. (1991): Les Français et l'Europe - Acquiescement de façade ou adhésion véritable?, in: Revue française de Science Politique, Bd. 41, Nr. 3, Juni, 382-406.
- Perrineau, P./M. Wiewiorka (1996): Über die Natur der sozialen Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Heft 3, 320-323.
- Picht, R. (1995): Welches Europa soll es sein? Unterschiedliche Wahrnehmungsmuster deutscher und französischer Europapolitik, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1995, Opladen, 175-186.
- Pijl, K. van der (1997): The History of class struggle - From original accumulation to neoliberalism, in: Monthly Review, Vol. 49, Nr.1, 28-44.
- Polster, W./K. Voy (1993): Die Krise des Europäischen Währungssystems und die Zukunft von Maastricht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 38. Jg., Heft 10, 1200-1211.
- Portelli, H. (1993): Les élections législatives de mars 1993, in: Regards sur l'actualité, Nr. 190, 23-55.
- Portelli, H. (1992): Le référendum sur l'Union européenne, in: Regards sur l'actualité, Nr. 184, 3-12.
- Pour une réforme de fond de la sécurité sociale (1995): Le Monde, 3./4. Dezember 1995.
- Redeker, R. (1996): Décembre 1995 - une grève Républicaine, in: Les Temps Modernes, Nr. 1, 3-22.
- Regierungserklärung (1997): Regierungserklärung des französischen Premierministers Lionel Jospin vor der Nationalversammlung (Paris, 19. Juni 1997), in: Frankreich-Info der Französischen Botschaft, 24. Juni.
- Rehfeld, A. (1995): Europäische Währungspolitik im Spannungsfeld von nationaler Souveränität und europäischer Integration - Konflikt und Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und

Währungsunion, Dissertation, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Eberhard-Karls-Universität, Tübingen.

- Rehfeldt, U. (1996): Die französischen Gewerkschaften und der Wandel der Arbeitsbeziehungen, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1996, 77-94.
- Renaut, A. (1996): Ursprünge der französischen Hochschulkrise - Von der Notwendigkeit einer Neubegründung der Universität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Heft 5, 598-605.
- Rollet, P. (1993): The EC industrial policy and its impact on French and European industries, in: F.-G. Dreyfus/J. Morizet (Hrsg.): France and EC membership evaluated, London/New York, 22-31.
- Ross, G. (1996a): The Limits of Political Economy - Mitterrand and the Crisis of the French Left, in: A. Daley (Hrsg.): The Mitterrand Era - Policy Alternatives and Political Mobilization in France, Basingstoke, 33-55.
- Ross, G. (1996b): Jacques Delors and European Integration, Cambridge.
- Ross, G. (1995): Chirac's First Steps and the 1995 French Presidency of the European Union, in: French Politics and Society, vol. 13, no 3, 18-30.
- Ross, G. (1991a): La scène intellectuelle, in: J.P. Durand/F.-X. Merrien (Hrsg.): Sortie de siècle - La France en mutation, Paris, 244-269.
- Ross, G. (1991b): Where have all the Sartres gone? - The French intelligentsia born again, in: J. F. Hollifield/G. Ross (Hrsg.): Searching for the new France, London, 221-249.
- Ross, G. (1988): Introduction, in: S. Hoffmann/G. Ross (Hrsg.): L'expérience Mitterrand - continuité et changement dans la France contemporaine, Paris, 11-27.
- Röttger, B. (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation - Die politische Konstitution des Marktes, Münster.
- Röttger, B. (1995): Globale Hegemonie des Neoliberalismus - Theorie(n) kapitalistischer Verallgemeinerung; eine Problemskizze, Manuskript.
- Rozès, S. (1996): Les opinions publiques face à l'Europe, in: limes - Revue française de géopolitique, Heft 1, 14-16.
- Rüdiger, W. (1996): Green parties and the European Union, in: J. Gaffney (Hrsg.): Political Parties and The European Union, London; New York, 254- 276.
- Saint-Etienne, C. (1993): La France et les négociations du GATT, in: Politique étrangère, Nr. 2, 383-391.
- Schild, J. (1996): Krise der Interessenvermittlung und die wachsende Bedeutung direkter Protestformen, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1996, Opladen, 147-168.
- Schlupp, F. (1989): "Europa" als Hegemonialprojekt - Bundesdeutsche Welt(markt)machtstrategien und der EG-Binnenmarkt, in: spw, Heft 46, 127-135.

- Schmidt, K. P. (1992): Abschied von Colbert? - Frankreich und der europäische Binnenmarkt, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1992, Opladen, 67-77.
- Schmidt, V. A. (1997): Economic policy, political discourse and democracy in France, in: French Politics and Society, Vol. 15, No. 2, 37-48.
- Schmidt, V. A. (1996a): Loosening the ties that bind: the impact of European Integration on French government and its Relationship to business, in: Journal of Common Market Studies Vol. 34, Nr. 2, 223-254.
- Schmidt, V. A. (1996b): An end to French exceptionalism? The transformation of business under Mitterrand, in: A. Daley (Hrsg.): The Mitterrand Era - Policy alternatives and political mobilization in France, Basingstoke, 117-140.
- Schmidt, V. A. (1996c): From State to market - the transformation of French business and government, Cambridge.
- Schmidt, V. A. (1995): The impact of European Integration on French Government and its Relationship to business, Centre for European Studies Nuffield College Oxford, Discussion paper 41, October.
- Schubert, K. (1988): "Abschied" vom Nationalstaat - "Flucht" nach Europa? - Anmerkungen zum neuen französischen Europa-Diskurs, in: Dokumente, Nr. 5, 341-350.
- Schui, H. et al. (1997): Wollt ihr den totalen Markt? – Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München.
- Séguin, P. (1993): Ce que j'ai dit, Paris.
- Séguin, P. (1992): Discours pour la France, Paris.
- Siegele, L. (1994): Bittere Bilanz, in: Die Zeit, Nr. 37, 9. September.
- Silver, H. (1994): Social exclusion and social solidarity - three paradigms, in: International Labour Review, Vol. 133, Nr. 5/6, 531-578.
- Sorman, G. (1983): La Révolution conservatrice américaine, Paris.
- Soubie, R. (1991): La crise des syndicats, in: SOFRES: L'état de l'opinion 1991, Paris, 31-54.
- Steinhilber, J. (1997a): Schlanke Marianne? - Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat in Frankreich, in: Bieling/Deppe 1997, 89-120.
- Steinhilber, J. (1997b): Jospins Linksregierung - zwischen sozialer Spaltung und europäischer Integration, in: Widerspruch: Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau, 17. Jg., Heft 34, 69-78.
- Steinhilber, J. (1996): Frankreichs Dezember '95 - Interpretationen und Konsequenzen, in: Z - Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 27, 181-189.
- Stone, A. (1993): Ratifying Maastricht - France Debates European Union, in: French Politics and Society, Vol. 11, Nr. 1, 70-88.

- Streeck, W. (1998): Vom Binnenmarkt zum Bundesstaat? - Überlegungen zur Politischen Ökonomie der europäischen Sozialpolitik, in: S. Leibfried/P. Pierson: Standort Europa, Frankfurt, 369-421.
- Thibaud, P. (1996): L' Europe allemande Définitivement?, in: Esprit, Nr. 221, Mai, 53-65.
- Todd, E. (1997a): Contre la monnaie unique - le choix de la nation et du bon sens économique, in: L'Humanité 29. Januar, 18-19.
- Todd, E. (1997b): Die Wahrheit über Jacques Chirac, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 42. Jg., Heft 6, 659-660.
- Todd, E. (1996a): Ein anderes Frankreich - ein Gespräch mit Emmanuel Todd, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Heft 2, 164-176.
- Todd, E. (1996b): Die Welt ist brutaler geworden, in: FAZ, 16. Dezember.
- Todd, E. (1995): Aux origines du malaise politiques français, les classes sociales et leur représentation, in: Le Débat, 83, Januar-Februar, 98-120.
- Touraine, A. et al. (1996): Le grand refus - Réflexions sur la grève de décembre, Paris.
- Trouille, J.-M. (1996): The Franco-German Axis since Unification, in: T. Chafer und B. Jenkins (Hrsg.): France - from the Cold War to the New World Order, Basingstoke, 53-64.
- Uterwedde, H. (1997): Wohin steuert Frankreich? - der wirtschafts- und europapolitische Kurswechsel der Regierung Jospin, in: aktuelle frankreich analysen, Nr. 7, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg.
- Uterwedde, H. (1996a): Die mühsame Suche nach einer "anderen" Wirtschaftspolitik - alte und neue Debatten, in: Lendemains, Nr. 81, 125-135.
- Uterwedde, H. (1996b): Privatisierungspolitik in Frankreich - eine Zwischenbilanz, in: aktuelle frankreich analysen, Deutsch-Französisches Institut, Nr. 4, Oktober.
- Uterwedde, H. (1996c): Abschied von den Illusionen?, Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Ära Chirac, in: Dokumente, Nr. 3, 192-198.
- Uterwedde, H. (1995): Frankreich 1993-1994, Bruchlinien und Ungewißheiten am Ende der Ära Mitterrand, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1994, Opladen, S. 11-32.
- Uterwedde, H. (1988a): Sozio-ökonomische Entwicklung in den 80er Jahren - Brüche und Kontinuitäten, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1988, Opladen, 31-48.
- Uterwedde, H. (1988b): Die Wirtschaftspolitik der Linken in Frankreich - Programme und Praxis 1974-1986, Frankfurt/New York.
- Vacquin, H./Minvielle, Y. (1996): Le sens d'une colère - Novembre-décembre 1995; chances et perspectives, Paris.
- Vakaloulis, M. (1996): Souveraineté du mouvement social, in: La Pensée, Nr. 307, 103-108.

- Voisset, M. (1996): Europe et service public - vers la clarification?, in: Témoign, 6, 151-154.
- Walter, N. (1996): Euro à la française? - ein Streitgespräch zwischen Rudolf Hickel und Norbert Walter, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Heft 7, 800-809.
- Weber, H. (1986): Le Parti des patrons, Paris.
- Weidenfeld, W. (1995): Europäische Einigung im historischen Überblick, in: ders./ W. Wessels: Europa von A bis Z - Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn, 11-62.
- Weizsäcker, R. von (1992): Maastricht als historische Chance begreifen, in: FAZ, 10. Oktober.
- Wessels, W. (1992): Maastricht - Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends, in: Integration, 15. Jg., Nr. 1, Beilage zur Europäischen Zeitung, 2-16.
- Zelikow, P./C. Rice (1995): Germany Unified and Europe Transformed - A Study in Statecraft, Cambridge MA.
- Zettelmeier, W. (1992): Hochschulentwicklung und Hochschulpolitik in Frankreich seit 1988, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1992, Opladen, 169-184.
- Ziebura, G. (1997): Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 - Mythen und Realitäten, Stuttgart.
- Ziebura, G. (1995): Staat, Wirtschaft und Gesellschaft am Ende der Ära Mitterrand - Kontinuitäten, Brüche, Perspektiven, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 1995, Opladen, 9-31.
- Ziebura, G. (1994): Europäische Union und Gesellschaft, in: Thränert, O. (Hrsg.): Europäische Union und Europa, FES, Studien zur Außenpolitik Nr. 63, Bonn, Oktober, 13-27.
- Ziebura, G. (1992): Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration - Der Fall Frankreich, in: Leviathan, Nr. 4, 467-489.
- Ziebura, G. (1987): Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7, 3-13.
- Ziebura, G./M. Bonder/R. Röttger (1992): Deutschland in einer neuen Weltära - Die unbewältigten Herausforderungen, Opladen.

Verwendete Zeitungen

Handelsblatt

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Rundschau

Die Zeit

Le Monde

Le Figaro

Libération

L'Humanité

FEG Studien

Nr. 1: Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung,
(September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe,
(September 1993) UKB 25 DM

Nr. 3: Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?,
(Juni 1994) UKB 20 DM

Nr. 4: Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus,
(August 1994) UKB 25 DM

Nr. 5: Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling,
(April 1995) UKB 25 DM

Nr. 6: Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime,
(Juli 1995) UKB 30 DM

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich,
(November 1995) UKB 40 DM (vergriffen)

Nr. 8: Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch,
(November 1996) UKB 25 DM

Nr. 9: Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells",
(Februar 1997) UKB 25 DM

Nr. 10: Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias,
(März 1997) UKB 30 DM

Nr. 11: Robert W. Cox, Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, (Dezember 1998), UKB 25 DM

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen,
(Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (Mai 1990) UKB 6 DM (vergriffen)

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (*Januar 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (*März 1991*) UKB 10 DM

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (*August 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (*März 1992*) UKB 12 DM (*vergriffen*)

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (*Januar 1993*) UKB 15 DM

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (*Januar 1993*) UKB 13 DM

Nr. 9: Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (*Marburg/Lahn 1992*)

Nr. 10: Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (*September 1993*) UKB 15 DM

Nr. 11: Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (*Januar 1994*) UKB 13 DM (*vergriffen*)

Nr. 12: Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (*Januar 1994*) UKB 15 DM (*vergriffen*)

Nr. 13: Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (*September 1994*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 14: Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (*März 1996*) UKB 10 DM

Nr. 15: Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (*April 1996*) UKB 15 DM

Nr. 16: Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (*August 1996*), UKB 10 DM

Nr. 17: Hajo Holst, Das EU-Referendum in Norwegen 1994 – Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie, (*September 1998*), UKB 8 DM

Nr. 18: Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses (*Oktober 1998*) UKB 15 DM